

Computervermittelte Kommunikation als demokratische Infrastruktur?

Politische Information und Interaktion im Vergleich von Fernsehen
und Internet (mit Schwerpunkt World Wide Web) in Deutschland

Magisterarbeit

im Fach

Politikwissenschaft

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
der Philipps-Universität Marburg

vorgelegt von

Ralf Hecht

aus

Bühl/ Baden

Marburg 1996

| | |
|--|-----------|
| 1. Einleitung | 1 |
| 2. Begriffsbestimmungen | 4 |
| 3. Massenkommunikation und Demokratie | 10 |
| 3.1. Demokratie | 10 |
| 3.2. Die Funktionen der Massenmedien | 12 |
| 3.3. Wirkung von Massenmedien | 15 |
| 4. Politikvermittlung im Fernsehen | 17 |
| 4.1. Besonderheiten bei der Vermittlung von Politik durch das Medium Fernsehen | 18 |
| 4.2. Politikvermittlung vor und nach Einführung des dualen Systems | 21 |
| 4.2.1. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Informationsauftrag | 23 |
| 4.2.2. Das duale System: Entwicklungen und Tendenzen der Politikvermittlung | 26 |
| 4.2.3. Die Diskussion um den Fortbestand der ARD | 30 |
| 5. Interaktivität im Fernsehen | 33 |
| 5.1. Einige Beispiele für die Entwicklung von Interaktivität in der Geschichte des deutschen Fernsehens | 34 |
| 5.1.1. Individuelle Interaktion | 34 |
| 5.1.2. Kollektive Interaktion | 36 |
| 5.2. Interaktive Sendungen der jüngsten Zeit | 37 |
| 5.3. Interaktivität und Fernsehen - ein Widerspruch? | 39 |
| 6. Digitales Fernsehen | 43 |
| 6.1. 500 (oder mehr) Fernsehkanäle herkömmlicher Art? | 44 |
| 6.2. Zielgruppen-TV | 45 |
| 6.3. Pay-TV | 47 |
| 7. Zusammenfassung Fernsehen | 53 |
| 8. Eine kurze Darstellung der Geschichte des Computers | 57 |
| 8.1. Die Entstehung | 57 |
| 8.2. Miniaturisierung | 59 |
| 8.3. Veralltäglichung | 60 |
| 8.4. Vernetzung | 62 |

| | |
|--|------------|
| 8.5. Erste Schritte zu "Multimedia" | 65 |
| 9. Das Internet als Mittel der Massenkommunikation | 67 |
| 9.1. Warum computervermittelte Massenkommunikation? | 67 |
| 9.2. Demokratisierende Ansätze? - Der Zugang | 68 |
| 9.3. Unabhängige Massenkommunikation | 74 |
| 10. Politische Angebote - Mittel zur Schaffung von Transparenz und Einfluß? | 79 |
| 10.1. Politische Institutionen | 79 |
| 10.2. Unabhängige Organisationen (NGOs) | 84 |
| 10.3. Die Angebote etablierter Medien im Internet | 91 |
| 10.4. Projekte | 102 |
| 11. Zusammenfassung Computer / Internet | 115 |
| 12. Fazit | 119 |
| 13. "Postskriptum" | 124 |
| 14. Literatur- und Medienverzeichnis | 130 |

1. Einleitung

Zur Zeit werden unter Stichworten wie "revolutionäre Herausforderung", "Cybersociety"¹ etc. viele Diskussionen über die Zukunft einer computertechnisch vernetzten Gesellschaft geführt. Der Aspekt der politischen Kommunikation bzw. Massenkommunikation wird dabei jedoch kaum berücksichtigt und findet sich am ehesten noch in der ziemlich allgemein gehaltenen "Multimedia-Diskussion", wird hier jedoch weitestgehend auf eine technische Darstellung reduziert.

Heute absehbare Innovationen im Medienbereich hängen v.a. mit der Vereinheitlichung des Trägermediums (Digitalisierung), den sich daraus ergebenden Kombinationsmöglichkeiten (Multimedia) und dem Aufbau einer neuen Distributionsstruktur (Netze zur Datenübertragung) zusammen. *"Es ist davon auszugehen, daß mit den Innovationen im Medienbereich grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Kommunikationsbedingungen verbunden sind. Wenn sich das Mediensystem - in diesem Fall durch Expansions- und Differenzierungsprozesse im elektronischen Mediensektor - verändert, so hat dies Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsbedingungen."*² Während das Fernsehen mit seiner großen technischen Reichweite und beschränkten Multimediafähigkeit, über die immer wieder versucht wird, Interaktionsmöglichkeiten einzubinden, m.E. das Massenmedium der Gegenwart darstellt, wird das heutige Internet i.A. zumindest als Prototyp eines zukünftigen "multimedialen, interaktiven" Datennetzes angesehen.

Da Veränderungen im Bereich der elektronischen Medien v.a. durch mögliche Verschiebungen der Bedeutung dieser beiden Medien gesehen werden, soll in dieser Arbeit neben dem Internet auch das Fernsehen eine gewichtige Rolle spielen.

Momentane und absehbare Entwicklungen sollen dabei vor dem Hintergrund der Entwicklungsgeschichte der beiden Medien und ihres jetzigen Zustands betrachtet werden. Dem Thema der Arbeit entsprechend soll nach einem einführenden theoretischen Teil, der sich mit den Funktionen von Massenkommunikation bzw. Massenmedien in einer liberalen, westlichen Demokratie beschäftigt, auf die Besonderheiten der beiden Medien, die Vermittlung von politischen Informationen und die durch das Medium zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der direkten Partizipation - hier in Form der Interaktion - eingegangen werden. Die unterschiedlichen Einflußgrößen

¹ "Multimedia: Eine revolutionäre Herausforderung; Perspektiven der Informationsgesellschaft" lautete der Titel einer hochrangig besetzten Tagung der Alfred Herrhausen Gesellschaft für internationalen Dialog, "Cybersociety" ist der Titel eines Buches von Achim Bühl.

² Otfried Jarren. "Medien-Gewinne und Institutionen-Verluste? - Zum Wandel des intermediären Systems in der Mediengesellschaft: Theoretische Anmerkungen zum Bedeutungszuwachs elektronischer Medien in der politischen Kommunikation". In: Otfried Jarren (Hrsg.). Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen: Elektronische Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske und Budrich, 1994: S. 23-34, hier: S. 25.

und Etablierungszeiträume, die bei der Betrachtung der beiden Medien eine unterschiedliche Herangehensweise notwendig machen - eine strukturelle Betrachtungsweise beim Fernsehen, das wesentlich durch seine etablierte, institutionelle und organisatorische Form bestimmt ist und eine eher exemplarische beim Internet, das sich noch in der Etablierungsphase befindet und als offenes System noch (?) wesentlich weniger von institutionellen Strukturen abhängig ist - lassen eine Gliederung, die sich primär an den Medien orientiert, sinnvoll erscheinen.

Um sich einer Antwort auf die im Titel der Arbeit genannte Frage anzunähern, sind folgende übergeordnete Fragestellungen im Kontext dieser Arbeit von besonderem Interesse:

- 0 Wie werden politische Themen durch die zu behandelnden Medien dargestellt, bzw. wie werden politische Fragestellungen vermittelt?
- 0 Wird der politische Diskurs in der Gesellschaft durch diese Medien gefördert oder kann dieser gar über diese Medien geführt werden?
- 0 Wie tragen die zu behandelnden Medien zur politischen Meinungs- und somit auch Willensbildung bei? Unterstützen sie eine Vielfalt der Meinungen oder sind sie "Sprachrohre" bestimmter gesellschaftlicher Gruppen?
- 0 Tragen diese Medien darüberhinaus auch dazu bei, aufgrund eines breiten gesellschaftlichen Diskurses einen Konsens zu finden oder erklären, legitimieren bzw. kritisieren sie lediglich bereits getroffene Entscheidungen?

Als Abschluß soll schließlich die Frage gestellt werden, ob computervermittelte Kommunikation eine (ergänzende) demokratische Infrastruktur bilden kann und welche Forderungen bzw. Voraussetzungen, hierzu zu erfüllen sind.

Themen wie Internet, Multimedia u.ä. sind zu einer Modeerscheinung geworden. Während vor einem Jahr noch kaum Literatur in Buchform erhältlich war, wird der Markt in jüngster Zeit geradezu überschwemmt und die Literaturlage somit zunehmend unübersichtlicher. Dabei konnte es wohl nicht ausbleiben, daß viele der Titel von nicht allzu sachverständigen Menschen geschrieben wurden und lediglich eine Sammlung populärer Vorurteile, verkürzter Darstellungen oder technischer Träumereien beinhalten. Als Quelle für die Beschreibung neuester Entwicklungen können oftmals nur Zeitungs- oder Zeitschriftenartikel oder Artikel aus verschiedenen Bereichen des Internet dienen.³

³ Eine Auswahl der Grundlagenliteratur zu den Themen Fernsehen und Internet, die über die tagesaktuelle Entwicklung hinaus von Interesse ist, findet sich zu Beginn der jeweiligen Teile der Arbeit.

Aufgrund der rasanten Entwicklung dieses Mediensektors sollen die jüngsten Veränderungen, die nicht mehr in die Arbeit selbst Eingang finden konnten, in einem Kapitel am Ende der Arbeit ganz kurz dargestellt und bewertet werden.

TEIL I: THEORIE

2. Begriffsbestimmungen⁴

- Kommunikation:

von lat. communicare = vereinigen

Der Begriff Kommunikation wird in einer Vielzahl von Definitionen verwendet, die sich z.T. mit anderen Begriffen wie Reaktion, Interaktion oder Verhalten überschneiden oder mit diesen sogar gleichgesetzt werden.⁵

Um den Begriff der interaktiven Kommunikation (Interaktion) als Teilbereich der Kommunikation definieren zu können, erscheint es sinnvoll, in dieser Arbeit von einer äußerst weit gefaßten Definition auszugehen.

So soll interpersonale Kommunikation⁶ zunächst Beziehungen der Kommunizierenden benennen, bei denen über Sprache, Zeichen oder Symbole Informationen ausgetauscht oder vermittelt werden, Kommunikation also *"verstanden als habitualisierter oder reflektierter Austausch von Gesten, Zeichen, 'Informationen' und deren Interpretation ..."*⁷

Kommunikation verläuft prozeßhaft über mindestens drei Stationen:

1. Sender = Verschlüsselung ("Encodierung")
2. Nachricht = Übermittlung ("Signalisierung")
3. Empfänger = Entschlüsselung ("Decodierung" oder "Interpretation")

Entscheidend für das Zustandekommen von Kommunikation ist die (zumindest teilweise) Identität des für die Aussage benötigten Zeichenvorrats des Senders mit demjenigen des Empfängers.

⁴ Die Begriffsbestimmungen sollen keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit haben, sondern lediglich als "Verständigungsgrundlage" für diese Arbeit dienen, um Verwirrungen infolge unterschiedlicher Begriffsauslegungen zu vermeiden.

⁵ Vgl. Michael Kunczik. Massenkommunikation: eine Einführung. Köln, Wien: Böhlau, 1977: S. 2.

⁶ Auf die intrapersonale Kommunikation, die als Austausch innerhalb einer Person vor allem für die Psychologie von Interesse ist, soll hier nicht eingegangen werden. Auf die mediengebundene Kommunikation wird später bei der Begriffsklärung der Massenkommunikation einzugehen sein.

⁷ Bernard Badura/ Klaus Gloy. Soziologie der Kommunikation: Eine Textauswahl zur Einführung. Reihe Problemata. Stuttgart: Friedrich Frommann, 1972: S. 5.

- Information:

von lat. informatio = Bildung, Belehrung; informare = unterrichten

Auch der Begriff der Information hat vielerlei Bedeutungen erhalten, die von der Unterrichtung einer oder mehrerer Personen bis hin zur Bezeichnung von Daten reichen. Der Begriff Information wird v.a. dann gebraucht, wenn es sich um eine logisch in sich abgeschlossene Einheit handelt.⁸ In der vorliegenden Arbeit soll Information als der Inhalt einer Nachricht oder Mitteilung und somit als transportiertes bzw. vermitteltes Wissen oder auch Meinung verstanden werden.

- Massenkommunikation:

oder auch "mediengebundene Kommunikation" wurde bisher i.A. definiert als *"jene Form indirekter zwischenmenschlicher Verständigung, die an ein prinzipiell unbegrenztes, anonymes, heterogenes und räumlich-zeitlich verstreutes (disperses) Publikum gerichtet ist, die überwiegend einseitig vom Kommunikator zum Rezipienten (Leser, Hörer, Zuschauer, Nutzer) verläuft und wegen der hohen ökonomisch-technischen Voraussetzungen bisher typischerweise in arbeitsteiligen Großorganisationen (Rundfunkanstalten, Verlagen, Medienkonzernen usw.) produziert wird"*⁹. Inwieweit diese Definitionen nach der weiteren Verbreitung von computergestützten Medien, einer möglicherweise daraus resultierenden Gleichstellung von Kommunikator und Rezipient sowie abnehmenden technischen und finanziellen Voraussetzungen einer Überarbeitung bedürfen, bleibt abzuwarten.

Die Massenmedien können also allgemein verstanden werden als *"technische und organisatorische Infrastruktur der Massenkommunikation"*.¹⁰

- Interaktion, Interaktivität:

"Begriff soziolog. Theorien für das aufeinander bezogene Handeln zweier oder mehrerer Personen in dem Sinne, daß entweder 1. die Handelnden ihr Handeln wechselseitig an einander komplementären Erwartungen (Rollenvorstellung, Situati

⁸ Vgl. Ohne Autor. "Von 'Analphabeten' bis 'Zweisprachigkeit': Begriffe zum Thema Kommunikation". GEO Wissen: Kommunikation o.Jg. (2/1989): S. 200-214, hier: S. 205.

⁹ Klaus Merten. Kommunikation. Eine Begriffs- und Prozeßanalyse, 1977. Zit. nach: Heribert Schatz/ Christofer Habig/ Nikolaus Immer. "Medienpolitik". In: Klaus von Beyme/ Manfred G. Schmidt (Hrsg.). Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990: S. 331-359, hier: S. 332.

¹⁰ Peter Hunziker. Medien, Kommunikation und Gesellschaft: Einführung in die Soziologie der Massenkommunikation. Die Soziologie: Einführungen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1988: S. 15.

onsdefinition) orientieren oder 2. das Handeln einer Person (Reiz) dasjenige der anderen (Reaktion) auslöst."¹¹

Um einen Gebrauch des Begriffes "Interaktion" im Kontext dieser Arbeit überhaupt sinnvoll zu machen, muß die Definition auch auf eine Mensch-Maschine-Interaktion ausgedehnt werden (Wie dies i.A. Sprachgebrauch ja mittlerweile auch geschehen ist.) Man könnte also unterscheiden:

Eine weite Definition:

Jegliches Handeln einer Person, das eine "Reaktion" auslöst. Dann muß allerdings auch eine technisch vermittelte (Aus-)Wahlmöglichkeit, bspw. die Umschaltmöglichkeit beim Fernsehen, als Interaktion bezeichnet werden.

Eine enge Definition:

Das Handeln einer Person, das eine spezielle (individuelle) Reaktion auslöst, und so die Möglichkeit einer wechselseitigen Fortsetzung bietet.¹²

- Telekommunikation:

Ein Sammelbegriff für alle Formen von Kommunikation mit Hilfe nachrichtentechnischer Übertragungsverfahren. Dabei kann es sich sowohl um Mensch-Maschine-Mensch-, als auch um Mensch-Maschine- oder Maschine-Maschine-Kommunikation handeln. Nach der benötigten Übertragungskapazität unterscheidet man zwischen schmalbandigen (z.B. Fernsprechen, Fernschreiben, Bildschirmtext) und breitbandigen (z.B. Datenübertragung, Fernsehkonferenz, Bildfernsprecher) Diensten sowie nach einseitig gerichteter und zweiseitiger Kommunikation. Die wichtigsten Formen sind: Sprach-, Text-, Bild- und Datenkommunikation.¹³

- Computervermittelte Kommunikation:

Für diese Arbeit soll der Begriff der computervermittelten Kommunikation, der dem englischen Begriff "Computer Mediated Communication" entliehen ist, weit gefaßt werden als jegliche *"technisch vermittelte interpersonale Kommunikation"*¹⁴ und

¹¹ Meyers Lexikonredaktion (Hrsg.). MEYERS großes Taschenlexikon in 24 Bänden. 3. Aufl. Mannheim, Wien, Zürich: B.I. Taschenbuchverlag, 1990.

¹² Eine ausführliche Besprechung des Begriffes "interaktives Fernsehen" findet sich zu Beginn des Kapitels 5 "Interaktivität im Fernsehen" auf Seite 33.

¹³ Vgl. Klaus Brepohl. Lexikon der neuen Medien. 6. Aufl. Köln: Dt. Inst.-Verl., 1993: S. 152f.

¹⁴ Vgl. z.B. Lajos Balint. "Computer-Aided Human-to-Human Interaction: The HCHI-Approach". URL: <http://www.uni-koeln.de/themen/cmc/text/balint.94.txt>. Oder: John December. ("[...] the study of human communication via computers. This field of study is called Computer-Mediated Communication (CMC).") "CMC Studies Center: Welcome". URL: <http://www.december.com/cmc/study/center.html>. Eine Übersicht über alle in der Arbeit genutzten Quellen aus dem Internet findet sich (mit Verweisen zu den jeweiligen Quellen) im World Wide Web unter der Adresse: URL: <http://stud-www.uni-marburg.de/~Hecht/magister/>.

Interaktion, für deren nachrichtentechnische Übermittlung Computer bzw. Computernetzwerke genutzt werden.

- Infrastruktur:

Die allgemeine Definition der *"Gesamtheit aller durch Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts getragenen Einrichtungen der sog. Versorgungsverwaltung"*¹⁵ soll dem Thema der Arbeit entsprechend eingeschränkt werden auf die Einrichtungen der elektronischen Massenkommunikation. Dem allgemeinen Druck zur Deregulierung und Privatisierung Folge tragend¹⁶, muß jedoch von Einrichtungen ausgegangen werden, die allgemein zugänglich sind, sich aber nicht unbedingt in öffentlicher Trägerschaft oder unter direkter öffentlicher Kontrolle befinden müssen und durchaus gewinnorientiert arbeiten können.

Deshalb soll hier die *"Gesamtheit aller Einrichtungen, die der nachrichtentechnischen Übermittlung von Massenkommunikation dienen"*, als Definition von Infrastruktur gelten.

- Virtuell, Virtualität, Virtuelle Realität:

virtuell: der Kraft oder Möglichkeit nach vorhanden

Virtualität: innewohnende Kraft oder Möglichkeit

Der Begriff, der in jüngster Zeit, zunächst in Form der "Virtuellen Realität" eine bisher nicht gekannte Konjunktur erfahren hat, ist zu einem Modewort geworden. Mittlerweile werden viele mit Computergraphiken in Verbindung stehende Techniken gerne als virtuell bezeichnet.¹⁷

Virtuelle Realität: *"Der Mensch erlebt die vom Computer simulierten Räume, Gegenstände und Bewegungen [und Sinnesreize, R.H.], als seien sie real vorhanden."*¹⁸ Für das Erleben von "Virtuellen Realitäten" sind im Moment Brillen mit kleinen ein-

¹⁵ MEYERS Taschenlexikon, 1990.

¹⁶ Wie in vielen anderen Bereichen auch ist bei den Massenmedien und insbesondere bei der Telekommunikation ein weltweiter "Rückzug des Staates" zu beobachten. Ein zunehmendes Vertrauen in "den Markt" führt zur Privatisierung bestehender Monopole und zum Verzicht auf regulierende Verordnungen und Vorschriften.

¹⁷ Auch wenn sie noch sehr viel realer sind als die "virtuelle Realität". So wird z.B. vom bereits existierenden "virtuellen Fernsehstudio" gesprochen. Gemeint ist damit i.A. jedoch ein noch immer vorhandenes Fernsehstudio, in dem mit der nicht gerade neuen Blue- oder Greenbox-Technik Computergraphiken als Kulisse eingestanzelt werden. Während dies m.E. lediglich eine Erweiterung und Perfektionierung einer bereits existierenden Technik darstellt und so allenfalls von einer "virtuellen Kulisse" zu sprechen ist, würde ich erst dann vom virtuellen Fernsehstudio sprechen, wenn die Sendung für den Zuschauer scheinbar aus einem realen Studio kommt, während sie in Wirklichkeit nur im Computer generiert wurde (bspw. inklusive des Moderators).

¹⁸ Brepohl, 1993: S.160.

gebauten Monitoren und Handschuhe, die die Bewegungen des Benutzers mit der "Computerrealität" synchronisieren (so daß der Benutzer bspw. den Widerstand einer nur im Computer existierenden Wand spürt), die bekanntesten Hilfsmittel. Da sich der Begriff der virtuellen Realität jedoch nicht in diesen Hilfsmitteln manifestiert, ist jegliche Form der Übertragung von Sinnesreizen, bspw. auch direkt auf die menschlichen Nerven, theoretisch durch diesen Begriff erfaßt.

Virtuell soll im Rahmen dieser Arbeit also immateriell in dem Sinn bedeuten, daß ein Gegenstand nicht real, sondern lediglich in Form von Computerdaten existiert.

- Digital, Digitalisierung:

Digital: *"In der Datenverarbeitung oder Meßtechnik: Daten oder Meßwerte in Ziffern, d.h. in Schritten darstellend; im Ggs. zu analog, stufenlos, stetig."*¹⁹ In der elektronischen Datenverarbeitung wird eine Größe gewöhnlich durch binäre Zahlen dargestellt.

Digitalisierung: Bezeichnet i.A. die Umwandlung bereits bestehender Daten in Computerdaten. So können bspw. eine Fotografie oder eine Rede digitalisiert werden. Sie verlieren dadurch die für ihr Medium bisher typische materielle Ausprägung (z.B. Foto-Negativ oder Tonband). Die technische Entwicklung geht dahin, Geräte zu entwickeln, die ohne Zwischenstufe direkt digitale Daten herstellen, also z.B. Fotokameras, die keinen Film mehr belichten, sondern die Bilder direkt auf einen Chip oder ein anderes elektronisches Speichermedium bannen. Oft wird, nicht ganz richtig, auch diese Geräteumstellung als Digitalisierung bezeichnet. Die digitale Reproduktion eines Kunstwerkes oder aber auch "der Wirklichkeit" verliert so nicht nur die ursprüngliche Aura desselben²⁰, sondern auch die Aura der Reproduktion (etwa das langsame Vergilben des Papierabzugs einer Fotografie oder das "Knistern" einer Schallplatte). Die Probleme der "Haltbarkeit digitaler Daten" außer acht lassend, kann man sagen, daß digitale Daten eine Authentizität suggerieren, die nicht durch die "kleinen technischen Mängel" gebrochen wird. Digitalisierte Bilder, Musikstücke, Reden etc. lassen sich dabei als neuer Schritt in einer Entwicklung einordnen, die mit der technischen Reproduzierbarkeit eines Gegenstandes oder Kunstwerkes begann und die über immer "echter" wirkende Abbildungen

¹⁹ MEYERS Taschenlexikon, 1990.

²⁰ Wie dies von Walter Benjamin beschrieben wurde. Walter Benjamin. Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Edition Suhrkamp 28. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1963: S. 15.

(Reproduktionen) dem - vorläufig erkennbaren - Endpunkt der Virtuellen Realität entgegenstrebt.²¹

²¹ Auf weiterführende Aspekte der Digitalisierung und eine Begriffsbestimmung zu digitalem Fernsehen wird in Kapitel 6 "Digitales Fernsehen" auf Seite 43 noch einzugehen sein.

3. Massenkommunikation und Demokratie

3.1. Demokratie

Da es keine allseits akzeptierte Lehrmeinung oder Definition für den Begriff Demokratie gibt, der sich trotzdem (oder gerade deswegen) zu einem Schlüsselbegriff der modernen politikwissenschaftlichen Semantik entwickeln konnte, erscheint es für die Arbeit sinnvoll, sich zunächst diesem Begriff zuzuwenden. Ohne näher auf die verschiedenen Demokratietheorien eingehen zu wollen, sollen von einem Abriß der historischen Begriffsentwicklung ausgehend die wichtigsten Kerngedanken, bzw. konstituierenden Elemente von Demokratie erarbeitet werden²², um dann im Kapitel 3.2. einen kurzen Blick auf die den Massenmedien zugedachten Funktionen und deren Umsetzung zu werfen.

Der Begriff Demokratie leitet sich von den griechischen Wörtern *demos* (=Volk) und *kratein* (=herrschen) ab. Demokratie ist also "Volksherrschaft". Von Aristoteles wurde die Demokratie als Entartungsform der Politie beschrieben. Bis in die Neuzeit wurde sie fast ausschließlich als Begriff der Staatsformenlehre gebraucht. Infolge der amerikanischen und französischen Revolution wurde Demokratie zu einem Tendenzbegriff, der fortan nicht lediglich eine Verfassungsform beschrieb, sondern auch die bürgerlich-liberalen Autonomie- und Mitbestimmungsforderungen einschloß. Die Begriffe Demokratie und Demokratisierung wurden prägend für den Übergang vom Konstitutionalismus zum modernen Verfassungsstaat. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts fand zudem oft eine semantische Gleichsetzung von Demokratie und Republik statt.

Der Begriff "Volksherrschaft" ist heute kaum noch geläufig. Er wurde in der Moderne weitestgehend durch den Begriff "Volkssouveränität" ersetzt, der sich zur Beschreibung der entstehenden Repräsentativsysteme wesentlich besser eignete.

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland findet sich der Gedanke der Volkssouveränität in Art. 20, Abs. 2:

*"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."*²³

²² Es wird hierbei v.a. um die konstituierenden Elemente von Demokratie gehen, über die ein weitgehender Konsens zwischen den verschiedenen Demokratietheorien besteht und an denen sich das "staatstragende Demokratieideal" der Bundesrepublik orientiert. Daß Demokratie dabei nicht nur als Regierungssystem betrachtet werden kann, wie dies von Schumpeter und vornehmlich konservativen Politikern vertreten wird, geht ja schon aus dem Titel der Arbeit hervor.

²³ Wie wichtig dieser Gedanke den Schöpfern des Grundgesetzes war, läßt sich auch daraus ableiten, daß Art. 20 der erste Artikel nach den Grundrechten ist (deren Hervorhebung durch Voranstellung sich wohl aus den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Herrschaft erklärt und die den

Anders formuliert: Herrschaft muß grundsätzlich durch das Volk legitimiert werden, die Willensbildung sollte also von unten nach oben erfolgen²⁴ oder: Demokratie herrscht, wenn *"die Regierung für das Volk da ist und nicht umgekehrt"*.²⁵

Da die Volkssouveränität in repräsentativen Demokratien v.a. in Wahlen ihren Ausdruck findet und sich im wesentlichen auch auf diese beschränkt, kommt den Wahlen eine besondere Bedeutung zu. Sie müssen deshalb frei, wiederkehrend und konkurrenzbestimmt sein.²⁶

Die Kriterien, daß Wahlen wiederkehrend und konkurrenzbestimmt sein sollen, sind für diese Arbeit nicht weiter relevant, wohl aber die Freiheit der Wahl. Die Freiheit der Wahl ließe sich neben dem "fehlenden" Zwang oder Druck zu einer bestimmten Entscheidung auch an einer "autonomen öffentlichen Meinung"²⁷ und politisch interessierten und informierten Wählern festmachen.²⁸ Daß der politisch interessierte Wähler in erster Linie eine Herausforderung für die politische Bildung darstellt, dürfte außer Frage stehen, ebenso wie die Information des Wählers und die "autonome öffentliche Meinung" wohl existenziell zu den Aufgaben der Massenmedien zu rechnen sind. Die Bedeutung, die der öffentlichen Meinung und ihren "Institutionen" - den Massenmedien²⁹ - in der Bundesrepublik zugeschrieben wird, zeigt sich in der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts: *"Das durch Art. 5 GG gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung, Presse-, Rundfunk-, Fernseh- und Filmfreiheit sind für eine freiheitliche demokratische*

"Vorrang des Menschen und seiner Würde gegenüber der Macht des Staates betonen" soll. BVerfGE 7, 28 [205].)

²⁴ Vgl. Giovanni Sartori. Demokratietheorie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 44. Wenn ich mich im Folgenden des öfteren auf Sartori beziehe, so vor allem aus dem Grund, daß er den liberalen Demokratiedanken, der u.a. der Bundesrepublik zugrunde liegt, repräsentiert. Defizite, wie sie z.B. Karl Mittermaier und Meinhard Mair sehen (Karl Mittermaier/ Meinhard Mair. Demokratie: Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1995: S. 186-196.), mögen durchaus zutreffen, sind für diese an der Wirklichkeit der BRD orientierten Arbeit jedoch nicht relevant.

²⁵ Sartori, 1992: S. 44.

²⁶ Vgl. Sartori, 1992: S. 143.

²⁷ Sartori, 1992: S. 122. Sartori versteht *"ein Bildungssystem, das kein Indoktrinationssystem ist"* und *"eine Gesamtstruktur vielfältiger und verschiedenartiger Einfluß- und Informationszentren"* als Bedingung für eine autonome öffentliche Meinung (S. 108). Dem möchte ich mich hier anschließen.

²⁸ Vgl. Sartori, 1992: S. 94ff und 116f.

²⁹ Vgl. Winand Gellner. "Öffentlichkeit, Medien und Politik". In: Rupert Breitling/ Winand Gellner (Hrsg.). Machiavellismus, Parteien und Wahlen, Medien und Politik: Politische Studien zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Erwin Faul. Universität Trier. Trier: Maisch und Queck, 1988: Teil III, S. 3-12, hier: S. 4.

Staatsordnung schlechthin konstituierend."³⁰ Es ist "eine wesentliche Voraussetzung für eine freie politische Willensbildung des Volkes."³¹ "Freie Meinungsbildung als Voraussetzung sowohl der Persönlichkeitsentfaltung als auch der demokratischen Ordnung vollzieht sich in einem Prozeß der Kommunikation, der ohne Medien, die Informationen und Meinungen verbreiten und selbst Meinungen äußern, nicht aufrechterhalten werden könnte. Unter den Medien kommt dem Rundfunk wegen seiner Breitenwirkung, Aktualität und Suggestivkraft besondere Bedeutung zu."³²

Die "Herstellung einer autonomen öffentlichen Meinung" oder die "Herstellung von Öffentlichkeit" werden oft als die Funktion der Massenmedien bezeichnet.³³ Diese läßt sich jedoch zumindest in vier Hauptfunktionen unterteilen.

3.2. Die Funktionen der Massenmedien

- Informationsfunktion

Noch einmal von der Volkssouveränität ausgehend verlangt die Demokratie normativ nach "vollkommener Transparenz"³⁴, damit "das Volk" das Handeln seiner Repräsentanten verstehen und kontrollieren kann.

Diese "vollkommene Transparenz" verlangt eine "sachorientierte und anschauliche, detaillierte und umfassende Darstellung von Problemen, Ereignissen, Zuständen, Institutionen und Persönlichkeiten aus allen Sektoren der Gesellschaft."³⁵

Wichtig ist dabei, daß nicht nur oberflächliches Faktenwissen vermittelt wird, sondern Zusammenhänge aufgezeigt werden und zur Urteilsbildung und Orientierung verholfen wird.³⁶ Denn der Bürger soll durch die Informationen der Medien befähigt

³⁰ BVerfG E 20, 56 [97].

³¹ BVerfG E 50, 234 [240].

³² BVerfG E 90, 60 [87].

³³ Die Funktionen der (Massen-)Medien werden allerdings, je nach Standpunkt, äußerst unterschiedlich dargestellt. Einen Überblick bietet z.B. Ulrich Sarcinelli in seinem Beitrag "Massenmedien und Politikvermittlung - Eine Problem- und Forschungsskizze". In: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.), Medien und Politik, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 37-62, hier: S. 38ff. In dieser Arbeit soll jedoch keine ausführliche Beschäftigung mit den unterschiedlichen Demokratie- und Medientheorien stattfinden, sondern lediglich ein allgemeiner Überblick ohne Gewichtung der Funktionen vorgenommen werden.

³⁴ Vgl. E. Downs. Economic Theory of Democracy. Zit. nach: Rudolf Wildenmann/ Werner Kaltefleiter, Funktionen der Massenmedien, Demokratische Existenz heute: Schriften des Forschungsinstituts für politische Wissenschaft der Universität zu Köln, Heft 12. Frankfurt/Main, Bonn: Athenäum, 1965: S. 16.

³⁵ Horst Holzer, Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland, Piper Sozialwissenschaft, Band 3. München: Piper & Co, 1971: S. 35f.

³⁶ Vgl. Thesen der Evangelischen Kirche in Deutschland zu den publizistischen Medien: Auszug aus der Studie "Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken". Media Perspektiven: Dokumentation o.Jg. (1/1986): S. 36-40, hier: S. 38.

werden, *"die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge in einer demokratischen Gesellschaftsordnung zu verstehen sowie seine eigenen Interessenlagen und Handlungsmöglichkeiten zu erkennen. Er kann sich über die Absichten und Handlungen aller an politischen Entscheidungen beteiligten Personen, Gruppen oder Institutionen so informieren, daß er in die Lage versetzt wird, selbst in die politischen Entscheidungsprozesse einzugreifen."*³⁷ Die Informationsfunktion (oder auch Berichts- und Informationsgewalt) *"wird dadurch verstärkt, daß der Staat von sich aus kaum informiert, wenn man von Gesetzes- und Amtsblättern, vereinzelt Warnungen und der Abhaltung von Pressekonferenzen absieht."*³⁸

- Artikulationsfunktion

Den Massenmedien obliegt es, die Meinungen der Bevölkerung zu artikulieren. Dabei ist die Berücksichtigung aller gesellschaftlichen Gruppeninteressen nötig, also auch die von Gruppen, die sich auf dem Markt oder in der Politik nicht behaupten können.³⁹ Eine demokratische Meinungs- und Willensbildung ist nur möglich, wenn alle Meinungen artikuliert werden können.⁴⁰ Massenmedien haben also für die "Gleichheit der Chancen beim Prozeß der Meinungsbildung"⁴¹ zu sorgen, indem sie den Pluralismus der Gesamtgesellschaft in sich reproduzieren.⁴² *"Die Demokratie und der für die Demokratie essentielle Prozeß der gesellschaftlichen Kommunikation bedürfen nicht nur dieser Vielfalt medialer Artikulationschancen, sondern auch der Sicherung des Dialogs, der Diskussion"*.⁴³

- Kritik- und Kontrollfunktion

Aufgrund der intensiven und "unabhängigen" Beschäftigung mit Politik wird den Massenmedien eine umfassende Kritik- und Kontrollfunktion zugeschrieben. Sie

³⁷ Diese, m.E. mehr ein Ideal als die Realität beschreibende (Ziel-)Vorstellung findet sich bei: Peter Kaupp, Presse, Hörfunk, Fernsehen: Funktion, Wirkung; ein medienkundliches Handbuch. Frankfurt/Main: dipa, 1979: S. 12.

³⁸ Rolf Stober. "Medien als vierte Gewalt - Zur Verantwortung der Massenmedien". In: Wittkämper (Hrsg.), 1992: S. 27-36, hier: S. 29. (Hervorhebung von mir).

³⁹ Da diese Vorstellung eng an den Gedanken des Sozialstaates anknüpft, ist das Maß ihrer praktischen Umsetzung abhängig von der Verwurzelung des Sozialstaatsgedankens in der Gesellschaft. Aus diesem Grund wird die Artikulationsfunktion in verschiedenen demokratischen Gesellschaften sehr unterschiedlich wahrgenommen.

⁴⁰ Vgl. Wildenmann/ Kaltefleiter, 1965: S. 16 und 28f.

⁴¹ BVerfG E 25, 26 [265].

⁴² Vgl. Holzer, 1971: S. 37 und Wildenmann/ Kaltefleiter, 1965: S. 44f.

⁴³ Langenbucher, Wolfgang R.. "Braucht eine demokratische Gesellschaft öffentlichen Rundfunk?". Media Perspektiven o.Jg. (11/1990): S. 699-716, hier: S. 707.

werden oft als "vierte Gewalt"⁴⁴ bezeichnet, wobei sie als solche jedoch nicht den drei konstitutionellen Gewalten beigelegt, sondern vielmehr diesen wie auch jeder anderen "Gewalt" (z.B. im kulturellen oder wirtschaftlichen Bereich) als Widerpart, Kontrollinstanz und Mittler gegenübergestellt werden.⁴⁵

Oft wird auch *"politische Integration (Systemstabilisierung) bei gleichzeitiger Erhaltung der Responsivität politischer Institutionen"*⁴⁶ als Aufgabe der Massenmedien beschrieben. Äußerst selten findet sich in der Literatur hingegen der Verweis, daß die *"öffentliche Wächtertätigkeit lediglich auf die Beseitigung von Funktionsmängeln der etablierten demokratischen Institutionen"* abzielen darf. Stellen *"publizistische Aktivitäten das politische System als solches in Frage, werden sie ihrerseits als mißbräuchliche Machtanmaßung gewertet und als solche mehrheitlich abgelehnt. [...] Hält man hingegen den Zustand des politischen Systems grundsätzlich für mangelhaft und veränderungsbedürftig, so kann man im unangepaßten Journalismus durchaus eine positive Chance für die Fortentwicklung der politischen Kultur sehen."*⁴⁷

Jede Kritik und Kontrolle, Information und Herausbildung öffentlicher Meinung wird also unabhängig vom Volkswillen in die Schranken der Systemkonformität verwiesen.

- Soziokulturelle Funktionen

Massenmedien dienen in den modernen westlichen Industriegesellschaften, in denen es immer schwerer wird, viele "natürliche" Erfahrungen selbst zu erleben, als Sozialisationsinstanz. *"Das Publikum lernt die Welt durch die Aussagen der Massenkommunikation kennen und erkennen."*⁴⁸ Sie wirken bei der Entwicklung von Überzeugungen, Werten und Normen mit.⁴⁹ Ob die Massenmedien in der vielbeschworenen "fragmentierten Gesellschaft" eine Integrationsinstanz sind oder durch ihre Vielfalt gerade zu dieser Fragmentierung beitragen, soll dahingestellt

⁴⁴ Eigentlich steht "vierte Gewalt" als Synonym für soziale Gewalt, die von nichtstaatlichen Mächten ausgeht, womit vornehmlich Verbände (etwa Gewerkschaften oder auch Banken) gemeint sind. Vgl. Stober, 1992: S. 27f.

⁴⁵ Vgl. Ulrich Sarcinelli. "Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung". In: Jarren (Hrsg.), 1994: S. 35-50, hier: S. 38 oder auch Stober, 1992: S. 28.

⁴⁶ Heribert Schatz. "Ist das Fernsehen noch zu retten? Zum Funktionswandel des Fernsehens als 'Medium und Faktor der öffentlichen Meinungsbildung' ". In: Breitling/ Gellner (Hrsg.), 1988: Teil III, S. 70-90, hier: S. 71.

⁴⁷ Hunziker, 1988: S. 105.

⁴⁸ Franz Ronneberger. Kommunikationspolitik I. Institutionen, Programme, Ziele. Kommunikationswissenschaftliche Bibliothek 6. Mainz: v. Hase und Kohler, 1978: S. 29.

⁴⁹ Insbesondere bei für die Menschen neuen Phänomenen ist dies m.E. gut zu beobachten. Beim Thema Computernetzwerke (oder spezieller Internet) etwa ist die Bildung von Überzeugungen durch (vielfach unzulängliche) Medienberichte deutlich zu beobachten.

bleiben. In vielen Fällen haben Massenmedien jedoch ihre Integrationskraft unter Beweis gestellt.⁵⁰ Schließlich sollen Massenmedien unterhalten. *"Unterhaltung kann sowohl der Entspannung und Erholung, als auch der kreativen Anregung, der Bildung und der kulturellen Orientierung dienen."*⁵¹ Sie kann auch Kultur sowie Perspektiven für die Lebensführung und eigene Freizeitgestaltung vermitteln⁵² und so eine Reproduktionsleistung erbringen.⁵³

3.3. Wirkung von Massenmedien

Die Wirkungen, die den Massenmedien zugeschrieben werden, sind nach wie vor umstritten und schwanken zumeist zwischen extremen Positionen. Mit Beginn der Wirkungsforschung in den dreißiger Jahren kam zunächst das Ohnmachtsschema auf, das den Medien fast jegliche Einflußmöglichkeit absprach.⁵⁴ Es scheint, als habe das durch die Verstärkerhypothese illustrierte Ohnmachtsschema lange die politische Kommunikationsforschung gelähmt, denn alle Aktivität bezog sich in den folgenden Jahren auf die Werbeforschung, in der aus verständlichen wirtschaftlichen Interessen wesentlich heftiger um die Wirkung der Medien gestritten wurde. Erst in den sechziger Jahren gelang Herbert Marshall McLuhan der erste wirkungsvolle "Gegenschlag" gegen das Ohnmachtsschema: Zunächst 1962 mit "The Gutenberg-Galaxy" (über das Ende der "Gutenberg-Zeit" und den Aufbruch in die "Marconi-Zeit") und dann 1964 mit seiner Kritik der Medienkultur "Understanding Media: The Extensions of Man", wodurch er zum Liebling der Medien wurde. Dies dürfte sicher neben der Tatsache, daß er eben diesen Medien wieder ihre seit Beginn der Wirkungsforschung verlorene "Großmachtstellung" zugestand, auch an seinen "griffigen" Formulierungen gelegen haben. "The Medium is the Message" und das "global Village" sind eingängige Floskeln, die sich auch in der Diskussion um den "Cyberspace" wieder großer Beliebtheit erfreuen. - Und so wird McLuhan, nachdem er Ende der sechziger Jahre zum "Orakel des elektrischen Zeitalters"⁵⁵ ernannt wurde, vielfach auch zum Orakel des

⁵⁰ So z.B. über viele Jahre hinweg die Tagesschau, die quasi den Gesprächsstoff des nächsten Tages festlegte, die Lottozahlen, die "die Deutschen vor dem Fernseher versammelten", insbesondere aber auch alle Arten von "Betroffenheitsberichten", so die Berichterstattung über menschliches Leid und die daraus resultierende Spendenbereitschaft. (Jüngstes Beispiel ist die Benefizgala zu Gunsten der José Carreras-Stiftung, die so viele Spenden einbrachte, daß die Stiftung zunächst nicht wußte, was mit all dem Geld anfangen.)

⁵¹ Thesen der Ev. Kirche, 1986: S. 38.

⁵² Vgl. Thesen der Ev. Kirche, 1986: S. 38.

⁵³ Schatz. In: Breitling/ Gellner (Hrsg.), 1988: S. 71.

⁵⁴ Für lange Zeit prägend wurde die Studie von Paul F. Lazarsfeld/ Bernard Berelson/ Hazel Gaudet. The People' s Choice: How the voter makes up his mind in a presidential campaignNew York, London: Duell, Sloan and Pearce, 1944.

⁵⁵ Die Illustrierte ' Life' , zit. nach: Winfried B. Lerg. "Medienmacht und Politik". In: Wittkämper (Hrsg.), 1992: S. 14-26, hier: S. 20.

"elektronischen Zeitalters" stilisiert.

Ein "Aufsplitten" der politischen Wirkungsforschung auf die einzelnen medialen Teilbereiche⁵⁶ und die Hinwendung zu längerfristigen Untersuchungen brachte seit den sechziger Jahren eine verwirrende Vielfalt von Forschungsansätzen hervor.⁵⁷ Dabei stellte sich die oft eindimensional praktizierte Gleichsetzung von wirtschaftlicher Macht (im publizistischen Bereich) mit Medienmacht als zu simple Kausalerklärung und Denkfehler heraus. Das *"Szenario mit drei Hauptrollen, dem Trio aus Medien, Publikum und Politik, führte dazu, daß endlich jenes Gesellschaftsdrama über die Alleinherrschaft der Medien, seien diese nun mächtig oder ohnmächtig, abgesetzt werden konnte"*⁵⁸, was den weitgehenden Verlust von einfachen, alles erklärenden Ansätzen zur Folge hatte. *"Seit langem besteht also in der Zeitungs- und Kommunikationswissenschaft ein Grundkonsens dahingehend, daß zwar die genaue Wirkung der Medien auf den Rezipienten [...] nicht feststellbar ist, daß aber [...] von einer ständigen Wechselwirkung auszugehen ist: einerseits stellt die Presse [...] öffentliche Meinung dar und andererseits bildet sie diese auch."*⁵⁹ Trotzdem erfreut sich die These von der überlegenen Macht des Fernsehens, insbesondere auch in der Politik, ungebrochener Beliebtheit. Elisabeth Noelle-Neumann stützte diese *"mit ihrem Bild vom Fernsehen als dem ' getarnten Elefanten' . Diese Machtthese des Fernsehens beeinflusste seit Beginn der 70er Jahre in der Bundesrepublik die Haltung der politischen Kräfte gegenüber dem Fernsehen und führte zu einem in Wissenschaft und Praxis gleichermaßen heftigen Streit."*⁶⁰

⁵⁶ Wobei sich die Wissenschaft besonders auf das Fernsehen konzentrierte.

⁵⁷ Um nur einige der ' Hauptansätze' zu nennen: Modell von der Nutzung und vom Nutzen der Medien, Wissenskluft-Hypothese, Thematisierungshypothese, Gate-Keeper-Hypothese, Agenda-Setting White, Modell der Schweigespirale (auf das später noch kurz zurückzukommen sein wird). Vgl. z.B. Lerg. In: Wittkämper (Hrsg.), 1992: S. 25.

⁵⁸ Lerg. In: Wittkämper (Hrsg.), 1992: S. 24.

⁵⁹ Markus Kiefer. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949-1955. Dissertation Universität Gesamthochschule Essen, 1991: S. 10.

⁶⁰ Gerhard W. Wittkämper. "Medien und Politik - Einführung in die wissenschaftliche und praktische Diskussion". In: Wittkämper (Hrsg.), 1992: S. 1-13, hier: S. 9. Zur Machtthese des Fernsehens und zur ' Schweigespirale' siehe auch: Elisabeth Noelle-Neumann. Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut. München: Piper und Co., 1980. Zur Entwicklung der Theorie der ' Schweigespirale' sind besonders interessant: Dies. "Kommunikation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt". Publizistik: Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 18. Jg. (1/1973): S. 26-55. Und: Dies. "Die Schweigespirale: Über die Entstehung der öffentlichen Meinung". In: Ernst Forsthoff/ Reinhard Hörstel (Hrsg.). Standorte im Zeitstrom: Festschrift für Arnold Gehlen. Zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974. Frankfurt/Main: Athenäum, 1974: S. 299-330. (Eine Kurzfassung findet sich in: Dies. "The Spiral of Silence. A Theory of Public Opinion". Journal of Communication 24. Jg. (2/1974): S. 43-51.) Bemerkungen zur ' Schweigespirale' bei Elihu Katz: Publicity and Pluralistic Ignorance: Notes on ' The Spiral of Silence' "In: Horst Baier/ Hans M. Kepplinger/ Kurt Reumann (Hrsg.). Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981: S. 28-38. Schließlich eine Widerlegung der These von der "Schweigespirale" bei: Klaus Schönbach. Das unterschätzte Medium. Politische

TEIL II: FERNSEHEN

4. Politikvermittlung im Fernsehen⁶¹

Die Entwicklung der Fernsehlandschaft in der Bundesrepublik war seit der Einführung des Fernsehens zu Beginn der fünfziger Jahre begleitet von der Diskussion um die Vermittlung von Politik durch das Fernsehen, wobei besonders das Verhältnis zwischen dem Fernsehen und den politischen Parteien zwiespältig war - und dies nicht erst seit Noelle-Neumanns Thesen.

Mit der "Macht der Presse" hatten sich die Parteien in der jungen Bundesrepublik noch einigermaßen arrangieren können, wohl nicht zuletzt, weil man in den frühen Jahren weite Teile der Presse noch ganz in der Tradition der früheren Meinungspressen sah, in der jede politische Position ihre festen "Sprachrohre" und Gegner hatte.

Fernsehen (und Rundfunk) waren jedoch - wie später auch die Parteien, nachdem sie sich zu "Volksparteien" entwickelten - Institutionen, die sich nicht an ein durch Klasse oder Schichtung definiertes Publikum wendeten, und sie waren auch nicht eindeutig einer politischen Partei oder Richtung zuzuordnen⁶². Später wurde dem Fernsehen unter den Medien die größte politische Relevanz zugesprochen, was es für die Politik sowohl interessant als auch bedrohlich erscheinen ließ.

So war das öffentlich-rechtliche Fernsehen der Kritik und sehr schnell v.a. der versuchten Einflußnahme der Parteien ausgesetzt und befand sich in einem Spannungsfeld, das seine Auswirkungen auch auf die Politikvermittlung zeigte.

Die Unzufriedenheit der Parteien mit der Stellung und Relevanz des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, auch was die Politikvermittlung betraf, war letztendlich ein wichtiger Grund für die Zulassung privater Fernsehanbieter.

Wirkungen von Presse und Fernsehen im Vergleich. Kommunikation und Politik, Band 16. München, New York, Paris: K.G. Saur, 1983.

⁶¹ Grundlegende Literatur zu Fernsehen: Jarren, 1994. Sowie: Otfried Jarren/ Bettina Knaup/ Heribert Schatz (Hrsg.). Rundfunk im politischen Kommunikationsprozeß: Jahrbuch 1995 der Arbeitskreise "Politik und Kommunikation" der DVPW und der DGPK. Beiträge zur Kommunikation in Politik und Gesellschaft 4. Münster, Hamburg: Lit, 1995. Und: Wittkämper (Hrsg.), 1992. Oder: Hermann Meyn. Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Überarb. und akt. Neuaufl. Zur Politik und Zeitgeschichte 24. Berlin: Colloquium, 1990.

⁶² Zudem betrieben die Mitarbeiter des Fernsehens oft einen investigativen Journalismus, der von Politikern - zumindest wenn eigene Interessen betroffen sind - anscheinend in keinem Medium gern gesehen wird.

Zwischen dem Auftrag zur Information und der Furcht der Parteien vor einem zu großen Einfluß des Fernsehens auf das politische Geschehen bewegt sich eine Auseinandersetzung, die 1995 ihren vorläufigen Höhepunkt in der Forderung nach der Abschaffung der ARD fand, worauf im Kapitel 4.2.3. "Die Diskussion um den Fortbestand der ARD" noch näher eingegangen werden soll.

Im Folgenden soll die Funktion des Fernsehens als Vermittler politischer Inhalte und als Faktor der sich wandelnden Darstellung von Politik untersucht werden. Dies umfaßt prinzipiell sowohl die Informations- als auch die Artikulations- und die Kritik- und Kontrollfunktion im politischen Bereich. Im Rahmen dieser Arbeit soll jedoch primär die Informationsfunktion untersucht werden.

Am Beispiel der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten und der kommerziellen Privatsender⁶³ läßt sich die Entwicklung und Wandlung der politischen Berichterstattung verfolgen.

4.1. Besonderheiten bei der Vermittlung von Politik durch das Medium Fernsehen

Die Politikvermittlung durch das Fernsehen ist geprägt von den technischen Voraussetzungen und der Besonderheit des Mediums, den Anforderungen des Medienmarktes und den vermeintlichen Wünschen der Zuschauer. Diese Kriterien sorgen für eine Berichterstattung, die vielfach auf Kritik stößt, sowohl bei den Parteien als auch bei einzelnen Angehörigen der (öffentlich-rechtlichen) Anstalten selbst.

Ohne sich auf das Medium Fernsehen, das sich zu diesem Zeitpunkt noch im absoluten Versuchsstadium befand, beziehen zu können, hat der Publizist Walter Lippmann 1922 eine Aussage getroffen, die heute mehr denn je für die gesamte Medienlandschaft und vor allem für das Fernsehen zutrifft: *"Die Welt, mit der wir es in politischer Hinsicht zu tun haben, liegt außer Reichweite, außer Sicht, außerhalb unseres Geistes. Man muß sie erst erforschen, schildern und sich vorstellen [...] Denn die reale Umgebung ist insgesamt zu groß, zu komplex und auch zu fließend, um direkt erfaßt zu werden [...] Obgleich wir in dieser Welt handeln müssen, müssen wir sie erst in einfacheren Modellen rekonstruieren, ehe wir damit umgehen können."*⁶⁴

⁶³ Hier sollen zunächst nur Vollprogramme behandelt werden, auf Politikvermittlung durch die Spartenkanäle (in diesem Fall der Fernsehnachrichtenkanäle) wird in Kapitel 6.2. "Zielgruppen TV" auf Seite 45 noch einzugehen sein.

⁶⁴ Zit. nach: Ulrich Sarcinelli. "Fernsehdemokratie: Symbolische Politik als konstruktives und destruktives Element politischer Wirklichkeitsvermittlung". In: Wolfgang Wunden (Hrsg.). Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zur Medienethik, Bd. 2. Hamburg, Stuttgart: Steinkopf; Frankfurt/Main: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik, Abt. Verl., 1994: S. 31-41, hier: S. 31.

Gerade die Simplifizierung komplexer Zusammenhänge, wie sie häufig in der Fernsehberichterstattung und hierbei vor allem in den Nachrichtensendungen vorgenommen wird, erfährt vehemente Kritik von vielen Seiten. Das Fernsehen vermittelt nur in geringem Maße ein Bild der realen Politik, die durch die zähe Arbeit in Gremien, langwierige Verhandlungen und vor allem durch die Arbeit auf der mittleren Ebene⁶⁵ gekennzeichnet ist. Politik wird stattdessen zum größten Teil auf medienwirksame Ereignisse verkürzt. Durch den Zwang der Visualisierung findet zudem eine Nachrichtenauswahl statt, die sich häufig an Personen orientiert, da diese sich zugegebenermaßen besser in Szene setzen lassen als die alltägliche Gremienarbeit. Politik wird so personalisiert und als Geschäft mächtiger Männer dargestellt. Das Prozeßhafte der Politik wird bei der Vermittlung durch das Fernsehen zumeist nicht deutlich, Zusammenhänge werden aufgelöst und durch Einzelbilder ersetzt.⁶⁶ Die Informationsfunktion wird so in weiten Teilen nur unzureichend erfüllt. Für viele Menschen entsteht ein Bild von Staat und Regierung, das nichts oder zumindest wenig mit Demokratie zu tun hat.

Der Stellenwert von Nachrichten orientiert sich vorrangig an dem Kriterium der Aktualität, so daß wichtige, jedoch nicht mehr unter den Aspekt "Neuigkeit" fallende Prozesse nicht vermittelt, sondern durch die Berichterstattung über aktuelle Katastrophen o.ä. ersetzt werden. Auch die politische Berichterstattung scheint sich am vermeintlichen Zuschauerinteresse orientieren zu müssen und versucht durch Abwechslung, Prominenz der Akteure, Skurriles und den gewissen "human touch" der Langeweile des Zuschauers vorzubeugen. Nachrichten werden dadurch zum sogenannten "Infotainment", dessen tatsächlicher Informationsgehalt vielen fragwürdig erscheint. Friedrich Krotz bemerkt hierzu, *"daß die Tendenz des Leitmediums Fernsehen, Nachrichten und Informationen in einen bunten und unterhaltenden Bilderreigen aufgehen zu lassen, zum Orientierungsverlust der Bürger maßgeblich beiträgt"*.⁶⁷ Das "Leitmedium Fernsehen" prägt jedoch nicht nur das Bild von der Politik, sondern auch die Politik selbst. *"Schon die bloße Tatsache der Berichterstattung beeinflusst ein Ergebnis, begünstigt Ritualisierungen, Inszenierungen."*⁶⁸ Inszenierungen sind

⁶⁵ Gemeint sind Abgeordnete und Funktionäre, die nicht den "öffentlichkeitswirksamen Gremien", wie etwa dem Parteivorstand, angehören, mit ihren Mitarbeitern aber die Ideen, Entwürfe und Vorlagen entwickeln, die dann von anderen öffentlichkeitswirksam vorgestellt werden.

⁶⁶ Dies gilt sicherlich vor allem für die Nachrichtensendungen, die wegen ihrer unzusammenhängenden Einzelbeiträgen kein Bild der strukturellen Bedingungen vermitteln können. Magazinsendungen versuchen demgegenüber häufig, auch über Hintergründe und Zusammenhänge zu informieren.

⁶⁷ Friedrich Krotz. "Krise der Politik, Krise der Medien: Thesen zur Lage der Politik-Vermittlung". *Funk Report* o.Jg. (15/1992): S. 1-7, hier: S. 1.

⁶⁸ Sarcinelli. In: Wunden (Hrsg.), 1994: S. 33f. Er bezieht sich hier auf: Marie-Luise Kiefer. "Massenkommunikation 1990". *Media Perspektiven* o.Jg. (4/1991): S. 244-261.

vor allem vor Wahlen zu beobachten, wenn es für die einzelnen Politiker oder Parteien darum geht, von den Medien wahrgenommen zu werden. Aber auch im politischen Alltagsgeschäft kommt der Medienwirkung einzelner Akteure immer größere Bedeutung zu. Selbstdarstellungskompetenz wird zu einem wichtigen Faktor einer politischen Laufbahn, trotz aller Ausnahmen von dieser Regel. Der Zwang zur Selbstdarstellung führt zu einem verzerrten Bild der Politik als Schaukampf und Schlagabtausch. Sachkompetenz wird durch rhetorisches Können ersetzt, da dieses einen größeren Erfolg beim Publikum erzielt als lange Erklärungen politischer Sachverhalte.

Je weniger der Zuschauer jedoch in der Lage ist, politische Zusammenhänge und Kontinuitäten zu erkennen, desto eher wird sich auch seine eigene Meinung auf Parolen und eindimensionale Floskeln reduzieren. Das Bild von "denen da oben" wird maßgeblich mitgeprägt durch verkürzte, vereinfachende Medienberichterstattung. Handlungskompetenz und politische Mitbestimmung, wie sie für ein demokratisches System erforderlich sind, können durch eine Berichterstattung, die im Zuschauer Resignation und innere Distanz hervorruft, indem sie politische Prozesse nicht transparent macht, nur schwerlich gefördert werden.

Dabei eröffnen die besonderen Qualitäten des Fernsehens, so v.a. die der Visualisierung, die neben den genannten Nachteilen auch Chancen birgt, die Möglichkeit, Themen und Ansichten zu transportieren, die zunächst nicht den Vorstellungen des Zuschauers entsprechen. Wird ein Sujet jedoch auf interessante, unterhaltsame Weise vermittelt, kann der Zuschauer sich damit auseinandersetzen, seinen Horizont erweitern und bei seiner Meinungsbildung neue Aspekte berücksichtigen. Auch dieser Abbau von Wahrnehmungsbarrieren kann als ein Bestandteil funktionierender Öffentlichkeit gesehen werden.⁶⁹

Nachdem bis zum Ende der siebziger Jahre vor allem der Presse eine Agenda-Setting-Funktion zugesprochen wurde, hat in neuerer Zeit das Fernsehen als Vermittler gerade auch politischer Informationen diese Aufgabe übernommen. *"Dem Fernsehen wird [...] die größte Glaubwürdigkeit zugeschrieben (Kiefer 1991), wenn es um die Vermittlung von Informationen geht. Durch den nationalen Charakter der Nachrichtensendungen haben diese wesentlich stärker als Lokalzeitungen ein gleichrichtendes Element."*⁷⁰

Auch wenn insbesondere seit der Medienberichterstattung über den Golfkrieg 1990/91 das Vertrauen des Zuschauers in die Glaubwürdigkeit der Bilder und somit

⁶⁹ Vgl. Horst Pöttker. "' Die niederen Leidenschaften und das Gemeinschaftsleben der Nation' : Zur fortschreitenden Ausdifferenzierung von Öffentlichkeit durch dualen Rundfunk". In: Wunden (Hrsg.), 1994: S. 95-112, hier: S. 99.

⁷⁰ Hans Bernd Brosius. "Agenda-Setting nach einem Vierteljahrhundert Forschung". Publizistik: Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 39. Jg. (3/1994): S. 269-288, hier: S. 273.

in die gesamten Fernsehnachrichten abgenommen haben sollte, so wird dem Fernsehen unter den Medien doch weiterhin die größte Glaubwürdigkeit zugeschrieben.⁷¹ Trotzdem wird die Berichterstattung kritischer aufgenommen als zuvor, Eigenarten der audiovisuellen Vermittlung politischer Inhalte und Botschaften werden verstärkt wahrgenommen, was m.E. zu einer größeren Skepsis gegenüber der Fernsehberichterstattung geführt hat.

4.2. Politikvermittlung vor und nach Einführung des dualen Systems

Bis 1984 bestand in der Bundesrepublik, was die Politikvermittlung durch das Fernsehen betraf, ein Monopol der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Mit dem Sendebeginn des ZDF am 1. April 1963 entstand eine zusätzliche Konkurrenzsituation innerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems, die sich auch in der politischen Berichterstattung äußerte. Bis dahin kannte das Fernsehen lediglich die Konkurrenz der einzelnen Anstalten der ARD untereinander. Der Informations- und Bildungsauftrag galt jedoch uneingeschränkt für beide Programmveranstalter, wenn auch die Auslegung dieses Auftrags auf unterschiedliche Weise erfolgte.

Die Entwicklung des Rundfunks in der Bundesrepublik wurde nach 1945 zunächst von den Vorstellungen der Alliierten bestimmt. Nie wieder sollte eine politische Einflußnahme des Rundfunks, wie sie das Dritte Reich hervorgebracht hatte, möglich sein. Aus diesem Grund wurde die Dezentralisierung des Rundfunks vollzogen und als Organisationsmodell selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts gewählt. Diese sollten sowohl vom Staat als auch von den politischen Parteien und den Wünschen der Werbewirtschaft unabhängig sein, wodurch sich auch das Finanzierungsmodell der öffentlich-rechtlichen Anstalten in Form einer Mischfinanzierung mit Schwerpunkt auf Gebühreneinnahmen erklärt.⁷² Die Gründung der Rundfunkanstalten vollzog sich in den Jahren 1948/49⁷³, wobei von jeder Rundfunkanstalt allmählich auch ein kompletter Fernsehsender aufgebaut

⁷¹ Vgl. z.B. Marie-Luise Kiefer, 1991. Und die in Stefan Krüger. "Fernsehen wird durch Fußball erst schön". *TV Today* o.Jg. (12/1996): S. 6-9, hier: S. 9. veröffentlichte Emnid-Umfrage, die dies bestätigt.

⁷² Vgl. Rüdiger Hoffmann. *Rundfunkorganisation und Rundfunkfreiheit*. Rundfunkforschung, Band 1. Berlin: Volker Spiess, 1975: S. 28ff.; Hunziker, 1988: S. 35; Meyn, 1990: S. 114. Das Bundesverfassungsgericht machte in seinem "Gebührenurteil" erneut deutlich, daß Art. 5 GG nicht nur ein Abwehrrecht gegen den Staat darstellt, wie dies in der Literatur oft vertreten wird. *"Indienstnahmen des Rundfunks drohen nicht nur von Seiten des Staates, sondern auch von gesellschaftlichen Mächten.* [Womit v.a. die Parteien gemeint sein dürften, R.H.] *Aus diesem Grund wäre es unzureichend, Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG lediglich als staatsgerichtetes Abwehrrecht zu verstehen. Der Rundfunk darf weder dem Staat noch einer gesellschaftlichen Gruppe ausgeliefert werden.*" BVerfG E 90, 60 [88].

⁷³ Die erst 1956 erfolgte Gründung des SAARLÄNDISCHEN RUNDFUNKS aufgrund der besonderen politischen Gegebenheiten bildet hierbei die Ausnahme.

wurde. Mit der Gründung der Bundesrepublik gab es auch in diesem Bereich eine Zäsur, während die ersten, noch unter alliierter Kontrolle errichteten Rundfunkanstalten zunächst noch weitgehend frei vom Einfluß der Politiker waren, übten in den unter alleiniger bundesdeutscher Verantwortung aufgebauten Rundfunkanstalten die Parlamente und Regierungen der betreffenden Bundesländer, also die Politiker, von Anfang an bestimmenden Einfluß auf die Kontrollorgane aus.⁷⁴ Am 26. Juli 1950 erfolgte der lose Zusammenschluß der Rundfunkhäuser zur ARBEITSGEMEINSCHAFT DER ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKANSTALTEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (ARD), die ihre eigentliche Bedeutung erst mit der Unterzeichnung des "Fernsehvertrags" am 27. März 1953 erhielt. Mit diesem Fernsehvertrag wurde unter anderem die Produktion eines gemeinsamen, anteilig zu produzierenden Fernsehprogramms vereinbart. Am 1. Januar 1954 startete dann das ARD-Gemeinschaftsprogramm "Deutsches Fernsehen", dessen Grundkonzeption auch heute noch unverändert gilt.

Schon 1959 gab es Pläne der damaligen Bundesregierung zur Ausstrahlung eines zweiten Fernsehprogramms durch einen kommerziellen Anbieter. Ein dementsprechender Gesetzesentwurf wurde von der Bundesregierung verabschiedet und, nachdem die Länder der Bundesregierung auf dem Fernsehsektor einen Sender des Bundesrechts verweigert hatten, die "Freies Fernsehen GmbH" mit der Produktion dieses Programms beauftragt. Der Start dieses zweiten Fernsehprogramms, das vor allem die SPD-regierten Länder als vermeintliches "Regierungsfernsehen" ablehnten, wurde 1960 durch eine einstweilige Verfügung des Bundesverfassungsgerichts gestoppt. Wenig später, am 25. Februar 1961 sprach das Bundesverfassungsgericht dem Bund endgültig die Befugnis zur Veranstaltung des zweiten Fernsehprogramms ab. Stattdessen wurde am 6. Juni 1961 der "Staatsvertrag über die Errichtung der gemeinnützigen Anstalt des öffentlichen Rechts 'Zweites Deutsches Fernsehen'" von den Ministerpräsidenten der Bundesländer unterzeichnet.⁷⁵

Bis zum Kabelpilotprojekt Ludwigshafen im Jahre 1984 wurde das Fernsehprogramm von den beiden Anbietern ARD und ZDF bestritten.⁷⁶ In diesen Jahren wurden Sendeformen geprägt, die vor allem auch auf dem Gebiet der

⁷⁴ Vgl. Hunziker, 1988: S. 35.

⁷⁵ Vgl. Meyn, 1990: S.119. Sowie: Karlhans Müller. Presse, Funk und Fernsehen: Das große Buch der Medien. Reutlingen: Ensslin und Laiblin, 1982: S. 199ff. Und Ernst W. Fuhr. ZDF-Staatsvertrag. 2. völlig neu bearb. Aufl. Mainz: v.Hase und Kohler, 1985: S. 9ff.

⁷⁶ Die später aufkommenden dritten Fernsehprogramme werden von den einzelnen Landesrundfunkanstalten der ARD, bzw. von regionalen Zusammenschlüssen betrieben. So lange dies thematisch jedoch nicht relevant ist, sollen die dritten Programme der Vereinfachung halber durch den Begriff ARD mit abgedeckt werden.

Politikvermittlung die Sehgewohnheiten und Erwartungshaltungen der Zuschauer mitbestimmen.

4.2.1. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Informationsauftrag

*"Charakteristisch für das öffentlich-rechtliche Modell ist, daß in Gesetzen und Staatsverträgen Leitgrundsätze für den Inhalt des Programms verbindlich gemacht werden. Programmausgewogenheit, Überparteilichkeit und Neutralität sind - neben einer Reihe weiterer Programmgrundsätze - die zentralen Bestimmungen, die die Rundfunkanstalten zu beachten haben."*⁷⁷ Aus diesen Bestimmungen entwickelte sich das Ordnungsmodell der Binnenpluralität, demzufolge die einzelnen Anstalten für die Meinungsvielfalt in ihrem Programm zu sorgen haben. Von politischer Seite wurde häufig sogar die Ausgewogenheit einzelner Sendungen gefordert, wozu Franz Alt äußerte: *"Ausgewogenheit ist sicher eine wichtige Voraussetzung für Journalismus einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Aber Ausgewogenheit in einem politischen Magazin läßt sich nicht mit der Stoppuhr herstellen. Ausgewogenheit kann mit Sicherheit nicht heißen, Jesus genausoviel Sendezeit geben wie Judas."*⁷⁸ Das Selbstverständnis der Anstalten läßt explizit parteiische Berichterstattung innerhalb einer Dokumentation oder einer Magazinsendung zu, wobei das Ausmaß der kritischen Berichterstattung in den Anstalten der ARD sehr unterschiedlich ist und sich auch ARD und ZDF in diesem Punkt unterscheiden. Der BAYERISCHE RUNDFUNK wurde unter anderem auch dafür bekannt, daß er sich für einzelne Sendungen, die nicht seine politische Zustimmung fanden, aus dem Gemeinschaftsprogramm der ARD ausschaltete.

Ihren Informationsauftrag hinsichtlich politischer Themen erfüllen die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten auf mehreren Ebenen:

1. Durch die täglichen Nachrichtensendungen mit festem Sendeplatz
2. Durch politische Magazine und Dokumentationen
3. Durch Sondersendungen aufgrund aktueller, wichtiger Ereignisse

Die unterschiedlichen Präsentationsformen erfüllen jeweils andere Aufgaben. Während die Nachrichtensendungen zumeist nur einen allgemeinen, oberflächlichen Überblick verschaffen, wird in den Magazinsendungen versucht, Hintergründe offenzulegen und Zusammenhänge zu veranschaulichen. Die Themen- und

⁷⁷ Barbara Pfetsch. Politische Folgen der Dualisierung des Rundfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland: Konzepte und Analysen zum Fernsehangebot und zum Publikumsverhalten. Baden-Baden: Nomos, 1991: S. 29.

⁷⁸ Zit. nach Walther Keim. "Bericht aus Bonn - Anmerkungen zum Erscheinungsbild und zur Produktionsrealität eines Nachrichtenmagazins". In: Wittkämper (Hrsg.), 1992: S. 120-130, hier: S. 128.

Meinungsvielfalt der Magazinsendungen wird innerhalb der ARD teilweise durch das Rotationsprinzip hinsichtlich der redaktionellen Verantwortung erreicht, als Beispiel seien hier die 21 Uhr-Sendeplätze am Montag und Donnerstag erwähnt.⁷⁹ Politische Dokumentationen, die häufig keinen festen Sendeplatz haben, beschäftigen sich mit einem speziellen Thema und geben v.a. die Perspektive des Autors wieder. Vielfalt wird hier durch unterschiedliche Themen, aber auch durch wechselnde Autoren gewährleistet. Es muß jedoch festgestellt werden, daß bei manchen Autoren der Eindruck entstehen kann, sie hätten einen "Alleinvertretungsanspruch" bei der Vermittlung bestimmter Themen.⁸⁰ Die Sondersendungen, die zu gegebenen Anlässen ins Programm genommen werden, sind aktuelle Korrespondentenberichte, Interviews o. ä., die teilweise durch Archivmaterial ergänzt werden und die über einen sehr unterschiedlichen Informationsgehalt verfügen, der häufig unter dem Aktualitätsdruck und der daraus entstehenden mangelnden Zeit für Recherchen zu leiden hat.⁸¹

Eine Informationsvielfalt, die der Funktion des Fernsehens als Vermittler unterschiedlichster politischer Positionen annähernd gerecht wird, entsteht erst durch die unterschiedlichen Positionen der einzelnen Sendeanstalten und die sich ergänzenden Sendeformen. Politische Information, die ausschließlich durch Nachrichtensendungen transportiert wird, trägt nicht zu einer fundierten Meinungsbildung des Zuschauers bei, ebenso wie Binnenpluralismus innerhalb einer Sendung eher zur Verwässerung von Positionen als zur Meinungsvielfalt führt.

Das Recht des Fernsehens auf Berichterstattung, wie es in Art. 5, Abs. 1 GG verankert ist, setzt in politischer Hinsicht Unabhängigkeit voraus. Unabhängigkeit war auch eines der Ziele, die schon die Alliierten für das deutsche Rundfunksystem nach 1945 erreichen wollten. Ziel war damals jedoch nicht nur Unabhängigkeit von Bundes- und Länderregierungen, also "Staatsferne", es sollte vielmehr auch verhindert werden, *"daß eine durch Zusammenschluß staatlicher, politischer, religiöser oder wirtschaftlicher Interessen entstehende Mehrheit die Oberhand gewinnt"*.⁸² Das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist jedoch bestimmt von dem Versuch der politischen Parteien, auf die Berichterstattung Einfluß zu nehmen und den Bestre-

⁷⁹ Hier sind die Sendungen Monitor(WDR), Kontraste (SFB), Panorama (NDR), Report (SWF/BR) und Fakt (MDR) beheimatet.

⁸⁰ Als Beispiel sei hier Guido Knopp erwähnt, der bei nahezu allen Produktionen des ZDF zum Themenkomplex "Drittes Reich" als Autor fungiert.

⁸¹ Bei der ARD firmieren die aktuellen Sondersendungen, gleich welcher Form, unter dem gemeinsamen Titel "Brennpunkt", beim ZDF unter "Heute journal spezial".

⁸² Generalleutnant George Hays, zit. nach Cordt Schnibben. "Die ARD ist wie die DDR". Der Spiegel 43. Jg. (46/1989): S.114-128, hier: S. 117.

bungen der Anstalten, ihre Autonomie zu wahren.⁸³

Die Rundfunkfreiheit wird i.A. als "dienende Freiheit" definiert, d.h., der *"Rundfunk darf die öffentliche Kommunikation, deren konstituierende Bedeutung für die freiheitliche Demokratie, die offene Gesellschaft, außer Frage steht, folglich nicht behindern oder einseitig steuern. Er hat vielmehr sicherzustellen, daß durch Vermittlung von Informationen und Ansichten der freie Diskurs über die vernünftigste Gestaltung von Gegenwart und Zukunft dauerhaft ermöglicht und daß das Interesse der Mehrheit an den Sorgen der Minderheit(en) und das Interesse der Minderheiten an den Überzeugungen der Mehrheit wach bleibt."*⁸⁴ Diese "dienende" Funktion der Rundfunkanstalten scheint von manchen Politikern jedoch falsch verstanden zu werden, wenn sie sich über die kritische Berichterstattung beklagen und Neutralität verlangen. In den meisten Fällen wird der Ruf nach Ausgewogenheit und Neutralität jedoch nur laut, wenn sie selbst und nicht der politische Gegner angegriffen werden. Die größte Einflußnahme der Parteien auf die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten erfolgt über die Rundfunk- und Verwaltungsräte und über die Finanzpolitik. Der praktizierte Parteienproporz bei der Personalbesetzung in den Anstalten, der teilweise schon groteske Züge annimmt, ermöglicht den Parteien eine Einflußnahme auf das Programm, die sich auch auf die Art und Weise der politischen Berichterstattung auswirkt. Nicht ohne Grund gelten manche Anstalten eher als SPD-, andere als CDU-, eine als CSU-orientiert.

Vor allem seit der Einführung des dualen Systems übt die Bundesregierung immer wieder Kritik an der Gebührenfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Über Entscheidungen zur Gebührenfestsetzung wurde und wird Rundfunkpolitik betrieben und versucht, Einfluß auf die Programmgestaltung zu nehmen. Daran ändert sich auch nichts, nachdem das Bundesverfassungsgericht im Februar 1994 das bisherige Verfahren zur Gebührenfestsetzung als teilweise verfassungswidrig bemängelt hat.⁸⁵ Die Vertreter der Staatskanzleien in der "Kommission für die Ermittlung des Finanzbedarfs" (KEF) wurden daraufhin zwar durch

⁸³ Cordt Schnibben stellte im November 1989 im SPIEGEL dazu fest: *"Auf zwei Wegen haben die Parteien von den Landesfunkhäusern Besitz ergriffen: Sie haben die ursprünglich liberalen Rundfunkgesetze so lange novelliert, bis ihr Zugriff Gesetz wurde. Und sie haben aus den Vertretern der Allgemeinheit in den Rundfunkräten Zug um Zug Parteienvertreter gemacht, auch wenn die nicht immer ein Parteibuch in der Tasche oder Handtasche haben. Gesetzlich darf in keinen Rundfunkrat mehr als ein Drittel der Mitglieder von Parteien entsendet werden, aber in Wahrheit sind es meist zwei Drittel oder sogar fast alle."* Schnibben, 1989: S. 117. Hinzu kommt der Einfluß der Parteien, in Gestalt der Landesregierungen, auf die Festlegung der Rundfunkgebühren, worauf im Folgenden noch näher eingegangen werden soll.

⁸⁴ Friedrich Nowotny. "Politik und öffentlich-rechtlicher Rundfunk - Die Sicht des Intendanten". In: Wittkämper (Hrsg.), 1992: S. 99-111, hier: S. 103f.

⁸⁵ Vgl. BVerfGE 90, 60 [96ff.].

"Sachverständige" ersetzt (die allerdings noch immer von den Ländern benannt werden)⁸⁶, das politische Druckmittel bleibt allerdings weiter erhalten. So werden sich die Länder bei der Ausgestaltung eines Staatsvertrages für die KEF das Benennungsrecht für die Mitglieder nicht nehmen lassen, denn dieses Benennungsrecht stellt in der Gebührenfrage ihre letzte Einflußmöglichkeit dar, nachdem das Bundesverfassungsgericht die Länder bei der Bewilligung von Gebührenerhöhungen weitgehend an das Prüfungsergebnis der Kommission gebunden hat.⁸⁷ Die dem 10. Bericht der KEF im Frühjahr 1995 vorausgehenden Äußerungen von Politikern machten klar, daß gleichzeitig die Versuchung, auf die Arbeit der Kommission Einfluß zu nehmen, stärker wird.⁸⁸ Mit der Indexierung (zumindest eines größeren Teiles) des Finanzbedarfs, also der regelmäßigen Anpassung an allgemeine Kostensteigerungsraten und speziell medienpezifische Kostensteigerungen nach einem einmal festgelegten Verfahren ist deshalb auch nicht zu rechnen.⁸⁹ Sie würde zwar eine recht objektive Gebührenfeststellung ermöglichen und das Finanzgebahren der öffentlich-rechtlichen Anstalten an die Preisentwicklung des freien Medienmarktes binden, würde aber den Landesregierungen das Druckmittel der Gebührenfeststellung vollständig aus der Hand nehmen.⁹⁰

Seit der Zulassung privater Fernsehanbieter befindet sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einer Konkurrenzsituation, die auch Auswirkungen auf die Politikvermittlung hat. Auf die Legitimation der Gebührenfinanzierung von ARD und ZDF, die sich v.a. auch durch deren Informations- und Bildungsauftrag begründet, soll im Kapitel "Die Diskussion um den Fortbestand der ARD" auf Seite 30 noch näher eingegangen werden.

4.2.2. Das duale System: Entwicklungen und Tendenzen der Politikvermittlung

Die Einführung des privaten Fernsehens brachte eine Veränderung des Programmangebots mit sich: Die Zahl der unterhaltenden Sendeformen wie etwa Spielfilme

⁸⁶ Vgl. Christiane Matzen. "Chronik der Rundfunkentwicklung 1994". Rundfunk und Fernsehen 43. Jg. (2/1995): S. 265-285, hier: S. 266.

⁸⁷ Daß das Benennungsrecht auch im Falle einer "politikfreien" Besetzung der KEF einen großen politischen Einfluß darstellt, wird an der Zusammensetzung der Rundfunk- und Verwaltungsräte der öffentlich-rechtlichen Anstalten deutlich.

⁸⁸ Vgl. Albrecht Hesse. "Ausgewählte Rechtsprechung mit grundsätzlicher Bedeutung für die Rundfunkordnung in der Bundesrepublik Deutschland". Rundfunk und Fernsehen 43. Jg. (2/1995): S. 178-204, hier: S. 183f.

⁸⁹ Das Bundesverfassungsgericht hat diese Möglichkeit in seinem Urteil ausdrücklich gebilligt und auch die BUNDESBANK erklärte in der mündlichen Verhandlung, "daß sie zwar währungspolitische Bedenken gegen eine Indexierung der Rundfunkgebühr habe, nicht aber gegen eine indexgestützte Berechnung bestimmter Kostenfaktoren." BVerfG E 90, 60 [103].

⁹⁰ Vgl. Ulrike Kaiser. "Über Gebühr". Der Journalist 44. Jg. (3/1995): S. 22-23, hier: S. 23.

und Game-Shows hat erheblich zugenommen. Es bleibt die Frage, inwieweit sich auch das politische Informationsangebot gesteigert hat. In der Präambel des Staatsvertrages zur Neuordnung des Rundfunkwesens vom 12. März 1987 heißt es: *"Dieser Staatsvertrag enthält Regelungen für den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunk in einem dualen Rundfunksystem. Mit der Vermehrung des elektronischen Medienangebots sollen Informationsvielfalt und kulturelles Angebot im deutschsprachigen Raum verstärkt werden."*⁹¹ Die Realisation dieses programmatischen Anspruchs hätte bedeutet, daß die privaten Fernsehsender auch ohne dezidierten Auftrag eine den öffentlich-rechtlichen Anstalten gleichrangige politische Berichterstattung betreiben würden. Ein Blick in eine beliebige Programmzeitschrift zeigt jedoch, daß Politik im kommerziellen Fernsehen meist nur marginal behandelt wird und nicht annähernd an die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender heranreicht.⁹² Im dualen Rundfunksystem finden die öffentlich-rechtlichen Anstalten also auch durch die Defizite der Privatsender hinsichtlich des Informations- und Bildungsangebots eine Legitimation.

Durch die Konkurrenzsituation hat sich das allgemeine Bild der Politikvermittlung im Fernsehen veränderte. Während die Magazinsendungen der öffentlich-rechtlichen Sender schon in ihrer Namensgebung eine am Hintergrundbericht orientierte Zielsetzung verdeutlichen ("Panorama", "Monitor", "Report"), so zeigen die Titel der Politikmagazine der kommerziellen Anbieter wie etwa "Explosiv" oder "Akut" ein anderes Selbstverständnis von politischer Berichterstattung.⁹³ *"Nicht mehr kontrollierende publizistische Kraft wird da signalisiert, sondern die Rolle als blitzschneller Überbringer von aufregenden Nachrichten aus einer unkontrollierbaren Welt."*⁹⁴ Politik wird hier nicht mehr transparent gemacht, sondern in einem Sammelsurium von Höhepunkten dargeboten, die nicht mehr zur Meinungsbildung des Zuschauers beitragen. Der Unterhaltungsaspekt steht im kommerziellen Fernsehen auch im Informationsbereich an erster Stelle, bezeichnenderweise wird dies als "Publikumsrelevanz" definiert. Wegen der Werbekunden darf dem Zuschauer auch bei Nachrichtensendungen keine Möglichkeit zum Ab- oder Umschalten gegeben werden, wodurch für längere Ausführungen und Hintergrundinformationen vermeintlich kein Raum bleibt. Die Konsequenz daraus sind immer kürzere Beiträge,

⁹¹ Zit. nach Meyn, 1990: S. 216.

⁹² Neben den äußerst spärlich gestreuten Nachrichtensendungen fallen bei den kommerziellen Sendern v.a. einige Infotainment-Shows und das "Verlagsfernsehen" auf, das wohl - auch qualitativ - hier eine Ausnahme bildet. Auf beide Sendeformen wird später noch kurz zurückzukommen sein.

⁹³ Die öffentlich-rechtlichen Anstalten schwenken, wie in vielen anderen Bereichen auch, zunehmend auf diese Linie ein (bspw. mit Sendungen wie "Frontal" (ZDF)).

⁹⁴ Fritz Wolf. "Immer öfter, immer häufiger, immer mehr: Die politischen Fernsehmagazine verändern sich". Medium spezial 23. Jg. (1993): S. 13-16, hier: S. 13.

die durch aufregende Bilder oder emotional anrührende Themen den Zuschauer fesseln sollen.⁹⁵ In den meisten Fällen scheinen sich die Orientierung am Markterfolg und publizistische Qualität schwer vereinbaren zu lassen. Allgemein läßt sich sowohl bei den Nachrichtensendungen als auch bei den Magazinen der öffentlich-rechtlichen Anstalten eine Tendenz zur Erhöhung unterhaltender Bestandteile feststellen, so ist z.B. der Abschluß der Tagesthemen mit einer Anekdote schon zum regelrechten Kult mit eigener Buchfassung geworden. Auch wird von den öffentlich-rechtlichen Anstalten - mehr oder weniger erfolgreich - versucht, mit neuen Sendeformen den Spagat zwischen Unterhaltung und seriöser Information zu schaffen. Als Beispiel sei auf die bereits kurz erwähnte Sendung "Frontal" des ZDF oder auch "ZAK" in der ARD hingewiesen, sowie die beiden öffentlich-rechtlichen Nachtmagazine, die neben der politischen Information verstärkt kulturelle und rein unterhaltende Aspekte berücksichtigen und sich in ihrer Präsentation von den üblichen Nachrichtensendungen unterscheiden.

Eine interessante Neuerung durch die Privatsender sind die Magazine, die schon in ihrem Titel die Namen angesehener Printmedien tragen, wie etwa "Spiegel TV" auf SAT 1, "stern TV" auf RTL, "S-Zett" oder "Die Zeit TV" auf VOX. Die durch höhere Qualität schon früh aus dem allgemeinen Informationsangebot der kommerziellen Sender hervorstechenden Sendungen vermitteln schon durch die vertrauten Namen Seriosität, der sie umgekehrt auch in den Fernsehmagazinen gerecht werden müssen, um dem Renommee des jeweiligen Blattes nicht zu schaden.

Insgesamt läßt sich jedoch sagen, daß der Anspruch an eine erweiterte Programmvielfalt durch die Einführung des dualen Rundfunksystems, wie er in der auf Seite 27 zitierten Präambel des Staatsvertrags formuliert wurde, für den Bereich der politischen Information bisher nicht eingelöst wurde. Es hat sich gezeigt, daß durch die Konkurrenzsituation zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern sowohl einige neue Präsentationsformen entstanden sind, was in mancher Hinsicht zu begrüßen ist, als auch eine m.E. größtenteils negative Entwicklung der Berichterstattung hin zum sogenannten "Infotainment" stattgefunden hat. Auch wenn es generell nicht abzulehnen ist, daß die Präsentation politischer Sendungen ansprechender und interessanter wird und damit auch eine Unterhaltungsfunktion erfüllt, so darf es doch nicht darum gehen, Nachrichten nur noch unter ihrem Unterhaltungsaspekt zu beurteilen, bzw. Nachrichten nur noch in unterhaltsamer Form zu verpacken. Die meisten politischen Ereignisse sind nun einmal nicht

⁹⁵ Es scheint allerdings auch bei den kommerziellen Anbietern ein zumindest partielles Umdenken einzusetzen, nachdem sich die anfangs nur widerwillig ins Programm genommenen, ausführlicheren Informationssendungen wie "Spiegel TV" oder "Stern TV" zu Quotenerfolgen entwickelt haben.

amüsanter oder spannender und der Sensationsjournalismus, der zum Teil auch im Fernsehbereich anzutreffen ist, zeichnet ein pervertiertes Bild der Situation, wenn er Kriege und Skandale unter ihrem Unterhaltungsaspekt vermarktet. Wenn die gesamte, durch das Fernsehen vermittelte Sicht der Welt nur noch der Unterhaltung dient, trifft die Klage von der "Desinformation des Zuschauers" zu. Nachrichten ermöglichen dann nicht mehr, komplexe Zusammenhänge zu durchschauen und Handlungskompetenz zu entwickeln, sondern erzeugen nur noch ein wohliges Gruseln, so daß der Einzelne distanziert bleibt und keine Möglichkeit sieht, sich unmittelbar am politischen Prozeß zu beteiligen. Die Aufgabe gerade der öffentlich-rechtlichen Politikvermittlung müßte deshalb sein, der negativen Tendenz zur völligen Vereinfachung und Fiktionalisierung politischer Information im Fernsehen entgegenzuwirken und bewußte Kontraste zu setzen, was in einigen Sendungen glücklicherweise noch immer gelingt.

4.2.3. Die Diskussion um den Fortbestand der ARD

Im Verlauf des Jahres 1995 wurde eine medienpolitische Debatte geführt, die weit über das bis dahin bekannte Maß hinausging und häufig nicht mehr zwischen rationalen Argumenten und rhetorischer "Schaumschlägerei" unterschied. Entzündet hatte sich der Streit an einem satirischen Beitrag des ARD-Magazins Monitor, von dem sich Helmut Kohl derart angegriffen fühlte, daß er in einem offenen Brief an den Münchner ARD-Vorsitzenden Albert Scharf äußerte, "*den ' Fortbestand der ARD' vermöge er ' dem Bürger, der gezwungen ist, für den Bestand der ARD Gebühren zu zahlen, nicht zu vermitteln'*".⁹⁶ Auf diese eher spontane Unmutsäußerung folgte ein Papier der Ministerpräsidenten Stoiber und Biedenkopf, das in 16 Thesen eine Anklage gegen die ARD formulierte.⁹⁷ Die Hauptkritikpunkte darin lauteten:

- Die ARD erhält zu viele Gebühren, das ZDF zu wenige.
- Die ARD ist zu einem Konzern unter Führung des WDR geworden.
- Das Programmangebot der ARD ist größer, als es die gesetzlich festgeschriebene Grundversorgung verlangt und dadurch auch zu teuer.

Die Kritik gipfelte in der Feststellung, ein "*zweites nationales Vollprogramm neben dem des ZDF*"⁹⁸ sei überflüssig.⁹⁹ An diesem Thesenpapier erhitzten sich verständlicherweise die Gemüter, was eine Diskussion entfachte, die von den Medien ausführlich dokumentiert wurde.¹⁰⁰ Dabei bestand kein Zweifel daran, daß vor allem die ARD reformbedürftig wäre und man sich über die genaue Ausgestaltung der

⁹⁶ Ohne Autor. "Wir beißen jetzt zu". *Der Spiegel* 49. Jg. (6/1995): S. 18-22, hier: S. 18. Interessant in diesem Zusammenhang ist m.E. das Fehlen jeglicher Diskussion darüber, daß Verbraucher ebenso zur Finanzierung der kommerziellen Programme gezwungen sind wie zur Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Sender. Daß jeder Verbraucher, ob er nun einen Fernseher oder ein Radio hat oder nicht, über seinen täglichen Einkauf die kommerziellen Programme finanziert, scheint in Ordnung zu sein, daß jeder, der ein solches Gerät "zum Empfang bereithält" dafür direkte Gebühren bezahlt, dagegen anscheinend nicht.

⁹⁷ Staatskanzleien der Länder Bayern und Sachsen. "Thesen zur Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks". Veröffentlicht am 28.1.1995 mit Datum vom 27.1.1995. *Media Perspektiven: Dokumentation* o.Jg. (3/1995): S. 104-108.

⁹⁸ Ohne Autor. "Wir beißen jetzt zu", 1995: S. 19.

⁹⁹ Richtig ist, daß die öffentlich-rechtlichen Sender, wenn erst alle 3. Programme bundesweit flächendeckend zu empfangen sind, über eine Vielzahl von Vollprogrammen verfügen, die dann sicher auch zumindest einer Programmreform bedürfen, wenn man nicht eine Form von Near Video on Demand einführen möchte. Die Forderung nach Abschaffung der ARD ist m.E. der Versuch eine politische Opposition auszuschalten. Die Landesrundfunkanstalten würden ohne die Arbeitsgemeinschaft nämlich noch viel mehr in Abhängigkeit und unter Einfluß ihrer jeweiligen Landesregierung(en) geraten.

¹⁰⁰ Eine ausführliche Dokumentation der Auseinandersetzung findet sich bspw. in: Christa-Maria Ridder. "Reaktionen auf die Stoiber/ Biedenkopf-Thesen zur ARD in Presse, Politik und Öffentlichkeit". *Media Perspektiven* o.Jg. (3/1995): S. 100-103. Nicht so ausführlich dokumentiert, aber ausführlich kommentiert in: *Der Journalist* (Titelthema: Fortbestand der ARD) 44. Jg. (3/1995): S. 14-23. Vgl. auch die überregionale deutsche Presse vom 30. Januar bis Mitte März 1995.

Reform sachlich auseinandersetzen müßte. Von Seiten der CDU/CSU wurde dabei geflissentlich übergangen, daß zur Gewährleistung der Informationsvielfalt eine Stützung der öffentlich-rechtlichen Anstalten erforderlich wäre, um der sich abzeichnenden Konzentration der Privatsender ein reelles Gegengewicht gegenüberstellen zu können. Da die Kontrollinstrumente bezüglich des Privatfernsehens versagt haben, wird der kommerzielle Sektor des Fernsehens heute von wenigen Medienkonzernen wie KIRCH, CLT und BERTELSMANN bestimmt. Statt einer Forderung nach Abschaffung der ARD wäre die Förderung wirkungsvollerer Kontrollinstrumente für das Privatfernsehen wohl dringlicher und vernünftiger gewesen.¹⁰¹

Die CDU-Forderung wäre zudem eigentlich obsolet gewesen, da der Bestand der ARD durch die Urteilssprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom Februar 1994 gewährleistet ist und auch das Verbot ausgesprochen wurde, die Gebührenfestsetzung *"zu Zwecken der Programmleitung oder der Medienpolitik, namentlich im dualen System"*¹⁰², einzusetzen. Wie bereits am Ende des Kapitels "Die öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Informationsauftrag" auf Seite 25 ausführlich dargestellt, versuchen die Parteien v.a. in Gestalt der Länderregierungen immer wieder über die Gebührenfestsetzung Einfluß auf die Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen Sender zu nehmen, vor allem hinsichtlich der Politikvermittlung. Freie journalistische Berichterstattung, Kritik oder gar politische Satire werden vor diesem Hintergrund erschwert.

Die Überlegung, die ARD zu einem Minderheitenprogramm für kulturell und politisch Interessierte umzufunktionieren, ist aus den am Ende des letzten Kapitels genannten Gründen sehr bedenklich. Sie vermittelt gleichzeitig einen Eindruck von den Vorstellungen mancher Politiker über die Funktionen des Rundfunks. In dem Thesenpapier von Stoiber und Biedenkopf wird darauf hingewiesen, daß der ARD *"erneut die Rolle einer dienenden Organisation zuzuweisen"*¹⁰³ sei. Nähere Angaben zur Definition des Attributs "dienend" werden nicht gemacht, doch auch so wird deutlich, worum es in der Auseinandersetzung eigentlich geht. Nachdem auch die Einführung des Privatfernsehens die Rolle der öffentlich-rechtlichen Sender als audiovisuelle Leitmedien der Politikvermittlung nicht in dem Maße erschütterte, wie von einigen erhofft, soll der Kompetenzbereich und auch die Legitimität, insbesondere der von den Unionsparteien ungeliebten ARD auf diesem Gebiet durch eine Diskussion um Gebühren, Sparmaßnahmen und Erforderlichkeit des generellen

¹⁰¹ Vgl. z.B. Dieter Stolte. "Von der Klemme in die Krise". *Die Zeit* 50. Jg. (16/1995): S.33.

¹⁰² BVerfG E 90, 60 [94]. Siehe auch: Robert Leicht. "Der Griff nach der Medienmacht". *Die Zeit* 50. Jg. (7/1995): S. 1.

¹⁰³ "Thesen zur Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks", 1995: S. 106.

Bestandes der Sendergemeinschaft in Frage gestellt werden. Das duale Rundfunksystem bundesrepublikanischen Zuschnitts erfüllt die ihm zugeordneten Funktionen jedoch erst durch den gleichzeitigen Bestand von öffentlich-rechtlichem Rundfunk (in seiner momentanen Ausprägung) und Privatsendern (die ja ausdrücklich vom gesetzlich festgeschriebenen Bildungs- und Informationsauftrag entbunden sind und nur sehr allgemeine Bestimmungen zu erfüllen haben, über die sie auch nicht hinausgehen). Damit ist die Legitimation des dualen Rundfunksystems an den parallelen Fortbestand der beiden Rundfunksysteme gebunden.¹⁰⁴

Ob das Fernsehen nun über großen politischen Einfluß verfügt oder nicht, es ist in unserer Gesellschaft in jedem Fall ein "Leitmedium" mit äußerst hoher Verbreitung. Wenn die Möglichkeit des Rezipienten dieses Medium zur Information und politischen Bildung zu nutzen, marginalisiert wird, verliert es jegliche aktive politische Relevanz und wird zur Unterhaltungs-, vielleicht auch zur "Ablenkungsmaschine". Mag eine solche Vorstellung auch einigen Politikern gefallen, weil sie viel bequemer ist als eine tägliche öffentliche Diskussion, so steht sie doch den Vorstellungen von Demokratie in einer westlichen Industrie- und damit Massengesellschaft, sei diese im Begriff sich zu fragmentieren oder nicht, diametral entgegen. Ziel der Politik in einer solchen demokratischen Gesellschaft muß eine seriöse und informative Programmgestaltung in den Medien sein, weswegen in der Bundesrepublik einmal mit Bedacht das Modell des unabhängigen, der Öffentlichkeit verpflichteten Rundfunks gewählt wurde, der von "allen gesellschaftlich relevanten Gruppen" kontrolliert werden sollte.

¹⁰⁴ Das Bundesverfassungsgericht betont den Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstalter, der neben seiner Rolle für die Meinungs- und Willensbildung, neben Unterhaltung und Information seine kulturelle Verantwortung umfasse. *"Nur wenn ihm dies tatsächlich gelingt und er im Wettbewerb mit den privaten Veranstaltern bestehen kann, ist das duale System in seiner gegenwärtigen Form, mit Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG vereinbar."* BVerfGE 90, 60 [90].

5. Interaktivität im Fernsehen

Neben der Informationsfunktion fällt den Medien im politischen Bereich v.a. auch die Artikulations- und die Kritik- und Kontrollfunktion zu. Während die letzte der genannten Funktionen vornehmlich auf eigenen Beobachtungen, Recherchen und Abwägungen der Journalisten beruht, gibt es vielfältige, oft verschlungene Pfade, wie Programmacher Wünsche, Interessen und Sorgen der Zuschauer zu recherchieren versuchen, um diese dann zu artikulieren. Prinzipiell ist auch die Möglichkeit, daß Zuschauer direkt ins Programmgeschehen eingreifen, denkbar. Mit dieser Idee einer ungefilterten "kommunikativen Partizipation" soll sich das folgende Kapitel befassen.

Betrachtet man die auf Seite 5 erstellten Definitionen von Interaktivität und bezieht diese auf das Fernsehen, so wird man nach der weiten Definition zu dem Schluß kommen, daß das Fernsehen seit seiner Einführung "interaktiv" gewesen ist, da der Empfänger einen Schalter hat, mit dem das Gerät an- und auch ausgeschaltet werden kann. Mit der Einführung eines zweiten Fernsehkanals nahmen die "interaktiven" Möglichkeiten des Zuschauers enorm zu, denn nun konnte er auch mit dem eingeschalteten Gerät "interagieren": Er konnte das Programm wechseln. Bis heute hat sich diese Form der "Interaktion" enorm gesteigert, denn wer über einen Kabel- oder Satellitenanschluß verfügt, kann zwischen einer Vielzahl von Programmen wählen. Trotzdem wurde bisher nie von einem "interaktiven Fernsehen" gesprochen, was also eigentlich nur bedeuten kann, daß das interaktive Fernsehen der Zukunft eine qualitative Steigerung der Interaktion bedeutet und nicht nur aus der Wahl des Verbrauchers fernsehen oder nicht fernsehen, bzw. der Auswahl aus vorgegebenen Möglichkeiten besteht.

Nach der engen Definition wäre "interaktives Fernsehen" gegeben, wenn der Zuschauer ohne Vorgabe permanent bestimmen könnte, wie sich das Programm entwickelt. Dies wäre theoretisch (wenn auch nur für einzelne Zuschauer) denkbar, wenn der Zuschauer als gleichberechtigter Partner an einer Diskussionsrunde teilnehmen könnte oder wenn er seinem Fernseher erzählen könnte, wie er sich im Moment den Fortgang der Handlung eines Films vorstellt und dies eine Szene später nach Belieben wieder ändern könnte, usw. usf.

Wird der Zuschauer, der "Verbraucher", also in Zukunft kein solcher mehr sein?

Wird er auf Sendungen Einfluß nehmen oder sie gar selbst gestalten können? Wird er nach seinem und nicht nach dem Gutdünken einer Redaktion aus der Flut von Nachrichten und Berichten seine Informationen selbst zusammenstellen können?

Wird das interaktive Fernsehen den Zuschauer zum "Mitspieler" machen oder weiterhin nur immer mehr zum Kandidaten?

Um diesen Fragen nachzugehen, soll ein Blick auf die Geschichte der Interaktivität des Fernsehens geworfen werden, wobei auf Fernseh-Unterhaltung einzugehen sein

wird. Dies soll nicht so sehr wegen der unbestreitbaren politischen Bedeutung derselben geschehen, sondern vielmehr, weil sich Unterhaltungsprogramme offenbar wesentlich offener für technische Neuerungen und Versuche zeigen als "seriöser Journalismus". Anders formuliert: Unterhaltung scheint das Experimentierfeld für technische Neuerungen im Fernsehjournalismus zu bilden.

5.1. Einige Beispiele für die Entwicklung von Interaktivität in der Geschichte des deutschen Fernsehens

In den ersten Jahren des deutschen Fernsehens beschränkte sich die Kommunikation zwischen Zuschauern und Programmgestaltern auf die Zuschauerpost. *"Im Programmangebot fanden sich Sendungen wie: ' Treffpunkt Fernsehen. Schreiben Sie uns, wen sie kennenlernen wollen - wir werden uns bemühen, die Bekanntschaft zu vermitteln.' (NWDR ab 11.1.1953)"*¹⁰⁵ Es wurden "Mitrade-Krimis" ausgestrahlt, bei denen die Zuschauer, ebenfalls durch Zuschriften, den Täter ermitteln konnten. Den Schluß des Films gab es dann eine Woche später zu sehen. Allein die Rückmeldung und Beteiligung über die Zuschauerpost schien in den sechziger Jahren nicht mehr ausreichend. So wurde das Telefon, das mittlerweile ausreichend weit verbreitet war, einbezogen. Mit der Integration des Telefons, das spontanere (Re-)Aktionen zuläßt als der Briefverkehr, wurde eine zeitgleiche Interaktion erstmals möglich.

Zu unterscheiden sind grundsätzlich zwei verschiedene Formen von interaktiven Sendungen. Zum einen die "individuelle Interaktivität" einzelner Zuschauer, die in das Fernsehgeschehen mehr oder weniger integriert werden, zum anderen eine "kollektive Interaktivität", die, demokratischen Wahlen ähnlich, eine Entscheidung des Kollektivs der Fernsehzuschauer ermöglicht.¹⁰⁶

5.1.1. Individuelle Interaktion

Die meines Wissens erste interaktive Sendung (oben beschriebene Vorläufer außer acht lassend) startete am 4.12.1964 im ZDF. Lou van Burg moderierte die Sendung "Der goldene Schuß", der die Sage von Wilhelm Tell zugrunde lag. Mit *"Hilfe einer Tele-Armbrust, die an einer Fernsehkamera montiert war, [und deren Zielvorrichtung im Fernsehbild zu sehen war] schossen vier Saalkandidaten und vier Fernsehzuschauer, die per Telefon zugeschaltet waren, ins Ziel - oder daneben. Das anfängliche Ziel - ein Apfel - wurde in späteren Sendungen durch eine Schießscheibe*

¹⁰⁵ Joan Kristin Bleicher. "Ästhetik und Dramaturgie des Interaktiven Fernsehens". Medien und Erziehung 38. Jg. (5/1994): S. 262-267, hier: S. 262.

¹⁰⁶ Auf das "multimediale, interaktive" Live-Telefongespräch mit dem Fernsehzuschauer möchte ich hier nicht eingehen. Hier wurde zumeist eine Frage gestellt, die die Zuschauer dann beantworten und damit etwas gewinnen konnten.

ersetzt. Der treffsicherste Schütze errang mit einem gezielten [!] Schuß ins Schwarze die Würde des ' TeleTell' und einen Geldbetrag.¹⁰⁷

Der Moderator Lou van Burg wurde 1967 von Vico Torriani abgelöst, der die Sendung bis 1970 fortführte. Mit der 50. Sendung "wurde die Show, die seit Jahren gute Zuschauerzahlen und schlechte Kritiken verzeichnete, mit viel Pomp und Trara zu Grabe getragen".¹⁰⁸

1978 wurde das Konzept des goldenen Schusses noch einmal von der ARD in der Sendung "Der Superschuß" aufgenommen. Im Mittelpunkt des Sendekonzepts stand hier das Elfmeterschießen mittels einer Fußballmaschine gegen einen prominenten Torwart. "Trotz der prinzipiell nicht abwegigen Idee, die beiden Publikumsmagneten Fußball und Quiz in einer Sendung zu verbinden, ertete der ' Superschuß' herbe Kritik bei Zuschauern und Fachpresse. So bezeichnete die Hörzu ihn als ' Rohr krepierer' , der Stern sprach vom ' Schuß in den Ofen' . Nach nur zwei Folgen und internen Querelen des Produktionsteams wurde die Reihe eingestellt."¹⁰⁹

Thomas Gottschalk begann 1977 seine Fernsehkarriere mit der Sendung "Telespiele". "Prominente Gäste, Studiozuschauer und (per Telefon zugeschaltete) Fernsehzuschauer hatten hier durch das Erzeugen von Geräuschen die Spielfiguren in den damals noch recht simplen Videospiele wie Ping-Pong oder Autorennen zu steuern."¹¹⁰ Die zunächst in Südwest 3 gestartete Sendung wurde bald von anderen dritten Programmen übernommen und wechselte 1980 in das Abendprogramm der ARD. Sie wurde erst eingestellt, als Gottschalk die ARD verließ, um beim ZDF "Na sowas" zu moderieren.

Gegenüber dem goldenen Schuß hatten die Telespiele wesentlich mehr Dynamik, da zum einen die Mitspieler ihr Spielgerät nicht mehr in einem starren Raum , sondern in einem "sich bewegenden Raum" navigieren mußten. (Durch die Steuerungsmöglichkeiten blieb das Spielgeschehen allerdings auf zweidimensionale Bewegungen beschränkt.) Zum anderen konnten zwei Personen (oder Personengruppen) gegeneinander spielen - auch zwei per Telefon zugeschaltete Fernsehzuschauer, für die das Fernsehen dann quasi nur noch Vermittler für ihr gemeinsames Spiel war.

Die Sendung "Hugo" auf KABEL 1 stellt eine Wiederaufnahme dieses Sendekonzepts (mit allerdings immer nur einem Mitspieler) dar. Es ist lediglich auf den heutigen Stand der Technik gebracht worden, d.h. die Videospiele haben eine wesentlich bes-

¹⁰⁷ Gerd Hallenberger u.a. (Hrsg.). Hätten Sie' s gewußt?: Die Quizsendungen und Game Shows des Deutschen Fernsehens. Marburg: Jonas, 1991: S. 98.

¹⁰⁸ Hallenberger, 1991: S. 98.

¹⁰⁹ Hallenberger, 1991: S. 146.

¹¹⁰ Hallenberger, 1991: S. 148.

sere Graphik, und dank digitaler Telefontechnik ist die Spielfigur mittels der Telefontasten dreidimensional steuerbar.

Die Möglichkeit, dem Zuschauer die Wahl der Perspektive in einem Fernsehspiel zu überlassen wurde ebenfalls schon einmal in Grundzügen getestet. Am 15.12.1992 strahlten ARD und ZDF zeitgleich den Krimi "Mörderische Entscheidung - Umschalten erwünscht" aus. Dabei wurde in der ARD die Handlung aus der Sicht der Hauptdarstellerin gezeigt, während das ZDF die des männlichen Gegenparts anbot. Lange Kameraeinstellungen am Ende verschiedener Episoden sollten die Umschaltbereitschaft der Zuschauer unterstützen.¹¹¹

Das Problem, das sich bei solchen Produktionen im Fernsehspielbereich ergibt, ist die Notwendigkeit, zwei eigenständige, aber zeitlich genau aufeinander abgestimmte Filme zu produzieren, was mit relativ hohen Kosten verbunden ist.¹¹² Bei Live-Übertragungen könnte dieses Modell allerdings schon früher zum Einsatz kommen. So kam bei PREMIERE schon der Gedanke auf, zukünftig Sportler mit Minikameras auszurüsten und auf diese Weise, bspw. bei einem Fußballspiel, dem Zuschauer 8-12 Kamerapositionen anzubieten, zwischen denen er dann wählen kann.¹¹³

5.1.2. Kollektive Interaktion

Eine der Ideen, die hinter der ab 1969 vom ZDF ausgestrahlten Sendung "Wünsch Dir was" stand, war, nicht mehr nur einzelne Zuschauer direkt in die Sendung einzubeziehen, sondern eine Entscheidung von möglichst vielen Zuschauern treffen zu lassen. In der von Dietmar Schönherr und Vivi Bach moderierten Sendung wurden die Zuschauer einer bestimmten Region aufgerufen, ihre Bewertung der Kandidaten oder ihre Auswahl aus vorgegebenen Möglichkeiten mittels erhöhten Wasser- oder Stromverbrauchs abzugeben. In dem betroffenen Versorgungsbetrieb wurde dann bspw. gemessen, für welchen Kandidaten/ welche Kandidatin am häufigsten die Klospülung betätigt oder für wen die Stadt am hellsten erleuchtet wurde.¹¹⁴

¹¹¹ Vgl. Bleicher, 1994: S. 266. Und Kay Kirchmann. "Umschalten erwünscht? Wenn ja, von wem?: Ergebnisse einer Studie zu Ästhetik und Rezeption des ersten interaktiven TV-Spiels des deutschen Fernsehens im Dezember 1991". In: Helmut Schanze (Hrsg.). Medientheorien - Medienpraxis. Fernsehtheorien zwischen Kultur und Kommerz. Arbeitshefte Bildschirmmedien 48. Siegen: Universität-GH-Siegen, 1994: S. 23-59.

¹¹² Sollte es irgendwann den computergenerierten Film geben, könnte die Idee der Perspektivenwahl auch im fiktionalen Bereich wieder interessant werden, da sich die Produktionskosten dann in Grenzen halten dürften. Allerdings wird dies noch eine ganze Weile dauern, Scott Squires von INDUSTRIAL LIGHT & MAGIC: "In 20 Jahren kann man, wenn man unbedingt will, einen kompletten Film am Computer oder computerähnlichen Geräten herstellen [...]." Zit. nach: "Traumwelten aus dem Computer: Imagina 95", ARD, 3.6.1995:13.35h.

¹¹³ Vgl. Bleicher, 1994: S. 264. Dazu werden jedoch erst eine Vielzahl von preiswerten Fernsehkanälen und das Einverständnis von Spielern und Funktionären nötig sein.

¹¹⁴ Vgl. Bleicher, 1994: S. 263.

Die Weiterentwicklung dieser Idee wurde 1979 auf der Internationalen Funkausstellung in Berlin vorgestellt: Der von ZDF-Technikern entwickelte "Tele-Dialog" (TED). Bald wurde das System in Sendungen wie "Wetten daß...?", "ZDF-Hitparade" oder "Ihr Wunschfilm" eingesetzt. Die nutzbare Gesamtkapazität beträgt heute 13.000 Anrufe pro Minute. TED kommt durchschnittlich zweimal die Woche zum Einsatz¹¹⁵ und stellt noch immer die technische Grundlage für kollektive Interaktion dar.

5.2. Interaktive Sendungen der jüngsten Zeit

Die neuen Entwicklungen zielen vor allem auf die individuelle Interaktion ab, ein Beispiel ist die bereits erwähnte Sendung "Hugo" in der Tradition der "Telespiele", ein anderes die Sendung "SWF 3 Nachtfieber", die auf den Erfahrungen der "Piazza Virtuale" aufbaut.

Auf der zehnten Documenta 1992 in Kassel stellte die Künstlergruppe "Van Gogh TV" ihr interaktives Projekt "Piazza Virtuale" vor, bei dem die Zuschauer das Programm selbst gestalten sollten. Es wurde ihnen ein offener Platz - eben die "Piazza Virtuale" - gegeben, den sie über Fax, Telefon und Computermodem oder an "öffentlichen Einstiegspunkten", an denen Videokameras installiert waren, nach ihren Wünschen verändern sollten. *"Bis zu 130.000 Anrufsversuche pro Stunde registrierte die Telekom, von denen immer nur je vier mit ihrer Stimme auf die ' Piazza Virtuale' durften."*¹¹⁶

*"Die Piazza virtuale präsentierte sich dem Zuschauer als computergesteuerte Fernsehoberfläche, auf der Schrift, Bild, Video, Computeranimation, Ton und Musik gleichzeitig erscheinen konnten."*¹¹⁷ Von hier aus konnte der interaktive Zuschauer dann zu verschiedenen Anwendungen weiterschalten, u.a. zu einem virtuellen Orchester, in ein Kaffeehaus, um sich zu unterhalten, oder auf den Marktplatz zum Handeln.¹¹⁸

In Presseerklärungen hieß es noch, Zuschauer kämen *"miteinander in Kontakt - ohne Moderation durch den Sender oder die Künstler von Van Gogh TV"*. *"Auf der Suche nach Unterhaltung gibt es nichts Unterhaltenderes, als jemanden zu treffen, der auch*

¹¹⁵ Vgl. Ohne Autor. "Mr. Ted: Mit LötKolben ins interaktive Fernsehen". Die Welt 49. Jg. (283/1994): S. 11.

¹¹⁶ Kraft Wetzel. "Auf der Piazza Virtuale: Streifzüge in Geschichte und Zukunft des interaktiven Fernsehens". Medium 23. Jg. (2/1993): S. 25-28, hier: S. 27.

¹¹⁷ Ohne Autor. "Piazza Virtuale".
URL: http://www.ponton.uni-hannover.de/archive/archive_piazza.html.

¹¹⁸ Vgl. Ohne Autor. "Piazza Virtuale". Dort auch eine größere Aufstellung der erreichbaren Anwendungen.

auf der Suche nach Unterhaltung ist."¹¹⁹

"Faszinierend war vor allem, so bemerkte ein Kritiker, die dabei ablaufende 'permanente Kommunikationskatastrophe'. Mutterseelenallein stehen die ~~Matten~~, vorwiegend natürlich Kids, im elektronischen Raum und wissen nicht, was sie abgesehen von ihrer Existenzbezeugung dort sollen."¹²⁰ "Karel Dudesek, einer der Initiatoren der 'Piazza Virtuale', meinte sogar, daß die Anrufer überhaupt nicht das Bedürfnis hätten, sich mitzuteilen; die ganze westliche Medientheorie mit ihren Phantasien vom mitteilungsgerigen Zuschauer sei jedenfalls 'alles Scheiße'¹²¹"

So griffen die Künstler der Gruppe immer häufiger animierend ein, versuchten mit Themenvorschlägen Gespräche in Gang zu bringen, die über das "Ist da jemand? - Ja! - Wer denn?" - Niveau hinausgingen. Die "professionelle" Moderation machte die Sache aber noch "hilfloser und paradoxer [...], weil dadurch der gewohnte Standard an Perfektion unterschritten wurde."¹²²

Die Lehren, die man u.a. bei PONTON¹²³ aus dem Projekt "Piazza Virtuale" zog, waren in der Sendung "SWF 3 Nachtfieber" zu sehen. Diese Sendung war eine Gemeinschaftsproduktion von SWF 3 (Radio), Südwest 3 (Fernsehen) und PONTON (Computer und "interaktive Erfahrungen"). Die Piazza wurde zu einer Wohnung, in der eine Party gefeiert wurde, an der nicht nur reale Studiogäste, sondern auch virtuelle Gäste teilnehmen konnten, die über ein Audiotextsystem per Telefon und per Computer über das Internet oder eine eigene Mailbox in jeden Raum der Wohnung gelangen konnten. Diese Chats (sowohl am Telefon als auch am Computer) wurden moderiert, einmal um die "Kommunikationskatastrophe" zu vermeiden und zum anderen, um eine Eingriffsmöglichkeit (Zensurmöglichkeit) zu haben, damit die Kontrolle über das, was über die Sender geht, gewahrt bleibt. (Eine Denkweise, die allein schon aus juristischen Gründen nicht nur öffentlich-rechtliche Anstalten zeigen.) Im Flur standen außerdem zwei Faxgeräte - eines zum Anfaxen und eines für die "realen" Partygäste zum Zurückfaxen. (Wobei die Faxe auch parallel ins Internet geleitet wurden.)

Das Konzept der Sendung bestand darin, mit den vorhandenen Medien eine "multimediale, interaktive" Sendung zu gestalten. Auf eine Grundstruktur wollten die Macher und Macherinnen dieser Sendung, aus den Erfahrungen der "Piazza Virtuale"

¹¹⁹ Zit. nach Wetzel, 1993: S. 27.

¹²⁰ Florian Rötzer. "Interaktion - das Ende herkömmlicher Massenmedien". In: Stefan Bollmann (Hrsg.). Kursbuch Neue Medien: Trends in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur. Mannheim: Bollmann, 1995: S. 57-78, hier: S.63.

¹²¹ Zit. nach Wetzel, 1993: S.27.

¹²² Rötzer, 1995: S. 63.

¹²³ Van Gogh TV war Teil der Gruppe, die im PONTON EUROPEAN MEDIA LAB zusammenarbeitet.

lernend, nicht verzichten. Manches war vorgegeben, manches stand zur Auswahl, (hier kam dann wieder TED zum Einsatz, diesmal unter der Bezeichnung "Zählwerk") und die Möglichkeiten zur Interaktion waren von Anfang an recht klar umrissen und setzten sich deutlich von der "großen Freiheit" der "Piazza Virtuale" ab. Dies wurde jedoch nur von wenigen (virtuellen) Gästen und Zuschauern, bzw. Zuhörern als störend empfunden. Auf mehr Kritik stieß die beschränkte Zugangsmöglichkeit zur Sendung. Pro Raum gleichzeitig jeweils vier Computer- und Telefonbesucher waren zwar mehr als in allen vorherigen Sendungen, aber immer noch ein Flaschenhals, der es nur dem kleinsten Teil der möglichen virtuellen Gäste ermöglichte, bis in die Sendung vorzudringen.¹²⁴

Nach den drei Pilotsendungen wurde die Sendung eingestellt. Die Kosten für eine in größerem Maß interaktive Sendung waren der ARD wohl zu hoch, nur um die "Nachtlücke" zu schließen.¹²⁵

5.3. Interaktivität und Fernsehen - ein Widerspruch?

Die Forderung nach einer Öffnung der Massenmedien für die Allgemeinheit ist, salopp formuliert, ein alter Hut. Dabei ist aber zu sehen, daß diese Forderung zumeist lediglich eine Kritik an dem etablierten System darstellte, ohne die Möglichkeiten von bestehenden Alternativen kreativ zu nutzen.

Ein Beispiel: Bertolt Brecht forderte 1932 die Öffnung des damals modernsten Mediums Radio für die Massen. Es sollte der allgemeinen Kommunikation zugänglich gemacht werden.¹²⁶ Eine breitere Nutzung des bestehenden Amateurfunks (bei dem das Konzept, daß der Empfänger auch gleichzeitig Sender ist, ja schon verwirklicht war) wurde weder propagiert, noch umgesetzt. Ein anderes moderneres Beispiel sind die Offenen Kanäle,

¹²⁴ An dieser Stelle wäre dann auch zu fragen, mit wievielen virtuellen Gästen eine Fernsehsendung überhaupt noch sinnvoll ist - insbesondere unter der erschwerten Bedingung, daß diese Menschen verschiedene Kommunikationsmittel einsetzen. Bei wievielen Personen verlagert sich die Kommunikation aus dem multimedialen Bereich in den jeweiligen technischen "Heimbereich"? Tendenzen dieser Art waren in den SWF 3 Nachtfieber-Sendungen z.T. zu beobachten. Insbesondere der "Computer-Chat" hätte zeitweilig nicht unbedingt eine "Anbindung" an die Sendung gebraucht, da sich die "Chatter" von außerhalb mehr untereinander über die Sendung unterhielten als mit den Personen, die im Studio waren. Daran anschließend stellt sich die Frage, mit wievielen Personen gleichzeitig Kommunikation in welchem Medium unter welchen Bedingungen überhaupt Sinn macht.

¹²⁵ Obwohl die Pilotsendungen keine schlechten Einschaltquoten verzeichneten. Die Teile der Sendung, die ab kurz vor 3.00 Uhr in der ARD ausgestrahlt wurden konnten bspw. Marktanteile zwischen ca. 6 und 13 Prozent verzeichnen. Vgl. Corinna Oser/ Melanie Wolber (Red.). SWF 3 Nachtfieber: Eine Dokumentation. Baden-Baden: Südwestfunk, 1995: [ohne Seitenangaben] V Multimediale Nutzung.

¹²⁶ Vgl. Bertolt Brecht. "Der Rundfunk als Kommunikationsapparat: Rede über die Funktion des Rundfunks". In: Werner Hecht u.a. (Hrsg.). Bertolt Brecht. Werke: Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Band 21: Schriften I. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1991: S. 552-557, hier: S. 553 und S. 555.

die die Möglichkeit, Fernsehen oder Rundfunk selbst zu gestalten, anbieten und ebenfalls auf wenig Resonanz stoßen, obwohl hier die Themen behandelt werden könnten, die von den

professionellen Veranstaltern vernachlässigt werden, obwohl sie für die - in die Zuschauerrolle gedrängten - Menschen interessant sind.

Ein Erklärungsansatz, warum die Medientechnik dort, wo sie der Allgemeinheit offen steht, nicht in großem Umfang genutzt wird, ist, daß die vom Medium gewohnte Professionalität einer Öffnung entgegensteht. Dieser Erklärungsansatz läßt sich in zwei Richtungen unterteilen: Einmal weiß die Mehrheit der Menschen sicher nicht viel darüber, wie Fernsehen gemacht wird und läßt sich von der (vermeintlich) komplizierten Technik abschrecken (man könnte dies als mangelndes Selbstvertrauen bezeichnen). Zum anderen könnte eben diese mangelnde Professionalität, die im Programm von Offenen Kanälen oftmals zu sehen ist, sowie die fehlende Struktur (keine Programmgliederung und oftmals auch keine Programmankündigung, was nicht "zuschauerfreundlich" ist) die Menschen davon abhalten, aktiv zu werden. (Nach dem Motto: "Das ist doch kein Fernsehen, und außerdem sieht das ja sowieso niemand.")

Ein ganz anderer möglicher Erklärungsansatz ist, daß die Medientheorie mit der Vorstellung vom aktiven Zuschauer wirklich an der Realität vorbeigeht und dieser vielmehr vom Fernsehen unterhalten werden will - natürlich seinen Wünschen entsprechend. *"Wer den Apparat einschaltet, will nicht informiert werden (...), sondern will fernsehen."*¹²⁷ *"Das Verlangen, fernzusehen, ist eines, das sich mit dem Informationsbedürfnis vorzüglich tarnen läßt. Wer fernsieht, will sich unterhalten - er will Unterhaltung wie sie nur das Fernsehen ermöglicht. Er will schauen und gleichzeitig Projektionsfläche sein. Er will an Ereignissen teilhaben, und er will sehen, wie sich jedes Ereignis auflöst und in ein anderes hinübergleitet, weil das Leben immer weitergeht."*¹²⁸

Beide Erklärungsansätze ließen sich wie folgt zusammenfassen: Fernsehen ist ein Konsummedium, von dem der Zuschauer in erster Linie Professionalität und Unterhaltung fordert. Eine mehr oder weniger starke Einbindung des Zuschauers ist möglich. Hier entstehen durch neue Techniken neue Möglichkeiten, die sicher auch umgesetzt werden (wie dies bei Telefon und Fax auch schon der Fall ist). Da

¹²⁷ Michael Niehaus. "Das Fernsehen in seiner Sichtbarkeit". In: Wolfgang Tietze/ Manfred Schneider (Hrsg.). Fernsehschows: Theorie einer neuen Spielwut. München: Raben-Verl. von Wittern, 1991: S. 105-131, hier: S. 112.

¹²⁸ Klaus Kreimeier. Lob des Fernsehens. München, Wien: Hanser, 1995: S. 200. Der Ansatz Kreimeiers von dem am Bildschirm beobachtbaren auszugehen ist äußerst interessant und führt zu einem oft essayistischen Stil. Der Grund, warum dieses Buch mit seinen oftmals interessanten Ansichten in dieser Arbeit kaum zitiert wird, liegt neben der Abwesenheit von Betrachtungen der strukturellen Hintergründe des Systems Fernsehen v.a. in der oftmals schlechten Recherche des Autors, die sich nicht nur bei historischen Einwüfen, sondern auch bei den Betrachtungen der Fernsehgegenwart zeigt. So ist man gezwungen, jegliche Teile dieses anregenden Buches, die auf Sender- oder Fachtermini bezogene Passagen enthalten, vor der Übernahme zu überprüfen, weshalb solidere Publikationen als Quellen verwendet wurden.

"kommunikative Partizipation" jedoch auf Kommunikation beruht, bedarf sie - zumindest im journalistischen Bereich - jeweils eines Gesprächspartners, eben auch auf der Seite des Senders. Die neuen technischen Möglichkeiten werden dabei nichts daran ändern, daß Kommunikation immer nur mit einer äußerst begrenzten Zahl von Gesprächsteilnehmern möglich ist. Die neuen Techniken werden im Fernsehbereich also neue Kommunikationswege bringen, ohne an der Kommunikation selbst wesentliches zu ändern, ebenso wie Telefon und Fax im Bereich der politikbezogenen Kommunikation im Fernsehen keine nennenswerten Fortschritte gebracht haben. Größere Chancen bestehen m.E. im Unterhaltungs- und dort v.a. im spielerischen Bereich. Individuelle Interaktion scheint im spielerischen Bereich innerhalb der programmierten Spielabläufe mit mehreren, vielleicht sogar vielen Kandidaten gegen eine Maschine oder gegeneinander möglich. Interaktivität wird aber immer ihre engen Grenzen finden, sobald eine Maschine als Moderator, Schiedsrichter o.ä. nicht in Frage kommt.

Neben dem Spielbereich scheinen also lediglich rudimentär interaktive Anwendungen, vor allem aus fernsehfremden Bereichen vorstellbar. Diese existieren heute zumeist schon und werden nur auf den Fernsehbildschirm verlagert oder übertragen werden (Teleshopping als Fernsehvariante des Versandhandels oder Video on Demand - auf das in Kapitel 6.3. "Pay-TV" noch einzugehen sein wird - als Fernsehvariante der Videothek etc.).

Der Ausdruck "interaktives Fernsehen" ist ebenso wie die meisten anderen Wortkombinationen und Metaphern, die in der Diskussion um die "digitale Zukunft" gebraucht werden, falsch und irreführend. Er bezieht sich v.a. auf das "Multimedia"-Endgerät, das beschränkt "interaktiv" gestaltet werden soll¹²⁹, und hat mit dem eigentlichen System Fernsehen nichts oder nicht viel zu tun. Es werden zwar von Zeit zu Zeit Stichworte in die Diskussion eingeworfen, die sich auf das eigentliche Fernsehen beziehen, doch handelt es sich dabei zumeist um die Nutzung von anderen Medien für eine Zuschauerbeteiligung, wobei ihre Umsetzung aus wirtschaftlichen Gründen eher unwahrscheinlich ist (so z.B. der Redakteur mit dem - immer noch eine äußerst begrenzte Zahl von Zuschauern - via Computer über die Sendung diskutieren kann oder Nachrichten mit Symbolen für Hintergrundberichte, die angeklickt werden können¹³⁰).

¹²⁹ Wobei je nach Anwendung verschiedene Auswahl- oder Bestellfunktionen das Ziel sind.

¹³⁰ Diese Möglichkeit würde sich m.E. für die schriftliche Nachrichtenverbreitung durch Nachrichtenagenturen anbieten, die seit jeher streng hierarchisch nach Ereignissen organisiert und in der Produktion wesentlich weniger aufwendig als Fernsehberichte ist.

6. Digitales Fernsehen

Bisher werden Fernsehbilder analog gesendet. Diese Übertragungsart hat immer das "Nadelöhr" für die Zahl der Fernseh- und Rundfunkprogramme gebildet. Bei der altbekannten terrestrischen Ausstrahlung stehen dem Fernsehen nur relativ wenige Frequenzbereiche zur Verfügung. Eine deutliche Steigerung der Kapazitäten kam durch das Kabelfernsehen und schließlich durch das Satellitenfernsehen. Aber auch diese Übertragungsformen arbeiten bisher mit analoger Technik. Digital übertragene Bild- und Toninformationen lassen sich - im Gegensatz zu analog übertragenen - komprimieren, wodurch sich die Datenmengen, die übertragen werden müssen, ganz beträchtlich verringern.¹³¹ Dieser Effekt kann nun auf zweierlei Weise genutzt werden: Zum einen könnte man mit einer technisch veränderten Bildqualität "an den Start" gehen, das hieße, daß das digitale Fernsehen *"schwerpunktmäßig an das Bildformat 16:9 gekoppelt und seine technischen Parameter [...] so angelegt [werden], daß aus einer Eingangsstufe später über kompatible Fortentwicklung Großbildfernsehen, HDTV [High Definition Tele Vision], entstehen kann."*¹³²

Die andere Möglichkeit ist, die relativ schlechte Qualität des Fernsehbildes beizubehalten oder noch weiter zu senken. In Kombination mit einer "Paketübertragung" - wie heute bspw. im Internet üblich - entstünde dann Platz für eine wesentlich größere Zahl von Programmen. Die Menge der übertragbaren Programme verhält sich also umgekehrt proportional zu deren Bild- und Tonqualität.¹³³

Neben diesen technischen Aspekten kann die Digitalisierung aber auch zu inhaltlichen Veränderungen bei den betroffenen Medien führen. In der Fotografie führte die Digitalisierung bspw. dazu, daß Bildmanipulationen in hoher Qualität nicht mehr nur durch Experten zu "leisten" sind, sondern inzwischen von jedem Anwender mit einiger Übung an einem durchschnittlichen Heimcomputer durchgeführt werden können. Bei Bewegtbildern, also Filmen jeder Art, stellt sich die Situation im Moment noch etwas anders dar, da hier für Manipulationen in hoher Qualität noch äußerst leistungsstarke Rechner erforderlich sind. Kinofilme wie "Jurassic Park" oder "Forrest Gump" haben jedoch die Möglichkeiten der Bildbearbeitung, die - bei entsprechendem Know-how und technischer Ausstattung - schon heute bestehen,

¹³¹ Zu Datenreduktion: Henning Wilkens. "Bits und Bytes statt Ton und Bild". In: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) unter Mitwirkung der ARD-Werbung (Hrsg.). ARD-Jahrbuch 1994 26. Jg. Hamburg: Hans-Bredow-Institut, 1994: S. 81-89, hier: S. 81ff. (Auch für Nichttechniker verständlich.)

¹³² Albrecht Ziemer. "Das Bildformat 16:9 und digitales Fernsehen - wirtschaftspolitische Zwänge oder ein Marktzusammenhang?". In: Digitales Fernsehen - eine neue Medienwelt?. ZDF Schriftenreihe, Heft 50. Mainz, 1994: S. 20-30, hier: S. 26.

¹³³ Zu den Vor- und Nachteilen der beiden Möglichkeiten aus volkswirtschaftlicher, technischer und der Sicht der neuen Anbieter siehe Ziemer, 1994: S. 20ff.

aufgezeigt.¹³⁴ Die weitere Entwicklung in diesem Bereich wurde durch den Film "Toy Story" bereits vorgezeichnet. Dieser Zeichentrickfilm ist als erster Kinofilm ausschließlich im Computer entstanden.¹³⁵ Bis es zu einem Film mit real wirkenden, jedoch im Computer generierten Schauspielern kommt, wird allerdings noch einige Zeit vergehen, da dies von der technischen Umsetzung her noch wesentlich anspruchsvoller ist.¹³⁶

Sollte dieser Schritt jedoch vollzogen werden (und nichts spricht bislang dagegen), so hätte das sicher für den gesamten Bereich von Film und Fernsehen erhebliche Folgen.¹³⁷

6.1. 500 (oder mehr) Fernsehkanäle herkömmlicher Art?

In diesem Teil sollen die momentan in der Diskussion befindlichen "Fernsehmodelle der Zukunft" kurz vorgestellt und (bei Berücksichtigung einer hohen Zahl von Kanälen) weitergedacht werden. Im Zusammenhang mit digitalem Fernsehen fällt sehr oft das Stichwort "Interaktivität", hier soll jedoch auf einige andere, zumeist schon bestehende Szenarien eingegangen werden, wobei die Frage nach möglicherweise damit verbundener Interaktivität bei Bedarf am Rande behandelt wird.

Das prinzipielle Problem ist (wie bei allen "Vielkanal-Modellen"): Was soll gesendet werden, und wer soll es bezahlen? ("Content Gap") Eine Vervielfachung des Programms hat noch nicht eine Vervielfachung der Werbeeinnahmen zur Folge. Salopp formuliert: Es gibt einen von der Industrie vorgegebenen Kuchen, der unter den Fernsehveranstaltern verteilt wird - mehr Esser,

¹³⁴ Absehbar ist der Beginn einer breiteren Diskussion über den dokumentarischen Wert von Fotografie, Film und Fernsehen. Leider zeichnet sich dabei eine Verklärung des momentanen Zustandes der Medien als "objektiv" und "real abbildend" ab. Die Glaubwürdigkeit der heutigen technischen Abbildung wird dabei nicht in Frage gestellt, obwohl kritische Distanz einem übermäßigen Vertrauen in die Bilder entgegenwirken könnte. (Interessant wäre hier, kritische Dokumentarfilmtheorien, etwa von Heller, Hattendorf oder Hohenberger, die Begriffe wie Realität oder Authentizität hinterfragen, in die Diskussion einzubeziehen.) Es wäre für die Diskussion sicherlich sinnvoller, die Glaubwürdigkeit von audiovisuellen Beiträgen an anderen als technischen Kriterien festzumachen.

¹³⁵ Vgl. Georg Seeßlen. "Gummimann, geh du voran". *Die Zeit* 51. Jg. (13/1996): S. 84.

¹³⁶ Zur "Virtualisierung des Fernsehens" siehe auch ausführlicher Achim Bühl. *Cybersociety*. Köln: PapyRossa, 1996: S. 140-145. Auch wenn ich seine Ansicht, des geradezu schon vor der Tür stehenden virtuellen Fernsehens und der nahen Zukunft einer Cybersociety nicht teile, so sind seine Darstellungen der technischen Möglichkeiten und Entwicklungsvorhaben doch äußerst interessant.

¹³⁷ Neben der in Frage gestellten Glaubwürdigkeit, bei der m.E. eine starke Orientierung an den Informationsanbietern und weniger an den Medien selbst ohnehin unvermeidlich ist, wäre insbesondere auch der Produktions- und damit der Arbeitsbereich vieler "Medienmacher" stärksten Veränderungen unterworfen.

kleinere Stücke.¹³⁸ Einen Fernsehkanal zu gestalten setzt aber ein Budget voraus, das nicht beliebig verkleinert werden kann. Sollten durch die neue Technik die Übertragungskosten gesenkt werden, kann das vorhandene Budget sicher für einige weitere Kanäle ausreichen. Eine Zahl von 500 Sendern im deutschsprachigen Bereich dürfte allerdings utopisch sein.

Das andere Problem ist die Frage, was gesendet werden sollte. Sicher, es gibt große Filmarchive und die Medienbranche ist ein Traumziel für viele Berufseinsteiger (weswegen es auch zu einem Preisdumping bei unqualifiziertem Personal kommen kann). Doch Eigen- oder Auftragsproduktionen (im Filmbereich) sind ebenso wie gute Filme, deren Ausstrahlungsrechte von Filmverleihern aufgekauft werden müssen, sehr teuer (womit wir wieder beim ersten Problem wären). Bleibt also die Ausstrahlung von B-Movies und billig produzierte Serien und Studiosendungen, eine Tendenz, die schon bei der heutigen Zahl an Programmen deutlich zu erkennen ist. *"Die Zwänge, die dahin führen, sind offenkundig. Ein Sendetableau mit zwei Dutzend Programmen und vielleicht fünfhundert Positionen täglich ist nur zu füllen, indem man Meterware auslegt. Originär und individuell Erstelltes in solcher Größenordnung würde Anbieter und Abnehmer heillos überfordern. [...] Mit der Ausweitung des Angebots kann weder das Leistungsvermögen der Sendebetriebe noch das Fassungsvermögen des Publikums Schritt halten."*¹³⁹

6.2. Zielgruppen-TV

Mit den Musik-, Sport- und Nachrichtenkanälen ist diese Sparte bereits auf dem Markt vertreten. Doch zeigen die Probleme dieser drei Sparten auch die Grenzen von zielgruppenorientiertem Fernsehen auf.

Musikkanäle: Sie sind preiswert in der Produktion, da sie sich zu einem großen Teil auf die Zweitverwertung von kostenlos oder kostengünstig zur Verfügung gestelltem Material verlassen. Auch das Rahmenprogramm für die Musikclips kann ohne großen Aufwand produziert werden. So sind die Fernseh-Musikkanäle auch erst entstanden, nachdem es sich bei den Plattenfirmen durchgesetzt hatte, Musikvideos zu produzieren (ursprünglich für Musiksendungen in Vollprogrammen). Damit war der wesentliche Programmbestandteil schon finanziert. Ein reiner Musikkkanal ist auch im Interesse der Plattenfirmen, bedeutet dies doch eine gute Ausweitung der PR, da sie damit ihr Zielpublikum direkt und in großem Umfang erreichen können.

¹³⁸ Vgl. z.B. Ohne Autor. "Kampf um Quoten". Werben und Verkaufen o.Jg. (34/1995): S. 86-90.

¹³⁹ Jörn Kraft. "Das Gesetz der Serie". Die Zeit 51. Jg (5/1996): S. 53. Als ein Beispiel sei hier der kommerzielle Regionalsender TV BADEN genannt, bei dem sich Talk- mit Game-Shows abwechseln und gegenseitig an Qualität unterbieten. Was den Sender noch einigermaßen interessant macht (je nach Geschmack), ist der lokale Bezug. Billig gemachte und auf die Region bezogene Sender können sich aber nur in äußerst geringer Zahl im jeweiligen Kabelnetz halten.

Sportkanäle: Sport ist beim Publikum sicher eine äußerst beliebte Sparte. Doch haben es die Spartenkanäle hier nicht erreicht, die Übertragungsrechte für populäre Sportarten zu erwerben, was weniger an der geringen technischen Reichweite (SAT 1 hat die Fußball-Bundesliga-Übertragungsrechte und auch kaum eine größere technische Reichweite) als an den fehlenden finanziellen Mitteln liegen dürfte. So ist das Programm in dieser Sparte meist auf die Zweit- oder Drittverwertung von Material oder auf Sportarten, bei denen keine größeren Summen für Übertragungsrechte fällig werden, beschränkt. Der Kanal EUROSPORT ist ein ganz typisches Beispiel für die Wiederverwertung von Material, da er von Fernsehanstalten der EUROPEAN BROADCASTING UNION (EBU) getragen wird, die diesen Kanal aus dem Eurovisionspool bestücken.¹⁴⁰

Nachrichtenkanäle: Hier hat das Beispiel N-TV gezeigt, wie die Hoffnungen in einen Spartenkanal enttäuscht werden können. Die im CNN-Fieber nach dem Golfkrieg aufgestellten Quotenerwartungen wurden nie erreicht. Das eine Prozent bleibt weiterhin Traumziel.¹⁴¹

Auch macht N-TV deutlich, daß ein Spartenprogramm nicht gleichbedeutend mit verbesserter Information in der jeweiligen Sparte ist. *"N-tv betreibt das 24stündige Nachrichtenprogramm mit einer journalistischen Minimalausstattung von insgesamt 100 Redakteuren im Dreischichtbetrieb, eigene Büros gibt es außer dem Berliner Stammsitz derzeit nur in Bonn und Frankfurt. Damit ist n-tv selbst für die deutsche Berichterstattung auf Agenturberichte angewiesen, auf Auslandskorrespondenten wird vorerst gar vollständig verzichtet, man greift auf CNN-¹⁴² und Agenturmaterial zurück."*¹⁴³ Die Tatsache, daß SAT 1 mit dem Umzug nach Berlin seine Nachrichtenabteilung vollständig auflöst und zukünftig seine Nachrichten bei N-TV einkauft¹⁴⁴, wird lediglich das Defizit des Nachrichtensenders verkleinern und einen weiteren Schritt bei der Konzentration im Nachrichtensektor bedeuten.

Ebenso wie bei den Sportkanälen gibt es auch bei den Nachrichtenkanälen mit EURONEWS einen Kanal von EBU-Sendeanstalten, der das Material der EUROVISION zweitverwertet.

Durch die genannten Beispiele wird besonders deutlich, daß eine steigende Zahl von Programmen nicht zwangsläufig mit mehr (journalistischer) Vielfalt verbunden ist,

¹⁴⁰ Vgl. Jochen Zimmer. "Ware Nachrichten: Fernsehkanäle und Veränderungen im Nachrichtenmarkt". Media Perspektiven o.Jg. (6/1993): S. 278-289, hier: S. 281.

¹⁴¹ Der von der GfK ermittelte Marktanteil von N-TV lag im April 1993 bei 0,2%, vgl. Zimmer, 1993: S. 286. - Bis heute dürfte sich daran nicht viel geändert haben.

¹⁴² CNN ist auch der größte Anteilseigner an N-TV.

¹⁴³ Jochen Zimmer, 1993: S. 286.

¹⁴⁴ Vgl. Iris Bents. "Nachrichtenfabrik im Berliner Regierungsviertel". TV Today o.Jg. (22/1995): S. 32-34, hier: S. 34.

sondern auch einfach nur "more of the same" produzieren kann.

Bleibt wohl der Schluß, daß Spartenprogramme nur Chancen auf dem Fernsehmarkt haben werden, wenn durch die Digitalisierung die Übertragungskosten ganz erheblich sinken und/oder wenn das Programm eine kostengünstige Zweit- oder Drittverwertung von bereits produziertem darstellt bzw. an anderer Stelle wiederverwendet werden kann. (Wie bei CNN, das einen guten Teil seiner Gewinne aus seiner Funktion als Fernschnachrichtenagentur erwirtschaftet oder nun bei N-TV nach der Übernahme der Nachrichtensendungen durch SAT 1.)¹⁴⁵

Gleichzeitig stellen die Nachrichtenkanäle mit ihren halbstündig wiederkehrenden Nachrichten bereits eine Form des heute oft diskutierten "Near Video on Demand" dar. Darauf wird später noch zurückzukommen sein.

6.3. Pay-TV

*"Das ' Ding der Zukunft' , da sind sich alle mit Bertelsmann-Chef Mark Wössner einig, ' ist PayTV' "*¹⁴⁶

Hier spielt der begrenzte Werbemarkt keine Rolle. Zu unterscheiden sind:

1. Pay-per-Channel: Abonnementfernsehen wie das bereits existierende Programm PREMIERE, bei dem der Zuschauer monatlich einen Betrag für den Empfang eines kompletten Programmangebots (ein Programm oder ein ganzes Programmpaket) bezahlt. Die Vorteile dieses Systems liegen in der einfachen Möglichkeit der Abrechnung (es sind lediglich ein Decoder und eine Chipkarte notwendig), und es ist technisch jederzeit ohne allzugroßen Aufwand durchführbar, selbst in Analogtechnik, wie PREMIERE beweist. Je nach Standpunkt ist es ein Vor- oder Nachteil, daß der Zuschauer bei diesem System gleich ein komplettes Programm mietet, der Preis also unabhängig von der Menge der genutzten Sendungen ist.
2. Pay-per-View: Der Zuschauer bezahlt neben einer Grundgebühr für jede von ihm ausgewählte Sendung, der Zeitpunkt der Ausstrahlung wird allerdings weiterhin vom Programmanbieter vorgegeben. Dieses System ermöglicht eine genauere Abrechnung des konsumierten Programms, bedeutet aber im Vergleich zu Pay-per-channel einen größeren technischen Aufwand für die Abrechnung, nämlich die Voraussetzungen für ein abbuchbares Guthaben auf der Decoderkarte oder eine Verbindung zum Veranstalter (wobei hierfür die Telefonleitung ausreichen würde).
3. Video on Demand: Der Zuschauer kann aus einer Programmpalette eine bestimmte

¹⁴⁵ Ein öffentlich-rechtlicher Kinderkanal, der wegen des Vertrauens vieler Eltern in öffentlich-rechtliches Kinderfernsehen (gewaltfrei, "pädagogisch wertvoll" etc.) sicherlich am Markt (auch als Pay-TV-Kanal) eine Chance hätte, wäre nicht anders zu sehen. Auch hier müßten größtenteils bereits produzierte und gesendete (und damit auch schon bezahlte) Sendungen für die Rentabilität sorgen.

¹⁴⁶ Ohne Autor. "Das Ding der Zukunft". Der Spiegel 49. Jg. (34/1995): S. 22-26, hier: S. 23.

Sendung zu einer von ihm individuell bestimmten Zeit abrufen. Er bezahlt entweder für den Zugang zu dieser "Filmbank", für jede abgerufene Sendung¹⁴⁷ oder - wohl wahrscheinlicher - für beides (wie bei pay-per-view).

Nach einer im Januar 1994 in der Zeitschrift FOCUS veröffentlichten Umfrage¹⁴⁸ wären 20 Prozent der Deutschen bereit, zusätzlich zu den Rundfunk- und Kabelgebühren Geld für weitere Fernsehdienste auszugeben, das Gros allerdings weniger als 20 DM im Monat. Knapp 5 Prozent würden dafür zwischen 21 und 50 DM bezahlen, 0,8 Prozent wären sogar bereit, bis zu 100 DM pro Monat auszugeben.¹⁴⁹ Aber auch die Anzahl der Pay-TV-Kanäle wird sich - wie bereits erwähnt - neben der Finanzierung durch die Zuschauer an dem sendefähigen Material orientieren (das die Zuschauer auch interessiert und für das sie bereit sind, direkt Geld auszugeben). In Amerika hat sich das zuschauerfinanzierte Abonnementfernsehen in den Kabelnetzen schon weitestgehend etabliert. Neben einem Basisdienst, der - werbefinanziert - allen an das Kabelnetz angeschlossenen Teilnehmer zur Verfügung steht, gibt es zusätzliche Abonnementkanäle, die zumeist als Paket "dazugekauft" werden können.¹⁵⁰ Da die Expansionshoffnungen der Medienindustrie angesichts des nicht mehr in großem Maße steigenden Werbeaufkommens im Fernsehbereich auf Pay-TV-Systemen beruhen, und gleichzeitig, wenn man der FOCUS-Umfrage glauben darf, ein nicht unerheblicher Teil der deutschen Konsumenten Interesse an diesen Systemen hat, ist parallel zur Digitalisierung der Fernsehübertragungen auch mit dem Versuch zu rechnen, weitere Pay-TV-Programme zu etablieren. Zusätzliche Pay-TV-Angebote an den Beginn der digitalen Übertragung zu knüpfen, erscheint unter vier Gesichtspunkten besonders günstig: 1. ist mit einer Preisdegression bei den Übertragungskosten zu rechnen, 2. könnte die für Pay-TV nötige Decoderbox gleichzeitig für die Umwandlung des digitalen Signals in ein vom Fernseher darstellbares Signal sorgen, 3. können mit der digitalen Ausstrahlung die Qualitätsminderungen, die bei verschlüsselten Programmen in analoger Technik entstehen,

¹⁴⁷ Vgl. Ohne Autor. "Veränderungstendenzen im deutschen Fernsehmarkt". In: Das ZDF vor der Herausforderung des digitalen Fernsehens. ZDF Schriftenreihe, Heft 48. Mainz, 1994: S. 16-22, hier: S. 17f.

¹⁴⁸ Vgl. Uli Pecher. "Milliarden auf Abruf". Focus o.Jg. (2/1994): S. 112 - 114.

¹⁴⁹ Zwei Zahlen zum Vergleich: "Amerikanische Haushalte wenden heute für ihren Multi-Kanal-Konsum jährlich etwa 380 US\$ auf, also etwas mehr als 30 US\$ im Monat". "Der einzige Pay-TV-Sender in Deutschland, PREMIERE, kostet 41 DM pro Monat und hat derzeit rund 900.000 Abonnenten". Vgl. Lothar Kaiser. "Rivalen an der Box". Der Journalist 45. Jg. (1/1996): S. 30. Erst bei 700.000 Abonnenten hatte PREMIERE den "Break even point" erreicht und schrieb erstmals schwarze Zahlen. Vgl. Ziemer, 1994: S. 25. (Zum Vergleich: Ein werbefrei finanziertes kommerzielles Fernsehangebot braucht auf dem deutschen Markt eine technische Reichweite von mindestens 5 Mio. Haushalten als Geschäftsgrundlage. (ebd.))

¹⁵⁰ Sie heißen dann etwa "Basis Plus" oder "Premium Service". Vgl. z.B. Horst Stipp. "Welche Folgen hat die digitale Revolution für die Fernsehnutzung?". Media Perspektiven o.Jg. (8/1994): S. 397.

ausgeglichen werden und 4. ist in Deutschland mit einer Reichweite von 24,6% beim Satellitenempfang und 44,7% Haushalten, die über einen Kabelanschluß verfügen¹⁵¹, bereits ein Zuschauerpotential gegeben, das eine solche Markteinführung erfolgversprechend erscheinen läßt.

Ob es sich bei den neuen Pay-TV-Programmen um einzelne Programme, ganze Programmpakete oder Pay-per-View-Systeme handeln wird, ist dabei prinzipiell gleichgültig. Diese Entscheidung wird durch die endgültige Entwicklung der Set-Top-Box¹⁵² fallen oder (wenn beides möglich sein wird) bei den Anbietern liegen und mit deren Erwartungen der Zuschauerakzeptanz, damit verbundenen Rechenmodellen und evtl. längerfristigen Firmenstrategien zusammenhängen. Der wesentliche Unterschied besteht lediglich in der Art der Abrechnung. Ein "Rückkanal"¹⁵³ ist dabei auch für das Pay-per-View-System nicht zwingend erforderlich, wäre jedoch sicherlich wegen der "benutzerfreundlichkeit" von Vorteil.¹⁵⁴

Ein ganz anderes Pay-TV-System wäre Video on Demand (VOD). Technisch ist dies das anspruchsvollste der drei Systeme und hat nicht mehr viel mit dem zu tun, was wir heute unter Fernsehen verstehen. Hier gibt es nicht mehr einen Sender und viele Empfänger, wie dies Teil der Definition des heutigen Massenmediums Fernsehen ist, sondern hier gibt es eine "Filmbank", die, wenn sie erst in digitaler Form existiert, besser als Datenbank bezeichnet werden sollte. Der Zuschauer wählt sich aus dem Angebot des Anbieters individuell die Sendung aus, die er sehen möchte - wann immer er dies möchte. Er bekommt "seinen" Film oder Beitrag dann individuell (und

¹⁵¹ Vgl. Die Landesmedienanstalten (Hrsg.). DLM Jahrbuch der Landesmedienanstalten 1993/94: Privater Rundfunk in Deutschland. München: R. Fischer, 1994: S. 491. Inzwischen dürfte die technische Reichweite noch gestiegen sein, was die These jedoch nur weiter stützt.

¹⁵² Als "Set-Top-Box" wird das Gerät bezeichnet, das die ankommenden digitalen Signale in vom Fernseher darstellbare, analoge Pal-Signale umwandelt. Gleichzeitig soll die Set-Top-Box auch den Decoder zur Entschlüsselung von Pay-TV-Programmen enthalten. Denkbar wäre auch die Integration von weiteren Funktionen/Geräten, so z.B. von einem Kabelmodem für den PC, mit dem dieser via Fernseh- oder Glasfaserkabel Zugang zu Computernetzwerken erhalten könnte. (zu Kabelmodem vgl. Eric Meyer/ Markus Kien. "Video on Demand hat Sendepause". Funkschau o.Jg. (14/1995): S. 48-49, hier: S. 48.)

¹⁵³ Die Leitung vom Konsumenten zum Anbieter wird zumeist als "Rückkanal" bezeichnet, über den die Abrechnung der "konsumierten" Programme bei Pay-per-view-Systemen oder die Bestell- oder sonstigen Funktionen bei "interaktivem" Fernsehen laufen sollen. In den meisten Modellen wird die Telefonleitung für diese Rückmeldung vorgesehen, denkbar wäre aber auch - allerdings nur bei Kabelempfang - ein Kabelmodem, das jedoch nur sinnvoll erscheint, wenn auch Anwendungen zur Verfügung stehen, bei denen der Zuschauer größere Datenmengen zu verschicken hat.

¹⁵⁴ Eine Abrechnung ohne "Rückkanal" könnte z.B. erfolgen, indem die Gebühren von einer wiederaufladbaren Chipkarte abgebucht werden. Der Decoder der MMBG sieht ein solches Verfahren vor. Da die Aufnahme des digitalen Fernsehens noch dieses Jahr angestrebt wird, wird ein Set-Top-Box-Modell sicher in allernächster Zukunft vorgestellt werden. Zu den neuesten Entwicklungen in diesem Bereich siehe auch das Kapitel "Postskriptum", ab Seite 124.

evtl. auch sofort) zugesandt.¹⁵⁵ Es handelt sich hier um eine individuelle Datenabfrage, also "interaktive Individualkommunikation" (mit einer Maschine). Aus diesem Grund würde dieses System, bei weiter Verbreitung, eine sehr große Zahl von Leitungen erfordern,¹⁵⁶ weshalb mit der Einführung von VOD noch nicht während der ersten Phase der Digitalisierung zu rechnen ist, sondern - wenn überhaupt - erst nachdem eine ausreichende Zahl von Haushalten über den Anschluß an ein Hochleistungsnetz verfügt. Es bleibt abzuwarten, welche Erfahrungen TIME-WARNER mit seinem "Full-Service-Network"¹⁵⁷ derzeit in Orlando/ Florida macht. Die anderen Kabel-TV-Anbieter in den USA scheinen jedoch, zumindest vorerst, Abstand von VOD genommen zu haben.¹⁵⁸ Der Vorteil von VOD wäre, daß der Zuschauer bei diesem System nicht mehr von der Programmstruktur der verschiedenen Sender abhängig wäre, sondern sich, wie in einer Videothek, "seinen" Film oder Beitrag nach Belieben aussuchen könnte. Wirklich attraktiv wäre dies für die Zuschauer jedoch erst, wenn VOD auch preislich eine Alternative zu Videotheken bieten und/oder ein attraktiveres Angebot zur Verfügung stellen würde. (Dies versucht TIME-WARNER, indem Kinofilme aus dem eigenen Haus, nachdem sie im Kino gelaufen sind, zuerst ins "Full-Service-Network" kommen, bevor sie auf Video erscheinen und danach in die normalen Kabelsysteme eingespeist werden.¹⁵⁹ - [Welch eine Wiederverwertung!]. VOD erfordert wegen der Notwendigkeit, Bestellungen aufgeben zu können, auf jeden Fall einen "Rückkanal", die Telefonleitung würde für diese geringe Datenmenge jedoch ausreichen. Die Abrechnung könnte dann auf dem gleichen Weg erfolgen.

*"Wenn ein VOD-Provider monatlich zehn Filme zu je drei Dollar 'verkauft', ist das ein Erfolg. Wenn es nur vier weniger werden, ist es ein Flop."*¹⁶⁰ Bei allen bisherigen Tests in Amerika zeigte sich jedoch, daß der Bedarf der Zuschauer

¹⁵⁵ Der Weg zur Videothek und der Ärger über die z.T. schlechte Qualität der Kopien würden dann wegfallen.

¹⁵⁶ Da jeder Teilnehmer, der eine Sendung abrufen, während der Übertragung der Sendung eine Übertragungsleitung belegt. Durch Paketübertragung können zwar mehrere Teilnehmer gleichzeitig eine solche Übertragungsleitung nutzen, dafür würde sich jedoch die Übertragungszeit verlängern. Außerdem müßte bei Paketübertragung ein Pufferspeicher in der Set-Top-Box eingebaut werden, um einen gleichmäßigen Ablauf der Sendung zu gewährleisten. Ein solcher Zwischenspeicher würde die Box jedoch abermals verteuern und damit ihre Anschaffung weniger attraktiv machen.

¹⁵⁷ Das "Full-Service-Network" von TIME-WARNER ist das einzige Pilotprojekt in den USA, das VOD im vollen automatisierten und digitalisierten Umfang anbietet. Bei allen anderen Projekten wird, nachdem ein Film vom Zuschauer bestellt wurde, von Hand eine Videocassette zum Abspielen eingelegt. Vgl. Meyer/ Kien, 1995: S. 49.

¹⁵⁸ Vgl. z.B. Meyer/ Kien, 1995: S. 48.

¹⁵⁹ Die nächsten vier Carolco-Filme ("Terminator II") werden, gegen Zusatzgebühr, sogar erst im TCI-Kabel zu sehen sein, bevor sie ins Kino kommen. Vgl. Pecher, 1994: S. 114.

¹⁶⁰ Toshi Doi von SONY, zit. nach: Meyer/ Kien, 1995: S. 48.

(zumindest beim heutigen Angebot) nicht da ist - oder noch nicht da ist. Der amerikanische Branchendienst INTERACTIVE VIDEO NEWS berichtete, die üblichen Bestellraten bei Pay-per-view würden bei einem Film alle drei Monate liegen, weshalb sich VOD (heute noch) nicht rentiert.¹⁶¹

Erfolg hat in Amerika hingegen das im Herbst 1994 gestartete Near Video on Demand-System DIRECTV von Hughes Communications. Trotz der hohen Kosten (700 US\$ für den Empfängerpack, 30 US\$ Monatsabo plus 3 US\$ je Film) hatte dieses System nach einem halben Jahr mehr als 500.000 Käufer und Abonnenten. Aber Near Video on Demand bietet natürlich nicht die absolute Freiheit von VOD. Der Zuschauer ist immer noch an die Vorauswahl des Senders gebunden, lediglich die Übertragungszeiten gestalten sich hier etwas flexibler, indem dasselbe Programm zeitversetzt auf mehreren Kanälen gesendet wird. Der Zuschauer kann sich bei einem solchen System dann beispielsweise aussuchen, ob er den "20 Uhr 15 - Film" wirklich um 20.15 Uhr oder lieber schon um 19.45 Uhr oder erst um 20.45 Uhr anschauen möchte. DIRECTV bietet seine Filmprogramme in 60 Kanälen im halbstündigen Abstand gestaffelt an. Mit den üblichen Bestellpreisen von 3 US\$ je Film liegt der Veranstalter deutlich unter den Preisen der meisten Pay-per-View-Kabelsysteme (4 - 5 US\$ je Film). Die Bestellrate erreicht bei DIRECTV zwei Filme pro Monat.¹⁶²

Wenn man die weiter oben zitierten Zahlen aus der FOCUS-Umfrage betrachtet, erscheint ein solches System zu diesen Preisen in Deutschland wenig erfolgversprechend. PREMIERE will allerdings in Deutschland Near Video on Demand auf drei Kanälen starten. Die Zuschauer müßten ihren Decoder dann gegen eine Set-Top-Box tauschen (das alte System soll wohl vorerst weiterlaufen).

Dieser Vorstoß von PREMIERE ist nicht besonders verwunderlich, wenn man bedenkt, daß BERTELSMANN, Canal+ und KIRCH die Hauptgesellschafter bei PREMIERE sind. Diese sind zusammen mit der DEUTSCHEN TELEKOM, VEBACOM, CLT, ARD, ZDF und RTL auch Teilhaber der MULTIMEDIA-BETRIEBSGESELLSCHAFT (MMBG), die die Vermarktung der Set-Top-Box und den administrativen und technischen Service übernehmen soll¹⁶³ und zudem drei der potentesten Kandidaten für zukünftige Fernsehkanäle in Deutschland.

Einige Pay-TV-Kanäle mit besonders attraktivem Angebot haben sicher auch ohne extremes Programmrecycling eine Chance auf dem Markt.¹⁶⁴ Der Erfolg von Pay-TV

¹⁶¹ Vgl. Meyer/ Kien, 1995: S. 48.

¹⁶² Vgl. Meyer/ Kien, 1995: S. 49.

¹⁶³ Vgl. Kaiser, 1996: S. 29.

¹⁶⁴ Bei der in FOCUS veröffentlichten Umfrage des Sample-Instituts zeigte sich ein besonderes Interesse an Spielfilmen (36%), Klassik (25%), Gala-Shows (23%), Sport und Rock/Pop (jeweils 22%).

hängt aber auch ganz entschieden von der wirtschaftlichen Lage der Menschen ab. In wirtschaftlich ungewissen oder schlechten Zeiten werden sicher viele Menschen auf Pay-TV verzichten.

*"Jeder möchte sein eigener Programmdirektor sein und nicht nur die Scheinwahl haben zwischen den sich immer weniger unterscheidenden Angeboten der verschiedenen Programmdirektoren."*¹⁶⁵ Dies würde in letzter Konsequenz aber bedeuten, daß jeder selbst produzieren oder produzieren lassen muß. Erfolgsorientierte Programme haben immer die Tendenz zum Mainstream, selbst Spartenprogramme - diese nur innerhalb eines kleineren Spektrums. Selbst wenn in Video on Demand-Systemen alles verfilmte Material gespeichert wäre und dem Zuschauer kostengünstig zur Verfügung stehen würde, so bliebe ihm immer noch nur die Wahl aus den vorgegebenen Produktionen. Die Auswahl hätte sich lediglich vergrößert. Die Möglichkeit des Programmdirektors zu entscheiden, was produziert wird, wird dem Zuschauer auch dann verschlossen bleiben. Dazu käme noch das Problem, daß sich der Zuschauer ohne Hilfe in dem riesigen Angebot nicht zurechtfinden könnte. Eine Suchhilfe wäre also notwendig, um die jeweils interessanten Sendungen zu finden - damit hätte der Zuschauer aber einen neuen Programmdirektor, diesmal einen elektronischen.¹⁶⁶

Keines dieser Modelle stellt eine wirkliche Interaktion im kommunikativen Sinn dar. Zumindest bezieht sich die Interaktivität auf einen Multi-Media-Mix, bei dem der Rückkanal der Zwei-Wege-Kommunikation noch weit hinter den Möglichkeiten des Telefons zurückbleibt. Im wesentlichen handelt es sich dabei um eine "Bestelltaste". Ein Einfluß des Zuschauers auf das Produkt ist nicht gegeben. Ihm bleibt wie bisher lediglich die Möglichkeit der Auswahl - dies allerdings in einem stark gesteigerten Ausmaß. Doch letztlich ist - wie bei der Bildqualität - keine wirkliche qualitative Verbesserung zu erwarten.

Vgl. Pecher, 1994: S. 113. Der Musiksender MTV konnte nach der Umstellung auf Pay-TV allerdings trotz dieser Umfrageergebnisse nicht die erwartete Zahl von Zuschauern für sein Programm gewinnen.

¹⁶⁵ Peter Krieg. "Sendungen mit der Maus: Über interaktive Medien". In: Helmut Monkenbusch (Hrsg.). Fernsehen: Medien, Macht und Märkte. Reinbek: Rowohlt, 1994: S. 260-271, hier: S. 264.

¹⁶⁶ "ZAP-TV", das im Juni 1995 in Nordrhein-Westfalen die Lizenz für ein Programm bewilligt bekommen hat, das ausschließlich Informationen zum Programmangebot der verschiedenen Sendeanstalten anbieten soll (Vgl. Ohne Autor. "Das Programm der Programme". Spiegel Spezial: TV Total o.Jg. (8/1995): S. 138), wäre ein erster Schritt in diese Richtung. Zukünftig wäre allerdings mit elektronischen "Agenten" zu rechnen, die zunächst die Sehgewohnheiten und -vorlieben des Benutzers erfassen und auswerten und dann dem Ergebnis dieser Auswertung entsprechende Programmvorschlüge unterbreiten.

7. Zusammenfassung Fernsehen

Die Ausweitung der Übertragungskapazitäten durch die Digitalisierung des Fernsehens kann m.E. nicht zu einer qualitativen Programmverbesserung führen.¹⁶⁷ Systeme wie Near Video on Demand und Video on Demand können eine weitere Individualisierung des Zuschauers bedingen, wodurch dieser jedoch lediglich ein geringfügig autonomerer Konsument wird. Anreize, mehr hochwertiges Programm zu produzieren, werden dadurch jedoch kaum entstehen. Zum einen, weil Quantität der natürliche Feind von Qualität ist, was in diesem Fall bedeutet, daß sich die zur Verfügung stehenden finanziellen, zeitlichen und Produktionsmittel auf mehr Programme verteilen und so für die einzelne Sendung weniger übrigbleibt. (Dies kann nur zu Lasten der Qualität gehen.) Zum anderen ist eine beliebige Ausweitung von Qualitätsprogrammen infolge der begrenzten Produktionskapazitäten selbst beim Willen zur Finanzierung frühestens mittelfristig möglich, da die vorhandenen Produktionskapazitäten für Qualitätsprogramme, insbesondere im Personalbereich, heute weitestgehend ausgeschöpft werden. Die Zuschauer werden sich bei einer Vermehrung der Fernsehkanäle also noch stärker mit "Meterware" konfrontiert sehen: Serien, Wiederholungen, Spiel- und Talkshows. Für die demokratische Gesellschaft wird dies aber sicher keinen Gewinn bedeuten.

Lediglich in Randbereichen scheinen sich positive Möglichkeiten zu bieten. So könnte z.B. im Bildungsbereich bei intelligent gestalteten Programmen Interaktivität mit einer Maschine Sinn machen.¹⁶⁸

Die hochgepriesene Interaktivität wird v.a. in Konsumbereichen ihre Anwendung finden: Kaufen - Spielen - Unterhaltung. Die aktive politische Beteiligung des Bürgers in der Gesellschaft wird dadurch nicht gefördert, sondern im Gegenteil eher noch weiter behindert werden, da die entstehenden Anwendungen keinen gleichwertigen kommunikativen Ersatz für wegfallende Kommunikationsformen bilden werden.¹⁶⁹

¹⁶⁷ Eine qualitative Bildverbesserung, bspw. durch HDTV, ist dagegen denkbar.

¹⁶⁸ Ob diese Angebote dann jedoch noch "wirkliches Fernsehen" sind, bleibt abzuwarten. Ich würde, zumindest mittelfristig, interaktive Multimedia-Angebote auf (evtl. beschreibbaren) CD-ROMs mit regelmäßig "ausgestrahlten" Neufassungen prophezeien. Die Schulfernsehredaktionen wären m.E. bspw. für eine Mitarbeit bei diesen Angeboten prädestiniert, da sie sowohl mit der didaktischen Aufarbeitung medial vermittelter Lerninhalte, als auch mit der Erstellung professionellen Filmmaterials vertraut sind.

¹⁶⁹ So wird bspw. beim Teleshopping das Gespräch, das früher beim Kaufmann, im Supermarkt oder beim Gang durch die Fußgängerzone als "Nebenprodukt" zustandekam, nicht durch andere Kommunikationsformen ersetzt, da sich die neuen Anwendungen wirtschaftlich v.a. dann rentieren, wenn sie kurze - am besten automatisierte - Kommunikationsstrecken haben.

Fernsehen wird immer mehr als riesiger Markt und als "Standortfrage" betrachtet und immer weniger als demokratisches Medium. Der Zuschauer verliert so seinen Status als zu informierender Bürger und wird zunehmend zum zu bedienenden Konsumenten.

Technische Neuerungen sollen v.a. dazu genutzt werden, den Markt noch zu vergrößern und Gewinne zu maximieren. So sind bei näherer Betrachtung der Stichworte "Interaktivität im Fernsehen" und "Digitalisierung des Fernsehens" auch keine positiven Auswirkungen und Tendenzen für die Bereiche Politikvermittlung und Partizipation erkennbar.

Das Fernsehen zeigt bei der Politikvermittlung deutliche Schwächen. Aber gerade die Bereiche, in denen das (öffentlich-rechtliche) Fernsehen seine ihm in der Demokratie erwachsenden Aufgaben und Funktionen wirklich wahrnimmt, werden von der Politik am meisten kritisiert und sehen sich den größten Einflußversuchen ausgesetzt. Dem Rundfunk wieder eine "dienende Funktion" zuzuweisen heißt aber nicht, ihn zum Diener der Politik zu machen, sondern daß er gegenüber der Gesellschaft eine "dienende Funktion" übernehmen soll. In einer Demokratie bedeutet dies nicht Hofberichterstattung, sondern professionelle, kritische, qualifizierte und auch umfassende Begleitung des politischen Geschehens, um den gesellschaftlichen Diskurs zu fördern, bzw. ihn oftmals erst in Gang zu bringen.

Der scheinbaren Marktforderung nach kurzer und allzu reduzierter Politikvermittlung können die kommerziellen Anbieter, selbst wenn sie dies wollten, nicht entgegenreten, da sie wegen der Werbefinanzierung von den Ergebnissen der Marktforschung abhängig sind. Die öffentlich-rechtlichen Anstalten dagegen können im Grunde, da sie weniger marktabhängig sind, stärker gegen diese Marktforderungen Programm machen. Insbesondere durch eine Stärkung von Magazinsendungen und Dokumentationen könnte dabei noch wesentlich stärker ein öffentlich-rechtliches Profil erarbeitet werden, das sich deutlich von dem der kommerziellen Sender absetzt, statt die scheinbaren "Erfolgsrezepte" der kommerziellen Konkurrenz zu kopieren, wie dies insbesondere im Vorabendprogramm bereits geschieht. Die Kritik, der die öffentlich-rechtlichen Sender ausgesetzt sind, wird von Hansjürgen Rosenbauer beschrieben: *"Sind wir mit unseren Angeboten bei einer großen Zahl von Zuschauern erfolgreich, entsprechen wir also dem sogenannten Massengeschmack, werden wir dafür gescholten. Erreichen wir dagegen nur eine kleine Minderheit, können wir uns hämischer Bemerkungen sicher sein: ' Wozu auch noch Gebühren erhöhen oder überhaupt bezahlen, für ein Programm, das keiner hört und sieht?' "*¹⁷⁰

¹⁷⁰ Hansjürgen Rosenbauer. "Massenmedium für die Demokratie: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk sichert Meinungsfreiheit". In: Rudolf Scharping (Hrsg.). Demokratische Medien - der Mensch im Mittelpunkt: für eine humane und soziale Informationsgesellschaft; Dokumentation der

Die öffentlich-rechtlichen Sender haben sich eine Diskussion über ihre Wirtschaftlichkeit aufdrängen lassen, *"statt über Kultur, über Information, über Grundversorgung und Öffentlichkeit zu diskutieren."*¹⁷¹ Würden die öffentlich-rechtlichen Sender offensiver auftreten, statt durch Kompromisse zu versuchen, die anscheinend unvermeidliche Kritik möglichst klein zu halten, sollte eine bewußte Bewegung gegen den durch Schnellebigkeit, Beliebigkeit und Unverbindlichkeit ausgezeichneten, nur noch scheinbar Information vermittelnden Mainstream verstärkt ermöglicht werden.

Für die Gesellschaft wichtig, wenn auch für die Politik schmerzlich, wäre deshalb die Lösung der öffentlich-rechtlichen Sender aus der Umarmung der Politik. Dazu gehörte ein zumindest teilweiser Rückzug der Parteien aus den Gremien der Sender und eine erneute "gesamtgesellschaftliche Kontrolle". (Die heute weniger denn je allein von den Parteien sichergestellt werden kann, da sie wohl noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik so wenig die gesamte Gesellschaft vertreten haben wie heute.) Dazu würde aber auch eine Änderung bei der Gebührenfestlegung gehören, die den direkten Einfluß der Landesregierungen (und damit der Parteien) auf das Programm reduzieren sollte. Dies würde in keiner Weise der Rundfunkhoheit der Länder widersprechen, da die Gebührenfestlegung nicht zur offiziellen Medienpolitik gehört. Es würde aber in hohem Maße helfen, die Grundgedanken, die diese Gesellschaft einmal formten und die Verfassungsrechtsprechung durchzusetzen. Schließlich kann nur ein gestärkter, unabhängiger und der Öffentlichkeit verpflichteter Rundfunk auf Dauer eine der Demokratie und ihren Idealen verpflichtete Programmpolitik, insbesondere in politischer Hinsicht sicherstellen. Der starke Konzentrationsdruck, der auf einer derart boomenden und durch hohen Innovationsdruck ausgezeichneten Branche wie der Medienbranche liegt, macht jede Voraussage, wie sich der kommerzielle Bereich auf lange Sicht entwickeln wird, obsolet. Selbst wenn die kommerziellen Sender eines Tages eine umfassende und qualitativ hochwertige Politikvermittlung betreiben sollten, so wäre diese doch an die marktwirtschaftlichen Prozesse gebunden und könnte damit auch jederzeit sowohl vom Umfang als auch von der Qualität her große Veränderungen erfahren.

Ein an die Regierung(en) gebundener Rundfunk kann gegen politische Fehlentwicklungen, wenn diese erst die Regierungsebene erreicht haben, noch weniger Widerstand leisten als ein privatwirtschaftlich organisierter Rundfunk. Die letzte Rundfunkreform der Weimarer Republik, die die "Gleichschaltung" des Rundfunks in wei-

Reden und Podiumsdiskussionen der SPD-Medienkonferenz vom 5. Mai 1995. Marburg: Schüren, 1995: S. 72-84, hier: S. 77.

¹⁷¹ Rosenbauer, 1995: S. 74.

ten Teilen schon 1932 organisierte, sollte heutigen Rundfunkpolitikern dabei als warnendes Beispiel dienen. Daß eine privatwirtschaftliche Organisation der Presse, insbesondere bei hoher Konzentration aber schon im Vorfeld diese Fehlentwicklungen unterstützen kann, sollte das Beispiel Hugenberg's deutlich gemacht haben. Eine Favorisierung der privatwirtschaftlichen Option gerät also, je höher der Konzentrationsgrad ist umso mehr zu einem Vabanquespiel für oder gegen die demokratische Gesellschaft. Da aber auch eine Bindung an die Regierung(en) äußerst negativ wirken kann, sollte versucht werden, zumindest zumindest den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von seiner Organisation her dem Zugriff der Parteien und Regierungen zu entziehen und doch der Öffentlichkeit verpflichtet zu gestalten.

TEIL III: COMPUTERVERMITTELTE KOMMUNIKATION

8. Eine kurze Darstellung der Geschichte des Computers¹⁷²

8.1. Die Entstehung

Da eine umfangreiche Betrachtung der Geschichte des Computers für diese Arbeit nicht nötig erscheint, soll hier nur ein Überblick über die wichtigsten Entwicklungen gegeben werden.

*"Die Idee, daß alle Naturprozesse und so auch das menschliche Denken ein physikalischer Prozeß und demnach nachzubilden sein müßten, ist so alt wie die mit der Philosophie der Antike beginnende abendländische Kultur. Sie wurde mit dem Beginn der aufgeklärten Neuzeit konkret: die Natur - eine Maschine?"*¹⁷³

Neben anderen Philosophen warf auch Leibniz diese Frage auf. Er beschäftigte sich, u.a. auf den Arbeiten von Pascal aufbauend, mit dem neuen *"System einer binären, also zweiwertigen Logik, mit der sich sämtliche Operationen der am Dezimalsystem orientierten allgemeinen Mathematik nachvollziehen lassen sollten."*¹⁷⁴

Der Engländer George Boole erkannte, daß man mit einem binären System, wie es Leibniz entworfen hatte, bei entsprechender Komplexität der Maschine auch Logik ausdrücken kann. *"In seiner Arbeit ' Die Gesetze des Denkens' wollte Boole über ein reines Rechensystem hinaus eine ' Mathematik des menschlichen Verstandes' zeichnen, ' die Grundgesetze jener Geistesvorgänge untersuchen, durch die Vernunftbeschlüsse gezogen werden: ihnen in der symbolischen Sprache eines Kalküls Aus-*

¹⁷² Überblicksliteratur: Gunther Maier/ Andreas Wildberger. In 8 Sekunden um die Welt: Kommunikation über das Internet, 2. Aufl. Bonn u.a.: Addison-Wesley, 1994. Manfred Waffnender (Hrsg.). Cyberspace: Ausflüge in virtuelle Wirklichkeiten, Reinbek: Rowohlt, 1991. Claudia von Grote u.a. (Hrsg.). Kommunikationsnetze der Zukunft - Leitbilder und Praxis: Dokumentation einer Konferenz am 3. Juni 1994 im WZB. WZB Papers 94-103. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 1994.

¹⁷³ Claas Thomsen. "Die Computerisierung der Lebenswelt: Entwicklung, Erfolge, Probleme". In: Michael Haller (Hrsg.). Joseph Weizenbaum/ Klaus Haefner: Sind Computer die besseren Menschen? Ein Streitgespräch. München, Zürich: Piper, 1992: S. 9-58, hier: S.15.

¹⁷⁴ Thomsen. In: Haller (Hrsg.), 1992: S. 15. Vgl. auch: Herbert Herring. "Vorwort des Herausgebers". In: Herbert Herring (Hrsg.). Gottfried Wilhelm Leibniz. Schriften zur Logik und zur philosophischen Grundlegung von Mathematik und Naturwissenschaft. Philosophische Schriften. Zweisprachige Ausgabe, Band IV. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. VII-XIV, hier: S. Xff.

druck verleihen.'¹⁷⁵ Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelte er mit der formalen Logik schließlich das System, das heute die Grundlage für alle Computer bildet, da die Aussagewerte, die von Boole mit "+" oder "-", bzw. mit "0" oder "1" bezeichnet wurden, auch durch "Strom fließt" oder "Strom fließt nicht" ausgedrückt werden können und sich so für digitale, also elektrische Schaltungen eignen.

Der Engländer Babbage entwickelte die wesentlichen Gedanken für den Bau von programmgesteuerten Rechengerten. Er übertrug die Lochkartensteuerung der Jacquard-Webstühle auf die Rechenmaschine. Da ihm die Mittel der Elektrotechnik noch nicht zur Verfügung standen, war er auf eine rein mechanische Umsetzung angewiesen. An den technischen Problemen dieser Umsetzung ist er nach dreißigjähriger Arbeit schließlich auch gescheitert. Seine Arbeit geriet danach in Vergessenheit.¹⁷⁶ Die erste programmierbare Rechenmaschine, die die Möglichkeiten der Booleschen Algebra nutzte, war die 1940 fertiggestellte "Z2" des Berliners Konrad Zuse (nach einem aus Kosten- und Platzgründen noch ganz mechanischen Vorläufer, der "Z1" von 1938).¹⁷⁷ Das Folgemodell "Z3" von 1941 arbeitete schließlich nur noch mit elektrischen Relais, die erwogene Verwendung von Vakuumröhren - dem Herzstück der späteren Computer - schien Zuse zu unzuverlässig.

So entstand der erste Röhrenrechner ("Colossus"), ebenfalls nach einigen mechanischen und semi-mechanischen Vorläufern, 1943 in England. Da er jedoch lediglich darauf ausgerichtet war, die über die deutsche Chiffriermaschine "Enigma" laufenden Nachrichten zu entschlüsseln, war er nicht für andere Aufgaben programmierbar.

Der erste amerikanische Computer war ein gewaltiges, 30 Tonnen schweres, mit 17.000 Elektronenröhren ausgestattetes und 130 bis 140 Kilowatt verschlingendes Ungetüm namens "Eniac". Ursprünglich auch für militärische Zwecke gebaut, ging er jedoch erst 1946 an der Universität von Pennsylvania in Betrieb.

Bei allen programmierbaren Maschinen mußten die Prozeßabläufe durch das Stöpseln von Verbindungen hergestellt werden. Erst 1945 wurde von dem Mathematiker John von Neumann eine bahnbrechende Speicherprogrammierung entwickelt - die "Software" war geboren.

Die erste "Von-Neumann-Maschine" wurde 1949 in Großbritannien gebaut. Mit ihr stand nun auch die Architektur der zukünftigen Rechner fest: Sie waren auf eine so-

¹⁷⁵ Dirk Hanson. Die Geschichte der Mikroelektronik, 1984: S. 59. Zit. nach: Thomsen. In: Haller (Hrsg.), 1992: S. 16.

¹⁷⁶ Vgl. Konrad Zuse. Der Computer - Mein Lebenswerk. Berlin u.a.: Springer, 1984: S. 30.

¹⁷⁷ Ursprünglich waren Zuses Maschinen mit "V1", "V2" usw. bezeichnet, wurden nach dem Krieg wegen der Namensgleichheit mit den von Wernher von Braun konstruierten "Vergeltungswaffen" aber umbenannt. Wohl v.a. bedingt durch die politischen Verhältnisse wurde der amerikanische, semi-mechanische "Mark I"-Rechner in späteren Jahren weitbekannt, während Zuses früher gebaute, vergleichbare Maschinen vorerst in Vergessenheit gerieten.

genannte serielle Arbeitsweise festgelegt - immer eine Aufgabe nach der anderen "abarbeitend". Erst in jüngster Zeit verändert sich dies durch die Entwicklung der sog. "Parallelrechner".

Das amerikanische Militär nutzte die Computer noch für die Weiterentwicklung der Atombomben, verlor dann allerdings das Interesse an der aufwendigen Forschung auf diesem Gebiet. Da man auch in anderen Ländern nach dem Ende des Krieges keine Notwendigkeit für derart aufwendige Entwicklungen sah, ging diese nur schleppend voran. Erst der beginnende Kalte Krieg und v.a. der Sputnik-Schock Mitte der fünfziger Jahre gaben neue Impulse. 1958 wurde in den USA die "Advanced Research Projects Agency" (ARPA, ab Anfang der siebziger Jahre "Defense Advanced Research Projects Agency" DARPA) gegründet. Auf diese Dienststelle wird bei der Betrachtung von Computernetzwerken in Kapitel "8.4. Vernetzung" auf Seite 62 noch einmal zurückzukommen sein. Die Computerentwicklung machte nun wieder rasante Fortschritte. Die Idee von der künstlichen Intelligenz wurde entwickelt und der Blick stärker auf die für das Militär reizvolle Miniaturisierung gelenkt.

8.2. Miniaturisierung

Die entscheidende Entdeckung für die Miniaturisierung der bisher riesigen Rechenmaschinen wurde am Weihnachtstag 1947 von den amerikanischen Forschern John Bardeen, Walter Brittain und William Shockley gemacht. Sie fanden heraus, daß ein Halbleiterkristall des Elements Germanium elektrischen Strom verstärken kann¹⁷⁸, womit der Weg für den Transistor und den Chip gebahnt war. Der Transistor sorgte zunächst v.a. in der Rundfunk- und Telekommunikationstechnik für große Veränderungen. Wer auf die Idee kam, Hunderte von miniaturisierten Transistoren auf einer nur wenige Quadratmillimeter großen Silizium-Leiterplatte zu vereinigen, war lange umstritten, offenbar war es Gilbert Hyatt, der 1968 den Chip erfand.¹⁷⁹

Fest steht, daß die Firma INTEL 1970 mit dem "Mikroprozessor" die kommerzielle Verwertung einleitete.¹⁸⁰ Der Mikroprozessor erlaubte nun die Verwendung von elektronischen Schaltungen in vielerlei Geräten, seien dies Zielvorrichtungen in Raketen, Panzern o.ä. oder aber auch in Kaffeemaschinen, Autos oder Computern für den Heimbereich. Neben die militärische Verwertbarkeit trat die breite kommerzielle

¹⁷⁸ Vgl. Dagmar Metzger. "Von den Bildern in der Höhle zu den Daten auf der Bank". GEO Wissen: Kommunikation, 1989: S. 122-128, hier: S. 128.

¹⁷⁹ Nach zwanzigjährigem Rechtsstreit kam ein amerikanisches Gericht 1990 zu diesem Schluß. Andere Quellen nennen Jack Kilby als ersten Konstrukteur einer integrierten Halbleiterschaltung (1958). Inwieweit es sich hierbei um eine Vorentwicklung handeln könnte, entzieht sich meiner Kenntnis. (Vgl. Thomsen. In: Haller (Hrsg.), 1992: S. 21. Sowie: Metzger, 1989: S. 128.)

¹⁸⁰ Die Firma INTEL hat bis heute ihre überragende Marktstellung im Prozessorenbereich halten können. In fast jedem Personal Computer arbeiten Chips dieser Firma.

Verwertung als zweiter Entwicklungsmotor. Die Erfindung und Entwicklung des Transistors und später des Chips führte aber nicht nur zu einer Verwendung von elektronischen Schaltungen in immer kleineren Geräten, sondern auch zu einer enormen Leistungssteigerung der Rechner. Das weitverbreitete Bild des Computers blieb zunächst das eines - später sogenannten - Großrechners, denn obgleich der Mikroprozessor es bald ermöglichte, die Funktionen der ersten elektronischen Großrechner in kleinen, handlichen Geräten unterzubringen (so übertrifft bspw. heute jeder wissenschaftliche Taschenrechner die Leistungsstärke und Funktionen des damals 30 Tonnen schweren "Eniac"-Rechners bei weitem), wuchsen doch auch die Aufgaben, die an die Computer gestellt wurden. Insbesondere den Anforderungen der Geheimdienste, des Militärs, der Raumfahrt und auch der Naturwissenschaften wurden weiterhin nur Großrechner gerecht. Es wurden immer leistungsstärkere "Supercomputer" entwickelt, in denen schließlich mehrere Rechereinheiten parallel arbeiteten.¹⁸¹ Die Entwicklung der Hochleistungsrechner geht heute zu einer wesentlich massiveren Durchsetzung dieser "Parallel-Processing"-Technologie. Es wird mit leistungsschwächeren und damit billigeren Prozessoren gearbeitet, die allerdings in viel größerer Zahl eingesetzt werden.¹⁸² Der Aufbau eines Netzwerkes herkömmlicher Mikroprozessoren auf den 140 Quadratmetern Fläche, die "Eniac" einst in Anspruch nahm, und die parallele Berechnung unterschiedlicher Aufgaben (was technisch durchaus möglich wäre) würde die Wissenschaft vor das Problem stellen, neue Fragen formulieren zu müssen. Denn nicht mehr die Rechnerleistung wäre das Problem, sondern vielmehr die zu lösenden Probleme selbst. *"Sämtliche derzeit computergerecht formulierbaren Probleme wären angesichts der Leistungsfähigkeit einer solchen Maschine trivial. Man könnte mit Urknallsimulationen spielen und wäre immer noch beschämt über die brachliegenden Ressourcen."*¹⁸³

8.3. Veralltäglicung

Bald nachdem INTEL seinen Mikroprozessor auf den Markt gebracht hatte, begannen Informatikstudenten, für Großrechner gedachte Teile zu kleinen Computern zusammenzulöten und zu programmieren. Auch erste kommerziell gefertigte Geräte

¹⁸¹ Auf dieser Idee Daniel L. Slotnicks von 1965 baute insbesondere der Computerentwickler Seymour Cray auf, der quasi zur Personifizierung der "Supercomputer" (oder auch "Zahlenfresser") wurde.

¹⁸² Roland Gööck. Die großen Erfindungen: Radio - Fernsehen - Computer. Künzelsau: Sieglloch, 1989: S. 281.

¹⁸³ Peter Glaser. 24 Stunden im 21. Jahrhundert: Onlinessein; Zu Besuch in der Neuesten Welt. Frankfurt/Main: Zweitausendeins, 1995: S. 56.

kamen auf den Markt.¹⁸⁴ Ein Durchbruch kam dann mit dem Apple II-Computer und dem Tabellenkalkulationsprogramm "VisiCalc".¹⁸⁵ Aus den "Spielkisten" waren damit zum ersten Mal reizvolle Arbeitsgeräte geworden. Die Geschäftswelt begann sich für den Computer zu interessieren, und so war der Anstoß für die "PC-Revolution" gegeben.

Von Anfang an war der Mikrocomputer-Markt durch eine Systemkonkurrenz gekennzeichnet. Für die verschiedenen anderen Rechner(-bausätze), die neben dem Apple-Computer auf den Markt kamen, wurde von Gary Kindall ein Betriebssystem ("Control Program for Microcomputers" CP/M) entwickelt, während der Harvard-Student Bill Gates und sein Freund Paul Allen die 1965 entworfene Programmiersprache BASIC ("Beginners All-Purpose Symbolic Instruction Code") neu konzipierten und sich damit, ebenso wie später mit ihrem Betriebssystem MS-DOS ("Microsoft Desk Operating System"), unter den vielen verschiedenen Programmiersprachen durchsetzen konnten.

Etwa zur gleichen Zeit wie "VisiCalc" eroberte das auf Kindalls CP/M zugeschnittene Textverarbeitungsprogramm "Wordstar" den Markt und wurde für lange Zeit das erfolgreichste Textsystem. Das Problem war allerdings, daß sich der potentielle Käufer mit dem Kauf eines Rechners auf eines der beiden Systeme festlegen mußte und sich somit zunächst auch für eine leistungsstarke Tabellenkalkulation oder eine leistungsstarke Textverarbeitung zu entscheiden hatte. Die Angst vor den Kinderkrankheiten des Personal Computers¹⁸⁶, *"vor allem vor einem unverhofften Textverlust, ließ damals Anwälte, Journalisten und Schriftsteller vom Einsatz des Computers zurückschrecken"*¹⁸⁷, so daß die "erste Runde" in der Geschäftswelt eindeutig zu Gunsten des Apple-Computers in seiner Funktion als "Rechenmaschine" ging.¹⁸⁸

¹⁸⁴ So der MITS ALTAIR 8800, der PET von COMMODORE und der TRS-80 von RADIO SHACK.

¹⁸⁵ 1976/77 hatten die beiden Studenten Steve Jobs und Steve Wozniak aus dem kalifornischen Silikon Valley die Firma APPLE COMPUTER INC. gegründet und für weniger als 1500 US \$ den Apple II auf den Markt gebracht. Der anfängliche Erfolg dieses Rechners steigerte sich zum Boom, nachdem 1979 die beiden Harvard-Studenten Dan Bricklin und Bob Frankston die erste computerisierte Tabellenkalkulation "VisiCalc" für diesen Rechner programmiert hatten.

¹⁸⁶ Der Begriff "Personal Computer" wurde für einen "persönlichen Computer" eingeführt, also für einen Rechner, der nicht nur Terminal eines Großrechners war, sondern allein diesem einen Benutzer (oder einer Benutzergruppe) zur Verfügung stand.

¹⁸⁷ Thomsen. In: Haller (Hrsg.), 1992: S. 25.

¹⁸⁸ Zu dem ganzen Kapitel: Vgl. Glaser, 1995: S. 30-33. Sowie: Thomsen. In: Haller (Hrsg.), 1992: S. 22-24. Und: Henning Wriedt. Konzeption, Aufbau und Einsatz hierarchisch strukturierter Informations- und Auskunftssysteme auf der Basis von Gopher-Systemen. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Fachgebiet Wirtschaftsinformatik, Philipps-Universität Marburg, 1994: S. 29-31. Auch: Christian Falckenberg. Internet - Spielzeug oder Werkzeug? Studienarbeit. Lehrstuhl für Technische Informatik, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, 1994. Nachdruck durch das Hochschulrechenzentrum der

Bald wurden jedoch für beide Systeme vielfältige Programme entwickelt, so daß auch heute noch diese Systemkonkurrenz besteht. (Immerhin ist es inzwischen möglich, daß Daten, die in einem System erfaßt wurden, auch in Codes verwandelt werden können, die das andere System lesen kann.)

In vielen Betrieben waren Personal Computer auf den Schreibtischen einzelner Angestellter allerdings weniger interessant. Die betrieblichen Abläufe verlangten den Zugriff auf zentrale Betriebsdaten, die nacheinander von verschiedenen Stellen bearbeitet werden sollten. Die Lösung war zunächst für lange Zeit ein zentraler Großrechner, mit vielen, im Betrieb verstreuten "Terminals" - also Arbeitsplätzen. Diese verfügten oft nur über ein Eingabegerät (die Tastatur) und ein oder zwei Ausgabegeräte (Bildschirm und evtl. Drucker). Wenn ein Dokument, sei es ein Text oder eine Rechnung, bearbeitet war, wurde es wieder an der gleichen Stelle abgelegt, von der es zu Beginn der Bearbeitung geladen worden war. Dieses Rechnermodell, das auch heute noch in vielen Betrieben anzutreffen ist, brachte den Computer zum ersten Mal an den Arbeitsplatz vieler Menschen (und v.a. zum ersten Mal auch zu Nicht-Informatikern bzw. Informatik-Interessierten.) Es wurde vom papierlosen Büro geträumt und davon, Arbeitsprozesse rationeller zu gestalten. Eine weitere Welle der "Computerisierung" kam mit der Einführung lokaler PC-Netzwerke, auf die im folgenden Kapitel noch kurz einzugehen sein wird.

Auch im privaten Bereich setzte sich der Personal Computer, zunächst v.a. bei Jugendlichen, immer weiter durch. Ausschlaggebend dürfte hier neben der Tatsache, daß der Computer natürlich klein genug sein mußte, um auf dem Schreibtisch Platz zu finden, seine Finanzierbarkeit gewesen sein. Er war (und ist dies wohl auch heute noch weitestgehend) v.a. ein Spielzeug, da im privaten Gebrauch weder komplizierte Tabellenkalkulationen noch Textverarbeitungen in größerem Maß anfallen.¹⁸⁹

8.4. Vernetzung

"Es ist zu kurz gedacht, daß Netzwerke Computer miteinander verbinden. Sie verbinden Menschen miteinander, die Computer als Medium verwenden. Der große Erfolg des Internet liegt nicht im Technischen, sondern im Menschlichen begründet. Electronic Mail ist vielleicht kein besonders großer Fortschritt in der Informatik, aber es ist ein vollkommen neuer Weg für Leute, die miteinander kommunizieren wollen. Das beständige Wachstum des Internet ist eine technische Herausforderung für uns, aber wir dürfen nie aus den Augen verlieren, woher wir kommen, an welchen

Philipps-Universität Marburg: S. 4-6. Schließlich: Bruce Sterling. "A Brief History of the Internet". URL: <http://www.vir.com/Demo/tech/SterlingBrief.html>.

¹⁸⁹ Auf lange Sicht trug/ trägt die spielerische Aneignung der Fähigkeit, mit dem Computer umzugehen, sicher zu dessen Verbreitung bei.

Veränderungen in einer großen, computerisierten Gemeinschaft wir teilgenommen haben und was für ein großes Potential uns für zukünftige Veränderungen zur Verfügung steht."¹⁹⁰

Dieser Gedanke stand allerdings nicht am Anfang der Entwicklung, er resultiert vielmehr aus der Beobachtung der Benutzer von Computernetzen.

In den frühen fünfziger Jahren wurde als Bestandteil der amerikanischen Luftaufklärung das SAGE-Netz ("Semi-Automatic Ground Environment") eingerichtet. Mehrere über Telefonleitung miteinander verbundene Computer kalkulierten die Flugbahnen feindlicher Flugzeuge. Damit hatte die Zeit der Datenfernübertragung/ Datenfernverarbeitung begonnen. 1957 startete die UdSSR den ersten künstlichen Erdtrabanten Sputnik und schockierte damit die USA zutiefst. Als Reaktion wurde im Verteidigungsministerium eine neue Abteilung gegründet, die bereits erwähnte ARPA ("Advanced Research Project Agency"), die die wissenschaftliche und technische Führungsposition der USA im militärischen Bereich wiederherstellen sollte. Über Telefonleitungen miteinander verbundene Computer erlangten im militärischen Bereich immer mehr Bedeutung. Damit wuchs aber auch die Sorge um die Verletzlichkeit dieser immer wichtiger werdenden Kommunikationsverbindungen. Als Ergebnis dieser Sorge kann ein 1962 von Paul Baron verfaßtes Papier angesehen werden ("On Distributed Communications Networks"; RAND-Corporation, Amerikas damalige Denkfabrik für den Kalten Krieg), in dem er die Grundlagen des heutigen Internet beschreibt. Diese sind im wesentlichen das Fehlen einer zentralen Steuerung und die paketvermittelte Übertragung der Daten.¹⁹¹ 1969 stand das erste derartige Netzwerk, das ARPAnet. Es verband vier amerikanische Universitäten, bzw. Institute miteinander. Diese vier Computer konnten Daten austauschen und selbst von den entfernt liegenden angeschlossenen Computern programmiert werden. Ein weiteres Vorteil, der sich daraus ergab, war, daß die Forscher an den vier beteiligten Instituten sich die

¹⁹⁰ David Clark, zit. nach Glaser, 1995: S. 23f.

¹⁹¹ So konnte das Netz nicht durch einen einzelnen Schlag gegen die Zentrale ausgeschaltet werden, und die Datenpakete suchten sich ihren Weg über die intakten Leitungen, wobei verstümmelte oder verlorene Pakete "nachgefordert" werden konnten. Es wurde bei der Entwicklung also von vornherein von einem unzuverlässigen Netzwerk ausgegangen, was später den Vorteil mit sich brachte, daß das Netz zuverlässig funktionierte, selbst wenn sich an bestimmten Rechnern oder Teilnetzen Schwierigkeiten ergaben. *"Mit der legendären Dezentralität des Internet ist es übrigens nicht mehr so weit her. Inzwischen wird der Datentransport mehr und mehr von kommerziellen Anbietern (Providern) ausgeführt [...] die ursprünglich als Kriegsfolge avisierten Ausfälle ganzer Netzteile"* kommen heute nicht aus technischen, sondern aus wirtschaftlichen Gründen zustande. Glaser, 1995: S. 37. Zur Kommerzialisierung der Übertragungswege vgl. auch: Olaf Kaestner. "Friedensarbeit in den Mailboxen: Der Chaos Computer Club lud zum Kongreß, um die gesellschaftlichen Chancen des Internet auszuloten". Frankfurter Rundschau 50. Jg. (304/1994): S. 6.

Rechnerkapazitäten teilen konnten, was in den siebziger Jahren, in denen Rechnerzeiten noch sehr knapp waren, ein angenehmer Nebeneffekt war. 1971 wurde der reguläre Betrieb des ARPAnet aufgenommen und 1972 wurde es mit inzwischen 40 angeschlossenen Rechnern auf der "First International Conference on Computer Communications" erstmals öffentlich vorgestellt. Im Laufe der siebziger Jahre wurde die TCP/IP-Protokollfamilie ("Transmission Control Protocol/ Internet Protocol") entwickelt, um internationale Verbindungen zwischen autonomen Netzwerken unabhängig von deren zugrundeliegender Technologie zu ermöglichen.¹⁹² Parallel zur Entwicklung des ARPAnet wurde in den Jahre 1979 bis 1983 das CSnet ("Computer Science Research Network") von amerikanischen Universitäten, die keinen Zugang zum ARPAnet hatten, aufgebaut. 1986 wurde von der US-Regierung das NSFnet ("National Science Foundation Network"), das ursprünglich fünf Supercomputer miteinander verband, in Betrieb genommen. Die hohe Leitungskapazität des NSFnet erlaubte es, Datenverkehr von dem überlasteten ARPAnet zu übernehmen. 1990 wurde das ARPAnet aufgelöst, und das NSFnet übernahm nun vollständig die Rolle als Rückgrat ("Backbone") des Internet.¹⁹³ Für das enorme Wachstum des Internet war vor allem die LAN-Technologie ("Local Area Network") verantwortlich. Weltweit entstanden lokale Netzwerke, wobei zunächst v.a. diejenigen der Universitäten und Großforschungseinrichtungen an das Internet angeschlossen wurden. Das Internet verbreitete sich mit rasanter Geschwindigkeit über den gesamten Globus. Dies zeigt sich in der Zahl der angeschlossenen Rechner ("Hosts"). Zahlen über die Nutzer des Internet sind dagegen immer nur Schätzungen.¹⁹⁴ 1971 startete das ARPAnet mit drei einheitlichen Dienstleistungen (Terminalsitzungen, Dateiübertragungen, elektronische Post). Seitdem sind immer neue Dienste hinzugekommen. Für die Popularität und die weiterhin explosionsartige Verbreitung des Internet sind m.E. neben der nach wie vor äußerst beliebten elektronischen Post v.a. die graphisch

¹⁹² 1983 wurde komplett auf TCP/IP umgestellt. Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Durchsetzung dieser Protokollfamilie war die Einführung als militärischer Standard in den USA. Hersteller von Kommunikationssoftware mußten diesen Standard unterstützen, um Regierungsaufträge zu bekommen. Aus diesem Grund wurden die meisten UNIX-Betriebssysteme, die zu dieser Zeit auf den Markt drängten, bereits mit TCP/IP-Implementierungen ausgeliefert.

¹⁹³ Vgl. Robert H' obbes' Zakon. "Hobbes' Internet Timeline v2.4a".
URL: <http://info.isoc.org/guest/zakon/Internet/History/HIT.html>. Sowie: Falckenberg, 1994: S. 5.

¹⁹⁴ An der Universität Marburg bspw. sind die Internet-Nutzer v.a. über die beiden Rechner (Hosts) stud-mailer (Studierende) und mailer (Lehrende und Angestellte) organisiert. Vorsichtige Schätzungen gehen von einem weltweiten Durchschnitt von 10 Nutzern je angeschlossenen Rechner aus. Im Oktober 1994 waren 3,86 Millionen Rechner ans Internet angeschlossen, es verfügten also knapp 40 Millionen Menschen über einen direkten Internet-Anschluß. Insbesondere bei elektronischer Post liegt die Zahl der beteiligten Menschen allerdings wesentlich höher, da viele andere Netze, wie die kommerziellen COMPUSERVE oder AMERICA ONLINE und alternative Netze wie Fido Gateways (also Übergänge) zum Internet haben. Im Anhang findet sich eine Graphik, die das Wachstum des Internet verdeutlichen soll.

orientierten Oberflächen verantwortlich, die es seit Beginn der neunziger Jahre nicht informationstechnisch vorgebildeten Menschen ermöglichen, das Internet zu nutzen.¹⁹⁵

Auch außerhalb der Universitäten und staatlichen, vornehmlich militärischen Stellen wurde an Computerkommunikation gearbeitet. 1978 ging in Chicago die erste private "Mailbox" ans Telefonnetz. Aus den Mailboxen entwickelten sich ebenfalls weltumspannende Netzwerke, deren populärstes das "Fido-Netz" ist.¹⁹⁶

8.5. Erste Schritte zu "Multimedia"

Mit dem Hypertext-Transfer-Protokoll wurde der erste Schritt zu Multimedia getan. Zwar ermöglichte schon das Gopher-Protokoll die Einbindung von Bild-, Film- und Tondateien, doch nun sind diese beliebig im Text unterzubringen (da dieses Protokoll nicht mehr hierarchisch strukturiert ist). Das Ergebnis läßt sich sowohl im World Wide Web (also im Internet), als auch auf CD-ROM besichtigen. Während das World Wide Web wegen der fehlenden kommerziellen Verwertbarkeit (Abrechnungsmöglichkeit) sich im Moment noch weitestgehend auf Spielereien, Werbung und z.T. Tests beschränkt, ist mit der CD-ROM von den Verlegern ein Medium gefunden worden, mit dem auch die kommerzielle Nutzung möglich ist. Insbesondere Sach- und Fachbücher, Kataloge und Nachschlagewerke scheinen zunächst für die Vermarktung als CD-ROM geeignet, da für die meisten Konsumenten *"der Reiz wohl eher im Zusatznutzen in Form von Videoaufzeichnungen, Tondokumenten, Trickfilmen oder detaillierten Fotos"*¹⁹⁷ liegt und dies sich eben v.a. bei diesen Büchern anbietet. Auch im Bereich der Lehrbücher zeichnen sich deutliche Veränderungen ab. Die Integration von Testaufgaben und Zusatzübungen zu den für den Nutzer problematischen Themen ist möglich.¹⁹⁸

¹⁹⁵ Ein mögliches Stagnieren der Zuwachsraten durch eine Sättigung der Versorgung im wissenschaftlichen Bereich wurde so durch eine Öffnung des Netzes für weitere Bevölkerungsgruppen verhindert. Als Kehrseite dieser Vereinfachung und graphischen Orientierung wird z.T. beklagt, daß das Internet, solange es textbasiert war, seinem Wesen nach interaktiv gewesen sei, die graphische Oberfläche, insbesondere des World Wide Web, dagegen das passive Konsumieren von Informationen per Mausclick fördere. Vgl. z.B. Sabine Helmers/ Kai Seidler. "Per Mausclick zur Couch Potatoe?". URL: <http://duplox.wz-berlin.de/links/text.html>.

¹⁹⁶ Mehr zu Mailboxen im Kapitel 9.3. "Unabhängige Massenkommunikation" auf Seite 74.

¹⁹⁷ Udo Flohr. "Silberne Revolution". *Spiegel Spezial: Bücher* ' 95. Jg. (10/1994): S. 144-150, hier: S. 145.

¹⁹⁸ Um nur zwei Beispiele für CD-ROM-Entwicklungen zu nennen: Die Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt hat in ihrem Angebot "Forum Neue Medien" u.a. eine Reihe von bisher 3 CD-ROMs mit dem Titel "Das 20. Jahrhundert - Eine interaktive Reise durch die Zeit", die jeweils *"mehr als 2.000 Bildschirmseiten mit über 1.000 Abbildungen, 6.000 Querverweisen, zeitgenössischem Filmmaterial sowie authentischen Tondokumenten"* enthalten. (Wissenschaftliche Buchgesellschaft. *Forum Neue Medien*, Juni 1996). Die Schulfernsehredaktion des SÜDWESTFUNKS Baden-Baden entwickelt z.Zt. als erste einer ganzen Reihe die CD-ROM

Prinzipiell sind hier die Möglichkeiten der digitalen Medien, wie sie z.B. auch vom digitalen Fernsehen erhofft werden, verwirklicht. Die CD-ROM bietet neben der wirtschaftlichen Verwertbarkeit dabei den Vorteil, daß die Nutzung des Angebots keine zusätzlichen Leitungskosten verursacht und v.a., daß im Gegensatz zu den Angeboten im Internet nicht auf die Übertragung gewartet werden muß. Bei den Netzangeboten hat sich, insbesondere seit Einführung des World Wide Web, eine solch starke Steigerung der Datenübertragungsmenge ergeben, daß alle Bemühungen "Datenautobahnen" aufzubauen, bislang weit hinter den Erfordernissen für eine zügige Übertragung zurückgeblieben sind, weswegen das World Wide Web oftmals auch spöttisch als "World Wide Wait" bezeichnet wird.

9. Das Internet als Mittel der Massenkommunikation

9.1. Warum computervermittelte Massenkommunikation?

Mit dem großen Erfolg, den das Internet und andere Netze seit Einführung des Hypertext auch bei Bevölkerungsschichten außerhalb der Universitäten haben, wird es für Unternehmen immer interessanter, kommerzielle Angebote in diesem Medium zur Verfügung zu stellen. Infolge des z.Zt. noch nicht gelösten Problems, Produkte über das Netz bestellen und auch gleich bezahlen zu können¹⁹⁹, beschränken sich diese Angebote im Moment noch vornehmlich auf Informationen und Werbung. Je mehr Menschen allerdings Zugang zu den Netzwerken haben, umso interessanter werden diese nicht nur für Verkaufszwecke, sondern auch als allgemeines Informationsmedium. Folgende Vorteile können dabei theoretisch für computervermittelte Massenkommunikation gegenüber herkömmlicher Massenkommunikation angeführt werden:

Multimedialität: Durch die Digitalisierung könnten alle bisherigen Medien eingebunden werden (Schrift, Ton, Bild, Bewegtbild) und je nachdem, welche Art der Informationsvermittlung sinnvoll erscheint, miteinander kombiniert werden. Das Problem, das diese Idee mit sich bringt, ist, daß hierfür bei einer allgemeinen Anwendung sehr große Übertragungskapazitäten notwendig sind.

Individuelle Abfrage: Der Benutzer wäre nicht an Erscheinungs- oder Sendezeiten gebunden, sondern könnte neben der Frage, was er konsumieren, bzw. durch wen er sich informieren lassen möchte, auch bestimmen, wann er dies möchte. (Der Video on Demand-Gedanke in einer breiteren Umsetzung.)

Archiv/ Zusatzinformation: Durch eine intelligente Verknüpfung kann der Benutzer im Internet die Möglichkeit erhalten, auf ältere Berichte, Quellen, Gegenpositionen oder Informationen, die durch andere Personen/ Medien zur Verfügung gestellt werden, zurückzugreifen, statt durch ein "wir berichteten" oder den Verweis auf einen nicht vom Benutzer verfolgten Bericht, wie es in den herkömmlichen Medien bisher üblich ist, eher verwirrt als informiert zu werden. Eine umfassende Information zu Themen und Positionen, mit denen man sich bisher nicht befaßt hat, könnte so relativ

¹⁹⁹ Erste Modelle sind z.B. mit "e-cash" bereits entwickelt und sollen nun auf ihre allgemeine Tauglichkeit hin überprüft werden. So möchte im Herbst 1996 bspw. die DEUTSCHE BANK einen Pilotversuch starten. Vgl. Ohne Autor. "Cash bezahlen im Cyberspace: Internet Währung". TV Today o.Jg. (12/1996): S. 49. "E-Cash, das elektronische Geld, wird [nach dem Einstieg der Banken in das ' TelebankingGeschäft] der technologisch nächste Schritt sein". Klaus Thoma, Sprecher der DEUTSCHEN BANK, zit. nach: F. Scheele. "Sparschweine im Datennetz". TV Today o.Jg. (15/1996): S. 30-31, hier: S. 31.

problemlos ermöglicht werden.²⁰⁰ Auch eine hierarchische Strukturierung innerhalb der Informationen wäre nach dem Modell der Nachrichtenagenturen denkbar: In einer ersten Übersicht wären die Überschriften mit kurzen Meldungen zu sehen. Verweise führten zu ausführlicheren Berichten, Hintergrundinformationen und Kommentaren. (Solche Strukturen würden, insbesondere wenn es sich um Ton- und Bildarchive handelt, allerdings eine schnell wachsende Menge an Speicherplatz in Anspruch nehmen.)

Interaktivität: Durch die Verknüpfung von Anwendungen der Massenkommunikation mit Anwendungen der Individualkommunikation wären verschiedene Formen der Interaktivität denkbar.²⁰¹ Diese würden von der Rückmeldung via e-mail an den Verfasser eines Beitrags (Leserbrief) bis zu multimedialen Diskussionsforen über jeden Beitrag reichen.

9.2. Demokratisierende Ansätze? - Der Zugang

Neben der Frage, wie Information und Kommunikation in Zukunft im Internet strukturiert sein werden, spielt die Frage nach den Zugangsvoraussetzungen für die Nutzer dieser Angebote schon heute in der Diskussion eine große Rolle. Dabei ist es m.E. abzusehen, daß sich früher oder später das Bundesverfassungsgericht wohl auch mit einem "Grundversorgungsauftrag" für Informationen in Computernetzen befassen muß.

*"Wenn immer mehr Informationen (nur noch) über Informationsnetze zugänglich sind, sollten Kriterien wie Einkommen, Bildung oder Geographie nicht primär [!] über die prinzipielle Zugangsmöglichkeit entscheiden, zumindest soweit es um Informationen zu solch grundlegenden Bereichen wie der politischen Partizipation geht. Die Frage der informationellen Grundversorgung - ' wie können alle Bürger einen adäquaten Zugang zur Datenautobahn und den grundlegenden Informationsdiensten erhalten?' - ist unbeantwortet."*²⁰²

Ohne konkrete Schritte zu benennen, kam die G7-Konferenz zur Informationsgesellschaft im Februar 1995 in Brüssel zu dem Schluß: *"By establishing universal frameworks that are adaptable, they will ensure that all citizens will have access to new information services and thus be able to benefit from new opportunities. They*

²⁰⁰ Und dies auch Menschen, die nicht über den einfachen Zugang zu gut sortierten Bibliotheken und Archiven verfügen, also bspw. auf dem Land.

²⁰¹ Eine kurze Vorstellung der für die Kommunikation grundlegenden Dienste findet sich im Anhang im Abschnitt "**Die wichtigsten Kommunikationsdienste im Internet**".

²⁰² Bericht und Empfehlungen der Enquete-Kommission "Entwicklung, Chancen und Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in Baden-Württemberg" (Multimedia-Enquete). Landtag von Baden-Württemberg, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/ 6400. Ausgegeben: 20.10.1995: S. 49. (Künftig: Multimedia-Enquete).

will evaluate the impact of information services and technologies on society using existing organizational resources. Strategies to prevent marginalization and to avoid isolation will be developed."²⁰³ Bleibt abzuwarten, inwieweit es sich hier um die Formulierung bürgerlicher Ideale oder um eine Zielformulierung, die durch konkrete Maßnahmen versucht wird umzusetzen, handelt.

Bei der Erörterung dieses Problems handelt es sich sicherlich um eine "Gleichung mit vielen Unbekannten". Die "radikalste" von politisch ernstzunehmender Seite (nämlich v.a. den Gewerkschaften, den Grünen und weiten Teilen der SPD) erhobene Forderung nach Aufstellung von PCs mit Netzzugang in öffentlichen Bibliotheken und anderen öffentlichen Räumen scheint ohne begleitende Strategien bezüglich ihrer Erfolgsaussichten eher fraglich, denn Kommunen, Länder oder Bund würden (je nach noch zu treffender Absprache) mit den Übertragungskosten (Leitungsgebühren) belastet.²⁰⁴ Eine freiwillige Übernahme dieser Kosten, die bei flächendeckender Anwendung des Modells horrend sein dürften, ist von keiner der genannten Körperschaften zu erwarten.

Eine Lösung des Problems könnte auf einem der folgenden, momentan diskutierten Wege erreicht werden:

- Die Kommunen beharren bei der Verlegung von Kabeln auf ihrem Wegerecht und wehren sich gegen den Entwurf für das neue Telekommunikationsgesetz, der vorschreibt, *"daß Straßen und Wege für die Verkabelung unentgeltlich genutzt werden dürfen"*. Der deutsche Städtetag *"hat bereits mit einer Verfassungsklage gedroht, sollte der Postminister das Gesetz nicht ändern."* Einen Kompromiß könnte der Vorschlag des Bremer Informatikprofessors Herbert Kubicek bringen: *"Statt den Kommunen Abgaben zu entrichten, sollten die Telephonkonzerne als Gegenleistung für die Nutzung der öffentlichen Wege kommunale Einrichtungen unentgeltlich anschließen."*²⁰⁵

- Es entstehen immer mehr kommunale Telefongesellschaften. *"Meist sind die mittlerweile 86 Unternehmen Töchter der kommunalen Energie- und Verkehrsgesellschaften."*²⁰⁶ Sie verfügen neben der TELEKOM, der DEUTSCHEN BAHN und den

²⁰³ Ohne Autor. G7 Ministerial Conference on the Global Information Society. Round-table meeting of business leaders. Brussels, 25 and 26 February 1995. Luxembourg: Office of Official Publications of the European Communities, 1995: S. 72.

²⁰⁴ Wenn nicht schon bei der Zulassung von kommerziellen Betreibern von Telekommunikationsnetzen Freianschlüsse für derartige Einrichtungen zur Auflage gemacht werden.

²⁰⁵ Gunhild Lütge. "Streit um Strippen: Die Kommunen beharren auf ihrem Wegerecht - der Telekom drohen Milliardenausgaben". Die Zeit 51. Jg. (15/1996): S. 20.

²⁰⁶ Holger Nacken. "Kommunen wollen im Telekom-Geschäft kräftig mitmischen: Städtische Tochterunternehmen drängen auf den Markt / Kritiker sprechen von Verfassungsbruch und Rückverstaatlichung". Frankfurter Rundschau 52. Jg. (160/1996): S. 11.

großen Energieversorgungsunternehmen als einzige schon jetzt über Festnetze. Diese privatwirtschaftlich organisierten Gesellschaften könnten also als kostengünstige Anbieter für öffentliche Anschlüsse in kommunalen Einrichtungen auftreten.

- *"Diskutiert wird auch über die Überlegung, jedem Netzbetreiber eine Mindestverpflichtung aufzuerlegen, nach der er bestimmte Leistungen gebührenfrei zu erbringen hat."*²⁰⁷ Angesichts der Tatsache, daß die Verkabelung ohne Nebenkosten im Entwurf für das neue Telekommunikationsgesetz angestrebt wird, ist m.E. allerdings davon auszugehen, daß diese Überlegung durch Phrasen wie "keine Nachteile im internationalen Wettbewerb schaffen" abgeschmettert wird.

Der Wunsch nach der politischen Regelung eines sozialverträglichen Zugangs scheint in den Diskussionen um die "Datenautobahnen" und die "Informationsgesellschaft" auf Regierungsebene jedoch nur eine untergeordnete Rolle zu spielen. Hier scheint der Wunsch, den neuen Anbietern einen unbelasteten Markteinstieg zu verschaffen, im Vordergrund zu stehen.

Dabei dürfte der kostenlose Zutritt zur Welt der Netze *"den Markt befördern, weil viele Menschen nur auf diese Weise Erfahrungen mit der neuen Technik sammeln können. Kubicek verweist auf die USA, wo Telekommunikationskonzerne schon heute Schulen und Bibliotheken freiwillig auf eigene Kosten an ihre Netze anschließen, um bei potentiellen Kunden das Interesse an elektronischen Diensten zu wecken."*²⁰⁸

*"Das Gegenmodell geht von der staatlichen Fürsorgepflicht aus. In diesem Fall würde der Staat für jeden Bürger, der dazu selbst nicht in der Lage ist, die Kosten für die Grundversorgung übernehmen müssen. Letzteres ist das Modell des Bundessozialhilfegesetzes. Es lastet die Kosten eines so verstandenen Universaldienstes der Gemeinschaft und nicht dem einzelnen Unternehmer auf."*²⁰⁹ Ein Modell, das insbesondere nach dem "Zweiten Bonner Sparpaket" von 1996 m.E. in seiner Umsetzung mehr als fraglich erscheint.

In der gesamten Diskussion geht es allerdings zunächst v.a. um die Kosten für die Geräte und Leitungswege, nicht aber um die Kosten, die direkt mit der Nutzung eines Informationsangebots verbunden sind. Wenn aber erst sichere Möglichkeiten für die Inrechnungstellung und Abrechnung anfallender Kosten gefunden sind, ist davon auszugehen, daß Informationsangebote im Internet nicht mehr generell kostenfrei zur Verfügung stehen.

Z. Zt. haben Publikationen in den unterschiedlichen Diensten des Internet folgende Finanzierungsquellen:

²⁰⁷ Multimedia-Enquete, 1995: S. 49.

²⁰⁸ Lütge, 1996: S. 20.

²⁰⁹ Multimedia-Enquete, 1995: S. 49.

1. Idealismus: Im nichtkommerziellen Bereich stellen viele Menschen und wissenschaftliche Institutionen ihre Arbeit und Technik unentgeltlich für Publikationen zur Verfügung.
 2. Werbung/ Sponsoring: Diese Finanzierungsquelle findet sich fast ausschließlich im World Wide Web. Attraktive Seiten (gleich attraktive Informationsangebote) werden mit Firmenlogos und kleinen "Werbeplakaten" bestückt, über die man zu den Seiten der jeweiligen Firma gelangt.
 3. Zuschußgeschäft: Immer mehr etablierte Medien wollen den "Trend der Zeit" nicht verpassen und geben deshalb Online-Publikationen oder -Informationen heraus. Dabei handelt es sich zumeist um langfristige Strategien, die zumindest kurz- und eventuell auch mittelfristig keinen Gewinn abwerfen werden. Im Moment gilt noch das olympische Motto "Dabeisein ist alles". Insbesondere im Printmedienbereich hat sich dabei inzwischen gezeigt, daß die einfache Übernahme des gedruckten Mediums ins Internet bei den Nutzern auf wenig Interesse stößt. Umso mehr aber gesondert aufgearbeitete Publikationen, insbesondere wenn die Möglichkeiten des Hypertext und eventuell gar die der Multimedialität genutzt werden. Damit ist aber klar, daß diese Publikationen eine gesonderte redaktionelle Betreuung erfordern. Auf lange Sicht werden die Verleger Online-Publikationen aber sicher nicht als Zuschußgeschäft betreiben wollen. Da es kaum wahrscheinlich ist, daß die Werbeeinnahmen die entstehenden Kosten jemals decken werden, ist mit der Inrechnungstellung der genutzten Angebote früher oder später zu rechnen.²¹⁰ Inwieweit diese Kosten für die Anwender, die auf öffentliche Bibliotheken oder ähnliche Plätze zur Nutzung angewiesen sind, tragbar sein werden, bleibt abzuwarten. Da es sich hierbei jedoch um eine privatwirtschaftliche Nutzung handelt, sind staatliche Regulierungseingriffe schwer vorstellbar.
- Die Hoffnungen, breite Schichten der Bevölkerung zumindest an einem kleinen Teil der neuen professionellen Informationsflut teilhaben zu lassen und so das vielbeschworene Auseinanderfallen der Gesellschaft in "information rich" und "information poor" zu verhindern, konzentrieren sich im wesentlichen auf die anstehende Neudefinition des Rundfunkbegriffs und auf die Auslegung der vom Bundesverfassungsgericht festgeschriebenen Fortentwicklungsgarantie der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten. Sollten die neuen Massenkommunikationsdienste mit unter den Begriff Rundfunk gefaßt und den öffentlich-rechtlichen Sendern eine Fortentwicklung auch in diesen Bereich hinein gestattet werden, könnte zumindest eine "Grundversorgung"

²¹⁰ Vgl. z.B. Katja Riefler. "Zeitungen am Computer?: Viele deutsche Verlage versuchen, mit zusätzlichen digitalen Diensten Leser an sich zu binden". *Die Zeit* 51. Jg. (2/1996): S. 41. Wahrscheinlich wird ein Basisdienst, gewissermaßen als "Appetithappen", weiterhin kostenfrei angeboten werden. Hintergrundberichte, Archivzugriffe etc. werden aber wohl in Rechnung gestellt werden.

mit Netzwerkdiensten kostenfrei erfolgen.²¹¹ Damit verbunden wäre auch eine weitere Lösungsmöglichkeit für das Zugangsproblem. Je nachdem, wie das endgültige Set-Top-Box-Modell und die späteren Fernsehgeräte für digitales Fernsehen letztlich aussehen und unter welchen Modalitäten sie vertrieben werden, könnte über dieses Gerät ein zumindest kostengünstiger Netzwerkzugang bereitgestellt werden. Wenn die Geräte über ein Kabelmodem verfügten und somit über die Möglichkeit, digitale Daten in beiden Richtungen über das Fernsehkabel zu übertragen, könnten die Sender einen ihrer Fernsehkanäle als Netzwerkzugang zur Verfügung stellen.

Im nichtprofessionellen und nichtgewinnorientierten Bereich sieht die Situation nach dem momentanen Stand wesentlich hoffnungsvoller aus. Voraussetzung für die Veröffentlichung²¹² von Informationen ist hier lediglich die Zulassung ("Account") auf einem ans Netz angeschlossenen Rechner ("Server"), der über einen geeigneten Dienst verfügt (heute zumeist WWW-, aber prinzipiell auch FTP- oder Mail-Server). Neben den Hochschulen bieten inzwischen auch kommerzielle Dienste ("Provider") und kommerzielle Netzbetreiber diese Möglichkeit.²¹³ Damit und mit den immer benutzerfreundlicher gestalteten "Werkzeugen" zum Erstellen solcher Seiten, die es mit relativ wenig Übung und ohne größere Fachkenntnisse ermöglichen, eigene "Web-Seiten" zu erstellen, ist der Gedanke "jeder Empfänger ist auch Sender" zumindest unter den Menschen, die Zugang zum Internet haben, prinzipiell verwirklicht.²¹⁴

Gleichzeitig mit dieser Möglichkeit, "private Seiten" zu erstellen, tauchen allerdings zwei Probleme verstärkt auf, die m.E. gelöst werden müssen, bevor sich das Internet von einem "allgemeinen Spielzeug" zu einem "allgemeinen Werkzeug" entwickeln kann.

²¹¹ Die Hoffnungen ruhen aber auch deshalb auf den öffentlich-rechtlichen Sendern, weil die Etablierung neuer, der Allgemeinheit verpflichteter "Online-Anstalten" zur Grundversorgung (v.a. aus Kostengründen) noch unwahrscheinlicher ist als die technische Fortentwicklung der vorhandenen Sender, die zudem über ausreichend journalistische Erfahrung für ein solches Projekt verfügen. Aus politischen Gründen wäre aber auch die Gründung einer neuen Anstalt, die mit den öffentlich-rechtlichen Sendern kooperieren soll, denkbar. Sollten die neuen Kommunikationsdienste mit unter den Begriff Rundfunk gefaßt werden, wäre allerdings eine Überarbeitung der Kontrollmechanismen notwendig, da Rundfunk dann in sehr unterschiedlichem Maße der staatlichen/ gesellschaftlichen Kontrolle bedürfte.

²¹² Der Begriff "Veröffentlichung" bezieht sich hier v.a. auf längere Dokumente. "Artikel" können darüber hinaus noch einfacher in themenbezogenen Diskussionsrunden veröffentlicht werden. (In Mailing-Listen oder News-Groups, wofür ein e-mail-Zugang zum Netz, der bspw. auch über eine Mailbox möglich ist, ausreicht.)

²¹³ Zumindest bei COMPUSERVE können die Kunden eigene Seiten einrichten. Wie es bei den anderen Anbietern aussieht, entzieht sich meiner Kenntnis.

²¹⁴ Dieser Gedanke ist bisher v.a. bei den News-Diensten (Usenet-News etc./ Mailing-Listen) umgesetzt.

Zum einen müßte die Erweiterung der Übertragungskapazitäten mit der Erhöhung des "Verkehrsaufkommens" einigermaßen Schritt halten. Zur Zeit ist das Internet von Datenstaus gekennzeichnet, obwohl Ton und Bewegtbilder bisher nur in äußerst geringem Umfang übertragen werden.²¹⁵ Die Transformation der Datennetze zu einem universalen Übertragungsmedium, das Fernseh- und Hörfunkübertragungen in dem angestrebten gestiegenen Umfang und gleichzeitig die Ausweitung des Benutzerkreises auf "die Allgemeinheit" einschließt, würde die zu übertragende Datenmenge in solch hohem Maße ansteigen lassen, daß der Ausbau der Infrastruktur m.E. nicht allein ausreichen wird, um eine solche Transformation zu ermöglichen. Die Entwicklung besserer Kompressionsverfahren und Übertragungsprotokolle wird somit eine Schlüsselrolle bei dieser Entwicklung einnehmen. Dabei ist allerdings fraglich, wie treffend langfristige Prognosen über die Entwicklung und Akzeptanz der neuen Dienste und über die Entwicklung der Kompressionsverfahren sein können.

Zum anderen scheint die Entwicklung einer skeptisch-distanzierten Haltung der Benutzer insbesondere gegenüber den durch persönliche Seiten im World Wide Web vermittelten Inhalten notwendig. Dieser Bereich des Internet, der publizistischen Charakter hat, dem aber die Korrektur- und Kontrollinstrumente der Kommunikation nicht inhärent sind²¹⁶, sondern nur von dem jeweils "Publizierenden" beigegeben werden können, gerät sonst in Gefahr zu einer gigantischen "Gerüchteküche" zu werden.

Schließlich sind eine ganze Reihe von Datenschutzproblemen zu lösen, um der Entwicklung von Datennetzen zu allgemeinen Kommunikationsmitteln in Zukunft nicht nur eine Chance zu geben, sondern diese auch in einer freiheitlich-demokratischen Art zu gestalten. An dieser Stelle sei nur auf zwei, zur Zeit äußerst heftig geführte Diskussionen hingewiesen: Im Bereich der Individualkommunikation die Kryptographie-Debatte, in der es um die Sicherstellung der Privatheit persönlicher Kommunikation vs. Abhörmöglichkeiten für den Staat geht.²¹⁷ Und im Bereich der

²¹⁵ Vgl. Glaser, 1995: S. 38.

²¹⁶ Als "Korrektur- und Kontrollinstrumente der Kommunikation" sollen v.a. die Gegenrede und Berichtigung durch andere an der Kommunikation teilnehmende Personen verstanden werden. Bei den heute verbreiteten Massenmedien wird diese Korrektur und Kontrolle durch die anderen Medien und die Leserbriefe weitestgehend sichergestellt. Mit der Potenzierung der "Angebote" durch die persönlichen Seiten ist ein solches gegenseitiges bzw. allgemeines Beobachten aber nicht mehr möglich.

²¹⁷ Die Diskussion um staatliche Abhör- und Zensurmöglichkeiten wurde durch die Kinderpornographie-Debatte zusätzlich angeheizt. Die schnellen Rufe nach Zensur, ohne daß Konzepte für deren zielgerichtete und wirkungsvolle Umsetzung bestanden, müssen leider als populistisch oder voreilig bezeichnet werden, wenn man nicht unterstellen möchte, daß die Angst vor einem neuen, unkalkulierbaren Medium deren Auslöser war.

Massenkommunikation die Debatte über das Erstellen von Benutzerprofilen durch Unternehmen oder staatliche Stellen. Das neue Telekommunikationsgesetz, das für staatliche Stellen einen in Orwellschen Ausmaßen gläsernen Benutzer bringen soll²¹⁸, ist dabei sicherlich keine förderliche Entwicklung, und es bleibt nur zu hoffen, daß derartige Entwicklungen - wie jüngst in den USA geschehen²¹⁹ - von richterlichen Entscheidungen korrigiert werden. Sonst ist davon auszugehen, daß die sicher zu Recht prognostizierten Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftlichen Kommunikationsbedingungen, die durch die Innovationen im Bereich der elektronischen Medien entstehen,²²⁰ keineswegs positiv zu bewerten sind, mögen sie auch noch so "effizient" sein.

9.3. Unabhängige Massenkommunikation

"Mailbox"-Netze, "Usenet-News" und "Mailing-Listen"

Aus privaten Mailboxen, die seit Ende der siebziger Jahre in vielen Städten entstanden²²¹, entwickelte sich mit dem Fido-Netz²²² in den USA bald ein erstes unabhängiges, alternatives Netzwerk. Neben dem Fido-Netz, das heute ein internationales Netz ist, entstanden viele weitere, mehr oder weniger weit verbreitete Netze. Neben kleinen Zusammenschlüssen wie dem "Mausnetz", "MagicNet" oder "SevenNet", die aus ein oder zwei Dutzend Systemen bestehen, ist das "Z-Netz" mit über tausend Systemen das bedeutendste unabhängige Netz im deutschen Sprachraum. Wie auch ursprünglich beim Internet lautet das Prinzip der Mailbox-Netze: *"Herrschaftsfreie, sprich unkontrollierte und unzensierte Information - Alles über alles von allen an*

²¹⁸ Vgl. Gunhild Lütge. "Start ins Abenteuer: Das neue Telekommunikationsgesetz läßt totalen Wettbewerb zu. Brisante Fragen bleiben offen, Konflikte sind programmiert". *Die Zeit* 51. Jg. (28/1996): S. 22. (Eine m.E. sehr gute Zusammenfassung der hauptsächlichen Datenschutzprobleme in diesem Zusammenhang.)

²¹⁹ Vgl. Ludwig Siegele. "' Fahr zur Hölle, Uncle Sam!' : Das neue amerikanische Urteil zur Meinungsfreiheit im Internet, abrufbar unter: <http://www.aclu.org/court/cdadec.html>". *Die Zeit* 51. Jg. (26/1996): S. 13.

²²⁰ Vgl. Jarren. In: Jarren (Hrsg.), 1994: S. 25.

²²¹ Die erste Mailbox entstand 1978 in Chicago. *"Eine Mailbox ist zunächst einmal ein ganz normaler Computer, der über ein Modem mit der Telefonleitung verbunden ist und 24 Stunden am Tag am Telefon wartet, um Anrufe von anderen Rechnern entgegenzunehmen. Die Mailbox ist so etwas wie ein lokales elektronisches Postamt [...] Ihre lokale MailBox hat regelmäßigen Kontakt mit anderen Mailboxen und tauscht über das Netzwerk Nachrichten aus."* Rena Tangens. "MailBoxen als neues Medium: Gleichberechtigte Kommunikation im Netzwerk". URL: http://www.zerberus.de/texte/netz/mb_als_medium.html. Zuerst veröffentlicht in dem Buch "Innen-Ansichten", Festschrift zum 25jährigen Jubiläum der Universität Bielefeld, herausgegeben von der IFF (Interdisziplinäre Frauenforschung).

²²² Das Fido-Netz erhielt seine Bezeichnung durch die Kommunikationssoftware, die ihm zugrunde liegt. Tom Jennings, der diese 1983 entwickelte, hatte sie nach dem Hund eines Freundes benannt. Vgl. Glaser, 1995: S. 33f. In Deutschland entstanden Anfang der achtziger Jahre punktuell erste Mailboxen, und es gab bald eine lose Kommunikation unter den Tüftlern. Vgl. Glaser, 1995: S. 44.

alle."²²³ So übt man sich hier in der Kunst des (möglichst) aggressionsfreien und konstruktiven Meinungsaustausches, erzeugt und sammelt Gemeinschaftswissen²²⁴ und hat sein eigenes Medium. Die einzelnen Mailboxen in einem solchen Netz werden ehrenamtlich von Enthusiasten betrieben.²²⁵

Die freien, nichtkommerziellen Dienste haben sich in den letzten fünfzehn Jahren zu einer bemerkenswerten Öffentlichkeit entwickelt, die entgegen weitverbreiteter Vermutungen weniger von "Computerfreaks" als von Umweltschützern, Friedensaktivisten, Bürgerrechtlern etc. genutzt wird. Die Entwicklung der Mailbox-Netze wurde v.a. auch von der Schwierigkeit, außerhalb des Wissenschaftsbetriebes einen Internet-Account, also Zugang zu einem ins Internet eingebundenen Rechner zu bekommen, forciert. Sie sind v.a. deshalb als unabhängig zu bezeichnen, weil sie - außer auf das Telefon - auf keine Infrastruktur von außen angewiesen sind. Eine Verbindung zum Internet besteht zwar bei den meisten Mailbox-Netzen, die Mitglieder können so zumeist ihre elektronische Post auch an, bzw. über das Internet versenden, die Netze sind auf diese Übergänge zum Internet aber nicht angewiesen. In der Regel ist die Mailbox-Kommunikation auch heute noch textbasiert. Wegen der geringen Bandbreite der Übertragungswege (Telefon) zwischen den Mailboxen und der Tatsache, daß sie nicht über Standleitungen miteinander verbunden sind (also jedes Angebot, das eine Mailbox ihren Mitgliedern machen möchte, auf den Mailbox-Rechner übertragen und dort "gelagert" werden muß), fallen vernetzte Hypertext-Angebote aus. Gleichwohl sind solche Angebote für lokale Informationssysteme innerhalb einer Mailbox denkbar.²²⁶

Wegen des technisch "niederschweligen Zugangs" werden die Mailbox-Netze (die v.a. in jüngerer Zeit auch als Bürgernetze bezeichnet werden) seit dem Aufkommen

²²³ Glaser, 1995: S. 43.

²²⁴ Gemeinschaftswissen wird v.a. über die sogenannten FAQs (Frequently Asked Questions) gesammelt. Um nicht immer wieder die gleichen Fragen in den Diskussionsgruppen zu debattieren, wurde dieser "Service" eingerichtet. In diesen Dateien finden sich die am häufigsten gestellten Fragen und die jeweils besten und aktuellen Antworten. Inzwischen verfügt fast jede Diskussionsgruppe über eine solche Zusammenstellung. In ihnen sammelt sich quasi die ständig aktualisierte und verfeinerte Essenz der Diskussionen, wobei sie zumeist auch für den Laien leicht verständlich sind. *"Es bewährt sich offenbar, daß die Fragen direkt dem Alltag entstammen, während die Antworten meist von Menschen kommen, die wissen, wovon sie reden."* Michael Esser. "Das Leben schreibt ein Lexikon". *Die Zeit* 51. Jg. (16/1996): S. 70. Vgl. z.B. auch Glaser, 1995: S. 44.

²²⁵ Vgl. Glaser, 1995: S. 44.

²²⁶ Sie würden dann nur für die Benutzer der jeweiligen Mailbox, nicht aber für Benutzer anderer Mailboxen, die mit dieser vernetzt sind, abrufbar sein. Die textbasierte Kommunikation verdeutlicht auch das Ziel der Mailboxen, anders als die kommerziellen Betreiber von Netzen wie bspw. COMPUSERVE oder AOL, die v.a. auf Unterhaltung setzen (da sie hoffen, damit wirklich Geld verdienen zu können), Information und Kommunikation in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten zu stellen.

der Diskussion um die "Datenautobahnen" oft auch als "Datenbürgersteige" bezeichnet, die gefördert werden sollten und über die öffentlichen Einrichtungen erreichbar sein müssten.²²⁷

So wie die Mailboxen sich für die kommunale, bzw. regionale Diskussion und den Informationsaustausch anbieten, haben die Mailbox-Netze ihre kommunikativen Möglichkeiten in der internationalen Kommunikation schon mehrfach unter Beweis gestellt. Um dies zu verdeutlichen, seien hier nur zwei der bekanntesten Beispiele kurz vorgestellt:

- Als während des Golfkrieges das amerikanische Militär die etablierten westlichen Medien weitestgehend kontrollierte, waren sowohl im Internet als auch in den Mailbox-Netzen v.a. über den "gemeinsamen Dienst" der Usenet-News Augenzeugenberichte sowohl von Irakern als auch von Kuwaitis zu lesen. Leser dieser Nachrichten konnten, wie es für diese Anwendung typisch ist, bei den Augenzeugen rückfragen oder auch deren Aussagen kommentieren.²²⁸ Dadurch erfuhren viele Menschen zum ersten Mal von der Existenz der Computernetze, auch wenn auf diese Art verbreitete Meldungen in den Medien weit weniger Beachtung fanden als die z.T. gefälschten Nachrichten und Bilder der amerikanischen Presse-Informationsstellen.
- Als der Krieg im ehemaligen Jugoslawien ausbrach, wurden die Telefonverbindungen zwischen den sich nun kriegerisch gegenüberstehenden Landesteilen unterbrochen, und auch der Briefverkehr kam, je nach Landesteil zumindest zeitweise, zum Erliegen. Mit Hilfe der Bielefelder Mailbox "Bionic" gelang es jedoch, eine Kommunikationsstruktur über die Frontlinien hinweg aufzubauen. Das "ZaMir" (für den Frieden)-Netzwerk sorgte über die noch bestehenden Auslandstelefonleitungen für die Nachrichtenvermittlung und wurde so zur wesentlichen Kommunikationsverbindung zwischen den Landesteilen.²²⁹ Gleichzeitig sorgte z.B. das Tagebuch des holländischen Friedensaktivisten Wam Kat, das dieser aus Zagreb ins Netz einspeiste, für eine ganz andere Art von Information und Nachrichten für die Leser in der ganzen Welt, als dies die täglichen Nachrichtensendungen und Zeitungsberichte vermochten.²³⁰

²²⁷ Z.B. Andy Müller-Maguhn vom Chaos Computer Club, in: Hans Georg Schröter. "Konzerne packen Technik-Baukasten für die Informationsgesellschaft aus". Frankfurter Rundschau 51. Jg. (54/1995): S. 11.

²²⁸ Vgl. Stefan Hauptmeier. "Strukturwandel der Kommunikation / Mailboxen in freien Bürgernetzen". URL: <http://www.zerberus.de/texte/presse/artikel/nwtext.html>. Oder: Glaser, 1995: S. 42.

²²⁹ Auch über das Internet war eine Kommunikation prinzipiell möglich, doch ist es im ehemaligen Jugoslawien noch viel schwieriger, einen direkten Internet-Zugang zu bekommen als in Deutschland.

²³⁰ Vgl. z.B. Martin Virtel. "Computer für den Frieden". Die Zeit 49. Jg. (50/1994): S. 90. Ebenso: Kaestner, 1994. Oder: Hauptmeier, 1994. Und: Glaser, 1995: S. 41ff.

Neben den angesprochenen "schwarzen Brettern" ("Newsgroups", von denen die meisten auch über das Internet zu beziehen sind), über die wohl jedes Mailbox-Netz verfügt und an denen Nachrichten nach Themengebieten sortiert "ausgehängt" werden können, gibt es noch die Möglichkeit, über sogenannte Mailing-Listen Nachrichten an "ein anonymes, prinzipiell unbegrenztes Publikum" zu leiten. Auch diese Möglichkeit fällt somit in den Bereich der Massenkommunikation, auch wenn sie eher unscheinbar ist. Mit der Einrichtung einer Mailing-Liste wird es jedem Menschen, der über eine e-mail-Adresse verfügt, möglich, sich als Empfänger der über diese Liste verbreiteten Nachrichten einzuschreiben, indem er eine Nachricht an den die Liste verwaltenden Rechner schreibt. Von nun an bekommt er alle Nachrichten, die an diese Liste geschrieben werden, per elektronischer Post zugestellt. Er selbst kann einfach einen Brief an die Liste schreiben, der dann wiederum allen anderen Mitgliedern der Liste zugestellt wird. Diese Möglichkeit bedarf der geringsten technischen Voraussetzungen, da aber die Nachrichten zusammen mit der Post eintreffen (und in Gruppen, in denen rege Diskussionen geführt werden, auch recht zahlreich sind) machen sie nur bei einer Konzentration des Benutzers auf wenige, für ihn besonders interessante Themen Sinn, da er sonst Gefahr läuft, in der Nachrichtenflut zu ertrinken.

Daß diese kaum kontrollierbaren Techniken auch Mißbrauchsmöglichkeiten bieten, liegt nahe. So haben inzwischen auch Rechtsradikale und Kriminelle eigene Netze aufgebaut.²³¹ Es scheint, als ob Teile der Politik und Presse sich entweder nicht im klaren sind oder nicht im klaren sein wollen, daß Regelungen über eine allgemeine Kontrolle nur die Kommunikationsfreiheit der Allgemeinheit einschränken können, ohne dabei jedoch die Nutzung dieser Kommunikationsmittel durch Kriminelle oder Rechtsradikale wirklich unterbinden oder kontrollieren zu können.²³² Eine Steigerung der Effizienz der Strafverfolgung in diesen Bereichen ließe sich - neben der Ausschöpfung der bestehenden Bestimmungen des Strafrechts - nur durch ein verstärktes Abhören aller Telefonverbindungen verwirklichen, da konspirativen Datennetzen nicht über die Kontrolle öffentlich

²³¹ Zur Nutzung von Computernetzen durch Rechtsradikale s. z.B.: Ohne Autor. "Rechtsextremisten nutzen Internet". Die Woche im Bundestag o.Jg. (9/1996): S. 11.

²³² Es ist mittlerweile auch möglich, verschlüsselte Nachrichten so zu übermitteln, daß es für einen "Mithörer" nicht ersichtlich ist, daß es sich hier um eine verschlüsselte Nachricht handelt. (Bspw. können verschlüsselte Nachrichten in Bildern "versteckt" werden.) Es ist also mit Strafandrohung und Überwachung des Kommunikationsverkehrs höchstens möglich, öffentlich zugängliche Angebote zu unterbinden (wenn die Länder, in denen diese Angebote bereitgestellt werden, mitarbeiten). Der Nachrichtenaustausch innerhalb organisierter terroristischer, krimineller oder rechtsradikaler Gruppen über das Internet kann dagegen nicht wirkungsvoll überwacht oder unterbunden werden.

bekannter Mailboxen auf die Spur zu kommen ist und wäre selbst dann eher unwahrscheinlich.

10. Politische Angebote - Mittel zur Schaffung von Transparenz und Einfluß?

Die Schwerpunkte und die Qualität politisch orientierter Angebote divergieren sehr stark. Da viele Angebote noch sehr neu sind und sich z.T. noch im Aufbau befinden, ist m.E. auch innerhalb bestimmter Gruppen kein Vergleich anzustreben. So sollen im Folgenden die Angebote lediglich zu Gruppen zusammengefaßt und dann gemeinsam oder stellvertretend anhand einiger Beispiele besprochen werden.

Dabei soll besonders auf die im vorigen Kapitel genannten Vorteile der neuen Publikationsmöglichkeit gegenüber herkömmlichen Medien geachtet werden. Der Aspekt der individuellen Abfrage wird im Folgenden nicht weiter erwähnt werden, da alle Angebote über das Internet verbreitet werden und so auch alle individuell abrufbar und nicht an eine feste Sendezeit gebunden sind.

10.1. Politische Institutionen

Inzwischen sind neben dem Bundestag und der Bundesregierung auch eine Reihe von Länderregierungen und zahlreiche Bundes- und Landesministerien mit Informationsangeboten im Internet vertreten.²³³ Auch alle (größeren) Parteien stellen sich mittlerweile in diesem Medium dar. Neben diesen Angeboten soll in diesem Zusammenhang auch das Pilotprojekt "Abgeordnete im Internet" des FB Politische Wissenschaft der FU Berlin betrachtet werden.

Die Landesregierungen sind bemüht, ihre Angebote jeweils in ein allgemeines Landesinformationssystem einzubinden.²³⁴ Die bestehenden Angebote dieser Informationssysteme konzentrieren sich zumeist auf die Wirtschaft und/ oder potentielle Touristen.²³⁵ Die Angebote der Exekutive beschränken sich bisher überwiegend auf "digitalisierte Hochglanzbroschüren". Der Eindruck, daß das World Wide Web eher als Werbe- und Distributionsmedium und weniger als Informations- und Kommunikationsmedium verstanden wird, drängt sich (zumindest im Moment) auf. Auch die zumeist stark graphisch orientierte Gestaltung und der Verzicht auf eine textbasierte Alternative bestärken diesen Eindruck.²³⁶ Für den Bürger

²³³ Eine Aufstellung der im Internet erreichbaren Institutionen findet sich auf der Begleitseite zur Arbeit im World Wide Web. Die hier direkt erwähnten Angebote werden mit Quellenangabe im Anhang aufgelistet. Landesparlamente sind bisher leider nicht mit nennenswerten Angeboten vertreten. Die Besprechung der Angebote im Internet bezieht sich auf den Stand Ende Juli 1996.

²³⁴ Ansätze für ein solches Vorhaben finden sich auch auf der Startseite der Bundesregierung mit der Sparte "Information on Germany".

²³⁵ Als Beispiel sei hier exemplarisch auf das Angebot Brandenburgs verwiesen.

²³⁶ Ein mit vielen Bildern und Graphiken gestaltetes Angebot verursacht eine große Menge Übertragungsdaten und hat damit zumeist langes Warten des Benutzers zur Folge. Als Negativbeispiel soll hier das Angebot der thüringischen Staatskanzlei erwähnt sein. Als Positivbeispiel kann das Angebot der Senatskanzlei Berlin betrachtet werden, bei dem auf der ersten Seite die Wahlmöglichkeit zwischen einer Text- und einer Graphikversion gegeben wird.

verwendbare Angebote (wie z.B. "So kommen Sie besser mit den Behörden zurecht" der sächsischen Landesregierung) bilden die Ausnahme.

Die Angebote sind in ihrer Mehrzahl recht gut strukturiert. Eine solch unklare Gliederung wie auf der Startseite der Bundesregierung, auf der deutsche und englische Verweise einander gegenübergestellt werden, ohne daß ersichtlich wäre, ob es sich um ein zweisprachiges Angebot der gleichen Inhalte oder um unterschiedliche Angebote handelt (was letztlich der Fall ist), kommt auf der Landesebene nicht vor. Fremdsprachige Informationen werden in diesem internationalen Medium von den Landesregierungen bisher nur äußerst selten angeboten.²³⁷ Die zum Teil gegebene Möglichkeit, das Angebot durch eine Suchanfrage oder einen Gesamtindex nach Stichworten zu durchsuchen, weiteres Informationsmaterial zu bestellen oder von der jeweiligen Pressestelle veröffentlichte Nachrichten einzusehen, ist als Positivpunkt zu betrachten, da sie der Information des Bürgers dient.²³⁸ Daß "nachgeordnete Dienststellen" bisher kaum in das Angebot integriert wurden, mag (hoffentlich) daran liegen, daß sich die Systeme noch im Aufbau befinden.

Das weitgehende Fehlen von themenbezogenen Informationen und Interaktionsmöglichkeiten (oftmals sind nicht einmal die Ministerien als Ganze über e-mail zu erreichen) macht Politik für den Bürger weder transparenter oder die Beschäftigung mit politischen Themen attraktiver, noch trägt es zu einer stärkeren Einbeziehung der Bürger in politische Prozesse bei.

Daß das Internet-Angebot einer politischen Institution - auch bereits in der Pilotphase - ambitionierter sein kann, macht das Angebot des Deutschen Bundestages, verstärkt durch das des Pilotprojekts "Abgeordnete im Internet" deutlich.²³⁹ Das Angebot des Bundestages ist schon heute relativ breit angelegt. Es werden Informationen zu allen Abgeordneten angeboten - neben biographischen und Wahlkreisinformationen auch die veröffentlichungspflichtigen Angaben der Abgeordneten und ihre Zugehörigkeit zu Gremien und Ausschüssen des

²³⁷ Das saarländische Angebot ist allerdings dreisprachig verfaßt und das brandenburgische bietet zumindest eine englische Alternative.

²³⁸ Auch wenn es sich hierbei bisher lediglich um die Vereinfachung der schon bestehenden Bestellmöglichkeit und um die kurzen Presseinformationen der jeweiligen Pressestelle handelt, die treffender als Nachrichten und nicht als Informationen zu bezeichnen sind. Am ambitioniertesten scheinen mir bisher die Senatskanzlei in Berlin und die Staatskanzlei in Dresden zu sein.

²³⁹ Das Pilotprojekt wurde am 6.9.1995 der Öffentlichkeit vorgestellt, das Angebot des Bundestages ist seit dem 10.1.1996 verfügbar. Von den Bundesministerien verfügen bisher das Auswärtige Amt, das Verteidigungsministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie über ein breiteres Angebot. Am weitesten ist dabei das "Zukunftsministerium", während das Bundespresseamt, das für die Seiten der Bundesregierung verantwortlich zeichnet, nur wenige Informationen bereitstellt und diese noch dazu verwirrend strukturiert.

Bundestages. Auch Informationen über diese Gremien werden zur Verfügung gestellt, befinden sich allerdings zumeist noch im Aufbau. Eine Rubrik "Im Blickpunkt" behandelt jeweils ein aktuelles Thema, während sich unter "Aktuelles" Pressemeldungen, Tagesordnungen und Protokolle der Plenarsitzungen finden.²⁴⁰ In der Rubrik "Heute im Bundestag" wird über Unterrichtungen, kleine und große Anfragen und ähnliches berichtet. Außerdem steht noch eine "Infothek" mit einer Auflistung der bekannten Informationsmaterialien zur Verfügung, von denen ein Teil auch direkt bestellt werden kann. Dem Benutzer wird schließlich noch eine Stichwortsuche angeboten, die eine recht sinnvolle Ergänzung durch das "A-Z der Parlamentsbegriffe" findet.

Als Möglichkeit zur Interaktion steht bisher lediglich der "Briefkasten" zur Verfügung, über den der Benutzer jede Stelle des Bundestages anschreiben kann.²⁴¹ Leider wird von keiner Stelle aus auf Angebote "außerhalb" des Bundestages verwiesen, obwohl Möglichkeiten gegeben wären, bspw. auf das Pilotprojekt "Abgeordnete im Internet" oder aber auf die im Netz vertretenen Staatskanzleien zu verweisen (eine Übersicht über die "Ministerpräsidenten der Länder" liegt vor und würde sich hierfür anbieten.) Lediglich die im Bundestag vertretenen Fraktionen (bzw. die Gruppe) sind in das System eingebunden. Ihre Informationsangebote spiegeln von der Qualität her weitestgehend die der jeweiligen Bundespartei wider. Neben der Nutzung als Werbeträger, angefüllt mit hinreichend bekannten Argumentationslinien der Partei (z.B. "liberale Argumente") oder mit graphischen Feinheiten, die denen einer Wahlkampf-broschüre nicht unähnlich sind²⁴², werden hier auch ansonsten für den Bürger schwer zugängliche Informationen bereitgestellt (die Bundestagsfraktion der SPD veröffentlicht neben ihren Fraktionsinformationen z.B. auch die Bundestagsdrucksachen) und so wiederum Grundlagen für politische Diskussionen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Dem entspricht auch der allgemeine Eindruck, daß das Angebot des Bundestages im Internet bisher als öffentlich zugängliches Informationsangebot verstanden wird, das einen leichteren Zugang zu bestehenden Informationsquellen gewährleisten soll. Der Gedanke der vernetzten und verteilten Informationsbereitstellung wird dabei (noch) nicht umgesetzt. Trotzdem ist das Angebot m.E. als durchaus positiv zu bewerten, zum einen, weil es weitgehend inhaltsorientiert ist und nicht, wie bspw. bei den mei-

²⁴⁰ Tagesordnungen und Protokolle der Ausschusssitzungen scheinen demnächst auch hinzuzukommen. Allerdings sind die Protokolle z.Zt. nur jeweils ca. vierzehn Tage zugänglich und die Absicht, diese evtl. zu archivieren, ist bisher nicht zu erkennen.

²⁴¹ Hier wird darauf hingewiesen, daß viele Stellen noch nicht über einen e-mail-Anschluß verfügen und deshalb die Antwort mit der "gelben Post" kommen kann.

²⁴² Vgl. z.B. das Angebot der CDU-Bundespartei. Dort findet sich u.a. auch das eher kuriose Angebot "Kochen mit Hannelore Kohl" - mit wöchentlich wechselndem Rezept.

sten im Netz vertretenen Ministerien wie eine PR-Maßnahme wirkt, zum anderen weil zu verfolgen ist, wie das Angebot ausgebaut wird. Außerdem eignet sich dieses Angebot m.E. gut als Basis für andere politische Angebote im Netz.²⁴³

Schließlich wird durch dieses Angebot zumindest ein guter Teil der täglichen Arbeit der Abgeordneten für den Benutzer transparent gemacht²⁴⁴, ein Punkt der bei der Untersuchung der Politikvermittlung im Fernsehen als dort nicht transportierbar festgestellt wurde. In gleicher Weise positiv ist das (ausbaufähige) "Bundestagsspiel Gesetzgebung" zu sehen, bei dem versucht wird, politisches Wissen spielerisch zu vermitteln und Interesse an Politik zu wecken.²⁴⁵

Eine besonders gute Ergänzung zu dem Informationsangebot des Bundestages bildet das Pilotprojekt "Abgeordnete im Internet". Daran nimmt jeweils eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter²⁴⁶ von jeder der im Bundestag vertretenen Parteien teil, die, von den Studierenden unterstützt, eigene Informationsangebote bereitstellen. Auch hier sind wieder starke Unterschiede zu beobachten. *"Während im Extremfall die Seiten schon bei der Erstellung vom Umfang und Inhalt her sehr 'dünn' waren"* und seitdem nur in geringem Umfang erweitert wurden, haben andere ihre Angebote nicht nur stark erweitert, sondern dabei auch die Möglichkeiten des neuen Mediums

²⁴³ Bspw. könnte bei der Erörterung eines Vorganges in einer journalistischen Umgebung auf das Plenarprotokoll verwiesen werden, in dem der Benutzer sich dann selbst ein Bild der Diskussion im Bundestag machen kann. Auch die begonnene elektronische Aufarbeitung von Gesetzestexten, die allem Anschein nach v.a. als Verweisziel zur Erklärung dienen sollen, lassen auf einen weiteren inhaltlichen Ausbau hoffen.

²⁴⁴ Neben dem allgemeinen Angebot des Bundestages eignen sich hierfür besonders die persönlichen Seiten der Abgeordneten, soweit diese bestehen. Außer den am Pilotprojekt beteiligten Abgeordneten verfügt m.W. bisher allerdings nur Peter Jacoby von der CDU über ein persönliches Angebot im Internet. Von den am Pilotprojekt beteiligten Abgeordneten werden die Möglichkeiten, die tägliche Parlamentsarbeit transparent zu machen z.T. durch ihre Berichte von derselben genutzt. So z.B. von Christa Luft mit ihrem "Bundestags-Report" und dem darin enthaltenen Tagebuch oder von Jörg Tauss, der neben seinem "Bonn Report" für den Wahlkreis auch allgemein "aus der Arbeit im Bundestag" berichtet.

²⁴⁵ Der Klappentext der Diskettenversion: *"Mit dieser Diskette können sie selbst agieren! Entdecken Sie die spannende Welt der Gesetzgebung und erleben Sie hautnah, wie ein Gesetz entsteht. Von der Initiative bis zur Verkündung. Halten Sie Ausschlußreden, organisieren Sie einen Wahlkampf oder beweisen Sie demokratische Kompetenz in 500 Multiple-Choice-Fragen."* Das Auswärtige Amt nutzt diese Möglichkeit ebenfalls und versucht mit vier Spielen Interesse für Europa und Informationen über die Arbeit des Ministeriums zu vermitteln.

²⁴⁶ Es handelt sich dabei um "normale Abgeordnete", also nicht um die Dauergäste in Talkshows u.ä.. Eine Ausnahme bildet hier der Justizminister Edzard Schmidt-Jorzig (FDP), der allerdings mit der Übernahme des Ministeramtes aus dem Projekt ausschied (seitdem ist die FDP nicht mehr vertreten). Die anderen Abgeordneten sind Jörg Tauss (SPD), Cem Özdemir (Bündnis '90/ die Grünen), Christa Luft (PDS), Heinz-Jürgen Kronberg (CDU) und Gerhard Friedrich (CSU).

²⁴⁷ Handout des Pilotprojektes (vertreten durch Thomas Sümmerner) auf dem Kongreß "Informationsgesellschaft - Medien - Demokratie", 19.-21.1.1996 in Hamburg. S. 4: "4.2. Nutzung des Mediums durch die Abgeordneten".

(in diesem Fall v.a. des Hypertext) geschickt genutzt.²⁴⁸

Neben diesen Seiten der Abgeordneten werden auch allgemeine Informationen über den Bundestag angeboten und als zusätzliches Informationsangebot die "Woche im Bundestag" (wib) jeweils kurz nach Erscheinen im Internet bereitgestellt (und auch archiviert). Außerdem werden neue Möglichkeiten der interaktiven Kommunikation innerhalb dieses Projektes erprobt. So fanden seit dem 6.12.1995 zehn "Online-Diskussionen" mit Bundestagsabgeordneten statt. Obwohl es *"in der Praxis eher auf eine Art 'Fragestunde' mit dem/der Abgeordneten"* hinausläuft, bietet dieses Angebot doch die Möglichkeit direkter Kommunikation mit den Abgeordneten. Die Diskussionen werden mindestens eine Woche im voraus angekündigt und in der Regel durch ein Thesenpapier oder einen einführenden Text des Abgeordneten vorbereitet. Da die Diskussion zwar zeitlich, nicht aber örtlich gebunden ist, durch die fehlende körperliche Präsenz nicht so leicht von einzelnen Personen dominiert wird und auch die sonst eher seltene Gelegenheit bietet, mit Abgeordneten aus anderen Wahlkreisen über ein Thema zu sprechen, bei dem diese auch kompetent sind, stellt diese Form der Diskussion m.E. eine gute Ergänzung zu bisherigen Formen der Kommunikation mit Abgeordneten dar. Und auch für Menschen, die nicht an der Diskussion direkt teilgenommen haben, bietet die Möglichkeit, die Protokolle im nachhinein zu lesen eine unkommentierte Informationsquelle, die so bisher nicht zugänglich war.

Insbesondere Kommunikationsanwendungen dieser Art stellen m.E. einen Fortschritt dar, bei dem "Bürgernähe" nicht nur ein Schlagwort bleibt. Auch wenn es sicher dem Abgeordneten überlassen bleibt, welche Schlußfolgerungen er aus diesen Gesprächen zieht, besteht hier für den Bürger die Möglichkeit nachzufragen und auch Argumente in die politische Diskussion einzubringen.²⁵⁰

²⁴⁸ Als Beispiel möchte ich hier Jörg Tauss' Auseinandersetzung mit dem Referentenentwurf für ein neues Telekommunikationsgesetz anführen, bei dem sowohl der Referentenentwurf als auch eine elektronische Fassung des Grundgesetzes einbezogen werden. Vgl. Jörg Tauss. "Begründung zum Referentenentwurf Telekommunikationsgesetz".
URL: <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/mdb-projekt/tauss/dokumente/begruendung.html>.

²⁴⁹ Ohne Autor. "Online Diskussionen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages im IRC". URL: <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/mdb-projekt/bundestag/irc/>. Es muß auch berücksichtigt werden, daß diese Tendenz bei einer größeren Teilnehmerzahl noch verstärkt würde. Eine sinnvolle Diskussion oder auch nur Befragung ist zudem nur mit einer begrenzten Zahl von Teilnehmern möglich.

²⁵⁰ Ähnliche Versuche unternehmen inzwischen fast alle Parteien auf ihren Seiten. Diese Angebote sind zwar keine "Live-Interaktion", stellen aber mit ihrem Frage-Antwort-Charakter eine Form direkter Interaktion dar. Als Beispiel: Die SPD ist mit ihrem "Virtuellen Ortsverein" und der Newsgroup "de.org.politik.spd", in der z.B. auch der rechtspolitische Kongreß "Recht schafft Gemeinschaft" der Friedrich-Ebert-Stiftung im März 1997 unter Beteiligung von Herta Däubler-Gmelin vorbereitet werden soll, präsent. Das oft verkannte Problem der Diskussionsforen auf Partei- und Ministeriumsseiten ist, daß sie moderiert sind, daß also die Nachrichten nicht auto-

Bisher sind die Angebote der politischen Institutionen weitestgehend auf eine "Top-Down-Nutzung" ausgelegt. Die Politiker können bisher anscheinend kaum den durch das Medium gegebenen fast unbeschränkten Möglichkeiten der Selbstdarstellung widerstehen. Dadurch wird allerdings auch hier symbolische Politik betrieben. Für eine demokratische Informations- und Diskussionskultur wäre eine Stärkung der Interaktionsmöglichkeiten und eine bessere horizontale Verbindung der Besucher untereinander wünschenswert. Daß Parteien und Politiker auf ihren Seiten Selbstdarstellung betreiben wollen, ist verständlich, und prinzipiell ist dagegen wohl auch kaum etwas einzuwenden. Wenn die Möglichkeiten des neuen Mediums allerdings nicht auf die einfache Distribution beschränkt werden sollen (in diesem Fall quasi als Parteisender), wäre neben einer verstärkten Interaktion z.B. auch die Einbindung der Angebote in die vernetzte Struktur des Internet notwendig.²⁵¹

Im Moment werden mehr oder weniger ausführliche Nachrichten bereitgestellt. Diese werden jedoch erst durch die kritische Betrachtung, die Gegenüberstellung unterschiedlicher Positionen und durch den Diskurs für den Benutzer zu wirklichen Informationen. Die Beiträge der Parteien lassen, positiv formuliert, in dieser Hinsicht noch viel Raum für Verbesserungen.

10.2. Unabhängige Organisationen (NGOs)

Nachdem im vorigen Teilkapitel auch die Parteien behandelt wurden, sollen nun verschiedene andere Organisationen, die in ihrem Teilgebiet politische Arbeit leisten, betrachtet werden.²⁵² Dabei stellt sich für die Wahl der Methode die Schwierigkeit, daß die Organisationen sehr unterschiedlich strukturiert und ausgestattet sind und jeweils eine andere "Klientel" ansprechen sollen. Daraus haben sich verschiedene Arbeitsweisen entwickelt, weshalb sich die folgende Betrachtung vornehmlich daran orientieren soll, was für solche Organisationen generell wichtig ist und bei welchen dieser Punkte computervermittelte Kommunikation hilfreich sein könnte.

matisch eingestellt, sondern von einer Redaktion vorher durchgesehen werden. Grund hierfür dürfte die nicht geklärte Frage sein, wer für die Inhalte dieser Foren verantwortlich ist und daß sie deshalb auf ihre Legalität hin überprüfbar sein müssen. (Verständlicherweise möchte wohl keine der Parteien in die mißliche Situation geraten, wegen der "Vertreibung illegaler Angebote" den Staatsanwalt im Haus zu haben, wie dies der Firma COMPUSERVE passierte. Vgl. z.B. Ohne Autor. "Bombt Deutschland". *Der Spiegel* 50. Jg. (2/1996): S. 106-108) Die Moderation bietet allerdings auch die einfache Möglichkeit der Zensur, ohne daß dies den Benutzern allgemein bewußt würde. Eine Nutzung der "Usenet-News", wie dies die SPD praktiziert, würde um den Preis der nicht beeinflussbaren graphischen Gestaltung diese Möglichkeit ausräumen.

²⁵¹ Bisher hat lediglich die FDP sich dazu überwinden können, nicht nur auf den Bundestag, die Bundesregierung und der eigenen Partei nahestehende Organisationen, sondern auch auf die Seiten der politischen Gegner, auch der PDS [!], zu verweisen.

²⁵² Eine allgemeine Aufstellung soll wegen der Vielzahl der Organisationen unterbleiben. Im Anhang findet sich eine Liste der im Folgenden direkt angesprochenen Organisationen.

Folgende Punkte lassen sich i.A. als besonders wichtig für die verschiedenen Organisationen ausmachen: Die Öffentlichkeitsarbeit, bei der sehr unterschiedliche Ziele möglich sind. Während es für manche Organisationen besonders wichtig scheint, ihren Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit zu steigern, konzentrieren sich andere darauf, Mitglieder zu werben oder Spenden zu sammeln. Wiederum andere informieren vornehmlich über ihre Ziele und über ihre Arbeitsweise, bzw. versuchen Hintergrundinformationen zu vermitteln.

Besonders für kleinere, regionale und "Spartenorganisationen" ist auch der Kontakt zu anderen Organisationen, die sich mit denselben Problemen oder ähnlichen Zielen beschäftigen sowie der Informationsaustausch zwischen diesen Organisationen wichtig. Hier wird oft die Bildung eines zumindest informellen "Netzwerkes" angestrebt, um so die Arbeitseffizienz der einzelnen Organisationen steigern zu können. Schließlich spielt der Lobbyismus - in sehr unterschiedlicher Art und Weise - bei den Bemühungen, die eigenen Ziele durchzusetzen, eine wichtige Rolle.²⁵³

Natürlich stellt sich für die Organisationen die Frage, inwieweit es sinnvoll erscheint, die bisherige Arbeitsweise durch die Nutzung neuer Techniken zu ergänzen oder zu ändern, wobei die allgemein fehlenden Informationen über das Verhältnis der finanziellen und Arbeitsbelastung zum möglichen Erfolg, ähnlich wie im kommerziellen Bereich, viele Organisationen anscheinend noch vor einem größeren Engagement zurückschrecken lassen.

Drei allgemeine Feststellungen lassen sich nach dem Betrachten einer Vielzahl von Angeboten im World Wide Web treffen: 1. Große Organisationen sind zumeist mit umfangreicheren Angeboten vertreten als kleine Organisationen, was nicht sonderlich verwundert, da eine Organisation wie GREENPEACE oder der ADAC, um hier ein Gegensatzpaar als Beispiel anzuführen, über die nötigen finanziellen Möglichkeiten verfügen, in relativ kurzer Zeit ein größeres Angebot aufzubauen.²⁵⁴ 2. In den meisten Fällen wird zumindest das World Wide Web vornehmlich zur Präsentation der Organisation und zur Bereitstellung von allgemeinen Informationen genutzt. 3. Bisher finden sich kaum interaktive Elemente in den WWW-Angeboten. (Auch ein Verweis auf die Newsgroups, die sich mit der Organisation oder deren Themen beschäftigen, fehlt in der Regel.²⁵⁵) Leider fehlt bisher auch weitestgehend

²⁵³ Unter Lobbyismus sollen hier alle Versuche der politischen Einflußnahme gefaßt werden, von der klassischen Lobby-Arbeit, also dem direkten Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern, bis zur Mobilisierung der Bevölkerung (bspw. über Boykottaufrufe).

²⁵⁴ Eine Ausnahme bilden in dieser Hinsicht lediglich einige kleine Organisationen, deren Angebote dem studentischen Umfeld entstammen und schon länger im Internet vertreten sind.

²⁵⁵ Solche Diskussionsforen finden sich z.B. im CL-Netz unter "Gruppen", "Menschenrechte", "Umwelt" etc., aber auch im Fido-Netz unter "fido.ger.", im Z-Netz unter "Forum" oder in den Usenet-News unter "de.soc."

eine Vernetzung der Organisationen untereinander. So wird zwar häufig auf einer gesonderten Seite ganz allgemein auf die Angebote "nahestehender Organisationen" verwiesen, also sogenannte "links" auf deren Angebot aufgelistet, aber keine inhaltliche Verknüpfung der Angebote vorgenommen. Eine Nutzung der Möglichkeiten des Hypertext im Sinne der Verknüpfung von verteilten Angeboten wird so nicht erreicht. Ein Benutzer, der das Angebot einer Organisation nutzt, wird so auf "dieser Insel" gehalten und lediglich durch das Angebot der jeweiligen Organisation geführt. Dies führt z.T. dazu, daß die verschiedenen Organisationen parallel zueinander die gleichen Themenfelder bearbeiten, statt nur ihren jeweiligen Standpunkt klar zu machen und sich den für die Argumentation nötigen Aufwand zu teilen. Vor allem durch die fehlende Vernetzung der eigentlichen Themen entsteht die oft beklagte Unübersichtlichkeit der Angebote.²⁵⁶ So ist die Metapher von den nicht miteinander verbundenen Inseln leider noch immer zutreffend. Bemühungen von kommerziellen Anbietern, eine zentrale Anlaufstelle zu bestimmten Themen zu etablieren, die nach Unterthemen geordnet möglichst alle interessanten Angebote zusammenstellt, sind die logische Folge der fehlenden Vernetzung der einzelnen Angebote.²⁵⁷ Belege dafür, daß es auch anders geht, erbringen v.a. kleine Organisationen, die, weil sie nicht in der Lage sind, allein umfassende Angebote aufzubauen, sich zu "informellen Netzwerken" zusammenschließen. Im Folgenden sollen die Möglichkeiten der Vernetzung am Beispiel des BUNDESWEITEN ALTERNATIVEN STUDENTISCHEN INFORMATIONS-NETZWERKES (BASIN) kurz diskutiert werden.

*"BASIN ist ein Versuch, studentische Vertretungen [...], Initiativen [...] und überregionale Organisationen [...] miteinander zu vernetzen, um so den Austausch von Informationsmaterial und erarbeiteten Positionen zu erleichtern."*²⁵⁸ Bei dieser Selbstdarstellung fallen zwei Dinge auf, die sich bei der näheren Betrachtung der Angebote bestätigen. Zum einen ist BASIN vornehmlich auf den Informationsaustausch der bereits hochschulpolitisch aktiven Studierenden ausgerichtet, es ist so - im Gegensatz zu den Angeboten der meisten anderen Organisationen - wenig auf

²⁵⁶ Vgl. z.B. Ludwig Siegele. "Alles ins Register". *Die Zeit* 51. Jg. (19/1996): S. 78. Die Folge ist, daß Firmen, die Suchmaschinen unterhalten, zu beliebten Anlageobjekten auf dem Wertpapiermarkt geworden sind. "Die Anleger hoffen anscheinend, daß die besten Suchmaschinen bald zu unentbehrlichen Zentralregistern des endlosen Netzes werden und dafür kräftig kassieren können." (ebd.) Eine Zusammenarbeit wäre etwa bei Umweltschutzorganisationen gut möglich, da die meisten dieser Organisationen sich z.B. mit den Themen Klima, Müll und Wasser beschäftigen und sich so thematisch überschneiden.

²⁵⁷ Ein kommerzielles Beispiel hierfür ist das ONE WORLD WEB, diese Bemühungen können aber m.E. kein wirklicher Ersatz für eine thematische Vernetzung sein. Vgl. Ohne Autor. "one world web: DER Umwelt-Platz im Internet". URL: <http://www.oneworldweb.de/welcome.html>.

²⁵⁸ Marcus Gottleben. "Was ist BASIN?". URL: <http://www.th-darmstadt.de/fsmathe/basin/BASIN.html>.

Öffentlichkeitsarbeit ausgelegt und für Neueinsteiger zumeist wenig übersichtlich. Zum anderen handelt es sich um ein "On-Top"-Angebot, das lediglich versucht, einen Überblick über bereits bestehende Angebote zu liefern, ohne diesen jedoch eine gemeinsame Struktur zu geben. Da die am BASIN beteiligten Vertreter der verschiedenen Hochschulorte jeweils einen eigenen "BASIN-Knoten" aufbauen und gestalten, sind diese bezüglich ihres Umfangs, der Qualität und der Struktur sehr unterschiedlich. So ist das Gesamtangebot der meisten "Knoten" zunächst auch vornehmlich nach den Orten der Bereitstellung und weniger nach den Themen sortiert. Die Möglichkeit, sich auf eine gemeinsame Struktur mit einem gemeinsamen Inhaltsverzeichnis zu einigen, das dann an jedem der "BASIN-Knoten" als Einstiegsseite erscheinen könnte und auf verschiedene Themenverzeichnisse verweisen würde, die jeweils von einer Person/ Organisation federführend für das gesamte Bundesgebiet betreut würden, wird so nicht genutzt, obwohl sie sowohl zur Verbesserung des bundesweiten Angebots als auch zur Arbeitserleichterung der einzelnen Beteiligten beitragen könnte. So sind die Angebote in ihrem äußeren Erscheinungsbild äußerst unterschiedlich und wirken auf den Benutzer nicht wie ein Netzwerk, sondern eher wie einzelne Angebote, in die die üblichen Verweise auf andere Angebote eingearbeitet sind. Der Versuch, über den Verweis auf die anderen "BASIN-Knoten" so etwas wie eine "Corporate Identity" herzustellen, ist m.E. wenig gelungen. Dabei wären für die Organisation des für ein einheitlich strukturiertes Netzwerk nötigen Informationsflusses bereits gute Voraussetzungen geschaffen. Speziell für die Diskussion technischer und organisatorischer Fragen unter den Anbietern von Informationen wurde die Mailing-Liste "Basin-Sites" eingerichtet, um die daneben bestehende Liste "Basin", die dazu gedacht ist, *"aktuelle Informationen, Aktionen, Planungen, Termine, Resolutionen oder Reformentwürfe schnell zu verbreiten"*²⁵⁹, von Diskussionen über Formalitäten freizuhalten. Mit den zu studentischen Themen bestehenden Newsgroups, die bei BASIN auch genannt, jeweils kurz charakterisiert und in das Informationsangebot integriert werden²⁶⁰, bestehen zudem geeignete Plätze für ausführliche inhaltliche Diskussionen. Die Informationsfunktion steht, wie ja schon dem Namen BUNDESWEITES ALTERNATIVES STUDENTISCHES INFORMATIONS-NETZWERK zu entnehmen ist, bei diesem Angebot eindeutig im Vordergrund. Neben aktuellen Informationen wird durch die Archive

²⁵⁹ Michael Bayer. "BASIN Marburg: Gesamtübersicht".

URL: <http://stud-www.uni-marburg.de/~Bayer/basinmr.html>.

²⁶⁰ Neben internationalen Gruppen werden folgende deutsche Gruppen ins Angebot integriert: de.soc.studium; cl.bildung.hochschule; de.alt.studienreform; z-netz.bildung.uni und unter "weitere Gruppen" auch: maus.soc.fernuni; zer.t-netz.med.studenten und de.soc.studium.verbindungen. Vgl. Michael Bayer. "BASIN Marburg: Newsgroups".

URL: <http://stud-www.uni-marburg.de/~Bayer/basinmr/newsgr.html>.

auch die Entwicklung der öffentlichen und der studentischen Diskussionen dokumentiert und so dem Benutzer die Möglichkeit gegeben, sich umfassend zu informieren. Als Beispiel sei hier auf das Archiv des Arbeitskreises Hochschulpolitik in Marburg verwiesen, das in das BASIN-Angebot integriert ist und die verschiedenen offiziellen Positionspapiere, die seit dem Beginn der aktuellen Diskussion um eine Studienreform entstanden sind, samt studentischen Analysen und Gegenentwürfen zugänglich macht. Das "Register" dieses Archivs wird zentral in Marburg verwaltet (wenn sich auch eine Reihe von Inhalten auf anderen Rechnern im Bundesgebiet befindet) und macht in seiner recht guten Strukturierung noch einmal deutlich, daß die Schaffung von zentralen Themenregistern sehr zur Übersichtlichkeit beiträgt. Es bildet eine umfangreiche und fundierte Informationsgrundlage - wenn man weiß, daß es existiert und wo man es findet.²⁶¹

Bei den meisten anderen Organisationen sieht die Situation ganz anders aus. Dort wird die Öffentlichkeitsarbeit in den Vordergrund gestellt und mit kurzen Informationen und evtl. der Bestellmöglichkeit für gedrucktes Informationsmaterial versehen. Ergänzt werden die Angebote im besten Fall durch jeweils organisationspezifische Angebote. So haben die deutschsprachigen Sektionen von AMNESTY INTERNATIONAL z.B. die bei dieser Organisation schon lange verwendete Aktionsform des Protestbriefes in das Angebot im World Wide Web übernommen. Anlässlich der Olympischen Spiele in Atlanta wurde bspw. eine "elektronische Petitionsliste gegen die Todesstrafe in den USA" angelegt, in die sich jeder Benutzer des Angebots durch das Ausfüllen eines Formulars eintragen kann.²⁶² Und auch bei den "Urgent Actions" wird die schnelle Kommunikationsmöglichkeit des Internet genutzt. Diese Eilaktionen, bei denen AMNESTY INTERNATIONAL in konkreten Fällen weltweit dazu aufruft, sich bei den verantwortlichen Behörden für die Einhaltung der Menschenrechte der Betroffenen einzusetzen, werden direkt nach Bekanntwerden willkürlicher Verhaftungen oder der Bedrohung durch Folter oder Todesstrafe gestartet und zielen darauf ab, möglichst schnell einen breiten Protest zu organisieren. Somit eignet sich ein Verteiler für elektronische Post sehr gut, um an solchen Aktionen interessierte Menschen innerhalb kürzester Zeit auf einem für die Organisation preiswerten Weg zu erreichen. Da die meisten betroffenen Behörden

²⁶¹ Über die gängigen deutschen Suchmaschinen im Netz wird man über die Stichworte "Studienreform" bzw. "Hochschulreform" allerdings leider keinen Hinweis erhalten. Lediglich das Stichwort "BASIN" führt, je nach Suchmaschine, zu dem einen oder anderen BASIN-Knoten. Doch welcher "Neueinsteiger" in das Thema kennt schon BASIN, bevor er das Angebot kennt? Besser zu finden ist das Angebot ironischerweise über die (großen) amerikanischen Suchmaschinen, die es auch unter den Stichworten "Hochschulreform" und "Studienreform" finden (z.T. allerdings leider mit veralteten Adressen).

²⁶² Vgl. Ohne Autor. "amnesty international Deutschsprachige Sektionen".
URL: <http://www.koeln-online.de/ai/ai.htm>.

oder Regierungen (noch) nicht über e-mail-Adressen verfügen, muß der Protest selbst weiterhin über Telefax, Telegramm, Telex, Telebrief oder Luftpostbrief laufen, doch kann die Zeit bis zum "Anlaufen" einer solchen Aktion durch die Verwendung computervermittelter Kommunikation deutlich verringert werden. Bei AMNESTY INTERNATIONAL ist daneben der Versuch, das eigene Angebot in ein "Menschenrechts-Netzwerk" einzubinden, deutlich erkennbar. So sind die Seiten der deutschsprachigen Sektionen mit denen der einzelnen Länderorganisationen und mit den Seiten der internationalen Zentrale eng verbunden und arbeitsteilig organisiert. Auch bestehen anscheinend keine Berührungängste mit anderen Menschenrechtsorganisationen, denn an gleichwertiger Stelle neben dem Verweis zu den internationalen Seiten der Organisation findet sich der Verweis auf eine Übersicht über andere Angebote im Internet, die sich mit Menschenrechtsfragen beschäftigen.²⁶³ Außer den Möglichkeiten der Multimedialität werden so eigentlich alle möglichen Vorteile, die computervermittelte Kommunikation gegenüber den bisherigen Kommunikationsformen bietet, genutzt. Die Diskussion mit Verantwortlichen der Organisation beschränkt sich allerdings auf den Hinweis, daß man für Ideen und Anregungen per e-mail dankbar sei. Auf Interaktionsmöglichkeiten, die den Benutzern des Angebots untereinander offenstehen (also die Möglichkeit der horizontalen Interaktion der Benutzer), bspw. die Newsgroup cl.gruppen.ai, wird jedoch dem allgemeinen Trend im World Wide Web entsprechend nicht hingewiesen.

Dem abnehmenden Einfluß der gesellschaftlichen Großorganisationen (wie Parteien oder Gewerkschaften) steht ein Aufstieg von basisdemokratischen Bewegungen gegenüber. *"Es entstehen [...] neue Formen kurzfristig orientierter, meist nur wenig formalisierter und thematisch eingeschränkter Organisationen, die vorrangig durch Kommunikationsbeziehungen und weniger durch formale Mitgliedschaftsregeln zusammengehalten werden (vgl. Nullmeier 1989; Schmitt-Beck 1990). Der Informations- und Kommunikationsaufwand bei diesen Organisationen ist besonders hoch; sie sind zur Selbstorganisation auf ein leistungsfähiges Informations- und Kommunikationsnetzwerk existentiell angewiesen."*²⁶⁴ Dies trifft besonders auf kleine Organisationen ohne einen Stab von haupt- und nebenamtlichen Mitarbeitern, auf stark dezentral organisierte Organisationen oder regional bzw. projektorientierte Gruppen wie Bürgerinitiativen zu. Für die oft schon existierenden, zumeist lose organisierten, informellen Netzwerke solcher Gruppen bietet das Internet eine gute Kommunikationsgrundlage und stellt neben den

²⁶³ Das Konzept der Organisation, das diese nur in geringem Umfang von Spenden abhängig macht, dabei aber mehr auf die Mitarbeit der Unterstützer setzt, trägt wohl dazu bei.

²⁶⁴ Jarren. In: Jarren (Hrsg.), 1994: S. 26.

Möglichkeiten der gegenseitigen Information und der Diskussion (je nach Bedarf über e-mail, Mailing-Listen oder Newsgroups) mit dem World Wide Web²⁶⁵ auch die Möglichkeit zur Verfügung, die Bereiche der ehemals internen Information und Diskussion, die für die Allgemeinheit relevant erscheinen, gleichzeitig auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Hierbei bietet die Tatsache, daß die Informationen bereits elektronisch erfaßt vorliegen, zudem den Vorteil, daß sie für die Weiterverbreitung in anderen Medien nicht noch einmal komplett aufbereitet werden müssen.²⁶⁶ Dabei wird deutlich, daß die Verständigung auf Grundstrukturen sowohl für die Übersichtlichkeit der Informationen, was besonders im Bereich der Außenwirkung von Bedeutung ist, als auch für eine mögliche Arbeitsteilung unter den "angeschlossenen" Organisationen äußerst vorteilhaft ist.

Vereinzelte Versuche, neben Bildern und Graphiken auch Ton- und Bewegtbildsequenzen in das Angebot zu integrieren, bzw. abrufbar zu machen, lassen sich bisher nur bei großen Organisationen (und auch hier nur äußerst selten) beobachten. GREENPEACE DEUTSCHLAND bietet bspw. neben dem Photo- auch ein Video- und ein Audioarchiv an. Dabei dürfte es sich wegen der langen Übertragungszeiten, die das Abrufen solcher Angebote erfordert, aber wohl um Angebote handeln, die entweder dem Benutzer zeigen sollen, daß man bei der Umsetzung der neuesten technischen Entwicklungen ganz vorne mit dabei ist, oder man möchte bei GREENPEACE schon Erfahrungen für die irgendwann beginnende "Multimedia-Zukunft" sammeln.²⁶⁷

Die Möglichkeit, auf aktuelle Ereignisse schnell zu reagieren, wird von Organisationen häufig genutzt. Zum Teil geschieht dies über einen "Nachrichten-Header" am Anfang des World-Wide-Web-Angebots, z.T. auch über die Möglichkeit, sich auf einen e-mail-Verteiler für aktuelle Nachrichten setzen zu lassen.

Kommunikationsanwendungen, die zumeist durch bestehende Newsgroups vorhanden sind, werden nur selten in das Informationsangebot der Organisation (im World Wide Web) integriert. Wie bei den Angeboten der politischen Institutionen handelt es sich also vornehmlich um eine "Top-Down"-Nutzung, wobei die Einbin-

²⁶⁵ Prinzipiell besteht diese Möglichkeit auch mit dem Gopher-System, doch verliert dies seit der Einführung des World Wide Web immer mehr an Bedeutung.

²⁶⁶ Bisher trifft dies besonders für Texte zu, die im Gegensatz zur früheren Brief-, Fax- oder Telexverteilung nicht mehr abgetippt werden müssen, sondern direkt in ein Textverarbeitungsprogramm übernommen werden können. Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung wird dies aber auch andere mediale Formen betreffen. Bei der Beschäftigung mit den Medienangeboten im Netz wird darauf noch näher einzugehen sein, ebenso wie die daraus entstehenden Probleme beim Urheberrecht dort noch kurz anzusprechen sein werden.

²⁶⁷ Das Audio-Archiv stellt die Ansagen bereit, die auch über das GREENPEACE-Informationstelefon abrufbar sind. Der Rückgriff auf das Telefon dürfte dabei für den Benutzer weniger zeitintensiv und trotz der Berechnung von 48 Pfennig pro Minute wohl zumeist auch preiswerter sein als die Abfrage über das Internet.

dung von Protestbrief- und Petitionslistenaktionen dem Benutzer das "Selbst-aktiv-werden" erleichtert.²⁶⁸

Eine Einbindung der Angebote in umfassende thematische Netzwerke und die Verflechtung von thematisch miteinander verwandten Angeboten unterschiedlicher Organisationen besteht bisher zumeist nicht. Man kann sagen, daß eine "Hypertext-Kultur" erst noch entwickelt werden muß.²⁶⁹

Insgesamt läßt sich feststellen, daß das World Wide Web von den meisten Organisationen vornehmlich für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt wird und dem Benutzer so ein Berg von mehr oder weniger dicken Broschüren zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere für kleinere Organisationen ist dabei der relativ geringe ökonomische Aufwand, der für die Erstellung eines Angebots nötig ist, von Vorteil. Wenn die Organisation auf einen eigenen "Host"-Namen (also z.B. "www.greenpeace.de/") verzichten kann (wie dies z.B. die deutschsprachige Sektion von AMNESTY INTERNATIONAL tut, die ihre Seiten auf dem Host "www.koeln-online.de" untergebracht hat, sind lediglich ein Zugang ("Account") zu einem "Host", etwas Plattenspeicher und ein paar Mitglieder, die sich in die relativ einfache Programmiersprache HTML einarbeiten, nötig, um ein Angebot bereitzustellen. Mit der zunehmenden Digitalisierung der für den Hobby- bzw. Amateurbereich bestimmten Peripheriegeräte (also z.B. Fotoapparate, Videokameras, Tonaufnahmegeräte) wird auch die ökonomische Zugangsschwelle für multimediale Angebote sinken und so, wenn denn die Steigerung der Übertragungskapazitäten im Netz und zum Endbenutzer dies zuläßt, auch für kleinere Organisationen überwindbar.

10.3. Die Angebote etablierter Medien im Internet²⁷⁰

Auch bei den Angeboten etablierter Medien im Internet dominiert bisher noch eindeutig die textbasierte Informationsvermittlung. Allgemein wird versucht, das Inter-

²⁶⁸ Daß vom Benutzer eingegebene persönliche Daten danach nicht nur der jeweiligen Organisation in elektronischer Form vorliegen, sondern im Prinzip auch von jedem Betreiber eines Netz-Computers, über dessen Rechner diese Nachricht gelaufen ist, aus den dort zwischengespeicherten Daten herausgefiltert werden können (auch wenn dies, zumindest in Deutschland illegal ist), dürfte dabei wohl nicht allen Nutzern solcher Angebote immer bewußt sein.

²⁶⁹ Erstaunlich finde ich in diesem Zusammenhang, daß z.B. auch Angebote wie das "Register Deutscher Spendenorganisationen" des DEUTSCHEN SPENDENINSTITUTS KREFELD kaum in die Angebote der dort registrierten Organisationen (wie z.B. AMNESTY INTERNATIONAL oder GREENPEACE) eingebunden werden, obwohl dies doch für die Organisationen selbst so etwas wie eine Legitimation bezüglich der Spendenverwendung bedeuten würde.

²⁷⁰ Versuche spezielle "Internet-Medien" aufzubauen sind in Deutschland bisher rar. Neben wenigen Angeboten, die sich auf Informationen über das Netz und damit zusammenhängenden politischen Diskussionen beschränken (bspw. DIGITAL MIRROR), gibt es meines Wissens nach bisher lediglich einen Versuch, ein allgemeines Angebot aufzubauen (GERMANY LIVE), für das ein Abonnementvertrieb geplant ist und das sich z.Zt. noch nicht von den Internet-Angeboten der etablierten Medien positiv unterscheidet.

net-Angebot von Aussehen und Inhalten her in das jeweilige Konzept des Verlages bzw. des Senders zu integrieren. Angebote, die ursprünglich aus dem Printmedienbereich kommen, haben dabei gegenüber den Angeboten ursprünglich audiovisueller Medien den Vorteil, daß die von den Zuschauern in diesem Zusammenhang erwarteten Text- und Bildbeiträge bezüglich ihrer Umsetzung und Übermittlung keine großen technischen Schwierigkeiten bereiten. Allerdings zeigen auch die eher den Benutzererwartungen entsprechenden Angebote von Zeitungen und Zeitschriften, daß sich hier ebenso wie bei den audiovisuellen Medien tragfähige Konzepte noch in der Entwicklungsphase befinden. *"Gruner + Jahr beispielsweise betrachtet das Internet-Angebot der Fernsehzeitschrift TV-Today ("The Navigator"), das weit über eine elektronische Programmzeitschrift hinausgeht, als Online-Laboratorium für den gesamten Verlag."*²⁷¹ Die Angebote der Hörfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland beschränken sich bislang weitestgehend auf Hörer- bzw. Zuschauerbindung. Einige Sender der ARD arbeiten allerdings inzwischen an Pilotprojekten in den Bereichen "Live Radio im Internet", "Radio on Demand"²⁷² und "Video on Demand".²⁷³

Allgemein läßt sich wohl sagen, daß die Angebote bisher vor allem der Imageförderung und der Gewinnung von Know-How dienen. Da es noch keinerlei Erkenntnisse darüber gibt, wie das Angebot im Internet aussehen soll oder wie es gewinnbringend vermarktet werden könnte, für viele denkbare Anwendungen (insbesondere im audiovisuellen Bereich) außerdem tragfähige technische Umsetzungen noch fehlen, unterscheiden sich die Angebote sowohl hinsichtlich der Investitionsbereitschaft der Herausgeber/ Betreiber (und damit v.a. in ihrem Umfang), als auch in ihren Inhalten und in den dem Benutzer zur Verfügung gestellten Funktionen sehr stark. Dem Bestreben, mit einem umfangreichen Angebot neue Interessenten für das eigene Produkt zu gewinnen, steht offensichtlich häufig die Furcht entgegen, dadurch Käufer bzw. Abonnenten an die Online-Ausgabe zu verlieren. Die Veröffentlichung der gesamten aktuellen Ausgabe, wie dies durch die TAGESZEITUNG geschieht, ist deshalb äußerst selten.²⁷⁴

²⁷¹ Online aktuell v. 7.9.1995; zit. nach: Jochen Zimmer. "Online-Dienste für ein Massenpublikum?: Die Expansion des Online-Marktes in Deutschland". *Media Perspektiven* o.Jg. (10/1995): S. 476-488, hier: S. 484.

²⁷² So bspw. der SFB zusammen mit dem ORB und der BR.

²⁷³ "Olympia-Highlights" vom WDR und "News on Demand" der ARD-Aktuell-Redaktion (seit dem 1.8.1996 mit Probebetrieb. Die offizielle Einführung ist zur CEBIT HOME Ende August 1996 geplant.) Auf Angebote, die lediglich eine neue Form der Öffentlichkeitsarbeit darstellen, soll im Folgenden nicht weiter eingegangen werden. Aus diesem Grund werden sich in der Betrachtung auch keine Angebote von kommerziellen Radio- und Fernsehsendern finden.

²⁷⁴ Die TAGESZEITUNG veröffentlicht außerdem die komplette Ausgabe der LE MONDE DIPLOMATIQUE in deutscher Übersetzung. Der SPIEGEL stellt neben "ONLINE World" und "ONLINE aktuell", die

Bei der RHEIN-ZEITUNG in Koblenz hat man sich dagegen z.B. für eine gesonderte Internet-Ausgabe des Blattes entschieden, die nur einen Teil der Artikel aus der gedruckten Ausgabe aktuell zugänglich macht, dafür aber auch Informationen liefert, die nicht oder noch nicht durch die gedruckte Zeitung vermittelt werden. Man setzt hier v.a. auf die Möglichkeiten einer aktuellen Berichterstattung, indem die Inhalte auch tagsüber regelmäßig aktualisiert werden und indem man die "Blitz-" und "Eilmeldungen" der DPA ebenso automatisch auf einer Seite zugänglich macht wie alle Kurzmeldungen auf einer anderen Seite. Diese Angebote liefern zwar nur einen äußerst kurzen Nachrichtenüberblick, dafür jedoch einen äußerst aktuellen.²⁷⁵ Daß das Archiv im Internet sowohl die Online-Ausgabe als auch die gedruckte Ausgabe umfaßt, ist für den Benutzer eine weitere attraktive Anwendung, die Hintergrundinformationen vermitteln kann und zudem, wenn man dem Satz glauben schenkt, daß nichts so alt ist wie die Zeitung von gestern, auch keine Konkurrenz für die gedruckte Zeitung darstellt. Allgemein wünschenswert wäre m.E. in den Archiven neben einer Volltextrecherche auch eine Verknüpfung der aktuellen Artikel mit den bereits zu diesem Thema erschienenen Artikeln, was durch eine Stichwort- oder Codenummervergabe für jedes Thema, wie dies z.B. auch bei Nachrichtenagenturen geschieht, automatisierbar wäre.²⁷⁶

Einige Online-Ausgaben von Zeitungen bzw. Zeitschriften versuchen durch Zusatzfunktionen ihre Attraktivität zu steigern. Bei der ZEIT IM INTERNET kann man bspw. die Stellenanzeigen abonnieren, die man dann per e-mail zugesandt bekommt. Bei FOCUS ONLINE werden in der Rubrik "Inter@ktiv" dagegen Datenbanken, mit denen bspw. die neuen Auto-Haftpflicht-Versicherungstarife, günstige Linienflüge oder der Nutzen einer vorzeitigen Bafög-Rückzahlung ermittelt werden können, zur Verfügung gestellt. Kommunikation unter den Benutzern des FOCUS ONLINE-

sich beide mit Nachrichten aus der Netzwelt beschäftigen, lediglich Ausschnitte aus seinen Publikationen im Internet zur Verfügung. Diese wirken m.E. eher wie Appetithappen und nicht wie ein ernstgemeintes Informationsangebot.

²⁷⁵ Gerade bei Agenturmeldungen ist die Furcht vor wirtschaftlichen Einbrüchen bei einer aktuellen Veröffentlichung des gesamten Dienstes m.E. sehr begründet, da die enorm hohen Abonnementgebühren, die für eine Nachrichtenagentur zu zahlen sind, für viele Zeitungen/ Sender dann unattraktiv würden (insbesondere wenn immer mehr über einen eigenen "Host" verfügen, also ständig ans Internet angebunden sind.). Man muß sich so wohl auf Angebote wie diese beschränken, die für keinen der Abonnenten der Agentur eine Alternative zum eigentlichen Agenturdienst darstellen. So finden sich die Presseagenturen selbst auch nur mit einem eingeschränkten Angebot in kommerziellen Diensten (wie DPA bei T-ONLINE) oder mit "Schnupperangeboten" im World Wide Web (wie AFP, die - gegen Gebühr - dem persönlichen Anforderungsprofil entsprechend Nachrichten per e-mail versendet und dafür im World Wide Web wirbt oder APA, die ihre Nachrichten ausschnittsweise zugänglich macht und damit für den Netzdienst "Webfactory" der eigenen Gesellschaft wirbt).

²⁷⁶ Wenig Sinn macht m.E. dagegen eine Suchfunktion für das Archiv, die sich auf die Erschließung über das Erscheinungsdatum und Ressort beschränkt, wie dies bei der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG der Fall ist. Wer kann sich schon an das genaue Erscheinungsdatum erinnern, wenn er den Artikel nicht vorliegen hat?

Angebots fällt dagegen anscheinend nicht unter den Begriff Interaktion. Allerdings findet sich unter "Pinnw@nd" ein übersichtlich gestaltetes Diskussionsforum, in das die Beiträge unmoderiert eingestellt werden, und wo auch der Hinweis, daß man es sich vorbehält, Beiträge zu löschen, nicht fehlt. Durch die übersichtliche Gestaltung der Kommentare, Fragen und der dazugehörigen Erwiderungen und Antworten ist hier auch eine größere Anzahl von Themen in einem gemeinsamen Forum einigermaßen überschaubar.²⁷⁷ Aber auch redaktionell bearbeitete Themen aus dem Politik-Bereich tauchen zuweilen als Zusatzangebote auf. Bei FOCUS ONLINE bspw. die Angebote "Anfragen aus dem Bundestag" und "Bürgerbegehren werden allmählich zur Normalität". Das erste der beiden Angebote stellt die Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen zur Verfügung, wobei mittels Hypertext auch auf Texte über die Grundlagen für parlamentarische Anfragen an die Bundesregierung und deren Bedeutung für den politischen Alltag verwiesen wird. Das zweite Angebot stellt einen redaktionellen Text mit dem Titel "Bürgerbegehren werden allmählich zur Normalität" bereit, in den auch Verweise auf erklärende Texte, bspw. zu den Begriffen "Bürgerbegehren", "Volksentscheid" oder "direkte Demokratie" eingearbeitet sind. Der Text wird so auch für Menschen, die mit diesen Begriffen nicht vertraut sind, verständlich. Eine dauerhafte Archivierung solcher, nicht an aktuellen Ereignissen orientierten Beiträgen, könnte allmählich ein elektronisches Wörterbuch der Politikbegriffe entstehen lassen, das zwar sicher die politische couleur der jeweiligen Zeitung/ Zeitschrift widerspiegeln würde, mit der Zeit jedoch einen tiefer strukturierten, quasi "selbsterklärenden" Aufbau von in diesem Angebot publizierten Artikeln ermöglichen würde.

Auf die Einbindung der Angebote in die vernetzte Struktur der Informationen im Internet wird weitestgehend verzichtet. Wie bei den anderen bisher behandelten Angeboten auch, verweisen die Zeitungen und Zeitschriften fast ausschließlich auf eigene Angebote. Lediglich eine gesonderte Seite mit interessanten, generellen Verweisen wird öfter ins Angebot aufgenommen. Eine inhaltliche Verknüpfung der Themen ist dagegen selten. Ausnahmen, wie sie bspw. die ZEIT IM INTERNET praktiziert, zeigen jedoch die Möglichkeiten auf. Hier sind die Artikel mit anderen über das Internet er-

²⁷⁷ Wesentlich besser als bspw. bei der ZEIT IM INTERNET, wo die Beiträge nach Eingang und nicht nach Thema sortiert untereinander gestellt werden, ohne daß Bezüge zu anderen Beiträgen deutlich würden. Neben der allgemeinen "Pinnw@nd" wäre allerdings eine Diskussionsmöglichkeit in jedem Ressort wünschenswert, da dadurch noch wesentlich mehr Übersichtlichkeit geschaffen werden könnte und nicht ein Beitrag zum "Anti-Hai Gerät der Fa. POD, Focus (31/96)" neben einem zu "150 Internet-Providern" landen würde. (Vgl. Ohne Autor. "FOCUS online.Pinnw@nd". URL: <http://www.focus.de/H/h.htm>.) Dies könnte m.E. auch eine stärker themenbezogene Diskussion begünstigen. Der Versuch der ZEIT IM INTERNET, mit dem Angebot "Das Thema", einen solchen Diskussionsraum zu schaffen, kann hier als Beispiel gesehen werden. (Vgl. Ohne Autor. "DIE ZEIT: Das Thema". URL: <http://win.bda.de/bda/int/zeit/thema/index.html>.)

reichbaren Informationsquellen verknüpft, wobei auffällt, daß diese Möglichkeit bei Themen, die sich mit Online-Aspekten befassen, stärker genutzt wird. Dies kann sowohl daran liegen, daß das Internet noch immer stark selbstreferentiell geprägt ist und sich so verwendbare Beiträge v.a. rund um die Themen Computer und Vernetzung finden, als auch daran, daß die Autoren dieser Themen mit dem Internet besser vertraut sind und es stärker für die Recherche nutzen. Ein gelungenes Beispiel ist m.E. z.B. der Artikel "Tod der elektronischen Zeitung!", bei dem Hintergrundinformationen bzw. Quellen zu den wichtigsten Themenaspekten über Verweise zu erreichen sind. Ihre Zahl ist zunächst relativ beschränkt und umfaßt lediglich die wichtigsten Aspekte. Auf der folgenden Seite wird dann jeweils ein Überblick über erreichbare Informationen im Netz gegeben oder aber es werden Aspekte der Diskussion, die nicht im Netz, sondern in anderen Presseerzeugnissen besonders gut dargestellt wurden, wiedergegeben. Der Informationsgehalt des Artikels wächst so um einiges über den in der Papierausgabe abgedruckten hinaus. Allgemein läßt sich allerdings sagen, daß die Möglichkeit, ein Thema auf diese Art und Weise umfassend zu behandeln und in seine Teilaspekte aufzufächern, ohne den Artikel selbst durch "Randdiskussionen" zu zerstören, bisher kaum genutzt wird.

Auch die Angebote etablierter audiovisueller Medien werden i.A. von Klatsch und Tratsch, nebensächlichen "Hintergrundinformationen" wie Bildern und Kurzbiographien der Moderatoren oder einem alle paar Minuten von einer festinstallierten Kamera aktualisierten Bild des Sendestudios bestimmt. Daneben sind aber z.B. auch Programmhinweise, Skripte und zusätzliche Informationen zu Sendungen und deren Themen erhältlich. Seit einiger Zeit versuchen verschiedene Sender (insbesondere der ARD) computervermittelte Kommunikation auch für andere Aufgaben als die Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen.

Bereits Ende 1994 starteten der SDR und der SWF mit dem "RadioNet" ein Pilotprojekt - damals wegen der noch geringen Verbreitung von Internetzugängen als Subnetz des Fido-Netz.²⁷⁸ Neben der Bereitstellung von aktuellen Arbeitsmaterialien für Multiplikatoren wie Journalisten und Lehrer sollen hier neue Formen der Kommunikation zwischen der Sender- und Empfängerseite erprobt werden. Ein m.E. interessantes Experiment bildet hierbei die Kurzhörspielserie "Larissa 4-2", Fünfminuten-Krimis, die von einem Hörerkollektiv gemeinsam mit der Redaktion geschrieben werden. In einem Diskussionsforum des RadioNet *"lesen, kommentieren, ergänzen und diskutieren die Hörer/ User den Plot, entwickeln Varianten und schreiben Dialoge, sogar akustische Dateien lassen sich einspeisen, die dem SDR-*

²⁷⁸ Zur Zeit wird das Angebot für das World Wide Web aufbereitet und dann umgestellt.

Team, das die Clips produziert, als Produktions-Bausteine dienen."²⁷⁹ So werden jede Woche bis freitags Vorschläge im Netz gesammelt und diskutiert, aus denen die Redakteure dann die neue Folge erstellen, die montags produziert und dienstags gesendet wird.

Auch wenn die Redakteure keine Zensur ausüben wollen, bleiben die Hierarchie-Ebenen von Produktion und Distribution auch hier in Gestalt der Schlußredaktion weiter erhalten. Dies ist wohl auch nötig, um jeden Montag ein stimmiges Manuskript für die Produktion vorliegen zu haben. Und auch ein anderer Beschränkungspunkt kann nicht überwunden werden. *"Das Netz kennt tendenziell unendlich viele Autoren, eine übersichtliche Kommunikation zwischen diesen vielen wird praktisch unmöglich, Interaktivität der Kommunikation ist also eine Frage begrenzter Teilnehmerzahl."*²⁸⁰

Bei Sendereihen, die über längere Zeiträume laufen, bietet der hier versuchsweise eingeschlagene Kommunikationsweg m.E. die Möglichkeit, ohne den Druck eines festen Sendetermins, Themen zu diskutieren, bzw. eine Gruppe diskutieren zu lassen und dann das Destillat für eine Sendung zu verwenden. Damit wäre zwar keine direkte Zuschauerbeteiligung garantiert, doch würde den Hörern ein Diskussionsraum zur Verfügung stehen, von dem sie wissen, daß er auch von der verantwortlichen Redaktion zur Kenntnis genommen wird - auch wenn nicht jede Anfrage direkt durch einen Redakteur beantwortet wird.

Neben der Nutzung von Computernetzen als Zulieferer von Informationen richten die Sender ihr Augenmerk immer mehr auf die Möglichkeit, diese auch zur Distribution zu nutzen. Nachdem der SFB gemeinsam mit dem ORB zur INTERNATIONALEN FUNKAUSSTELLUNG ' 95 das Pilotprojekt "InfoRadio" gestartet hatte, folgte zuCEBIT ' 96 der BR mit seinem Pilotprojekt "Personal R@dio". Da das Pilotprojekt aus Berlin/ Brandenburg, das bei seinem Start schon von größten Schwierigkeiten, überhaupt etwas über das Internet zu senden, gezeichnet war, heute lediglich den Abruf der gesamten Nachrichten in einem sehr großen "Überraschungspaket"²⁸¹ zuläßt, von dem der Nutzer nicht weiß, was sich darin verbirgt, soll im Folgenden kurz auf das Pilotprojekt des BR eingegangen werden, das sicher zukunftsweisender

²⁷⁹ Jochen Rack. "Spannendes Experiment: Codename Larissa 4-2". Funk-Korrespondenz 43. Jg. (17/1995): S.28-30, hier: S. 29.

²⁸⁰ Jochen Rack, 1995: S.30.

²⁸¹ Am 7.8.1996 war es mittags beispielsweise eine Datei von 10 Megabyte Umfang, deren Inhalt dem Nutzer erst nach der Übertragung zugänglich war. Dies ist eine Datenmenge, die den heutigen Übertragungskapazitäten in keiner Weise Rechnung trägt. Für einen Benutzer, der das Angebot über eine normale Telefon/ Modem-Verbindung abrufen kann, kann dies durchaus eine Übertragungszeit von einer dreiviertel Stunde bedeuten - bis dahin sind im normalen Radio mit ziemlicher Sicherheit schon aktuellere Nachrichten gesendet worden.

ist. Bei diesem Projekt, das in Zusammenarbeit mit der GESELLSCHAFT FÜR MATHEMATISCHE DATENVERARBEITUNG (GMD), St. Augustin und zwei Spin-Off-Firmen derselben verwirklicht wird, stehen dem Benutzer sowohl eine live-Übertragung des laufenden Programms von B5 aktuell, als auch ein Archiv mit allen gesendeten Beiträgen der letzten Woche zur Verfügung. Der wohl bedeutendste Vorteil für den Benutzer ist dabei, daß er das abgerufene Programm schon während der Übertragung hören kann (sog. "live-Radio") und nicht erst auf das Ende der Übertragung warten muß, ehe er sich die Tondatei anhören kann. Die Bereitstellung der Beiträge wird automatisiert von einem Rechner bei der GMD geleistet. Dabei wird das Radiosignal stark komprimiert,²⁸² was zu einer Verminderung der Tonqualität führt. (Diese läßt sich in etwa mit der einer Mittelwellen-Übertragung vergleichen.) Im weiteren Verlauf des Projekts soll die Übertragungskapazität allerdings *"vom Kurzwellen-ähnlichen Rauschsound bis zur CD-Qualität"*²⁸³ frei wählbar werden, so daß der Benutzer sie seinen Bedürfnissen und den gegebenen Übertragungskapazitäten anpassen kann.

Das Archiv ist, entsprechend dem Sendeschema von B5, in viertelstündige Blöcke aufgeteilt, die nach der Ansicht des samt Legende etwas komplizierten Sendeschemas dann themenbezogen ausgewählt und abgerufen werden können. Diese Verfahrensweise erscheint zwar auf den ersten Blick nicht besonders anwenderfreundlich - und ist in ihrer graphischen Umsetzung sicher auch noch verbesserungsfähig - macht aber eine wesentliche Voraussetzung für eine der Wirtschaftlichkeit verpflichtete Umsetzung deutlich. *"Der hier begangene Prozeß der Automatisierung ist für echte Online-Anwendungen dabei entscheidend. Viele denkbare interaktive [im Sinne von frei wählbare] Multimediaanwendungen sind wegen ihres hohen Aufwandes wirtschaftlich nicht vertretbar."*²⁸⁴ Die Angebote machen für die Anbieter also nur Sinn, wenn sie auf lange Sicht kaum zusätzliche Personalkosten verursachen, die Inhalte des herkömmlichen Rundfunkprogramms also von einer Maschine automatisch in ein "on Demand"-Angebot für das Computernetz umgewandelt werden können. Nach Umstellung der gesamten Produktionsvorgänge von Analog- auf Digitaltechnik sollte dies jedoch kein größeres Problem mehr darstellen. Wenn die Korrespondenten ihre Berichte bereits digital

²⁸² Normalerweise hat es eine Bandbreite von 192 Kilobit pro Sekunde, für das Pilotprojekt im Internet wurde eine Bandbreite von 11 Kilobit pro Sekunde festgelegt, was den momentan gegebenen Übertragungsressourcen, die dem größten der Anwender zur Verfügung stehen, in etwa entspricht.

²⁸³ Ohne Autor. "So funktioniert PersonalRadio".
URL: <http://www.focus.de/DD/DDK/DDKE/ddke.htm>.

²⁸⁴ Ralf Wegner/ Denis Giffeler/ Uwe Schnepf. "Personal Radio - Hörfunk im Internet". Der GMD-Spiegel 26. Jg. (1/1996): S. 34-37, hier: S. 37.

produzieren und diese auch nur noch in digitaler Form weiterverarbeitet werden, sollte es auch kein Problem mehr sein, Einzelbeiträge unabhängig vom Sendeschema zur Verfügung zu stellen.²⁸⁵

Die Zusammenarbeit von BR und COMPUSERVE läßt zudem ahnen, daß man sich bei der späteren wirtschaftlichen Umsetzung dieses Pilotprojektes alle Möglichkeiten offenhalten möchte - eben auch die Möglichkeit, den Dienst nur in kommerziellen Netzen gegen Entgelt zu verbreiten. Das Internet eignet sich wegen der Aufgeschlossenheit und Probierfreudigkeit vieler Nutzer bei technischen Neuerungen dagegen besonders gut für eine erste Erprobung des Konzepts. Vielleicht bleibt den Internet-Nutzern aber wenigstens der Zugang zu der schriftlichen Fassung der aktuellen Meldungen erhalten, bei dem die für den Sprecher vorbereiteten Texte nach der Sendung automatisch in das Informationsangebot des Senders eingestellt werden. Eine m.E. nicht nur den momentanen Übertragungskapazitäten, sondern auch dem Inhalt wesentlich besser entsprechende Umsetzung als die Audio-Übertragung, die allerdings bei Originaltönen, also bspw. Interviews, nicht automatisierbar ist.

Bei der Gestaltung des Internet-Angebots von ARD-aktuell war man sich wohl der geringen Attraktivität bewußt, die ein Video on Demand-System allein - bei der heute zur Verfügung stehenden Übertragungsbandbreite - auf die Zuschauer ausüben würde. So besteht das Angebot auch aus einer Mischung von textbasierter Information und den aus der jeweiligen Sendung übernommenen Videosequenzen. Das Angebot umfaßt bisher die jeweils aktuelle Sendung der Tagesschau (17.00 und 20.00 Uhr-Ausgabe, die Nachtausgabe bleibt unberücksichtigt) und die letzte Sendung der Tagesthemen. Eine Einbindung des Nachtmagazins in das Angebot ist geplant.²⁸⁶ Die erste Seite bietet dabei den jeweiligen Nachrichtenüberblick in Schlagzeilen und ein Standbild aus dem "Top-Beitrag" der Sendung. Über ein vorangestelltes Stichwort kann man dann mittels Hypertext auf die Seite mit der schriftlichen Meldung der Nachrichtensendung gelangen, wobei nur die vom Sprecher/ Moderator verlesenen Meldungen zur Verfügung stehen. (Die Texte der Zuspelungen, wie auch des Wetterberichtes, werden nicht in schriftlicher Form angeboten.) Auf dieser Seite befindet sich jeweils auch ein Standbild aus dem Bericht, das "angeklickt" werden kann und dann die Übertragung des betreffenden Originalausschnittes startet.²⁸⁷ Nach kurzem Warten kann der Benutzer dann ein sehr

²⁸⁵ Für die ARD testet der SÜDWESTFUNK mit seinen Hörfunkkorrespondenten in Paris und Genf die Umstellung auf DIGAS ("Digitaler Aktualitäten Speicher") bereits als Pilotprojekt. Vgl. Manfred Bornschein. "Der digitale Hörfunk-Newsroom". 50 Jahre Südwestfunk, 1996: S. 40-41.

²⁸⁶ Im Folgenden soll das Angebot der Tagesschau betrachtet werden, das Angebot der Tagesthemen unterscheidet sich aber nicht wesentlich von diesem.

²⁸⁷ Dies ist jedoch nur möglich, wenn dem Benutzer die nicht ganz einfache Installation der zusätzlich erforderlichen Software gelungen ist (Vgl. hierzu auch: Rainer Stephan.

kleines, sehr wackeliges Bild mit dem gewählten Videoausschnitt betrachten und dazu die Stimme des Moderator, Sprechers oder Korrespondenten hören. Wenn man bedenkt, daß bei einer "Live-Radio-Übertragung" nur 5,7% des normalen Stereosignals Platz auf dem Träger finden, so ist es zwar erstaunlich, daß zusätzlich zum Ton überhaupt ein Bild übertragen werden kann, das Ergebnis macht aber doch gleichzeitig deutlich, welche Fortschritte bei den Kompressionsverfahren oder welcher Ausbau der Übertragungswege noch nötig ist, ehe eine qualitativ auch nur akzeptable "Live-Übertragung" insbesondere von Videoda

"<http://www.tagesthemen.de>". Süddeutsche Zeitung 52. Jg. (178/1996): S. 22.) und er über das richtige Betriebssystem verfügt, da die zur Betrachtung der Videos nötige Software nämlich nur für MICROSOFT und MACINTOSH Betriebssysteme zur Verfügung steht. Benutzer des IBM-Betriebssystem OS/2 und des unter Internet-Nutzern weit verbreiteten Unix bleiben von der Nutzung ausgeschlossen. Dies ist insofern ärgerlich, als der mit dem MPEG 2-System zur Verfügung stehende internationale Standard für Videodateien und -betrachter, der die Videos - zwar erst nach der Übertragung, dann aber für Nutzer aller Betriebssysteme - zugänglich macht, damit zu Gunsten der beiden marktbeherrschenden Betriebssysteme unterlaufen wird.

teilen möglich ist, will man nicht wieder auf die bekannten Übertragungswege zurückgreifen.²⁸⁸

Auch dieses Angebot beschränkt sich letztlich auf die Wiederverwertung bereits produzierten und gesendeten Materials, das zwar "multimedial" ist, dessen Elemente, die über Text und Standbild hinausgehen, für den Betrachter allerdings mehr Spielerei als Nutzen bringen. Aktuelle Informationen, die über das im Fernsehen verbreitete Material hinausgehen, finden sich nicht - eine redaktionelle Aufbereitung des Internet-Angebots findet nicht statt. Die Zusatzangebote "Schaukasten"²⁸⁹, "Wir über uns"²⁹⁰ und das "Gästebuch"²⁹¹ tragen ebenfalls nicht zur Information der Zuschauer bei. Das geplante Archiv, in dem alle Beiträge ab dem 1.8.1996 über eine Volltext- oder Schlagwortsuche²⁹² recherchierbar gemacht werden sollen, wird nach einiger Zeit dagegen insofern Sinn machen, als der Nutzer damit gezielt Zugriff zu allen Beiträgen, die zu einem bestimmten Thema gesendet wurden, erhalten würde.

Wenn man das Engagement etablierter Medien im Internet insgesamt betrachtet, läßt sich feststellen, daß der Umstand, daß die Angebote i.A. wohl über das Marketingbudget finanziert werden, sich noch deutlich auf das Angebot niederschlägt. Mit der Abbildung (eines Teils) der redaktionellen Berichte ins Netz wird auf Dauer jedoch kaum die Attraktivität für die Benutzer entstehen, die nötig sein wird, um eine wirtschaftlich lohnende Umsetzung, bspw. über Abonnements zu erreichen. Allein die Wiederverwertung von Material, seien dies die Artikel einer Zeitung oder die Videoausschnitte der Tagesschau vom Vortag, wird nach Abklingen der anfänglichen Begeisterung wohl kaum noch Nutzer locken. Neben den Angeboten, die die Nutzer auch auf herkömmlichem Weg beziehen können, wären zusätzliche Funktionen oder Angebote, die so bisher noch nicht in anderen Medien bestehen, nötig. Auch wenn sich alle Konzepte noch im Experimentalstadium befinden, so deutet die heutige "Versuchsordnung" doch darauf hin, daß das Hauptaugenmerk bei den Versuchen, das jeweilige Angebot attraktiv zu gestalten, kaum auf der Vermittlung politisch relevanter Informationen liegt. Diese bilden vielmehr zumeist nur den Rahmen - häufig

²⁸⁸ Womit wieder das Problem der Übertragungskapazitäten zur Diskussion stehen würde, auf das schon im Kapitel "Digitales Fernsehen" auf Seite 43ff. eingegangen wurde.

²⁸⁹ Dieser umfaßt: "Die Vorspanne der Tagesschau seit 1952", wenige ausgewählte, wenn auch nicht historisch bedeutende Videosequenzen aus "44 Jahre[n] Tagesschau" und zwei Fehlleistungen von Moderatoren - "Auch das wurde gesendet".

²⁹⁰ "Die Sprecher", "Die Redaktion der Tagesschau" und "Was Sie schon immer mal über die Tagesschau wissen wollten".

²⁹¹ In dem die Anmerkungen der Benutzer, mit Datum und Uhrzeit versehen, aufgelistet werden.

²⁹² Vgl. Ohne Autor. "News on Demand". URL: <http://mats.gmd.de/ralf/german/nod.html>. Aus dieser Projektbeschreibung der an der Umsetzung des Pilotprojekts beteiligten GMD wird leider nicht ersichtlich, ob es sich letztlich um eine Volltext- oder Stichwortsuche handeln soll.

in möglichst vertrautem Aussehen. Auch kommunikative Elemente spielen hier nur eine untergeordnete Rolle. Zwar darf neben der Möglichkeit, eine e-mail an die Redaktion zu schreiben auch das "Gästebuch" in kaum einem Angebot fehlen, doch hat dies von seiner Gestaltung her in den meisten Fällen wirklich den Charakter eines Gästebuches und bietet nur selten die Möglichkeit, Diskussionen zu führen. Serviceelemente, wie bspw. der Stellenmarkt bei der ZEIT IM INTERNET oder beim WDR oder Datenbankabfragen wie bei FOCUS ONLINE überwiegen momentan bei den Versuchen, dem neuen Medium Zusatzangebote abzurufen und so das Angebot attraktiv zu gestalten. Dabei wären auch im Bereich der politischen Information attraktivitätssteigernde Zusatzangebote denkbar. Der Zugang zu einem umfassenden Archiv wäre eine solche Funktion, die allerdings wegen der - auch in einem gut sortierten Archiv - zuweilen mühsamen Suche nach den gewünschten Informationen v.a. für Nutzer aus dem wissenschaftlichen oder journalistischen Bereich und für am Thema sehr interessierte "Normalnutzer" interessant wäre. Wenn die Möglichkeiten des Hypertext wirklich genutzt würden, könnten jedoch auch andere Informationsangebote eine breitere Benutzergruppe ansprechen. Neben speziellen Angeboten, die bisher so dem größten Teil der Nutzer nicht zugänglich waren, und nun bei Bedarf genutzt werden können - wie die besprochene Veröffentlichung von Antworten der Bundesregierung auf parlamentarische Anfragen durch FOCUS ONLINE - könnten auch redaktionelle Beiträge zu umfassenden Informationsquellen werden, die sowohl Hintergrundinformationen, Begriffserklärungen als auch Kommentare bereitstellen. Über eine Systematisierung könnte außerdem die Entwicklung des besprochenen Themas dokumentiert und so für den Benutzer leicht zugänglich gemacht werden.²⁹³ Alle bisher genannten Anwendungen setzen jedoch im Prinzip kein Kommunikationsnetz voraus. Der Aufbau der Kommunikation ist, wie bei den traditionellen Medien, sternförmig: Ein Zentrum ("Sender"), verbunden mit vielen Punkten an der Peripherie (Rezipienten), die über einen schmalbandigen Kommunikationskanal ihre Steuerungsbefehle für den Informationsfluß an das Zentrum schicken und von dort mit einer Fülle angeforderter Daten über einen breitbandigen Kommunikationskanal versorgt werden. Lediglich durch den Umstand, daß es viele "Sender" gibt, ergeben die sich überlagernden Sterne so etwas wie ein Netz. Damit unterscheidet sich diese Art des "Informationsvertriebes" nicht von dem

²⁹³ Bspw. wäre es möglich, jedes "neu aufkommende" Thema mit einer Kennung zu versehen. Wenn dann z.B. der erste Artikel über eine von der Bundesregierung angekündigte Steuerreform in der Ablage mit P(=Politik) ST(=Steuerreform) 120396(=Datum des Artikels) gekennzeichnet würde, könnten in Zukunft alle Artikel nach eben diesem Muster benannt werden, und am Ende eines aktuellen Artikels könnte dann ein Verweis auf bisher zum Thema erschienene Artikel erfolgen und dem Benutzer eine Liste der (die Kennung P ST tragenden) Artikel nach Datum geordnet und mit der jeweiligen Überschrift versehen zur Verfügung gestellt werden. Auf die aufgelisteten Artikel könnte dann problemlos über Verweise zugegriffen werden.

Muster, nach dem Rundfunk und Printmedien bisher funktionieren. Die potentielle Stärke und das für die Massenkommunikation wirklich Neue ist jedoch gerade die Netzstruktur, die ohne Zentrum auskommt. Neben der Möglichkeit der tiefen Strukturierung des eigenen Angebots mit Hintergrundinformationen, Erklärungen und Kommentaren besteht auch die Möglichkeit, Informationen, die nicht aus der eigenen Redaktion stammen, mit in das Angebot einzubeziehen. Von dieser Möglichkeit, die anhand des Artikels "Tod der elektronischen Zeitung!" besprochen wurde, wird bisher selten Gebrauch gemacht, obwohl gerade die mit Sachverstand betriebene systematische Erschließung, Prüfung und Kommentierung, also quasi die Kanalisierung von über das Internet zugänglichen Quellen, ein journalistisches Feld ist, das sowohl dem Charakter des Internet entspricht, als auch ein für den Nutzer attraktives Angebot darstellt. Daraus könnte sich eine neue Art von Journalismus entwickeln, der nicht nur die Quelle der Information nennt (wie dies bisher zumeist durch die Nennung der Nachrichtenagentur, von der das Rohmaterial stammt, geschieht), sondern die Quellen auch gleichzeitig zugänglich macht - dem interessierten Benutzer also weiterführende Informationen zur Verfügung stellt.

Die Ergänzung des politischen Informationsangebots durch themenorientierte Kommunikationsangebote könnte nicht nur "dem Bürger eine Stimme geben", sie könnte auch für den "Informationsveranstalter" positive Effekte haben. So könnte sie zum einen zu einer engeren Bindung des Rezipienten an den "Informationsveranstalter" bzw. an das "Produkt" führen, zum anderen könnte sie sicher auch manche Anregung hervorbringen, bspw. Tips für Recherchen, sei es im Netz oder in der "realen" Welt oder Hinweise auf bisher vernachlässigte Aspekte in komplexen Zusammenhängen.

10.4. Projekte

Die großen "Multimedia-Pilotprojekte" der TELEKOM, der Länder und der Privatwirtschaft, die in der anfänglichen "Multimedia-Euphorie" seit 1993 ins Leben gerufen wurden, gehen von einer baldigen bestimmenden Relevanz des Kommunikations- und Mediensektors für die Gesamtwirtschaft aus.²⁹⁴ Infolge technischer Schwierigkeiten, der nur zögerlichen Aufnahme durch die Bevölkerung²⁹⁵ und wohl auch des Bekanntwerdens erster Studien, die die

²⁹⁴ "Geschätzt wird, daß im Jahr 2000 der Anteil des Kommunikations- und Mediensektors zum [!] Bruttosozialprodukt denjenigen des Automobilsektors übertreffen wird." Vgl. Oliver Kelkar. "Einleitung". URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/einleit.html>.

²⁹⁵ Vgl. Eckhard Eckstein/ Markus Kien. "Startprobleme auf dem Infohighway". *Funkschau* o.Jg. (13/1995): S. 49-50. Zum Teil gab es sogar Schwierigkeiten, die vorgesehene Zahl von Testbenutzern für das Pilotprojekt zu interessieren. Vgl. Oliver Kelkar. "Teilnehmer". URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/teilnehm.html>.

anfängliche Euphorie stark dämpften²⁹⁶, verzögerte sich der Start der einzelnen Pilotprojekte immer wieder. Gleichzeitig wurden auch die für die Projekte veranschlagten Mittel immer mehr gekürzt.²⁹⁷ Da diese Pilotprojekte auf Breitbandanwendungen (Video on Demand und Service on Demand, worunter Angebote wie Teleshopping, Teleinformation oder Telespiele verstanden werden) mit einem meist nur schmalbandigen "Rückkanal"²⁹⁸ ausgelegt sind und erst im Rahmen eines späteren Pilotprojektes auch die Möglichkeit des Anschlusses von Kommunikation ermöglichenden Eingabegeräten auf der Nutzerseite vorgesehen ist²⁹⁹, wird deutlich, daß hier v.a. Unterhaltungsangebote geplant sind (man könnte sie auch als Konsumangebote bezeichnen). Somit ist, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, keine Relevanz der Pilotprojekte in den Bereichen innovative Politikvermittlung oder kommunikative Interaktion abzusehen, sie sind vielmehr als Pilotprojekte für digitalisiertes, (beschränkt) "interaktives" Fernsehen zu sehen.³⁰⁰

Es gibt jedoch eine ganze Reihe anderer, nicht so aufwendiger Projekte, die versuchen, die neuen Kommunikationsmöglichkeiten zu nutzen. Im Folgenden soll anhand der drei Projekte "Digitales Rathaus", "Zeno" (ein "Mittlersystem für das World Wide Web")³⁰¹/ "GeoMed"³⁰² und "Internationale Stadt" (oder auch "Digitale Stadt")

²⁹⁶ In diesem Zusammenhang ist wohl insbesondere die Studie "Medienkonsum" (BAT Freizeit-Forschungsinstitut (Hrsg.). Medienkonsum: Analysen und Prognosen. Hamburg: BAT Freizeit-Forschungsinstitut, 1995.) von Bedeutung, die größere Akzeptanzprobleme bei der Einführung von Multimedia prognostiziert, da Nachteile und Risiken als schwerwiegender eingeschätzt werden als die Vorteile und möglichen Chancen.

²⁹⁷ Bei Pilotprojekt in Baden-Württemberg bspw. von ursprünglich geplanten 100 Mio. DM auf mittlerweile 62 Mio. DM (Stand: Januar 1996). Vgl. Oliver Kelkar. "Einleitung". Damit einhergehend verkleinerte sich auch die angestrebte Zahl der Nutzer kontinuierlich.

²⁹⁸ In Baden-Württemberg bspw. 153,6 kBit/s je Teilnehmergruppe, bei 2 Mbit/s ATM-Datenstrom. In Berlin ist eine Telefon-Standleitung als "Rückkanal" geplant. Vgl. Oliver Kelkar. "Das Pilotprojekt in Zahlen". URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/zahlen.html>. Und: Ders. "Aktuelles zum Pilotprojekt ' Multimedia BadenWürttemberg' ". URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/aktuell.html>.

²⁹⁹ Lediglich das Pilotprojekt in Leipzig, das "*schwerpunktmäßig für Geschäftskunden konzipiert ist*", sieht den Anschluß eines PC oder Netzwerkcomputers (NC) vor. Bei den anderen Pilotprojekten ist der Fernseher mit einer "Set-Top-Box" als Endgerät und eine erweiterte Fernseh-Fernbedienung als "Eingabe-" bzw. "Navigationsgerät" vorgesehen. Nach schriftlicher Auskunft von Martin Cech, Leiter des Projektzentrums Ost, Forschung und Entwicklung, der DEUTSCHEN TELEKOM AG in Berlin.

³⁰⁰ Auf eine weitere Betrachtung soll deshalb unter Hinweis auf die voranstehenden Kapitel "Digitales Fernsehen" und "Interaktives Fernsehen" verzichtet werden. Zu den Pilotprojekten siehe auch: Alexander Felsenberg u.a. Statusbericht zur Situation der deutschen Pilotprojekte zum "Interaktiven Fernsehen". Arbeitshefte Bildschirmmedien 53. Siegen: Universität-GH-Siegen, 1995. Sowie: Eckhard Eckstein/ Markus Kien. "DVB/ Multimedia - Pilotprojekte in Deutschland". Funkschau o.Jg. (26/1995): S. 32-35.

³⁰¹ Ohne Autor. "Telepolis - Zeno". URL: <http://www.lrz-muenchen.de/MLM/telepolis/deutsch/ausstellung/zeno.htm>.

untersucht werden, welche Möglichkeiten der Information, Kommunikation und Partizipation heute auf lokaler bzw. regionaler Ebene mit Hilfe der neuen Kommunikationstechniken umzusetzen versucht werden.

Eine ganze Reihe von Stadtverwaltungen ist heute bereits mit Angeboten im Internet vertreten. Die Angebote beschränken sich bisher allerdings weitgehend auf Serviceleistungen sehr unterschiedlicher Qualität. Die meisten bieten bisher kaum mehr als ein Verzeichnis der Adressen und Telefonnummern der Ämter, es gibt allerdings auch hin und wieder Angebote, die einen Schritt weitergehen. So gibt es Aufgabenbeschreibungen der verschiedenen Ämter (z.B. in Bochum, Leipzig oder Würzburg), Vorabveröffentlichungen wichtiger Termine (z.B. in Düsseldorf), Wegweiser zu den Ämtern in Form von Kartenausschnitten (z.B. Karlsruhe), Erläuterungen zur Ratsversammlung (Kiel), Informationen über die Fraktionen im Stadtrat (Leipzig) und erläuternde Hinweise, wie Tips für die Wohnungssuche oder Informationen über Anmeldeformalitäten (Mannheim). In Mannheim wird auch bereits ein erstes Formular (für den Wohnungswechsel innerhalb der Stadt) über das Internet bereitgestellt. Infolge der noch nicht bestehenden Möglichkeit einer digitalen "Unterschrift" muß diese jedoch weiterhin handschriftlich geleistet werden - entweder auf dem Amt oder auf dem Computerausdruck, der dann mit der normalen Post an die zuständige Stelle geschickt werden kann.³⁰³ Demnächst soll hier auch die Terminvergabe bei der KFZ-Zulassungsstelle per Internet möglich sein. Ziel solcher Angebote *"ist ein Bürgerservice, der Behördengänge entweder unnötig macht, oder dort, wo sie heute noch erforderlich sind, sie bürgerfreundlich gestaltet"*.³⁰⁴ Der Hauptvorteil, den das Informationssystem einer Stadtverwaltung im Computernetz dabei gegenüber anderen Medien (bspw. Broschüren) bietet, ist, daß - nach entsprechender Schulung - Mitarbeiter der jeweiligen Abteilung selbständig die Seiten "pflegen", also auf aktuellem Stand halten können, die Informationen so also "vor Ort" immer aktuell gehalten werden können, obwohl es sich scheinbar um ein zentrales Informationsangebot handelt. Bei geschickter Gestaltung ist es außerdem

³⁰² Das "Zeno"-Projekt wird in dem von der EUROPÄISCHEN UNION geförderten Projekt "GeoMed" (Geographical Mediation) als Pilotanwendung zur Stadt und Regionalplanung und im Umweltbereich eingesetzt und weiterentwickelt. Neben Mediationsdiensten, vertreten durch "Zeno", ist in diesem Projekt auch die Entwicklung von Informations- und Dokumentationsdiensten geplant, die dann quasi als Einheit zusammenwirken sollen. Eine Ergänzung des "Zeno"-Projekts durch die anderen Projekte soll zu einer noch übersichtlicheren und einfacheren Handhabung führen. Vgl. Thomas F. Gordon/ Hans Voss. "ZENO - Kooperative Planungsunterstützung im World Wide Web". Der GMD-Spiegel 26. Jg. (1/1996): S. 25-28, hier: S. 25ff.

³⁰³ Die in Mannheim angebotene Möglichkeit, das ausgefüllte Formular unverschlüsselt an die Behörde zurückzuschicken, dort ausdrucken zu lassen und zu unterschreiben, halte ich aus Gründen des Datenschutzes für bedenklich.

³⁰⁴ Mannheims Oberbürgermeister Gerhard Widder im FOCUS ONLINE-Interview. Ohne Autor. "Experimentieren im Echtbetrieb". URL: <http://www.focus.de/DI/DIJ/DIJA/dija.htm>.

möglich, die am häufigsten gestellten Fragen, bspw. beim Ausfüllen von Formularen, in die elektronisch bereitgestellten Formulare einzubinden und dem Bürger so die Möglichkeit zu geben, dieses zu Hause in Ruhe auszufüllen. Das Zurücksenden per elektronischer Post stellt, wie schon gesagt - zumindest bis einfach zu bedienende und trotzdem sichere Verschlüsselungsprogramme entwickelt sind - m.E. dagegen eine äußerst fragwürdige Anwendung dar.³⁰⁵ Auch sollte darauf geachtet werden, daß - im Interesse der Verwaltungsangestellten wie im Interesse der Bürger - der persönliche Kontakt nicht zur Ausnahmesituation wird. Menschen die, auch bei einem gewährleisteten allgemeinen Zugang,³⁰⁶ mit elektronischen Strukturen nicht zurechtkommen oder sich diesen verweigern, dürfen nicht auf der Strecke bleiben. Insgesamt eröffnen sich jedoch Möglichkeiten, Informationen aktueller und übersichtlicher als bisher bereitzustellen und dadurch auch Behördengänge in Häufigkeit und Dauer zu reduzieren.³⁰⁷

Neben diesen Angeboten der nachgeordneten Behörden, die durch ihren möglichen Nutzen sicher für viele Bürger interessant sein können, jedoch eher als Serviceangebote zu betrachten sind, sind auch - ganz so wie auf Bundes- oder Landesebene - Angebote der Parlamente (Stadt- oder Landkreisvertretungen etc.), der Parteien und Fraktionen und der politischen Verwaltungsspitze möglich. Zur Zeit sind solche Angebote erst im Entstehen begriffen (z.B. in Kiel, Lübeck und München). Inwieweit direkte Kommunikationsangebote auf lokaler Ebene Sinn machen, wo die Politiker hier doch - zumindest räumlich - wesentlich näher bei den Bürgern sind, kann sich erst zeigen, wenn diese Angebote in der Praxis getestet wurden. Durch die sich verändernden Sozialstrukturen und Arbeitsbedingungen, die

³⁰⁵ Auch die Sicherung von anderen im Verwaltungsapparat anfallenden personenbezogenen Daten sollte gewährleistet sein. Die Abgrenzung des öffentlich zugänglichen Netzes zum internen Verwaltungsnetz sollte also möglichst konsequent durchgeführt werden. (Bspw. durch Spiegelung des für die Öffentlichkeit bestimmten Teils eines internen WWW-Servers auf einen sich außerhalb des Netzes befindenden WWW-Server.)

³⁰⁶ Die Stadt Nürnberg hat bspw. mit der Initiative "Nuernberg.Net" die Möglichkeit geschaffen, auch ohne Internet-Zugang, lediglich mit Computer und Modem ausgestattet, auf "Nürnberg-Informationen", worunter neben dem Angebot der Stadt auch WWW-Seiten von Informationsanbietern aus Politik, Kultur und Wirtschaft fallen, zuzugreifen. Nutzer, die lediglich an regional orientierten Informationen interessiert sind oder die für ihren Internet-Zugang nach Zeiteinheit bezahlen (bspw. Kunden von T-ONLINE) müssen so lediglich die Telefonkosten aufbringen, um von diesem Angebot Gebrauch zu machen, nicht jedoch die Kosten für den "Internet-Provider". Außerdem bietet sich ein solches Angebot auch dann als Notlösung an, wenn ein kostenfreier öffentlicher Internetzugang (bspw. über Bibliotheken) nicht zu verwirklichen sein sollte. Wenn die Kommune in diesem Fall nicht die anfallenden Leitungskosten für die Internetzugänge übernehmen möchte bzw. kann, so kann mit dem beschriebenen System zwar kein Internetzugang, immerhin aber ein Zugang zu den Informationen aus der Region an öffentlich zugänglichen Plätzen bereitgestellt werden.

³⁰⁷ Bspw. kann der "zweite Anlauf", der oftmals wegen Unterlagen, die man nicht dabei hat, wegfallen.

auch dazu beitragen, daß viele Bürger nicht mehr an dem kommunalen Leben teilnehmen, in dem bisher der direkte Kontakt zu den Lokalpolitikern möglich war (bspw. in Vereinen), sowie durch die Zusammenfassung zu größeren Verwaltungseinheiten, die die Distanz zwischen Bürger und politischer Verwaltung auch in ländlichen Gebieten erhöht haben, könnten computervermittelte Kommunikationsangebote jedoch auch hier eine sinnvolle Ergänzung der bisherigen Kontaktmöglichkeiten darstellen. Wegen des kleineren Nutzerkreises, für den diese Kommunikationsangebote von Interesse sind, wäre eine Umsetzung auch von "Live-Diskussionen" bspw. mittels IRC bei einem allgemein gewährleisteten Zugang einfacher als in dem großen Rahmen der Landes- oder gar Bundespolitik. Sinnvoll könnte aber bspw. auch die Einrichtung von unmoderierten Diskussionsgruppen (z.B. in den Usenet-News) zu Lokalthemen sein, an denen ein Mitglied der jeweils zuständigen Verwaltungsbehörde und - zumindest von Zeit zu Zeit - auch die Verwaltungsspitze, also bspw. der zuständige Dezernent oder Bürgermeister, teilnimmt.

Eine weitere Möglichkeit, computervermittelte Kommunikation sinnvoll einzusetzen, ist die Möglichkeit mit ihrer Hilfe Verwaltungsstrukturen offenzulegen und somit transparent zu machen. Von dieser Möglichkeit, dem Bild einer verstaubten Bürokratie, "die nicht in der Lage ist die einfachsten Entscheidungen in angemessener Zeit zu treffen", entgegenzuwirken, wird bisher kein Gebrauch gemacht. Das "Zeno"-Projekt der GMD, auf das im Folgenden eingegangen werden soll, hat zum Ziel, dies zu leisten und dabei sowohl eine Vereinfachung von Verwaltungsstrukturen und Entscheidungsfindungen zu ermöglichen, als auch Partizipationsmöglichkeiten für den einzelnen Bürger zu schaffen. *"Zeno ist eine Anwendung im World Wide Web. [...] Die Verwendung von Zeno soll dazu beitragen, Planungsprozesse offener und demokratischer zu gestalten, die Qualität und Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen und damit Kosten und Verzögerungen durch Rechtskonflikte zu vermeiden."*³⁰⁸ Dieses Projekt, das von der Abteilung für die Entwicklung künstlicher Intelligenz bei der GMD entwickelt wird, hat v.a. die Entwicklung eines elektronischen Mittlers als neutralem Moderator zum Ziel, der sich an Prinzipien für Argumentationsstrukturen orientieren soll, ist also auf eine informationstechnische Entwicklung ausgelegt. Ohne auf diesen Punkt näher eingehen zu wollen, läßt sich feststellen, daß die Präsentation des Systems Möglichkeiten aufzeigt, wie zunehmend "digitalisierte Entscheidungsprozesse" (womit hier lediglich die zunehmende Umstellung auf den Computer als Zeichen-, Schreib- und Archivinstrument gemeint sein soll) es ermöglichen, daß alle am Planungsprozeß Beteiligten jederzeit Zugriff auf den aktuellen und den kompletten Bestand der Planungsunterlagen haben und ferner diese

³⁰⁸ Gordon/ Voss, 1996: S. 25.

Unterlagen, nach Fragestellungen geordnet, übersichtlich bereitgestellt werden können und schließlich durch die Vergabe von Rechten und Pflichten die Möglichkeiten der Nutzer, Dokumente einzustellen und einzusehen, mit Anmerkungen zu versehen, zu ändern oder zu beschließen, geregelt werden können. Da sich z.B. auch die Gruppe der "Anonymen" oder "Bürger" - mit nur beschränkten Schreib- und Leserechten - einrichten läßt, besteht auch die Möglichkeit, dieses System - zumindest in den dafür vorgesehenen Ausschnitten - der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Der hier primär interessante Punkt ist, daß sich ein System entwickeln läßt, das auf allen Computersystemen funktioniert, in die bestehende Internet-Software eingebunden werden kann, also eine sehr einfache Handhabung für den Benutzer sicherstellt, und mit den Import und Exportfunktionen für die verschiedenen Dateiformate auf Serverseite ausgestattet werden kann, also in keinem Fall die Installation zusätzlicher Software auf dem Computer des Nutzers erfordert. Die zentralen Seiten (also quasi die Übersichten) strukturieren die Dokumente ähnlich wie die meisten "Newsreader", also die Programme, mit denen Newsgroups gelesen werden können. Es werden hier zunächst die "Überschriften", also sehr kurze Bemerkungen, die möglichst genaue Hinweise auf den Inhalt der eigentlichen Nachricht enthalten, dargestellt. Indem man diese "Überschriften" anklickt, gelangt man zu den eigentlichen Dokumenten. Neben der bei den Newsreadern üblichen eingerückten Zuordnung von Folgedokumenten zu den Dokumenten, auf die sie sich beziehen, werden diese im Zeno-Projekt aber noch mit kleinen Piktogrammen versehen, die die Beziehungen der einzelnen Dokumente zueinander kennzeichnen. Bisher sind hierfür die Kennzeichnungen "Angelegenheit", "Positionen", "Unterstützende Argumente", "Gegenargumente", "Prioritäten", "Entscheidungen" und "Kommentare" vorgesehen.³⁰⁹ Diese Piktogramme sollen eine bessere Übersicht über den Gesamtverlauf der Planungsdiskussion ermöglichen.³¹⁰

In einer Vorstudie wurden die Dokumente eines abgeschlossenen Planungsablaufs für einen Wohn- und Technologiepark (Bonn/ St. Augustin) in das System eingespeist, um die möglichen Vorteile zu demonstrieren. Eine arbeitsfähige Basisversion des Systems soll im Frühjahr 1997 für die gemeinsame Anwendung mit anderen GeoMed-Projekten in Pilotanwendungen fertig sein. Bis zur breiten Umsetzung eines solchen Systems werden also sicher noch einige Jahre vergehen. Doch bietet dieses Projekt neben einem Blick in die mögliche Zukunft, die allerdings nur nach einer Re-

³⁰⁹ Eigene Übersetzung, die Legende liegt bisher lediglich bei einer englischsprachigen Demonstration öffentlich vor, dort werden die Kennzeichnungen mit "Issues", "Positions", "Supporting Arguments", "Counterarguments", "Preferences", "Decisions" und "Comments" angegeben. Vgl. Ohne Autor. "250.1". URL: <http://nathan.gmd.de/projects/zeno/mockup/english.intro.html>.

³¹⁰ Vgl. Gordon/ Voss, 1996: S. 26. Eine Umsetzung, die dies verdeutlicht, findet sich bei: Ohne Autor. "issues index". URL: <http://nathan.gmd.de/projects/zeno/mockup/issues.index.html>.

form des deutschen Aktenrechts über die Arbeitsteilung der beteiligten Behörden hinauswachsen und eine verstärkte Information und Partizipation des Bürgers ermöglichen kann, auch Anhaltspunkte für mögliche Anwendungen, die auch heute schon mit den bestehenden technischen Möglichkeiten - wenn auch nicht ganz so komfortabel und komplex - umgesetzt werden könnten. (Über HTML-Dokumente, integrierte Newsgroups oder mit Pearl- oder Java-Skripten erstellte, automatisierte Diskussionsforen und dergleichen. Eine Umsetzung allein mit einem menschlichen Mittler, der nicht von einem Computer unterstützt wird, sollte also auch möglich sein. Die Programmentwicklung sieht ein Ersetzen des menschlichen Mediators sowieso nicht vor, lediglich dessen Unterstützung.) Mit der verstärkten Nutzung von Computernetzen und der fortschreitenden Einführung von digitalen Akten werden die wesentlichen technischen Grundlagen in den Verwaltungen in den nächsten Jahren geschaffen werden.³¹¹ Wenn auch der Gedanke des "kooperativen Arbeitens" in der Verwaltung umgesetzt wird, um die Arbeitsabläufe zu optimieren, so wird die Schaffung eines gemeinsamen "virtuellen Arbeitsplatzes", wie ihn das Zeno-Projekt darstellt, unumgänglich sein. Blicke als letzte Hürde die Änderung des Aktenrechts, ein Unterfangen, das mit Blick auf den Datenschutz sicher äußerst umsichtig angegangen werden sollte. Letztlich stellt dies jedoch die wesentliche Grundvoraussetzung für eine stärkere Transparenz der Verwaltung dar, da alle technischen Hilfsmittel nur das rechtlich Mögliche vereinfachen können, in diesem Fall v.a. die einsehbaren vorliegenden Unterlagen leichter zugänglich machen können. Die Möglichkeit, den Diskussionen, die mit den Verwaltungsbeschlüssen verbunden sind, zu folgen, bzw. diese nachzuvollziehen und auch eigene Argumente einzubringen, kann nicht nur dazu führen, daß die Bürger ein weniger abstraktes Bild von der Verwaltung erhalten, sondern auch, daß die vollzogene Abwägung der Argumente zu einem nachvollziehbaren Ergebnis führt, das so einen breiteren Konsens in der Bevölkerung finden kann.

Inwieweit die allgemeine Einsichtnahme in Akten und Entscheidungsprozesse von den Verwaltungen nach der Schaffung der technischen und rechtlichen Voraussetzungen verwirklicht würde, ist eine ganz andere Frage, auf die hier nur spekulativ eingegangen werden könnte. Letztlich ist Verwaltungswissen auch Herrschaftswissen, und mit der Offenlegung würde dessen Wert drastisch vermindert werden.

³¹¹ Das nachträgliche "Elektronisieren" von Dokumenten und Karten macht wenig Sinn, da es sehr arbeitsaufwendig ist. Da aber in den Planungsbehörden bspw. die Zeichentische immer mehr verschwinden und durch Computer ersetzt werden, ist abzusehen, daß immer mehr Dokumente und Karten in nicht allzu ferner Zukunft elektronisch erstellt werden. Das Ausdrucken der Dokumente und Verschicken mit der "gelben Post" wird damit jedoch arbeitsaufwendiger sein als das Weiterreichen im Computernetz.

Da eine Offenlegung von Verwaltungsangelegenheiten für viele Bürger zunächst v.a. im lokalen bzw. regionalen Bereich interessant ist, kommt auf dieser Ebene operierenden Projekten zunächst besondere Bedeutung zu. Außerdem kann dieser relativ überschaubare Rahmen, der eine bessere Beobachtung der Resonanz und der Auswirkungen der Projekte zuläßt, als Testfeld für Anwendungen gesehen werden.³¹²

*"Community Networks, auch bekannt unter den Namen Citizen- oder Neighbourhood Networks, sind virtuelle Gemeinschaften, welche auf bestehende geographische Gegebenheiten aufbauen. Ihr primäres Ziel ist die Verfügbarkeit eines Kommunikationsmediums, auf das auch technisch weniger versierte Menschen Zugriff haben. Auf diese Infrastruktur können dann sowohl öffentliche Institutionen, wie auch Vereine oder Privatpersonen zurückgreifen, um gemeinde-spezifische Informationen zu verteilen, Serviceleistungen in Anspruch zu nehmen, oder Meinungen auszutauschen."*³¹³ Dieses in den USA schon seit den siebziger Jahren verbreitete Modell, das sich vornehmlich auf die übersichtliche Organisation und Bereitstellung von lokalen Informationen und die Schaffung einer Möglichkeit, über diese zu diskutieren, konzentriert³¹⁴, hat durch das Modell der "Internationalen Stadt"/ "Digitalen Stadt" eine Erweiterung erfahren. Die *"Mutter aller Digitalen Städte"*³¹⁵ ist das Projekt "De Digitale Stad" in Amsterdam, ein öffentliches Netzwerkprojekt, das, von einigen Computerfreaks initiiert, ursprünglich v.a. die Bereitstellung eines freien Internet-Zugangs für alle Menschen der realen Stadt Amsterdam zum Ziel hatte. Neben der Betätigung als Internet-Provider wollte man dabei der realen Stadt ein elektronisches Abbild gegenüberstellen. Der große Erfolg, den das Projekt nach seiner Eröffnung im Januar 1994 bei der Bevölkerung hatte³¹⁶, trug dazu bei, daß das Ange-

³¹² Resonanz und Auswirkungen heute schon abschätzen zu wollen, wäre allerdings verfrüht, da die Projekte in Deutschland zumeist erst seit kurzem existieren und sich noch in der Aufbauphase befinden. Auch auf der Benutzerseite sind bisher nur wenige Anwender in der Lage, die Angebote abzurufen. (Die hierzu in der Lage sind, müssen außerdem als technikaufgeschlossen gelten.) Lokale Angebote bieten schließlich noch den zusätzlichen Vorteil, daß die Bereitstellung sinnvoller, öffentlicher Zugangsmöglichkeiten mit dem Aufbau des Angebots abgestimmt werden und die Zugriffszahlen auf das Angebot und die Akzeptanz in breiteren Bevölkerungsteilen für das Angebot mit den Aufstellungs- und Freischaltungsterminen und Informationsveranstaltungen etc. verglichen werden kann, um so ein fundierteres Bild der erforderlichen Maßnahmen für einen sinnvollen allgemeinen Einsatz der neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten zu erhalten.

³¹³ Ohne Autor. "Telepolis - Community Network Resport".
URL: <http://www.lrz-muenchen.de/MLM/telepolis/deutsch/ausstellung/comnet.htm>.

³¹⁴ Das Projekt Nuernberg.Net, das in Fußnote 294 angesprochen wurde, kann bspw. auch als "Community Network" bezeichnet werden.

³¹⁵ Ohne Autor. "Internationale Stadt: Globale Informationen".
URL: <http://www.is.in-berlin.de/Service/Global.html>.

³¹⁶ In den ersten Monaten nach der Eröffnung ließen sich über 12.000 Benutzer "einbürgern", heute sind es 36.000, von denen über 20.000 regelmäßig aktiv sind. In den ersten beiden Jahren gewährleisteten staatliche Stellen die Finanzierung des Projektes, das inzwischen die Rechtsform

bot ebenso wie die multimediale Umsetzung beständig und zügig ausgebaut werden konnte. Die Stadtverwaltung beteiligt sich ebenso wie die Regierung der Niederlande und eine große Zahl von Betrieben mit eigenen Angeboten an dem Projekt. Inzwischen bauen auch eine ganze Reihe anderer Städte in den Niederlanden digitale "Abbilder" auf, so Eindhoven, Delft, Den Haag, Utrecht, Groningen, Leiden und auch die Region Friesland.

In Deutschland sind vergleichbare Angebote noch nicht so weit fortgeschritten. Bisher existieren die Internationalen Städte Berlin, Bremen (im Aufbau) und demnächst Köln. Im Folgenden soll stellvertretend die "Internationale Stadt Berlin" betrachtet werden. Sie ist ein von Künstlern betriebener Internetknoten in Berlin, durch den man versucht, einen stadttutopischen Ansatz zu verwirklichen. "Stadt" wird dabei *"als gemeinschaftlicher Ort definiert, der allein durch die Möglichkeit der Telekommunikation hergestellt wird."*³¹⁷ Diese postmodernistisch anmutende Definition von Stadt, die scheinbar alle politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge ausspart, wird jedoch nicht wirklich umgesetzt. Es handelt sich vielmehr um den Versuch, eine linke Stadttutopie umzusetzen, die basisdemokratisch orientiert ist und in der es nach dem Willen der Organisatoren gilt, *"ein selbstorganisierendes System aufzubauen, in dem die Inhalte von allen Beteiligten selbst gestaltet werden können."*³¹⁸ Die Aufgaben, die sich die Initiatoren gestellt haben, lassen sich zunächst unterscheiden in die Bereitstellung von möglichst preiswerten Internet-Zugängen für Einzelpersonen, Vereine und Firmen, in den Aufbau eines Informationsangebots und in das zur Verfügung stellen von strukturierten Kommunikationsangeboten.

Unter den bisher zur Verfügung gestellten inhaltlichen Angeboten dominiert eindeutig der Kulturbereich, wobei der Schwerpunkt auf dem Bereich "arts" liegt, was sich wohl durch die Verwurzelung der Initiatoren und Betreiber der "Internationalen Stadt" in diesem Bereich erklären läßt. Beim "Bau" der "Internationalen Stadt Berlin" hat man, im Gegensatz zu dem Amsterdamer Vorbild, bei der graphischen Gestaltung der Benutzeroberfläche ganz auf Anleihen bei einer realen Stadt verzichtet und versucht durch eine Farbkennung vielmehr, eine übergeordnete Strukturierung des Angebots in die Bereiche Kultur, Stadtinternes

einer Stiftung hat. Damit konnten die Initiatoren eine "Übernahme" des Projektes durch staatliche Stellen, die das Konzept zu Anfang gerne kaufen wollten, verhindern und dessen Unabhängigkeit wahren, die staatlichen Stellen aber gleichzeitig in das Angebot integrieren. Vgl. Lorenz Lorenz-Meyer. "Virtuelle Urbanität in Amsterdam". Spiegel online o.Jg. (4/1996).
URL: http://www.spiegel.de/archiv/excl02_96Jan22_0.html.

³¹⁷ Ohne Autor. "Telepolis - Internationale Stadt".
URL: <http://www.lrz-muenchen.de/MLM/telepolis/deutsch/ausstellung/instadt.html>.

³¹⁸ Ohne Autor. "FAQ zu IS: Was ist IS?".
URL: <http://www.is.in-berlin.de/Office/FAQ/FAQeins.html>.

(worunter Organisatorisches und Privates gefaßt wird) und Service zu leisten. Daß diese Einteilung ein viel zu grobes Raster bildet, wird bei dem Versuch der abstrahierten Darstellung der Vernetzungsbeziehungen deutlich, das der Navigation durch das Angebot dienen soll. Hier sind viele der explizit erwähnten Bereiche durch Mischöne oder Farbkombinationen gekennzeichnet. Daß dieses *"Grobraster nicht starr und statisch ist, sondern die Grenzen fließend sind"*³¹⁹, ist den Betreibern also durchaus bewußt, trotzdem versuchen sie nicht, die Übersicht über die Angebote in erster Linie themenbezogen, sondern nach dem genannten Grobmuster zu gliedern.³²⁰ Die Ausgliederung aller kommerziellen Angebote in den Bereich "Market", der sich in der graphischen Darstellung bezeichnenderweise am rechten unteren Rand befindet, läßt zunächst auf eine dogmatische Umsetzung der linken Stadtutopie, der jegliche Form von Kommerz suspekt ist, schließen. In dieser Hinsicht weicht das Berliner Konzept von dem niederländischen Vorbild und wohl auch von der Stadtmetapher ab. Durch den Aufbau des Projektes zu einem Zeitpunkt, zu dem das Internet bereits massiv das Ziel kommerzieller Angebote war, erscheint diese Maßnahme jedoch verständlich: Eine "Kommerzialisierung" des gesamten Angebots, noch ehe sich eine Stadt hätte bilden können, wäre bei absoluter "Gewerbefreiheit" wohl unvermeidlich gewesen. Die Idee, *"daß die Einwohner der Stadt aktiv an ihrem Aufbau teilnehmen"*³²¹, *"ohne zwischengeschaltete Instanzen, die eine Auswahl nach Kommerzialisierung und gesellschaftlichem Konsens treffen"*³²², steht hier zur Zeit deutlich im Vordergrund.

Wenn sich in einer digitalen Stadt wirkliches Leben entfalten soll, gilt es allerdings, neben gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen, die die eigentlichen Benutzer darstellen, auch die Wirtschaft und staatliche Stellen einzubinden und die Kräfte dieser drei Gruppen in Balance zu halten.³²³ Die in Berlin gewählte Rechtsform des Vereins entspricht der momentanen konzeptionellen Schwerpunktsetzung bei den Benutzern und verstärkt sie so.³²⁴ Der m.E. wichtigste Ansatz, den die "Internationale

³¹⁹ Ohne Autor. "FAQ zu IS: Was ist IS?".

³²⁰ Dieses "Leitsystem", das Dieter Grönling in der TAGESZEITUNG mit dem "Organigram eines Wasserwerkes" verglich, erfüllt seine Funktion wirklich nur unzureichend, und es entsteht leicht der von Grönling beschriebene Eindruck: "daß ich nicht so recht willkommen bin und daß man hier lieber unter sich ist." Dieter Grönling. "Internationale Provinz Berlin e.V.". Die Tageszeitung 18. Jg. (4896/1996): S. 12.

³²¹ Joachim Blank, einer der Initiatoren, zit. nach: Aaron Koenig. "Ein Zuhause für die Grenzenlosen". Die Zeit 50. Jg. (10/1995): S. 102.

³²² Ohne Autor. "FAQ zu IS: Was ist IS?".

³²³ Vgl. Joost Flint von "De Digitale Stad" Amsterdam, zit. nach: Lorenz Lorenz-Meyer. "Virtuelle Urbanität in Amsterdam".

³²⁴ Bleibt abzuwarten, ob nach der Etablierung des Angebots die Integration der anderen Angebote noch ermöglicht wird und sich eine "reale" Stadtstruktur bilden kann, die auf breiter gesellschaftlicher Ebene sowohl basisdemokratisch, als auch vermittelnd wirken kann, oder ob sich die

Stadt Berlin" verwirklicht, ist die Bereitstellung einer technischen (Zugang) und kommunikativen Infrastruktur (Programmierung der Kommunikationsmöglichkeiten), die dann durch die Benutzer mit Leben gefüllt werden kann und sich nach ihren Bedürfnissen sowohl inhaltlich als auch technisch fortentwickelt. Zur Zeit liegt der Schwerpunkt der Möglichkeiten noch im Informationsbereich, doch Angebote wie der "Workspace", der den Nutzern sowohl einen individuellen Arbeitsplatz, als auch Raum für die Arbeit selbst zu bildender Gruppen zur Verfügung stellt, bilden themenbezogene Kommunikationsmöglichkeiten.³²⁵ Mit dem "Clubnetz" (ebenfalls von den Initiatoren der "Internationalen Stadt" betrieben und in deren Angebot integriert), das in verschiedenen Lokalen frei zugängliche Computer zur Verfügung stellt, ist außerdem ein erster Schritt in Richtung auf einen freien Zugang von öffentlichen Räumen aus getan, auch wenn das hier zur Verfügung gestellte Angebot bisher sehr eingeschränkt auf direkte Kommunikation abzielt.

Die "Internationale Stadt Berlin" ist zum jetzigen Zeitpunkt also v.a. für den kommunikativen Austausch eines kleinen Nutzerkreises interessant, dem sie eine "elektronische Nachbarschaft" bietet, die auf dem Weg der Kommunikation neue Informationsressourcen erschließen kann.³²⁶ Insbesondere für Gruppen - und dabei muß es ja nicht "nur" um das Schreiben eines Romans gehen - bietet sie eine gute Infrastruktur für kooperatives Arbeiten.

Die Nutzer haben hier im Gegensatz zu kommerziellen Online-Diensten, die auch Informationsangebote bereitstellen, direkten Anteil am Aufbau und an den Inhalten.

"Internationale Stadt Berlin" zu einer autonomen Stadt der Einwohner ohne wesentlichen Kontakt zur "Außenwelt" entwickelt, in der linken Utopie verfangen und so lediglich ein kommunikatives Experiment bleibt, das für kleine Gruppen zu einem Ort des Austausches wird.

³²⁵ Mit dem "Workspace" wird auf technisch relativ einfache Weise die bei der Besprechung des "Zeno"-Projekts angesprochene Idee des kooperativen Arbeitens im World Wide Web ermöglicht. Die Betreiber beschreiben diese Möglichkeit anhand eines Beispiels: *"Mensch kann also im Stillen einen Roman beginnen (User-Bereich Private), Kostproben davon dann probeweise eine Zeit lang veröffentlichen (User-Bereich Public), bis sich ein paar Interessierte melden, die sich gemeinsam [mit] ihm als Autorengruppe zurückziehen (Gruppen-Bereich Closed), um schliesslich der Welt das neue Werk zu präsentieren (Gruppen-Bereich Public)." Ohne Autor. "Erste Schritte in der Internationalen Stadt". URL: <http://www.is.in-berlin.de/Office/FAQ/Gast.html>. Daneben existieren auch die bei der Besprechung anderer Projekte schon wiederholt genannten Möglichkeiten, in Newsgroups über Themen zu diskutieren oder sich "live" zu unterhalten (IRC).*

³²⁶ Kommunikative Angebote allein (ohne ein thematisches Informationsumfeld) scheinen jedoch nicht besonders attraktiv für die Nutzer zu sein, was nicht sonderlich verwunderlich ist, da diese Kommunikationsangebote auch im offenen Umfeld des Internet zur Verfügung stehen. So klagen die Betreiber der "Internationalen Stadt" dann auch: *"Es hat sich jedoch gezeigt, daß ohne "Themenvorgaben", ohne aktive Moderation/ Animation die Möglichkeit zum öffentlichen Austausch, zumindest in Berlin, nur eine eher nebensächliche Rolle spielte."* Ohne Autor. "Notizen aus der Provinz ;-)". URL: http://www.is.in-berlin.de/Office/texte/notizen_aus_der_provinz.html.

Die minimale Einbindung von Informationen der öffentlichen Hand,³²⁷ für die wahrscheinlich nicht vorrangig die Betreiber der "Internationalen Stadt Berlin" verantwortlich zeichnen, und die Randstellung der Wirtschaft stören das Stadtbild m.E. erheblich. Die Entwicklung eines "Flächennutzungsplans", der kommerzielle Angebote zwar in die eigentliche Stadt integriert, bestimmte Bereiche aber weiterhin von ihnen frei hält und in anderen Bereichen die Menge der kommerziellen Angebote limitiert, wäre wünschenswert.³²⁸

Der "Internationalen Stadt Berlin" merkt man den gesellschaftlichen Hintergrund ihrer Betreiber leider allzu deutlich an. Der etwas bescheidenere Versuch, ein "Künstlerviertel Berlin" aufzubauen - in dem man ja durchaus auch mit Kommunikationsmöglichkeiten hätte experimentieren können - wäre sicherlich sinnvoller gewesen als der hier doch etwas überdimensioniert wirkende Ansatz der Stadtmetapher.

Der erst relativ spät begonnene Aufbau der "Internationalen Stadt" - zu einer Zeit, als der Trend der Wirtschaft, sich ins World Wide Web zu begeben, schon einsetzte - und die fehlende öffentliche Förderung, in finanzieller wie inhaltlicher Hinsicht, sind bezeichnend für das deutschsprachige Informationsangebot im World Wide Web. Jeder versucht, sein Angebot zu verwirklichen und eine auf seine Interessen maßgeschneiderte Lösung zu finden (von der er meistens nicht weiß, wie sie aussehen soll), während übergreifende, viele Angebote integrierende Lösungen kaum verfolgt werden - also mehr auf die Visitenkarte, die das eigene Angebot darstellen soll, geachtet wird als auf den Nutzen für den Benutzer. Eine übersichtlich gestaltete Zusammenfassung der Angebote, für die sich die Stadtmetapher besonders eignen würde, ist dabei nicht abzusehen. *"Das gesellschaftspolitische Konzept der digitalen Stadt wird sich im Vergleich zu den eher wirtschafts- und verwaltungsorientierten Vorstellungen von Stadtinformation [...] nur schwer durchsetzen können - solange zumindest, bis hierzulande Staat und Parteien die Information des Bürgers nicht mehr als lästige Pflicht, sondern als Chance der Gestaltung unserer Demokratie betrachten"*³²⁹ - also nicht mehr die Information durch den Staat, die Parteien oder die Stadt im Vordergrund steht, sondern die Information über diese Stellen - und solange die wirtschaftlichen Erwartungen und Interessen, insbesondere auf der Seite

³²⁷ Lediglich der "Digitale Umweltatlas Berlin" der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie und "Wahlen in Berlin: Informationen des Landeswahlleiters und des Statistischen Landesamtes Berlin" sind über das Angebot der "Internationalen Stadt" erreichbar.

³²⁸ In "De Digitale Stad" Amsterdam hat man dieses Problem derart gelöst, daß es themenbezogene "Plätze" gibt, die von "Häusern" begrenzt werden, in denen sich die Angebote aller Gruppen zum Thema befinden. Außerdem hat jeder Platz ein "Café", in dem zum Thema diskutiert wird und ein "Haus" in dem sich "Kleinstangebote" sammeln.

³²⁹ Ingo Braun. "Berlin: Der schwierige Start des Stadtinformationssystems". Spiegel online o.Jg. (13/1996). URL: http://www.spiegel.de/archiv/excl01_96Mar25_0.html.

der Betreiber, noch so hoch sind. Ein Nebeneinander von autarken Informationssystemen und Dienstbetreibern ist absehbar und allenfalls ein Verbund derselben zu erreichen. Die Hoffnung, die unterschiedlichen Angebote unter einem gemeinsamen "Dach" inhaltlich zu vernetzen oder themenorientiert Seite an Seite zu stellen, erscheint bei der Betrachtung der Situation in Deutschland momentan dagegen eher utopisch.

11. Zusammenfassung Computer / Internet

Durch die steigende Popularität des World Wide Web, das enorme Wachstum der Nutzerzahlen und den Kommerzialisierungsdruck durch die ins Netz drängende Wirtschaft (sowohl im Bereich der Betreiber als auch im Bereich der Anbieter) ist das Internet z. Zt. einem wesentlichen Wandel unterworfen. Während früher die Maxime "nehmen und geben" dafür sorgte, daß die meisten beteiligten Menschen an einem Kommunikationsprozeß teilnahmen, besteht das Internet heute für die meisten Neunutzer lediglich aus dem World Wide Web, e-mail und eventuell dem IRC. E-mail wird dabei vornehmlich für die private Kommunikation und der IRC für den "Schwatz" genutzt.³³⁰ Die Angebote im World Wide Web verleiten mit ihrem heutigen Aufbau zumeist zum "Weiterklicken" und Betrachten von möglichst einfallsreich und bunt gestalteten Seiten und auf Anbieterseite zum unökonomischen Umgang mit Speicher- und Übertragungskapazitäten durch graphisch überladene Seiten, Blickfänger in Form kleiner Animationen und immer neuen, zumeist inhaltlich überflüssigen Skript-Funktionen. Die typischen Massenkommunikationsanwendungen (oder auch "Diskursanwendungen") wie Newsgroups und Mailing-Listen, in denen ein mehr oder weniger sinnvoller Diskurs geführt wird, der neue Informationen und Ansichten zugänglich macht und so für den Einzelnen - je nachdem in welcher Umgebung er sich "aufhält" - nicht nur Unterhaltung oder Zugang zu mehr oder weniger "ungefilterter" Information, sondern auch Erkenntnisgewinn durch den Diskurs ermöglicht, werden dagegen mehr oder weniger in den Hintergrund gedrängt. Diese Entwicklung deutet unverkennbar eine Annäherung des Internet an das digital verbreitete Vielkanalfernsehen an. Im World Wide Web bedeutet "Interaktion" im Moment v.a. die schier endlos erscheinende Möglichkeit, "umzuschalten" - oder aber abzuschalten. Die Einbindung kommunikativer Elemente wird vernachlässigt, so daß die Tendenz zu einem Verteiler- und nicht zu einem Kommunikationsmedium geht.

Organisationen und Institutionen nutzen das World Wide Web vornehmlich zur Bereitstellung von Informationen. Ihnen bietet sich die Möglichkeit, sich selbst (endlich ohne den "verzerrenden Filter" der Presse) der Öffentlichkeit in einem Massenmedium darzustellen - noch dazu ohne begrenzte "Redezeit". Viele der Anbieter von Inhalten, insbesondere auch die politischen Parteien, können den Möglichkeiten der Selbstdarstellung, die sich hier bieten, dann auch nicht widerstehen. Das bei der Betrachtung anderer Medien gewonnene Bild von "öffentlicher Politik", bei dem die oftmals schwierige Sachdiskussion von Inszenierungen und Scheingefechten über-

³³⁰ Die e-mail ist so überwiegend dem Bereich der Individualkommunikation zuzuordnen, während der IRC meist nur für "Belanglosigkeiten" genutzt wird und wohl am ehesten dem Unterhaltungs- oder Spielbereich zugeordnet werden kann.

wogen wird, trifft in gewisser Weise auch auf die Angebote im World Wide Web zu. Zwar sind die Angebote hier eher themenbezogen,³³¹ doch bewegen sie sich zumeist nur an der Oberfläche. Eine tiefe Strukturierung der Angebote mit umfassenden Hintergrundinformationen, Kommentaren und Darstellungen des politischen Diskurses fehlt zumeist ebenso wie eine inhaltliche Vernetzung der Themen³³² oder gar ganzer Angebote. Es entstehen so, wie bereits erwähnt, "Informationsinseln", die vornehmlich durch Selbstdarstellungen gekennzeichnet sind und oftmals in frappierender Art und Weise an Werbebroschüren erinnern. Das ebenfalls bekannte Bild, daß die Herstellung eines gesellschaftlichen Diskurses nicht in den Aufgabenbereich der Parteien (und mit Einschränkungen auch Organisationen) fällt, sondern allein den Medien obliegt, wird so gestützt.

Da die Medien die Aufgabe, einen gesellschaftlichen Diskurs herzustellen im Netz jedoch ebenfalls noch nicht wahrnehmen, sondern vielmehr auch "nur" Informationen bereitstellen, wobei vornehmlich bestehende Inhalte aus anderen Medien übertragen werden, sind die Voraussetzungen für ein politisch orientiertes Massenmedium im World Wide Web noch nicht gegeben. Die bei der Betrachtung des Fernsehangebots aufgestellte Forderung nach professioneller, kritischer, qualifizierter und auch umfassender Begleitung des politischen Geschehens, um den gesellschaftlichen Diskurs zu fördern, bzw. ihn oftmals erst in Gang zu bringen, wird bisher nicht erfüllt.

Hier spielt sicher auch eine Rolle, daß die meisten Angebote erst seit kurzem bestehen, bzw. sich noch im Aufbau befinden, allgemein noch kaum Erfahrungen mit dem Internet, geschweige denn mit dem World Wide Web als Massenkommunikationsmittel bestehen und noch nicht absehbar ist, wie Angebote sich finanziell tragen sollen.

Trotzdem ist m.E. bedenklich, wie unverhältnismäßig stark die beim professionell-kommerziellen Einsatz zur Verfügung stehenden Mittel für eine optische Gestaltung und kaum für die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationskonzepte eingesetzt werden. Auch die im nichtkommerziellen Bereich in Pilotprojekten entwickelten Konzepte und Erfahrungen scheinen hier kaum reflektiert zu werden. So reichen die professionellen Bemühungen kaum über eine mehr oder weniger übersichtlich sortierte Bereitstellung bereits vorliegender Informationen hinaus. (Man

³³¹ Das heutige World Wide Web, das ja trotz der Möglichkeit der Multimedialität aus Gründen der Übertragungskapazität noch immer eher mit einer Zeitung als dem Fernsehen zu vergleichen ist, eignet sich auch weniger für die Personalisierung.

³³² Sachthemen werden so zumeist isoliert behandelt, ohne andere Themen, die von einer Entscheidung beeinflusst würden, in die Betrachtung zu integrieren.

könnte dies auch als multimediale oder "bunte" Umsetzung der Gopher-Idee bezeichnen.)

Erst mit der Entwicklung neuer Berufsbilder ist m.E. mit der Ablösung der noch überall im World Wide Web zu beobachtenden Übernahme von bekannten Konzepten durch innovative, die vernetzte Struktur, die Möglichkeiten des Hypertext und der Integration verschiedener Kommunikationsanwendungen zu rechnen. Die wirklich entscheidenden Fragen sind jedoch, mit welcher grundlegenden Vorstellung die Angebote konzipiert werden - ob im World Wide Web ein politisch relevantes Informations- und Kommunikationsmedium gesehen wird, das den gesellschaftlichen und politischen Diskurs fördern kann (und ob dies erwünscht ist) oder ob im World Wide Web ein Distributionsmedium gesehen wird, mit einseitig gerichteter Informationsverteilung.

Die den Medien zugeschriebene Artikulationsfunktion kann durch das Netz bisher nur eingeschränkt wahrgenommen werden, da erst ein kleiner Teil der Bevölkerung an diesem Medium direkt teilnimmt. Für die Sammlung und Artikulation von gesellschaftlichen Interessen eignet sich das Internet - falls die Gruppe, deren Interessen artikuliert werden sollen, im Netz ausreichend präsent ist - durch die Möglichkeit der permanenten und trotzdem zeitlich individuellen Kommunikation und die Möglichkeit, Diskussionen ohne einen festgelegten Ort führen zu können, sehr gut. Auch hierfür wird das World Wide Web, das technisch die Vereinigung aller Kommunikationsdienste möglich macht, allerdings noch kaum genutzt. Gedankensammlungen und Diskurse laufen z. Zt. ebenfalls noch vornehmlich in anderen Kommunikationsdiensten. Für die Artikulation der Ergebnisse des internen Gruppendiskurses taugt das Internet bisher noch wenig, was eben an seiner noch geringen allgemeinen Verbreitung liegt.

Voraussetzung für eine breitere Verbreitung wäre m.E. neben der Schaffung eines allgemeinen Zugangs und der Herstellung gesellschaftlicher Akzeptanz (wozu das oft verbreitete Bild, das Internet sei ein Hort von Pornographie und Rechtsradikalismus, sicher nicht beiträgt) v.a. die Bereitstellung zentraler, nicht von gesellschaftlichen Gruppen abhängiger Einstiegspunkte (wie z.B. "De Digitale Stad"), insbesondere mit regionalem und thematischem Bezug. Solche Angebote werden bisher jedoch v.a. von kommerziellen Anbietern in Form von Auflistungen ohne Kommentierung oder Bewertung bereitgestellt. Für neue Nutzer stellt sich das World Wide Web sonst allzu leicht als eine unüberschaubare Flut von Informationen dar, die wegen ihrer Unübersichtlichkeit und schweren Bewertbarkeit nur wenig Wert hat, und auch der erfahrenere Nutzer findet bei der Suche nach thematisch für ihn neuen Inhalten nur über Suchmaschinen einen Einstieg. Dies bedeutet aber zum einen, daß man sich von diesen kommerziellen Informationsanbietern abhängig macht und zum anderen, daß

die Suche nach relevanten Informationen oftmals äußerst mühsam ist. Eine Bildung von "Themennetzen" mittels Hypertext innerhalb des umfassenden Internet und die "Vorfilterung", bzw. Kommentierung der Angebote durch Netzmedien würde attraktive Einstiegspunkte sowohl bei der Informationssuche, als auch für den Diskurs schaffen und könnte dabei auch zur Lösung eines der Hauptprobleme des Internet beitragen, indem es helfen könnte, relevante Informationen von irrelevanten zu unterscheiden. Bei Themen, mit denen der Nutzer bisher nicht vertraut ist, den Inhalt eines Angebots also nur schwerlich kritisch beurteilen kann, ist dies im Moment nur durch den Rückgriff auf einen aus anderen Zusammenhängen stammenden Vertrauensbonus möglich. Bspw. kann er sich sagen, der BUND, GREENPEACE oder EARTH-WATCH erscheine ihm als glaubwürdige Organisation, deshalb baue er bei seiner Meinungsbildung auf deren Informationen auf. Informationen unbekannter Organisationen oder gar Einzelpersonen gehen dadurch in der Meinungsbildung weitgehend verloren, und damit auch die Idee der Schaffung von Partizipationsmöglichkeiten.

TEIL IV: SCHLUSS

12. Fazit

Im Folgenden sollen die in den beiden Zusammenfassungen dargestellten Ergebnisse nicht noch einmal aufgelistet, sondern diese vielmehr nochmals verdichtet werden, um so die am Anfang der Arbeit gestellten Fragen zu beantworten.

Wie die vorangegangene Untersuchung gezeigt hat, lassen sich bei der Politikvermittlung durch das Medium Fernsehen deutliche Schwächen erkennen. Der Zwang zur Visualisierung führt zu einer Personalisierung bzw. Verkürzung von Politik auf medienwirksame Ereignisse. Dadurch kann beim Zuschauer zwar ein Gefühl von Informiertheit entstehen, gleichzeitig kommt es infolge des Ereignischarakters der politischen Information - die ja vornehmlich darüber informiert, was geschehen bzw. bereits beschlossen ist - zu einem Ohnmachtsgefühl. Die politische Ebene der Gesellschaft wird als selbständiges System wahrgenommen, das vom eigenen Leben losgelöst ist.

Diese Form der medialen Politikvermittlung kann kaum zum politischen Engagement anregen und die Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten fördern. Vielmehr ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß hierdurch Resignation und Politikverdrossenheit gefördert werden. Die Möglichkeit des gesellschaftlichen Diskurses ist durch das Fernsehen nur mittelbar gegeben. Durch die fehlende technische Möglichkeit kommunikativer Interaktion und die strukturbedingte Verantwortlichkeit und auch Macht der Veranstalter ist es lediglich möglich, daß von der Redaktion ausgewählte "Stellvertreter" einen Diskurs über vorgegebene Themen führen. Die daraus abgeleitete These der Meinungsführerschaft des Fernsehens wird, sofern sie jemals wirklich zutraf, in einer sich immer stärker differenzierenden Gesellschaft zwar immer unbedeutender, doch öffnet sich das Medium dadurch nicht zwangsläufig anderen Themen oder Interessenstandpunkten. Die hohen ökonomischen Anforderungen, die das System Fernsehen an potentielle Veranstalter stellt, führen dazu, daß die Zahl der Veranstalter begrenzt bleiben wird. Der Wegfall der Frequenzknappheit durch die Einführung digitalen Fernsehens wird daran nichts wesentliches ändern. Durch die anstehenden Investitionen und Verteilungskämpfe ist vielmehr mit einem erhöhten Konzentrationsdruck zu rechnen. Der mögliche Einstieg weiterer Verleger ins Fernsehgeschäft (evtl. in Zusammenarbeit mit finanzstarken Partnern wie etwa Stromkonzernen) wird daran nichts ändern, da dadurch im wesentlichen lediglich die publizistische Macht dieser Unternehmen gestärkt oder im Kampf um Marktsegmente gehalten wird. So könnte es zwar auf diesem Weg zu einer

Steigerung der Zahl der Veranstalter kommen, nicht aber zu einer Stärkung der Meinungsvielfalt. Die permanente Präsenz der gleichen Verleger, Herausgeber bzw. Mediengruppen in den verschiedenen Medien schränkt die Vielfalt der Meinungen vielmehr ein.

Die Folge ist, daß das Fernsehen vorrangig zu einer Meinungsbildung und weniger zu einer politischen Willensbildung beiträgt, da Politikvermittlung in diesem Medium - wie bereits erwähnt - v.a. ereignisbezogen ist und so bereits getroffene Entscheidungen oder schon weit fortgeschrittene Diskussionen thematisiert. Die anstehenden Veränderungen lassen so auch keine wirklichen Ansätze für Veränderungen des Systems Fernsehen erkennen. Es wird weiterhin ein einseitig gerichteter Informationsverteiler sein, der nur selektierte Informationen zur Verfügung stellt. Eine Erhöhung der Zahl der Fernsehkanäle bzw. Veranstalter wird daran nichts ändern, da auch neue Veranstalter und Kanäle sich in dem gegebenen System Fernsehen, das ein kommerzielles Distributionsmedium ist, bewegen.

Die Kritik an dem System Fernsehen soll allerdings nicht die Funktionen des Fernsehens als Vermittler von Informationen in Abrede stellen. Zum Teil wird das Fernsehen für eine umfassende, kritische und (selten) auch frühzeitige Informationsvermittlung genutzt, die einen gesellschaftlichen Diskurs lange vor der Entscheidung auf politischer Ebene in Gang bringt. Doch bietet dieses System keine Möglichkeiten für die partizipatorische Nutzung durch den Zuschauer, ein gesellschaftlicher Diskurs kann zwar im günstigen Fall durch das Medium angeregt, nicht aber in diesem Medium geführt werden.

Ähnliche Tendenzen sind im "institutionalisierten", kommerziellen Teil des Internet in Deutschland zu beobachten. Der fehlende Zwang zur Visualisierung wirkt sich hier zwar positiv aus, indem es i.A. nicht zu einer mit dem Fernsehen vergleichbaren Personalisierung des politisch orientierten Angebots kommt, doch führt die fehlende Verknüpfung der Angebote untereinander und v.a. auch die fehlende Verknüpfung mit themenbezogenen Kommunikationsmöglichkeiten auch hier kaum zur Stärkung des gesellschaftlichen Diskurses. Die meist stark an Printmedien orientierten Angebote beschränken sich in erster Linie auf die Bereitstellung von Informationen. Dies führt dazu, daß dem Nutzer vornehmlich die Möglichkeit des passiven Konsumierens von Informationen geboten wird, nicht aber die Möglichkeit aktiver Teilnahme.

Ebenso wie bei der multimedialen Umsetzung der Inhalte fehlt dem World Wide Web auch bei der Verknüpfung von Information und Kommunikation noch eine eigene Gestaltungsästhetik. Diese Tatsache ist vor dem Hintergrund der erst kurzen Entwicklungsgeschichte als Massenmedium zwar verständlich, doch ist die Tendenz, unter Interaktivität im Internet immer häufiger dasselbe zu verstehen wie unter In-

teraktivität im Fernsehen - nämlich lediglich die Auswahlmöglichkeit aus einem bestehenden Angebot - und das Zurückdrängen von Kommunikationsmöglichkeiten in eigene Dienste insofern bedenklich, als das oft propagierte Zusammenwachsen von Telekommunikation, audiovisuellen und Printmedien, von dem man sich neue Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion erhoffen könnte, damit auf eine lediglich technische Ebene reduziert wird. Ob aber Telefon, Radio, Fernsehen, PC etc. als jeweils eigene Geräte existieren und jeweils einen eigenen Anschluß an die Außenwelt bereitstellen oder ob dies über ein Gerät und einen Anschluß geschieht, ist letztlich sowohl für den Nutzer als auch für die Art der Kommunikation und Information gleichgültig.

Die Probleme, die sich momentan einer umfassenden Umsetzung der theoretisch vorhandenen Informations- und Diskursmöglichkeiten entgegenstellen, resultieren neben der bereits genannten mangelnden Erfahrung vornehmlich aus dem Gegensatz einer notwendigen professionellen Umsetzung und den nicht absehbaren Möglichkeiten einer kommerziellen Umsetzung solcher Angebote in einem offenen, neben Information auch am Diskurs orientierten System. Die Möglichkeit der wirtschaftlichen Verwertung über Abonnements oder Zugriffsgebühren ist dagegen absehbar. Sie führt m.E. mit dazu, daß die professionellen Informationsangebote als weitestgehend in sich geschlossene Systeme aufgebaut werden, da es ja gilt, einen (zahlenden) Nutzer im eigenen Angebot zu halten und nicht auf die Angebote der Konkurrenz aufmerksam zu machen. Eine tiefe Strukturierung der Hypertext-Angebote, die umfassende Hintergrundinformationen, Erklärungen, Kommentare etc. bereitstellt, ist in einzelnen Angeboten im Entstehen begriffen. Durch eine intensive Nutzung dieser Möglichkeit könnte die Wissenskluft zwischen Personen unterschiedlichen Bildungsgrades abgebaut werden, da die Informationsangebote quasi "selbsterklärend" gestaltet werden könnten und Wissenslücken so nicht mehr zum Nichtverstehen von gegebenen Informationen, sondern lediglich zu einem größeren Aufwand bei der persönlichen "Bearbeitung" der Informationen durch den Nutzer führen würden. Voraussetzung hierfür wäre neben dem nötigen Interesse des Nutzers und seiner Bereitschaft, sich diese Arbeit zu machen, v.a. ein allgemeiner Zugang zu den Informationsangeboten. Also sowohl die Möglichkeit, kostengünstig einen technischen Zugang zu erhalten, als auch die Informationsangebote kostengünstig abzurufen. Für die Verwirklichung dieser Voraussetzungen kommen bei der technischen Zugangsbereitstellung v.a. öffentliche Terminals, bspw. in Bibliotheken, in Frage und bei der Bereitstellung von Inhalten eine Ergänzung der kommerziellen Angebote durch entweder öffentlich-rechtliche Angebote oder durch die Übertragung dieser Aufgabe an unabhängige Stiftungen, deren Ziel die kostenfreie Grundversorgung der Bevölkerung mit gut strukturierten, umfassenden Angeboten sein müßte, die neben der Information auch den Diskurs auf breiter Ebene fördern

sollten.

Die Fragmentierung der Gesellschaft könnte durch die zu erwartende sehr unterschiedliche Nutzung der großen Zahl von Angeboten zwar noch weiter vorangetrieben werden, doch würde selbst der Verzicht der Nutzung neuer technischer Möglichkeiten kaum gegen dieses Auseinanderfallen der Gesellschaft helfen. Die immer stärker werdende Differenzierung der Gesellschaft scheint kaum aufzuhalten zu sein, lediglich die Entwicklung, Formulierung und glaubwürdige Verfolgung gemeinsamer Grundinteressen könnte dem entgegenwirken. Der Wegfall politischer Ideologien und das alleinige Überleben der Marktwirtschaft haben zu einem Ideenvakuum geführt, in dem sich die Gesellschaft immer mehr von den einstigen Zielen der "civil society" und der Aufklärung entfernt. Ein erneuter Ausbruch aus der "selbstverschuldeten Unmündigkeit"³³³ und der "öffentliche Gebrauch der Vernunft"³³⁴ sind zwar sicher Anforderungen, die sich zunächst an den Einzelnen richten, aber auch Politik und Medien angehen. Die erstgenannte, da sie sich auf die Tradition der Aufklärung beruft und ein gesellschaftliches Zurückfallen in der Entwicklung sie früher oder später ganz direkt treffen würde, die letztgenannte, da sie sich zum Motor einer solchen Entwicklung machen könnte.

Im Gegensatz zu kulturpessimistischen Ansätzen würde ich gerade in manchen technischen Entwicklungen des Kommunikationssektors - bei einem einigermaßen vernünftigen Gebrauch - eine Chance für die Umsetzung der genannten Denkansätze sehen. M.E. gilt es dabei die neuen Medien weiterhin als Instrument und Hilfsmittel gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen und nicht umgekehrt als "Nabel der Welt" zu sehen, wie dies leider einige Medientheoretiker tun.³³⁵ Diese positive Sichtweise ist m.E. neben den bereits genannten zunächst v.a. an folgende Voraussetzungen geknüpft:

- 0 Das heute vorhandene offene System des Internet müßte erhalten bleiben.
- 0 Die Zugangsvoraussetzungen für die Einspeisung von Informationen/ Beiträgen dürften nicht erhöht werden.

³³³ Immanuel Kant. "Was ist Aufklärung?". In: Karl Vorländer (Hrsg.). Immanuel Kants kleinere Schriften zur Logik und Metaphysik. Philosophische Bibliothek Band 46b. Leipzig: Verlag der Dürr'schen Buchhandlung, 1905: S. 135-143, hier: S. 135. (Original: Berlinische Monatsschrift, Zwölftes Stück. Dezember 1784, S. 481ff.)

³³⁴ Kant, 1905: S. 137.

³³⁵ "Bei Medientheoretikern wie [Vilém] Flusser gibt es keine Welt nach den Medien, keinen Seitenausgang." Geert Lovink, u.a. Mitbegründer der "Digitalen Stadt" Amsterdam im Gespräch mit David Link und Leander Scholz. Peter Purgathofer. "Der kurze Sommer des Internet - Ein Gespräch mit Geert Lovink". URL: <http://www.dbai.tuwien.ac.at/marchives/ece/0264.html>.

- 0 Insbesondere auf der professionellen Anbieterseite müßte eine eigene Ästhetik und Ethik für das Medium entwickelt werden, die den neuen Charakteristiken der Vernetzung und kommunikativen Interaktion gerecht werden.
- 0 Neben der Schaffung eines allgemeinen Zugangs müßte auch die Regulierung der Kommerzialisierung der Netze und Inhalte vorangetrieben werden, um der Konzentration publizistischer Macht entgegenzuwirken.
- 0 Zusammen mit der Entwicklung von pädagogischen Strategien für die politische Bildung müßten auch Strategien für eine mediale Bildung entwickelt werden, die über das Ziel des bloßen technischen Beherrschens hinausgingen und auch Kompetenz bei der Beurteilung der Inhalte zum Ziel hätten.³³⁶ Diese Entwicklung müßte mit dem Willen zu einer gesamtgesellschaftlichen "neuen Aufklärung" verbunden werden.

Computervermittelte Kommunikation könnte durch die Verknüpfung von Information und Diskurs zu einem dialektischen Prozeß führen, der wesentlich stärker, als dies bei den heute weit verbreiteten Medien der Fall ist, zum Erkenntnisgewinn und zur Entwicklung neuer Ideen beitragen könnte, womit sie sich in hervorragender Weise zu einer ergänzenden demokratischen Infrastruktur entwickeln könnte.

³³⁶ Die 1970 von Hans Magnus Enzensberger getroffene Feststellung: *"Wer sich Emanzipation von einem wie auch immer strukturierten technologischen Gerät oder Gerätesystem verspricht, verfällt einem obskuren Fortschrittsglauben; wer sich einbildet, Medienfreiheit werde sich von selbst einstellen, wenn nur jeder einzelne fleißig sende und empfangt, geht einem Liberalismus auf den Leim, der unter zeitgenössischer Schminke mit der verwelkten Vorstellung von einer prästabilierten Harmonie der gesellschaftlichen Interessen hausieren geht."* könnte heute vielen Fortschrittsgläubigen, die allein schon in der Einführung der neuen Kommunikationsdienste einen gewaltigen Fortschritt für die Gesellschaft sehen, als Mahnung dienen. Hans Magnus Enzensberger. "Baukasten zu einer Theorie der Medien". In: Hans Magnus Enzensberger (Hrsg.). Kursbuch Nr. 20, 1970: S. 159-186, hier: S. 169f.

13. "Postskriptum"

In diesem Teil soll noch kurz auf Entwicklungen und Ereignisse eingegangen werden, die erst nach Fertigstellung der jeweiligen Teile der Arbeit passierten. Soweit es sich um kleinere Veränderungen handelt, wurden diese in die Arbeit selbst aufgenommen, die nun folgenden Erläuterungen haben sich durch ihre Komplexität aber einem solchen Verfahren entzogen und werden auch hier nur kurz dargestellt werden können.

"Set-Top-Box"/ PREMIERE/ Digitales Fernsehen³³⁷

Momentan sieht es ganz danach aus, als ob der lange Streit um das digitale Fernsehen zwischen BERTELSMANN und KIRCH beigelegt wäre. Nachdem die KIRCH-Gruppe den australischen Medienunternehmer MURDOCH nach dessen äußerst kurzer Allianz mit BERTELSMANN für sich gewinnen konnte, BERTELSMANN im Geschäftsjahr 1995/96 erstmals seit dem Amtsantritt des Vorstandsvorsitzenden Mark Wössner im Jahr 1983 keinen Gewinnzuwachs verzeichnen konnte und in der Folge auf Sparkurs ging³³⁸, scheint KIRCH sich sowohl beim Decoder-Streit als auch bei den internen Querelen um den gemeinsamen Pay-TV-Sender PREMIERE durchsetzen zu können. Dazu haben neben der momentanen Schwäche von BERTELSMANN sicher auch der bereits erfolgte Start von KIRCHs Digitalfernsehen DF 1³³⁹, die Entwicklung der vielfältiger einsetzbaren Set-Top-Box "d-box" - die im Gegensatz zu dem von BERTELSMANN mitgetragenen Konkurrenzmodell der MMBG auch über Anschlüsse für Telefon, CD-Player und PC verfügt - und die erfolgreiche Sicherung von Filmrechten für über zehn Milliarden Mark beigetragen.

³³⁷ Zu der folgenden Darstellung siehe v.a.: Klaus Ott. "Vom 'Aprilscherz' zum Milliarden-Geschäft: Wie Leo Kirch das Fernsehen kontrollieren möchte". Süddeutsche Zeitung 52. Jg. (178/1996): S. 8. Sowie: Ohne Autor. "Murdoch kündigt Bertelsmann die Zusammenarbeit". Spiegel online o.Jg. (24/1996). URL: http://www.spiegel.de/archiv/wirt02_96Jun10_0.html. Und: Ohne Autor. "Bertelsmann/ CLT: Neuer Megadeal". Spiegel online o.Jg. (15/1996). URL: http://www.spiegel.de/archiv/wirt04_96Apr5_0.html. Eine sehr gute Zusammenfassung der letzten Ereignisse bietet: Ohne Autor. "Reden und streiten: Triumph für Leo Kirch: Beim digitalen Fernsehen wird der Weltkonzern Bertelsmann zum Juniorpartner". Spiegel online o.Jg. (31/1996). URL: <http://www.spiegel.de/archiv/smwi0196310726.html>.

³³⁸ Vgl. Ohne Autor. "Keine Bonanza: Sparkurs bei Bertelsmann". Spiegel online o.Jg. (30/1996). URL: <http://www.spiegel.de/archiv/smwi0196300719.html>.

³³⁹ Am 28. Juli 1996 mit Übertragungen vom Hockenheimring. Set-Top-Boxen waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Handel erhältlich. Die ersten Geräte wurden jedoch inzwischen ausgeliefert. Decoder und Aufrüstung der Satellitenempfangsanlage kosten z.Zt. rund 1500 DM. Hinzu kommen für das Basispaket 15 DM/ Monat und Gebühren für Filme bzw. besondere Live-Übertragungen. Weitere Programmpakete, wie etwa Sportkanäle sind nur gegen Aufpreis erhältlich. Vgl. z.B. Maik Ressel. "DF 1-Start in Hockenheim aus der ersten Reihe". Die Welt online-archiv (Die Welt vom 26.7.1996). URL: <http://www.welt.de/archiv/960726/0726tv01.htm>.

Die eine Million von KIRCH geordneten Set-Top-Boxen soll nun von der MMBG übernommen werden, von dem Konkurrenzmodell sollen nur 110.000 auf den Markt kommen. Der Vertrieb soll von KIRCH-Partner METRO und BERTELSMANN übernommen werden.

Bei PREMIERE, das allgemein als vielversprechende Startplattform für das digitale Fernsehen angesehen wird, einigte man sich auf eine Reduzierung der Anteile der verbündeten CANAL+ und BERTELSMANN von 75 Prozent auf 50 Prozent zu Gunsten des KIRCH-Verbündeten MURDOCH, der das so freiwerdende Viertel der Geschäftsanteile für eine halbe Milliarde Mark übernehmen soll. Bei der Programmbestückung einigte man sich darauf, daß KIRCH PREMIERE exklusiv mit Top-Spielfilmen versorgen soll, während BERTELSMANN die Rechte an der Fußballbundesliga einbringt. Die Stellung KIRCHS wird aber v.a. durch die Entscheidung, daß DF 1 künftig seinen Kunden PREMIERE als "Premiumprogramm" anbieten darf und daß das als "Club RTL" angekündigte Digitalfernsehen von BERTELSMANN über KIRCHS Plattform DF 1 verbreitet wird, gestärkt. Eine Beteiligung von BERTELSMANN an DF 1 ist dagegen nicht vorgesehen. *"Kommt die Absichtserklärung wirklich zustande. kontrolliert der Verbund auf viele Jahre die neue Art fernzusehen. Wer dann Pay-TV-Pakete in Deutschland anbieten will, käme an dem mächtigen Duo kaum vorbei. [...] Unter dem Strich hatte der Fernseh-Visionär KIRCH die Bertelsmänner in die Ecke gedrückt. Ob der risikofreudige Münchner recht behält und das digitale Fernsehen ein Erfolg wird oder die Manager aus Gütersloh mit ihrer behutsameren Strategie gut beraten sind - alles ist offen."*³⁴⁰ Sollte das digitale Fernsehen sich allerdings als Fehlschlag entpuppen, könnte dies KIRCH wegen seiner enorm hohen Investitionen in eine wirtschaftlich prekäre Situation bringen.

Telekommunikationsgesetz/ Entwurf für ein Multimediagesetz

Am 31. Juli 1996 wurde das neue Telekommunikationsgesetz im Bundesgesetzblatt veröffentlicht (BGBl. I Nr. 38, S. 1120) und ist somit in Kraft getreten. Neben den Regelungen für die Privatisierung des Telekommunikationsmarktes, die in weiten Teilen eher halbherzig oder vage ausgefallen sind, haben insbesondere die Paragraphen 82 bis 88 für die künftige Entwicklung besondere Bedeutung. In diesen Paragraphen werden die Anbieter von Telekommunikationsdiensten zu umfangreichen Hilfsdiensten für staatliche Organe verpflichtet. Besondere Brisanz bergen die Paragraphen 87 und 89:

§ 87 Abs. 4: *"Jeder Betreiber einer Telekommunikationsanlage, der anderen den Netzzugang zu seiner Telekommunikationsanlage geschäftsmäßig überläßt, ist*

³⁴⁰ Ohne Autor. "Reden und streiten: Triumph für Leo Kirch", 1996.

verpflichtet, den gesetzlich zur Überwachung der Telekommunikation berechtigten Stellen auf deren Anforderung einen Netzzugang für die Übertragung der im Rahmen einer Überwachungsmaßnahme anfallenden Informationen unverzüglich und vorrangig bereitzustellen. [...]"

§ 89 Abs. 2: "Die aktuellen Kundendateien sind von dem Verpflichteten nach Absatz 1 verfügbar zu halten, so daß die Regulierungsbehörde einzelne Daten oder Datensätze in einem von ihr vorgegebenen automatisierten Verfahren abrufen kann. Der Verpflichtete hat durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, daß ihm Abrufe nicht zur Kenntnis gelangen können."

Abs. 4: "Die Regulierungsbehörde hat die Daten, die in den Kundendateien der Verpflichteten nach Absatz 1 gespeichert sind, auf Ersuchen der in Absatz 3 genannten Stellen im automatisierten Verfahren abzurufen und an die ersuchende Stelle weiter zu übermitteln. Sie prüft die Zulässigkeit der Übermittlung nur, soweit hierzu ein besonderer Anlaß besteht. [...]"

Daß dieses Gesetz nicht zu Proteststürmen geführt hat, liegt zum einen daran, daß es sich um ein Gemeinschaftswerk der großen Parteien handelt (lediglich Bündnis 90/ Die Grünen und PDS stimmten gegen die Annahme des Gesetzentwurfes) und daß die Ländermehrheit, nachdem sie ihre Forderung nach Verschärfung einzelner Passagen verwirklicht sah³⁴¹, mit Zugeständnissen beim "Multimediasgesetz"³⁴² zufriedengestellt wurde und darauf die Bedenken gegenüber dem Telekommunikationsgesetz (insbesondere wegen des Wegerechts, das es - wie in der Arbeit dargelegt - den Kommunen ermöglicht hätte, einen kostengünstigen allgemeinen Zugang mit den Betreibern auszuhandeln) fallen ließ. Und selbst bei den Providern, die lediglich die Überwachung von "unkritischen Daten"³⁴³ sehen, ist eine

³⁴¹ Insbesondere die Formulierungsänderung von "kommerziellen" Betreibern zu "geschäftsmäßigen" Betreibern von Telekommunikationsanlagen ist auf eine Forderung der Länder zurückzuführen. Auch wenn Jörg Tauss im SPIEGEL ONLINE-Interview meint, daß die Beurteilung, ob dadurch auch Mailboxen eingeschlossen würden, durchaus offen sei und er die Ansicht vertritt, dies sei nicht der Fall, so läßt die jetzige Formulierung genügend Spielraum, um auch kleine, nichtkommerzielle Anbieter bspw. von Internet-Zugängen in die Pflicht zu nehmen. Da dies wahrscheinlich zu deren wirtschaftlichem Ruin führen würde, wird zum Teil auch von einer Art, kleine Konkurrenten aus dem Weg zu räumen, gesprochen. Vgl. Uly Foerster. "' Wir werden mehr aufpassen müssen' ÷ E Mail-Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss zum Telekommunikationsgesetz". Spiegel online o.Jg. (28/1996).
URL: <http://www.spiegel.de/archiv/sonv0296280705.html>.
Sowie: Ingo Ruhmann. "Das Geheimnis der dritten Leitung". *Die Zeit* 51. Jg. (20/1996): S. 74. Und Uly Foerster. "Gesetz zur Telekommunikation: ' Blitzlicht in der Dunkelkammer' ". Spiegel online o.Jg. (28/1996).
URL: <http://www.spiegel.de/archiv/sonv0196280705.html>.

³⁴² Der vorliegende Referentenentwurf trägt den Titel "Informations- und Kommunikationsdienstes-Gesetz" (IuKDG). In diesem wird der Grundsatz festgelegt, daß die Länder für alle neuen Dienste zuständig sind, die sich an die Öffentlichkeit wenden, während der Bund für alle übrigen Dienste die Zuständigkeit haben soll.

³⁴³ Stephan Althoff, von der DEUTSCHEN TELEKOM, zit. nach: Uly Foerster. "Gesetz zur Telekommunikation: ' Blitzlicht in der Dunkelkammer' ", 1996.

zunächst abwartende Haltung zu beobachten - lediglich die Tatsache, daß die Umsetzung des Gesetzes für sie teuer werden könnte, hat sie bisher aufgebracht.³⁴⁴ Der Landesbeauftragte für den Datenschutz Schleswig-Holstein, Dr. Helmut Bäumler meint allerdings, daß die Telekommunikationsnetze durch das Telekommunikationsgesetz eine neue Qualität erhalten. *"Sie werden praktisch zum Bestandteil des Fahndungsnetzes von Polizei und Staatsanwaltschaft. Auch unverdächtige Bürger müssen dann damit rechnen, daß ihr Telefonverhalten jederzeit Gegenstand von lautlosen Rasterfahndungen werden kann. Dies waere ein Schritt in den Überwachungsstaat."*³⁴⁵ Vor dem Hintergrund, daß deutsche Fahnder von den Abhörmöglichkeiten extensiv Gebrauch machen³⁴⁶, stimmt das neue Gesetz schon bedenklich. Eine letzte Chance, das in der "Informationsgesellschaft" immer wichtiger werdende Fernmeldegeheimnis zu wahren, liegt in der anstehenden Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Der Hamburger Strafrechtsprofessor Michael Köhler, der schwerpunktmäßig zum Betäubungsmittelrecht arbeitet, hat Klage gegen die Praxis des Bundesnachrichtendienstes erhoben, Auslandstelefonate routinemäßig mit Hilfe von Computern nach verdächtigen Schlüsselwörtern zu überprüfen. Da er von Berufs wegen häufig Gespräche führen müsse, in denen von Drogen die Rede ist, könne er mit jedem dieser Gespräche ins Fahndungsraster des BND geraten, was seiner Ansicht nach nicht im Sinne der Verfassung sein könne. Ein Grundsatzurteil zum Thema Fernmeldegeheimnis wird noch für dieses Jahr erwartet.³⁴⁷

³⁴⁴ Vgl. Ingo Ruhmann. "Der vollständige Artikel: Das neue Telekommunikationsgesetz". Zeit im Internet (10.5.1996).

URL: <http://www.eunet.bda.de/bda/int/zeit/archiv/daten/THEMA.TXT.19960510.html>.

³⁴⁵ Helmut Bäumler. "Presseerklärung vom 19.3.1996 zur bevorstehenden Abstimmung des Bundesrates". URL: <http://www.rewi.hu-berlin.de/Datenschutz/DSB/PE-SH-TKG.html>.

³⁴⁶ *"In den vergangenen Jahren hat die Zahl von Telefonapparaten, die aufgrund von richterlichen bzw. staatsanwaltschaftlichen Anordnungen überwacht wurden, zugenommen. Die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort (13/4437) auf eine große Anfrage von Bündnis 90/ Die Grünen (13/3380) an, 1994 habe es 3.730 Anordnungen gegeben gegenüber 2.494 in 1990. Überwacht worden seien ferner öffentliche Anschlüsse wie etwa Telefonzellen. Gleiches gelte auch für Telefax-, Telex- und T-Onlineverbindungen. Zu letzterem könnten aus polizeitaktischen Gründen keine näheren Angaben gemacht werden."* Ohne Autor. "Zahl der überwachten Telefonapparate hat zugenommen". *Die Woche im Bundestag* o.Jg. (9/1996): S. 10. Ingo Ruhmann nennt für 1992 die Zahl von 3.433 Telefonüberwachungen und stellt ihr die Zahl von 770 während des gleichen Jahres in den USA angeordneten Überwachungen gegenüber. Vgl. Ingo Ruhmann. "Der vollständige Artikel: Das neue Telekommunikationsgesetz", 1996. *"Einige Datenschutzbeauftragte gehen von Zahlen in sechsstelliger Höhe täglich für die rechnergestützte Überwachung [von Telefongesprächen durch den BND] und von täglich etwa viertausend aufgezeichneten Gesprächen aus."* BVerfG E 93, 181 [188].

³⁴⁷ Den Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung hat das Bundesverfassungsgericht zwar nach Abwägung der dadurch entstehenden Folgen abgelehnt, gleichzeitig aber bis zur endgültigen Entscheidung die Auswertung und Übermittlung der durch die Rasterfahndung erlangten Informationen bis zur endgültigen Entscheidung eingeschränkt. Vgl. BVerfG E 93, 181 [181f.].

Rundfunkstaatsvertrag

Der von den Ministerpräsidenten der Länder im Juli verabschiedete Rundfunkstaatsvertrag sieht zwar eine Gebührenerhöhung für die öffentlich-rechtlichen Sender und die Einrichtung eines Parlaments- und eines Kinderkanals durch dieselben vor, gibt aber gleichzeitig die politische Konzentrationskontrolle des kommerziellen Fernsehsektors mehr oder weniger preis. Volker Lilienthal bezeichnete ihn deshalb in der ZEIT als den "Offenbarungseid einer gestalterischen Medienpolitik".³⁴⁸

In Zukunft darf kein Medienkonzern mit seinen Beteiligungen mehr als dreißig Prozent des Zuschauermarktes auf sich vereinigen. Die großen Medienkonzerne konnten bei dieser Rechnung allerdings ihre Interessen durchsetzen und erreichen, daß dabei nur Beteiligungen an Unternehmen, die über fünfundzwanzig Prozent hinausgehen, angerechnet werden. (Ursprünglich sollte diese "Bagatellgrenze" bei zehn Prozent angesiedelt sein.) Damit rückt die Gefahr, daß eines Tages "Meinungsmacht" bei den Konzernen festgestellt werden könnte, selbst für KIRCH und BERTELSMANN in weite Ferne.

Erste Folge des verabschiedeten Rundfunkstaatsvertrages war die noch am gleichen Abend geschlossene Fusion der Fernseh-Tochterunternehmen von BERTELSMANN und AUDIOFINA, UFA und CLT. Ein Vertrag, der nach altem Recht nicht zulässig gewesen wäre, da der Konzern beim Marktführer RTL nach Umsetzung des Vertrages über eine Beteiligung von neunundachtzig Prozent verfügen wird.

Auch bei den sogenannten "Fenstern" wurde eine den Konzernen entgegenkommende Regelung gefunden. Jeder Sender, der dauerhaft mehr als zehn Prozent der Zuschauer erreicht, muß einem anderen Programmanbieter wöchentlich mindestens eine Stunde der Hauptsendezeit zwischen 17 und 23 Uhr und zweihundert Minuten in der übrigen Zeit zur Verfügung stellen. Neben der Tatsache, daß in der Diskussion vor der Beschlußfassung einmal die Rede von acht Stunden pro Woche zwischen 18 und 22 Uhr war³⁴⁹, kommt nun hinzu, daß über ein Vorschlagsrecht die Auswahl der "aufzunehmenden Programmanbieter" quasi beim Hauptveranstalter liegt und dessen Entscheidung von der jeweiligen Landesmedienanstalt lediglich zugestimmt werden muß. Programmanbieter wie die DCTP, die auch mit nicht allzu leichter "Programmkost" in den ihnen zur Verfügung stehenden Programmfenstern auftreten, werden so bei neuen Verträgen kaum noch eine Chance haben. Das Programmfenster, das ursprünglich vorgesehen war, um die publizistische Vielfalt zu sichern, wird so kompatible Programmlieferanten hervorbringen, die sich in das Programmschema des jeweiligen

³⁴⁸ Volker Lilienthal. "Freie Fahrt für freie Sender". Die Zeit 51. Jg. (29/1996): S. 43.

³⁴⁹ Vgl. Ohne Autor. "Front gegen Clement". Spiegel online o.Jg. (17/1996).
URL: http://www.spiegel.de/archiv/gesel06_96Apr22_0.html.

Senders einpassen. Es sei denn, die Landtage, die den Rundfunkstaatsvertrag noch ratifizieren müssen, besserten noch einmal in ungewohnt starkem Maße nach.

14. Literatur- und Medienverzeichnis

Teil I: Theorie

Badura, Bernard/ Klaus Gloy. Soziologie der Kommunikation: Eine Textauswahl zur Einführung. Reihe Problemata. Stuttgart: Friedrich Frommann, 1972.

Balint, Lajos. "Computer-Aided Human-to-Human Interaction: The HCHI-Approach". URL: <http://www.uni-koeln.de/themen/cmc/text/balint.94.txt>.

Benjamin, Walter. Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Edition Suhrkamp 28. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1963.

Brepohl, Klaus. Lexikon der neuen Medien. 6. Aufl. Köln: Dt. Inst.-Verl., 1993.

BVerfG E 20, 56.

BVerfG E 25, 26.

BVerfG E 50, 234.

BVerfG E 7, 28.

BVerfG E 90, 60.

December, John. "CMC Studies Center: Welcome".
URL: <http://www.december.com/cmc/study/center.html>.

Gellner, Winand. "Öffentlichkeit, Medien und Politik". In: Rupert Breitling/ Winand Gellner (Hrsg.). Machiavellismus, Parteien und Wahlen, Medien und Politik: Politische Studien zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Erwin Faul, Universität Trier. Trier: Maisch und Queck, 1988: Teil III, S. 3-12.

Holzer, Horst. Gescheiterte Aufklärung? Politik, Ökonomie und Kommunikation in der Bundesrepublik Deutschland. Piper Sozialwissenschaft, Band 3. München: Piper & Co, 1971.

Hunziker, Peter. Medien, Kommunikation und Gesellschaft: Einführung in die Soziologie der Massenkommunikation. Die Soziologie: Einführungen. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1988.

Jarren, Otfried. "Medien-Gewinne und Institutionen-Verluste? - Zum Wandel des intermediären Systems in der Mediengesellschaft: Theoretische Anmerkungen zum Bedeutungszuwachs elektronischer Medien in der politischen Kommunikation". In: Otfried Jarren (Hrsg.). Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen: Elektronische Medien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Leske und Budrich, 1994: S. 23-34.

- Katz, Elihu. "Publicity and Pluralistic Ignorance: Notes on ' The Spiral of Silence' ". In: Horst Baier/ Hans M. Kepplinger/ Kurt Reumann (Hrsg.). Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981: S. 28-38.
- Kaupp, Peter. Presse, Hörfunk, Fernsehen: Funktion, Wirkung; ein medienkundliches Handbuch. Frankfurt/Main: dipa, 1979.
- Kiefer, Markus. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949-1955. Dissertation Universität Gesamthochschule Essen, 1991.
- Kunczik, Michael. Massenkommunikation: eine Einführung. Köln, Wien: Böhlau, 1977.
- Langenbucher, Wolfgang R.. "Braucht eine demokratische Gesellschaft öffentlichen Rundfunk?". Media Perspektiven o.Jg. (11/1990): S. 699-716.
- Lazarsfeld, Paul F./ Bernard Berelson/ Hazel Gaudet. The People' s Choice: How the voter makes up his mind in a presidential campaign. New York, London: Duell, Sloan and Pearce, 1944.
- Lerg, Winfried B.. "Medienmacht und Politik". In: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.). Medien und Politik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 14-26.
- Meyers Lexikonredaktion (Hrsg.). MEYERS großes Taschenlexikon in 24 Bänden. 3. Aufl. Mannheim, Wien, Zürich: B.I. Taschenbuchverlag, 1990.
- Mittermaier, Karl/ Meinhard Mair. Demokratie: Die Geschichte einer politischen Idee von Platon bis heute. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1995.
- Noelle-Neumann, Elisabeth. "Kommunikation, Konsonanz und Öffentlichkeitseffekt". Publizistik: Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 18. Jg. (1/1973): S. 26-55.
- Noelle-Neumann, Elisabeth. "Die Schweigespirale: Über die Entstehung der öffentlichen Meinung". In: Ernst Forsthoff/ Reinhard Hörstel (Hrsg.). Standorte im Zeitstrom: Festschrift für Arnold Gehlen zum 70. Geburtstag am 29. Januar 1974. Frankfurt/Main: Athenäum, 1974: S. 299-330.
- Noelle-Neumann, Elisabeth. "The Spiral of Silence. A Theory of Public Opinion". Journal of Communication 24. Jg. (2/1974): S. 43-51.
- Noelle-Neumann, Elisabeth. Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung - unsere soziale Haut. München: Piper und Co., 1980.
- Ohne Autor. "Von ' Analphabeten' bis ' Zweisprachigkeit' : Begriffe zum Thema Kommunikation". GEO Wissen: Kommunikation o. Jg. (2/1989): S. 200-214.

- Ronneberger, Franz. Kommunikationspolitik I. Institutionen, Programme, Ziele. Kommunikationswissenschaftliche Bibliothek 6. Mainz: v. Hase und Kohler, 1978.
- Sarcinelli, Ulrich. "Massenmedien und Politikvermittlung - Eine Problem- und Forschungsskizze". In: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.). Medien und Politik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 37-62.
- Sarcinelli, Ulrich. "Mediale Politikdarstellung und politisches Handeln: analytische Anmerkungen zu einer notwendigerweise spannungsreichen Beziehung". In: Otfried Jarren (Hrsg.). Politische Kommunikation in Hörfunk und Fernsehen. Opladen: Leske und Budrich, 1994: S. 35-50.
- Sartori, Giovanni. Demokratietheorie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992.
- Schatz, Heribert. "Ist das Fernsehen noch zu retten? Zum Funktionswandel des Fernsehens als 'Medium und Faktor der öffentlichen Meinungsbildung' ". In: Rupert Breitling/ Winand Gellner (Hrsg.). Machiavellismus, Parteien und Wahlen, Medien und Politik: Politische Studien zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Erwin Faul, Universität Trier. Trier: Maisch und Queck, 1988: Teil III, S. 70-90.
- Schatz, Heribert/ Christofer Habig/ Nikolaus Immer. "Medienpolitik". In: Klaus von Beyme/ Manfred G. Schmidt (Hrsg.). Politik in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990: S. 331-359.
- Schönbach, Klaus. Das unterschätzte Medium. Politische Wirkungen von Presse und Fernsehen im Vergleich. Kommunikation und Politik, Band 16. München, New York, Paris: K.G. Saur, 1983.
- Stober, Rolf. "Medien als vierte Gewalt - Zur Verantwortung der Massenmedien". In: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.). Medien und Politik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 27-36.
- Thesen der Evangelischen Kirche in Deutschland zu den publizistischen Medien: Auszug aus der Studie "Die neuen Informations- und Kommunikationstechniken". Media Perspektiven: Dokumentation o.Jg. (1/1986): S. 36-40.
- Wildenmann, Rudolf/ Werner Kaltefleiter. Funktionen der Massenmedien. Demokratische Existenz heute: Schriften des Forschungsinstituts für politische Wissenschaft der Universität zu Köln, Heft 12. Frankfurt/Main, Bonn: Athenäum, 1965.
- Wittkämper, Gerhard W.. "Medien und Politik - Einführung in die wissenschaftliche und praktische Diskussion". In: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.). Medien und Politik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 1-13.

Teil II: Fernsehen

- "Traumwelten aus dem Computer: Imagina 95", ARD, 3.6.1995: 13.35h.
- Bents, Iris. "Nachrichtenfabrik im Berliner Regierungsviertel". TV Today o.Jg. (22/1995): S. 32-34.
- Bleicher, Joan Kristin. "Ästhetik und Dramaturgie des Interaktiven Fernsehens". Medien und Erziehung 38. Jg. (5/1994): S. 262-267.
- Brecht, Bertolt. "Der Rundfunk als Kommunikationsapparat: Rede über die Funktion des Rundfunks". In: Werner Hecht u.a. (Hrsg.). Bertolt Brecht. Werke: Große kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Band 21: Schriften I. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 1991: S. 552-557.
- Brosius, Hans Bernd. "Agenda-Setting nach einem Vierteljahrhundert Forschung". Publizistik: Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung 39. Jg. (3/1994): S. 269-288.
- Bühl, Achim. Cybersociety. Köln: PapyRossa, 1996.
- BVerfG E 90, 60.
- Der Journalist (Titelthema: Fortbestand der ARD) 44. Jg. (3/1995): S. 14-23.
- Die Landesmedienanstalten (Hrsg.). DLM Jahrbuch der Landesmedienanstalten 1993/94: Privater Rundfunk in Deutschland. München: R. Fischer, 1994.
- Fuhr, Ernst W.. ZDF-Staatsvertrag. 2. völlig neu bearb. Aufl. Mainz: v. Hase und Kohler, 1985.
- Hallenberger, Gerd u.a. (Hrsg.). Hätten Sie' s gewußt?: Die Quizsendungen und Game Shows des Deutschen Fernsehens. Marburg: Jonas, 1991.
- Hesse, Albrecht. "Ausgewählte Rechtsprechung mit grundsätzlicher Bedeutung für die Rundfunkordnung in der Bundesrepublik Deutschland". Rundfunk und Fernsehen 43. Jg. (2/1995): S. 178-204.
- Hoffmann, Rüdiger. Rundfunkorganisation und Rundfunkfreiheit. Rundfunkforschung, Band 1. Berlin: Volker Spiess, 1975.
- Jarren, Otfried/ Bettina Knaup/ Heribert Schatz (Hrsg.). Rundfunk im politischen Kommunikationsprozeß: Jahrbuch 1995 der Arbeitskreise "Politik und Kommunikation" der DVPW und der DGPK. Beiträge zur Kommunikation in Politik und Gesellschaft 4. Münster, Hamburg: Lit, 1995.
- Kaiser, Lothar. "Rivalen an der Box". Der Journalist 45. Jg. (1/1996): S.30.
- Kaiser, Ulrike. "Über Gebühr". Der Journalist 44. Jg. (3/1995): S. 22-23.

- Keim, Walther. "Bericht aus Bonn - Anmerkungen zum Erscheinungsbild und zur Produktionsrealität eines Nachrichtenmagazins". In: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.). Medien und Politik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 120-130.
- Kiefer, Marie-Luise. "Massenkommunikation 1990". Media Perspektiven o.Jg. (4/1991): S. 244-261.
- Kirchmann, Kay. "Umschalten erwünscht? Wenn ja, von wem?: Ergebnisse einer Studie zu Ästhetik und Rezeption des ersten interaktiven TV-Spiels des deutschen Fernsehens im Dezember 1991". In: Helmut Schanze (Hrsg.). Medientheorien - Medienpraxis. Fernsehtheorien zwischen Kultur und Kommerz. Arbeitshefte Bildschirmmedien 48. Siegen: Universität-GH-Siegen, 1994: S. 23-59.
- Kraft, Jörn. "Das Gesetz der Serie". Die Zeit 51. Jg. (5/1996): S. 53.
- Kreimeier, Klaus. Lob des Fernsehens. München, Wien: Hanser, 1995.
- Krieg, Peter. "Sendungen mit der Maus: Über interaktive Medien". In: Helmut Monkenbusch (Hrsg.). Fernsehen: Medien, Macht und Märkte. Reinbek: Rowohlt, 1994: S. 260-271.
- Krotz, Friedrich. "Krise der Politik, Krise der Medien: Thesen zur Lage der Politik-Vermittlung". Funk Report o.Jg. (15/1992): S. 1-7.
- Krüger, Stefan. "Fernsehen wird durch Fußball erst schön". TV Today o.Jg. (12/1996): S. 6-9.
- Leicht, Robert. "Der Griff nach der Medienmacht". Die Zeit 50. Jg. (7/1995): S. 1.
- Matzen, Christiane. "Chronik der Rundfunkentwicklung 1994". Rundfunk und Fernsehen 43. Jg. (2/1995): S. 265-285.
- Meyer, Eric/ Markus Kien. "Video on Demand hat Sendepause". Funkschau o.Jg. (14/1995): S. 48-49.
- Meyn, Hermann. Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Überarb. und akt. Neuaufl. Zur Politik und Zeitgeschichte 24. Berlin: Colloquium, 1990.
- Müller, Karlhans. Presse, Funk und Fernsehen: Das große Buch der Medien. Reutlingen: Ensslin und Laiblin, 1982.
- Niehaus, Michael. "Das Fernsehen in seiner Sichtbarkeit". In: Wolfgang Tietze/ Manfred Schneider (Hrsg.). Fernsehshows: Theorie einer neuen Spielwut. München: Raben-Verl. von Wittern, 1991: S. 105-131.
- Nowotny, Friedrich. "Politik und öffentlich-rechtlicher Rundfunk - Die Sicht des Intendanten". In: Gerhard W. Wittkämper (Hrsg.). Medien und Politik. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. 99-111.

Ohne Autor. "Piazza Virtuale".

URL: http://www.ponton.uni-hannover.de/archive/archive_piazza.html.

Pecher, Uli. "Milliarden auf Abruf". Focus o.Jg. (2/1994): S.112-114.

Ohne Autor. "Mr. Ted: Mit Lötkolben ins interaktive Fernsehen". Die Welt 49. Jg. (283/1994): S. 11.

Ohne Autor. "Veränderungstendenzen im deutschen Fernsehmarkt". In: Das ZDF vor der Herausforderung des digitalen Fernsehens. ZDF Schriftenreihe, Heft 48. Mainz, 1994: S. 16-22.

Ohne Autor. "Das Programm der Programme". Spiegel Spezial: TV Total o.Jg. (8/1995): S. 138.

Ohne Autor. "Wir beißen jetzt zu". Der Spiegel 49. Jg. (6/1995): S. 18-22.

Ohne Autor. "Das Ding der Zukunft". Der Spiegel 49. Jg. (34/1995): S. 22-26.

Ohne Autor. "Kampf um Quoten". Werben und Verkaufen o.Jg. (34/1995): S. 86-90.

Oser Corinna/ Melanie Wolber (Red.). SWF 3 Nachtfieber: Eine Dokumentation. Baden-Baden: Südwestfunk, 1995.

Pfetsch, Barbara. Politische Folgen der Dualisierung des Rundfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland: Konzepte und Analysen zum Fernsehangebot und zum Publikumsverhalten. Baden-Baden: Nomos, 1991.

Pöttker, Horst. "' Die niederen Leidenschaften und das Gemeinschaftsleben der Nation' : Zur fortschreitenden Ausdifferenzierung von Öffentlichkeit durch dualen Rundfunk". In: Wolfgang Wunden (Hrsg.). Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zur Medienethik, Bd. 2. Hamburg, Stuttgart: Steinkopf; Frankfurt/Main: Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik, Abt. Verl., 1994: S. 95-112.

Ridder, Christa-Maria. "Reaktionen auf die Stoiber/ Biedenkopf-Thesen zur ARD in Presse, Politik und Öffentlichkeit". Media Perspektiven o.Jg. (3/1995): S. 100-103.

Rosenbauer, Hansjürgen. "Massenmedium für die Demokratie: Ein starker öffentlich-rechtlicher Rundfunk sichert Meinungsfreiheit". In: Rudolf Scharping (Hrsg.). Demokratische Medien - der Mensch im Mittelpunkt: für eine humane und soziale Informationsgesellschaft; Dokumentation der Reden und Podiumsdiskussionen der SPD-Medienkonferenz vom 5. Mai 1995. Marburg: Schüren, 1995: S. 72-84.

Rötzer, Florian. "Interaktion - das Ende herkömmlicher Massenmedien". In: Stefan Bollmann (Hrsg.). Kursbuch Neue Medien: Trends in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur. Mannheim: Bollmann, 1995: S. 57-78.

- Sarcinelli, Ulrich. "Fernsehdemokratie: Symbolische Politik als konstruktives und destruktives Element politischer Wirklichkeitsvermittlung". In: Wolfgang Wunden (Hrsg.). Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Beiträge zur Medienethik, Bd. 2. Hamburg, Stuttgart: Steinkopf; Frankfurt/Main: Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik, Abt. Verl., 1994: S. 31-41.
- Schnibben, Cordt. "Die ARD ist wie die DDR". Der Spiegel 43. Jg. (46/1989): S. 114-128.
- Seeßlen, Georg. "Gummimann, geh du voran". Die Zeit 51. Jg. (13/1996): S. 84.
- Staatskanzleien der Länder Bayern und Sachsen. "Thesen zur Strukturreform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks". Veröffentlicht am 28.1.1995 mit Datum vom 27.1.1995. Media Perspektiven: Dokumentation o.Jg. (3/1995): S. 104-108.
- Stipp, Horst. "Welche Folgen hat die digitale Revolution für die Fernsehnutzung?". Media Perspektiven o.Jg. (8/1994): S. 397.
- Stolte, Dieter. "Von der Klemme in die Krise". Die Zeit 50. Jg. (16/1995): S. 33.
- Wetzel, Kraft. "Auf der Piazza Virtuale: Streifzüge in Geschichte und Zukunft des interaktiven Fernsehens". Medium 23. Jg. (2/1993): S. 25-28.
- Wilkins, Henning. "Bits und Bytes statt Ton und Bild". In: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) unter Mitwirkung der ARD-Werbung (Hrsg.). ARD-Jahrbuch 1994 26. Jg. Hamburg: Hans-Bredow-Institut, 1994: S. 81-89.
- Wolf, Fritz. "Immer öfter, immer häufiger, immer mehr: Die politischen Fernsehmagazine verändern sich". Medium spezial 23. Jg. (1993): S. 13-16.
- Ziener, Albrecht. "Das Bildformat 16:9 und digitales Fernsehen - wirtschaftspolitische Zwänge oder ein Marktzusammenhang?" In: Digitales Fernsehen - eine neue Medienwelt?. ZDF Schriftenreihe, Heft 50. Mainz, 1994: S. 20-30.
- Zimmer, Jochen. "Ware Nachrichten: Fernsehkanäle und Veränderungen im Nachrichtenmarkt". Media Perspektiven o.Jg. (6/1993): S. 278-289.

Teil III: Computervermittelte Kommunikation

- BAT Freizeit-Forschungsinstitut (Hrsg.). Medienkonsum: Analysen und Prognosen. Hamburg: BAT Freizeit-Forschungsinstitut, 1995.
- Bayer, Michael. "BASIN Marburg: Gesamtübersicht".
URL: <http://stud-www.uni-marburg.de/~Bayer/basinmr.html>.
- Bayer, Michael. "BASIN Marburg: Newsgroups".
URL: <http://stud-www.uni-marburg.de/~Bayer/basinmr/newsgr.html>.
- Bericht und Empfehlungen der Enquete-Kommission "Entwicklung, Chancen und Auswirkungen neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in Baden-Württemberg" (Multimedia-Enquete). Landtag von Baden-Württemberg, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/ 6400. Ausgegeben: 20.10.1995.
- Bornschein, Manfred. "Der digitale Hörfunk-Newsroom". 50 Jahre Südwestfunk, 1946-1996: Das Journal. Baden-Baden, ohne Jahr (1996): S. 40-41.
- Braun, Ingo. "Berlin: Der schwierige Start des Stadtinformationssystems". Spiegel online o.Jg. (13/1996).
URL: http://www.spiegel.de/archiv/excl01_96Mar25_0.html.
- Cech, Martin. Leiter des Projektzentrums Ost, Forschung und Entwicklung, der DEUTSCHEN TELEKOM AG in Berlin. Schriftliche Auskunft zu Fragen des Autors betreffend die Pilotprojekte "Interaktives Fernsehen".
- Eckstein, Eckhard/ Markus Kien. "DVB/ Multimedia - Pilotprojekte in Deutschland". Funkschau o.Jg. (26/1995): S. 32-35.
- Eckstein, Eckhard/ Markus Kien. "Startprobleme auf dem Infohighway". Funkschau o.Jg. (13/1995): S. 49-50.
- Esser, Michael. "Das Leben schreibt ein Lexikon". Die Zeit 51. Jg. (16/1996): S. 70.
- Falckenberg, Christian. Internet - Spielzeug oder Werkzeug? Studienarbeit. Lehrstuhl für Technische Informatik, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, 1994. Nachdruck durch das Hochschulrechenzentrum der Philipps-Universität Marburg.
- Felsenberg, Alexander u.a. Statusbericht zur Situation der deutschen Pilotprojekte zum "Interaktiven Fernsehen". Arbeitshefte Bildschirmmedien 53. Siegen: Universität-GH-Siegen, 1995.
- Flohr, Udo. "Silberne Revolution". Spiegel Spezial: Bücher ' 95.Jg. (10/1994): S. 144-150.
- Glaser, Peter. 24 Stunden im 21. Jahrhundert: Onlinesein; Zu Besuch in der Neuesten Welt. Frankfurt/Main: Zweitausendeins, 1995.

Gööck, Roland. Die großen Erfindungen: Radio - Fernsehen - Computer. Künzelsau: Sieglöcher, 1989.

Gordon, Thomas F./ Hans Voss. "ZENO - Kooperative Planungsunterstützung im World Wide Web". Der GMD-Spiegel 26. Jg. (1/1996): S. 25-28.

Gottleben, Marcus. "Was ist BASIN?".
URL: <http://www.th-darmstadt.de/fsmathe/basin/BASIN.html>.

Grönling, Dieter. "Internationale Provinz Berlin e.V.". Die Tageszeitung 18. Jg. (Nr. 4896/1996): S. 12.

Grote, Claudia von u.a. (Hrsg.). Kommunikationsnetze der Zukunft - Leitbilder und Praxis: Dokumentation einer Konferenz am 3. Juni 1994 im WZB. WZB Papers 94-103. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, 1994.

Handout des Pilotprojektes "Abgeordnete im Internet" (vertreten durch Thomas Sümmerer) auf dem Kongreß "Informationsgesellschaft - Medien - Demokratie", 19.-21.1.1996 in Hamburg.

Hauptmeier, Stefan. "Strukturwandel der Kommunikation / Mailboxen in freien Bürgernetzen". URL: <http://www.zerberus.de/texte/presse/artikel/nwtext.html>.

Helmers, Sabine/ Kai Seidler. "Per Mausclick zur Couch Potatoe?".
URL: <http://duplox.wz-berlin.de/links/text.html>.

Herring, Herbert. "Vorwort des Herausgebers". In: Herbert Herring (Hrsg.). Gottfried Wilhelm Leibniz. Schriften zur Logik und zur philosophischen Grundlegung von Mathematik und Naturwissenschaft. Philosophische Schriften. Zweisprachige Ausgabe, Band IV. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1992: S. VII-XIV.

Jüttner, Andreas. "Zukunftsmusik wird Wirklichkeit". 50 Jahre Südwestfunk, 1946-1996: Das Journal. Baden-Baden, ohne Jahr (1996): S. 104-105.

Kaestner, Olaf. "Friedensarbeit in den Mailboxen: Der Chaos Computer Club lud zum Kongreß, um die gesellschaftlichen Chancen des Internet auszuloten". Frankfurter Rundschau 50. Jg. (304/1994): S. 6.

Kelkar, Oliver. "Aktuelles zum Pilotprojekt ' Multimedia BadenWürttemberg' ".
URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/aktuell.html>.

Kelkar, Oliver. "Das Pilotprojekt in Zahlen".
URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/zahlen.html>.

Kelkar, Oliver. "Einleitung".
URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/einleit.html>.

Kelkar, Oliver. "Teilnehmer".

URL: <http://www.uni-stuttgart.de/UNIuser/mmtech/MMBaWue/teilnehm.html>.

Koenig, Aaron. "Ein Zuhause für die Grenzenlosen". Die Zeit 50. Jg. (10/1995): S. 102.

Lorenz-Meyer, Lorenz. "Virtuelle Urbanität in Amsterdam". Spiegel online o.Jg.

(4/1996). URL: http://www.spiegel.de/archiv/excl02_96Jan22_0.html.

Lütge, Gunhild. "Start ins Abenteuer: Das neue Telekommunikationsgesetz läßt totalen Wettbewerb zu. Brisante Fragen bleiben offen, Konflikte sind programmiert". Die Zeit 51. Jg. (28/1996): S. 22.

Lütge, Gunhild. "Streit um Strippen: Die Kommunen beharren auf ihrem Wegerecht - der Telekom drohen Milliardenausgaben". Die Zeit 51. Jg. (15/1996): S. 20.

Maier, Gunther/ Andreas Wildberger. In 8 Sekunden um die Welt: Kommunikation über das Internet. 2. Aufl. Bonn u.a.: Addison-Wesley, 1994.

Metzger, Dagmar. "Von den Bildern in der Höhle zu den Daten auf der Bank". GEO Wissen: Kommunikation o.Jg. (2/1989): S. 122-128.

Nacken, Holger. "Kommunen wollen im Telekom-Geschäft kräftig mitmischen: Städtische Tochterunternehmen drängen auf den Markt/ Kritiker sprechen von Verfassungsbruch und Rückverstaatlichung". Frankfurter Rundschau 52. Jg. (160/1996): S. 11.

Ohne Autor. "250.1".

URL: <http://nathan.gmd.de/projects/zeno/mockup/english.intro.html>.

Ohne Autor. "amnesty international Deutschsprachige Sektionen".

URL: <http://www.koeln-online.de/ai/ai.htm>.

Ohne Autor. "Bombt Deutschland". Der Spiegel 50. Jg. (2/1996): S. 106-108.

Ohne Autor. G7 Ministerial Conference on the Global Information Society. Round-table meeting of business leaders. Brussels, 25 and 26 February 1995.

Luxembourg: Office of Official Publications of the European Communities, 1995.

Ohne Autor. "Rechtsextremisten nutzen Internet". Die Woche im Bundestag o.Jg. (9/1996): S. 11.

Ohne Autor. "Cash bezahlen im Cyberspace: Internet Währung". TV Today o.Jg. (12/1996): S. 49.

Ohne Autor. "DIE ZEIT: Das Thema".

URL: <http://win.bda.de/bda/int/zeit/thema/index.html>.

Ohne Autor. "Erste Schritte in der Internationalen Stadt".

URL: <http://www.is.in-berlin.de/Office/FAQ/Gast.html>.

Ohne Autor. "Experimentieren im Echtbetrieb".

URL: <http://www.focus.de/DI/DIJ/DIJA/dija.htm>.

Ohne Autor. "FAQ zu IS: Was ist IS?".

URL: <http://www.is.in-berlin.de/Office/FAQ/FAQeins.html>.

Ohne Autor. "FOCUS online.Pinnw@nd". URL: <http://www.focus.de/H/h.htm>.

Ohne Autor. "Internationale Stadt: Globale Informationen".

URL: <http://www.is.in-berlin.de/Service/Global.html>.

Ohne Autor. "issues.index".

URL: <http://nathan.gmd.de/projects/zeno/mockup/issues.index.html>.

Ohne Autor. "News on Demand". URL: <http://mats.gmd.de/ralf/german/nod.html>.

Ohne Autor. "Notizen aus der Provinz ;-)".

URL: http://www.is.in-berlin.de/Office/texte/notizen_aus_der_provinz.html.

Ohne Autor. "Online Diskussionen mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages im IRC". URL: <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/mdb-projekt/bundestag/irc/>.

Ohne Autor. "So funktioniert PersonalRadio".

URL: <http://www.focus.de/DD/DDK/DDKE/ddke.htm>.

Ohne Autor. "Telepolis - Community Network Resport". URL:

<http://www.lrz-muenchen.de/MLM/telepolis/deutsch/ausstellung/comnet.htm>.

Ohne Autor. "Telepolis - Internationale Stadt". URL:

<http://www.lrz-muenchen.de/MLM/telepolis/deutsch/ausstellung/instadt.html>.

Ohne Autor. "Telepolis - Zeno".

URL: <http://www.lrz-muenchen.de/MLM/telepolis/deutsch/ausstellung/zeno.htm>.

Ohne Autor: "one world web: DER Umwelt-Platz im Internet".

URL: <http://www.oneworldweb.de/welcome.html>.

Rack, Jochen. "Spannendes Experiment: Codename Larissa 4-2". Funk-Korrespondenz 43. Jg. (17/1995): S. 28-30.

Riefler, Katja. "Zeitunglesen am Computer?: Viele deutsche Verlage versuchen, mit zusätzlichen digitalen Diensten Leser an sich zu binden". Die Zeit 51. Jg. (2/1996): S. 41.

Scheele, F.. "Sparschweine im Datennetz". TV Today o.Jg. (15/1996): S. 30-31.

Schröter, Hansgeorg. "Konzerne packen Technik-Baukasten für die Informationsgesellschaft aus". Frankfurter Rundschau 51. Jg. (54/1995): S. 11.

- Siegele, Ludwig. "' Fahr zur Hölle, Uncle Sam!' : Das neue amerikanische Urteil zur Meinungsfreiheit im Internet, abrufbar unter:
<http://www.aclu.org/court/cdadec.html>". Die Zeit 51. Jg. (26/1996): S. 13.
- Siegele, Ludwig. "Alles ins Register". Die Zeit 51. Jg. (19/1996): S. 78.
- Stephan, Rainer. "<http://www.tagesthemen.de>". Süddeutsche Zeitung 52. Jg. (178/1996): S. 22.
- Sterling, Bruce. "A Brief History of the Internet".
URL: <http://www.vir.com/Demo/tech/SterlingBrief.html>.
- Tangens, Rena. "MailBoxen als neues Medium: Gleichberechtigte Kommunikation im Netzwerk". URL: http://www.zerberus.de/texte/netz/mb_als_medium.html.
Zuerst veröffentlicht in dem Buch "/innen-Ansichten", Festschrift zum 25jährigen Jubiläum der Universität Bielefeld, herausgegeben von der IFF (Interdisziplinäre Frauenforschung).
- Tauss, Jörg. "Begründung zum Referentenentwurf Telekommunikationsgesetz". URL: <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/mdb-projekt/tauss/dokumente/begruendung.html>.
- Thomsen, Claas. "Die Computerisierung der Lebenswelt: Entwicklung, Erfolge, Probleme". In: Michael Haller (Hrsg.). Joseph Weizenbaum/ Klaus Haefner: Sind Computer die besseren Menschen? Ein Streitgespräch. München, Zürich: Piper, 1992: S. 9-58.
- Virtel, Martin. "Computer für den Frieden". Die Zeit 49. Jg. (50/1994): S. 90.
- Waffenender, Manfred (Hrsg.). Cyberspace: Ausflüge in virtuelle Wirklichkeiten. Reinbek: Rowohlt, 1991.
- Wegner, Ralf/ Denis Giffeler/ Uwe Schnepf. "Personal Radio - Hörfunk im Internet". Der GMD-Spiegel 26. Jg. (1/1996): S. 34-37.
- Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt. Forum Neue Medien, Juni 1996.
- Wriedt, Henning. Konzeption, Aufbau und Einsatz hierarchisch strukturierter Informations- und Auskunftssysteme auf der Basis von Gopher-Systemen. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Fachgebiet Wirtschaftsinformatik, Philipps-Universität Marburg, 1994.
- Zakon, Robert H' obbes' . "Hobbes' Internet Timeline v2.4a".
URL: <http://info.isoc.org/guest/zakon/Internet/History/HIT.html>.
- Zimmer, Jochen. "Online-Dienste für ein Massenpublikum?: Die Expansion des Online-Marktes in Deutschland". Media Perspektiven o.Jg. (10/1995): S. 476-488.
- Zuse, Konrad. Der Computer - Mein Lebenswerk. Berlin u.a.: Springer, 1984.

Teil IV: Schluß

Bäumler, Helmut. "Presseerklärung vom 19.3.1996 zur bevorstehenden Abstimmung des Bundesrates".

URL: <http://www.rewi.hu-berlin.de/Datenschutz/DSB/PE-SH-TKG.html>.

BVerfG E 93, 181.

Enzensberger, Hans Magnus. "Baukasten zu einer Theorie der Medien". In: Hans Magnus Enzensberger (Hrsg.). Kursbuch Nr. 20, 1970: S. 159-186.

Foerster, Uly. "' Wir werden mehr aufpassen müssen' :Mail-Interview mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss zum Telekommunikationsgesetz".

Spiegel online o.Jg. (28/1996). URL:

<http://www.spiegel.de/archiv/sonv0296280705.html>.

Foerster, Uly. "Gesetz zur Telekommunikation: ' Blitzlicht in deDunkelkammer' ". Spiegel online o.Jg. (28/1996).

URL: <http://www.spiegel.de/archiv/sonv0196280705.html>.

Kant, Immanuel. "Was ist Aufklärung?". In: Karl Vorländer (Hrsg.). Immanuel Kants kleinere Schriften zur Logik und Metaphysik. Philosophische Bibliothek Band 46b. Leipzig: Verlag der Dürr' schen Buchhandlung, 1905: S. 135-143. (Original: Berlinische Monatsschrift, Zwölftes Stück. Dezember 1784: S. 481ff.)

Lilienthal, Volker. "Freie Fahrt für freie Sender". Die Zeit 51. Jg. (29/1996): S. 43.

Lotter, Mark. Ohne Titel. URL: <ftp://nic.merit.edu/nsfnet/statistics/history.hosts>.

Ohne Autor. "Bertelsmann/ CLT: Neuer Megadeal". Spiegel online o.Jg. (15/1996).

URL: http://www.spiegel.de/archiv/wirt04_96Apr5_0.html.

Ohne Autor. "Die NetNews".

URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/netnews-overview.html>.

Ohne Autor. "Front gegen Clement". Spiegel online o.Jg. (17/1996).

URL: http://www.spiegel.de/archiv/gesel06_96Apr22_0.html.

Ohne Autor. "Hyper-G".

URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/hyper-g-overview.html>.

Ohne Autor. "Informationssysteme im Internet".

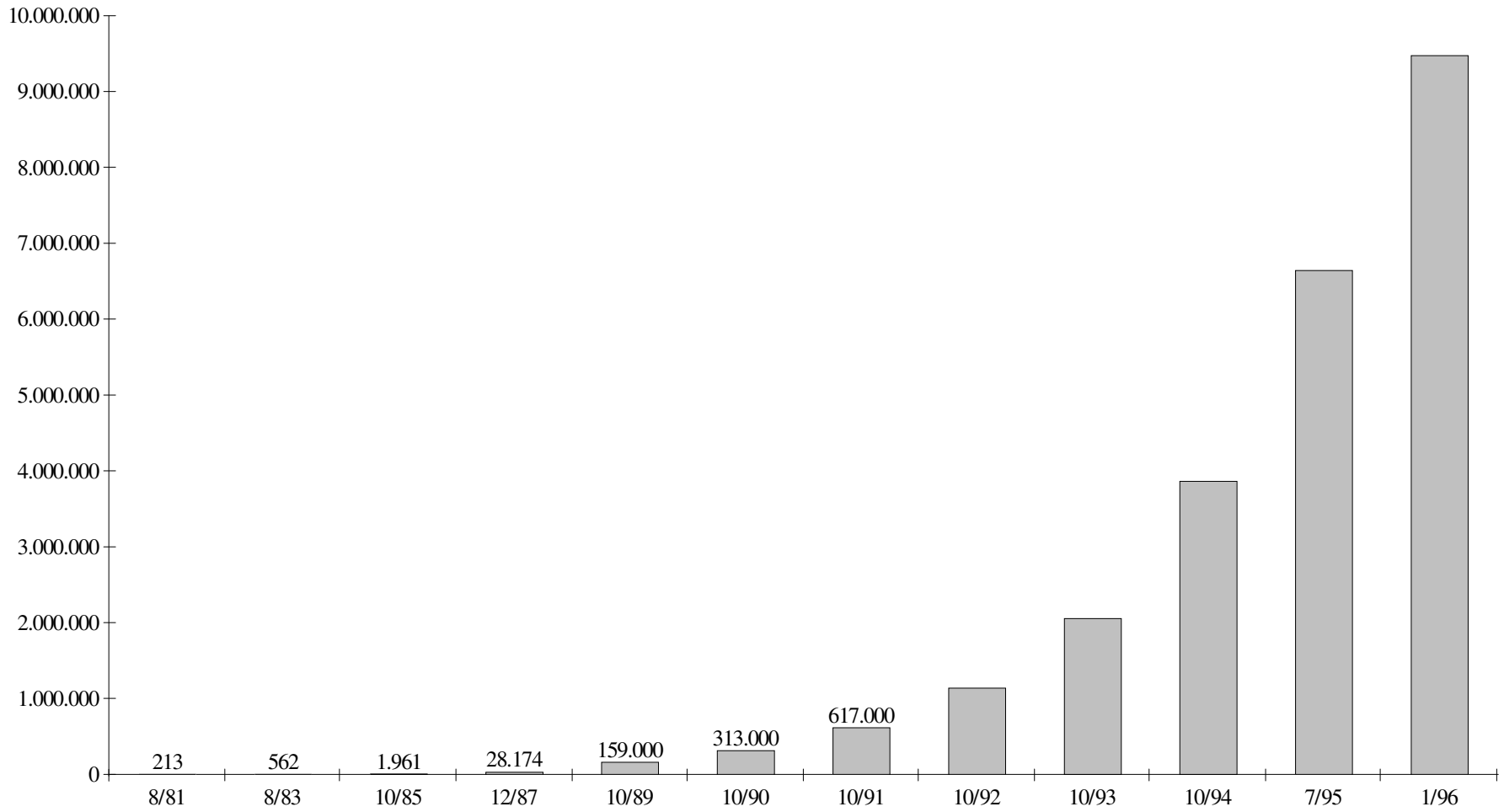
URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/>.

Ohne Autor. "Zahl der überwachten Telefonapparate hat zugenommen". Die Woche im Bundestag o.Jg. (9/1996): S. 10.

Ohne Autor. "Murdoch kündigt Bertelsmann die Zusammenarbeit". Spiegel online o.Jg. (24/1996). URL: http://www.spiegel.de/archiv/wirt02_96Jun10_0.html.

- Ohne Autor. "Keine Bonanza: Sparkurs bei Bertelsmann". Spiegel online o.Jg. (30/1996). URL: <http://www.spiegel.de/archiv/smwi0196300719.html>.
- Ohne Autor. "Reden und streiten: Triumph für Leo Kirch: Beim digitalen Fernsehen wird der Weltkonzern Bertelsmann zum Juniorpartner". Spiegel online o.Jg. (31/1996). URL: <http://www.spiegel.de/archiv/smwi0196310726.html>.
- Ohne Autor. "Zugriff auf FTP-Server".
URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/ftp-overview.html>.
- Ott, Klaus. "Vom 'Aprilscherz' zum Milliarden-Geschäft: Wie Leo Kirch das Fernsehen kontrollieren möchte". Süddeutsche Zeitung 52. Jg. (178/1996): S. 8.
- Purgathofer, Peter. "Der kurze Sommer des Internet - Ein Gespräch mit Geert Lovink". URL: <http://www.dbai.tuwien.ac.at/marchives/ece/0264.html>.
- Ressel, Maik. "DF 1-Start in Hockenheim aus der ersten Reihe". Die Welt online-archiv (Die Welt vom 26.7.1996).
URL: <http://www.welt.de/archiv/960726/0726tv01.htm>.
- Ruhmann, Ingo. "Das Geheimnis der dritten Leitung". Die Zeit 51. Jg. (20/1996): S. 74.
- Ruhmann, Ingo. "Der vollständige Artikel: Das neue Telekommunikationsgesetz". Zeit im Internet (10.5.1996). URL:
<http://www.eunet.bda.de/bda/int/zeit/archiv/daten/THEMA.TXT.19960510.html>.
- Scheller, Martin u.a. Internet: Werkzeuge und Dienste; von "Archie" bis "World Wide Web". Berlin u.a.: Springer, 1994.

Zahl der Internet Hosts



Bei den Zahlen handelt es sich um Annäherungswerte. Wegen der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips bei der Organisation des Internet gibt es keine Stelle, die über genaue Zahlen der angeschlossenen Computer verfügt. Zur Ermittlung der dargestellten Zahlen wurde das "ZONE-Program", das in dem Standard RFC 1296 beschrieben wird, verwendet. Tony Rutkowski, Executive Director der Internet Society meint, daß die weitverbreitetste Methode, die ungefähre Gesamtzahl der Internetnutzer zu ermitteln, die ist, die Zahl der Host-Computer mit zehn zu multiplizieren.³⁵⁰

Die wichtigsten Kommunikationsdienste im Internet³⁵¹

Electronic Mail (e-mail)

Die e-mail gehört zu den beliebtesten Anwendungen des Internet und ist prinzipiell zunächst der Individualkommunikation zuzuordnen. Mit Hilfe des Protokolls SMTP (Simple Mail Transfer Protocol) können Textdateien zu einer e-mail-Adresse übertragen werden. Die e-mail-Adresse setzt sich aus der Benutzerkennung des Adressaten und der Adresse des an das Computernetz angeschlossenen Rechners, auf dem der Adressat sein "Postfach" hat, zusammen. Diese beiden Bestandteile werden durch das @-Zeichen getrennt. (Die e-mail-Adresse sieht dann z.B. so aus: Hecht@stud-mailer.uni-marburg.de) Da das SMT-Protokoll nur mit den ersten 128 ASCII-Zeichen (American Standard Code for Information Interchange) arbeitet, können länderspezifische Sonderzeichen wie z.B. die deutschen Umlaute nicht übertragen werden. Mit Hilfe des MIME-Standard (Multipurpose Internet Mail Exchange) können diese Einschränkungen aufgehoben werden. Allerdings funktioniert dies nur, wenn alle Rechner, über die die Nachricht weitergeleitet wird, auch auf die "Zusammenarbeit" mit MIME ausgelegt sind. Die Übertragung von Binärdateien (wie Bilder, Töne oder Dateien aus Textverarbeitungsprogrammen) erfordert Hilfsprogramme, die den 8-Bit-Datensatz in einen 7-Bit-Datensatz umwandeln und auf der Empfängerseite dann für eine "Rückverwandlung" sorgen.

Mailing-Listen

Eine Mailing-Liste ist eine e-mail-Adresse, die automatisch jede Nachricht, die an sie gesendet wird, an alle Teilnehmer der Liste weiterleitet. Im Prinzip handelt es sich also um einen normalen Postverteiler, allerdings, zumindest im Internet, um

³⁵⁰ Nach: Mark Lotter. Ohne Titel. URL: <ftp://nic.merit.edu/ndfnet/statistics/history.hosts>.

³⁵¹ Als Literatur für die weitere technische und inhaltliche Beschäftigung mit den Kommunikations- und Informationsdiensten im Internet empfiehlt sich m.E. besonders: Falckenberg, 1994. Und: Martin Scheller u.a. Internet: Werkzeuge und Dienste; von "Archie" bis "World Wide Web". Berlin u.a.: Springer, 1994. Sowie: Ohne Autor. "Informationssysteme im Internet". URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/>.

einen sehr schnellen. Mailing-Listen werden v.a. als geschlossene Informations- oder Diskussionsforen genutzt. Obwohl sich in vielen Mailing-Listen jeder subskribieren kann, sind sie doch als mehr oder weniger geschlossenes System zu betrachten, da es lediglich eine sehr unvollständige Übersicht der existierenden Mailing-Listen gibt, die einmal im Monat in der Newsgroup "news.lists" veröffentlicht wird. In der Praxis heißt das, daß die Adressen von Mailing-Listen zumeist nur über Mund- oder e-mail-Propaganda verbreitet werden.

Daneben besteht aber auch die Möglichkeit, eine geschlossene Mailing-Liste, bspw. für die Mitglieder einer Organisation zu unterhalten, in die Teilnehmer nur von bestimmten, dazu berechtigten Personen eingeschrieben werden können.

Newsgroups

"Netnews (auch USENET-News oder einfach nur News genannt) ist ein internationaler Kommunikationsdienst, an dem weltweit über 290.000 Serversysteme mit schätzungsweise elf Millionen Benutzern (Lesern) teilnehmen. Man kann ihn vom Prinzip her mit einer großen Zeitung vergleichen, die nur aus Leserbriefen besteht - eingeteilt in verschiedene Rubriken, die hier Newsgroups oder Newsgruppen genannt werden.

Das Grundprinzip im USENET, so nennt man die Gesamtheit der an den NetNews teilnehmenden Rechner, beruht darauf, daß jeder Benutzer eigene Mitteilungen oder Kommentare zu Nachrichten anderer Benutzer in das Netz schicken kann. Auf diese Mitteilungen und Kommentare (sogenannte Postings oder Artikel) können dann wieder andere antworten, so daß eine regelrechte Diskussion über die betreffenden Themen entsteht. Damit sich derartige Diskussionen sinnvoll und konstruktiv entwikkeln können, sind die Benutzer der NetNews übereingekommen, sich freiwillig an bestimmte Regeln und Richtlinien - die sogenannte Netiquette - zu halten."³⁵²

IRC: Internet Relay Chat/ Talk

Neben den asynchronen Kommunikationsmöglichkeiten bietet das Internet auch zwei weit verbreitete Anwendungen, die den direkten Dialog ermöglichen. Talk-Programme ermöglichen den direkten Dialog zwischen zwei Teilnehmern, indem jeder der beiden auf der einen Bildschirmhälfte die von ihm selbst getippten Zeichen und auf der anderen Hälfte die des Kommunikationspartners sieht, was in etwa mit einem "schriftlichen Telefonat" zu vergleichen ist. Der Internet Relay Chat bietet dagegen die Möglichkeit, mit beliebig vielen Teilnehmern zu "sprechen". Über die ganze Welt

³⁵² Quelle: Ohne Autor. "Die NetNews".

URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/netnews-overview.html>.

verteilte IRC-Server sorgen dafür, daß die Tastatureingaben eines Teilnehmers an alle zugeschalteten Rechner weitergegeben werden. Ein wesentlicher Konzeptpunkt des IRC sind die Kanäle, in denen die Gespräche geführt werden und deren Titel zumeist das Gesprächsthema angeben. Der IRC wurde seit seiner Entwicklung vornehmlich für den "Schwatz" genutzt, ist aber durchaus auch für ernsthafte Diskussionen tauglich, wie bspw. die Online-Diskussionen mit Bundestagsabgeordneten in diesem Dienst zeigen.

In letzter Zeit werden zunehmend bessere Systeme entwickelt, die die Dienste auch für Sprachkommunikation tauglich machen, so z.B. "Internet-Phone" und eine Spracherweiterung für den IRC.

Das File Transfer Protocol (FTP) und die FTP-Server

*"Das [...] File Transfer Protocol ermöglicht den systemunabhängigen Transfer beliebiger Dateien zwischen zwei Rechnern. Der ebenfalls mit FTP bezeichnete Dienst stellt neben dem Protokoll einen Satz von Befehlen zur Verfügung, mit denen ein entfernter Rechner für die Übertragung gesteuert werden kann."*³⁵³

*"Das File Transfer Protocol ist kein Informationssystem im eigentlichen Sinn. Es dient zum Transport von Dateien auf dem Internet. [...] Es ist also auch möglich, mit FTP Informationstexte zu erhalten, jedoch nicht so komfortabel wie bei World Wide Web oder Gopher."*³⁵⁴

Archie (Die Bezeichnung leitet sich wohl von "Archiv" ab)

Archie ist eine frei zugängliche Datenbank, die die Inhaltsverzeichnisse (fast) aller frei zugänglichen FTP-Server enthält. (Meist werden regionale Schwerpunkte gesetzt.) Das Programm wurde entwickelt, nachdem die Menge von frei zugänglichen Dateien auf FTP-Servern ein nicht mehr überschaubares Ausmaß erreicht hatte. Es sammelt die Inhaltsverzeichnisse der Server und stellt sie zu einem Inhaltsverzeichnis zusammen. Nach Eingabe des gesuchten Dateinamens liefert Archie als Ergebnis eine Liste der Server, auf denen diese Datei gespeichert ist. Zur Übertragung der Datei muß dann allerdings das FTP-Programm benutzt werden.

Gopher

"Ursprünglich wurde an der Universität von Minnesota mit dem CWIS (Campus Wide Information System) ein System entwickelt, mit dem Nachrichten und andere Informationen den Studenten und Wissenschaftlern der Universität zentral zugäng-

³⁵³ Falckenberg, 1994: S.14f.

³⁵⁴ Ohne Autor. "Zugriff auf FTP-Server".

URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/ftp-overview.html>.

lich gemacht werden sollten, wobei die Betreuung der einzelnen Datenbestände weiterhin lokal von den einzelnen Anbietern durchgeführt werden konnte.

Unter dem Namen ' Gopher' wurde dieses System weiterentwickelt und fand weltweite Verbreitung.

Im Prinzip ist Gopher ein erweitertes Dateisystem, mit dem auch auf entfernt liegende Dateien zugegriffen werden kann. Die Informationen werden zentral angeboten, können aber physikalisch auf verschiedenen Systemen abgespeichert sein. Ähnlich einem Dateiverzeichnis bietet Gopher eine hierarchisch aufgebaute Menüstruktur. [...] Neben weiteren Unter-Menüs kann ein Gopher-Menü Dateien in einer fast beliebigen Form enthalten. Gopher erkennt Bilder oder Sounddateien und startet nach der Übertragung die entsprechenden Programme zur Bearbeitung dieser Dateien auf dem Arbeitsplatzrechner."³⁵⁵

Veronica: Very Easy Rodent-Oriented Net-wide Index to Computerized Archives

Mit der wachsenden Zahl von Gopher-Servern wurde es immer schwerer, Informationen zu lokalisieren. Deshalb wurde ein System entwickelt, mit dem automatisch die Menüs sämtlicher Gopher-Server gesammelt und in einem Index zusammengefaßt werden. Veronica ist damit für das Gopher-System das gleiche wie Archie für das FTP-System. Die Menütitel aller Gopher-Server, die bei der sogenannten "mother of gophers" an der Universität von Minnesota eingetragen sind oder über das Menü eines dort eingetragenen Servers erreicht werden können, werden in der Regel einmal pro Woche automatisch gesammelt und indiziert. In der so entstandenen Titeldatenbank kann eine Schlüsselwortsuche durchgeführt werden, die dann in einem Gopher-Menü aufgelistet wird, über das direkt auf die einzelnen Beiträge zugegriffen werden kann.

Telnet

"Das [...] Telnet Protokoll ermöglicht die Fernbedienung eines entfernten Rechners (' remote login').

Eines der Hauptziele des ARPANETs, die Nutzung der Kapazität von Großrechnern auch aus größeren Entfernungen, kann dadurch verwirklicht werden. Der eigene Arbeitsplatzrechner wird dabei als ' dummes' Terminal, d.h. nur zur Einnahme eingesetzt.

Prinzipiell kann nach dem Einloggen statt eines Kommandoprozessors jedes belie-

³⁵⁵ Falckenberg, 1994: S. 16.

biges Programm gestartet werden. So verwenden z.B. viele Bibliotheken Telnet, um damit einen Zugriff auf den Katalog der Bibliothek zu ermöglichen."³⁵⁶

WAIS: Wide Area Information Servers

Das WAIS-System ist ein Datenbanksystem, das zum Auffinden von Informationen über ein Computer-Netzwerk dient.

"Im Gegensatz zu den Suchsystemen Archie und Veronica, die lediglich Dateinamen und Menütitel indizieren, erlaubt WAIS eine Volltextsuche, d.h. der komplette Inhalt einer Datenbank kann nach einem oder mehreren Schlüsselwörtern durchsucht werden."³⁵⁷

Hyper-G

"Das Hyper-G-Informationssystem wurde an der TU Graz aufbauend auf der Erfahrung mit WWW (World Wide Web) entwickelt. Im Vergleich zu WWW hat es eine Reihe von Vor- und Nachteilen, die gegenwärtig Gegenstand der Diskussion sind. Vorteilhaft ist z.B. eine bessere Indizierbarkeit in einem "verteilten Informationssystem" mit Vor- und Rückwärtsverweisen. Wesentlich ist eine hierarchische Anordnung von Dokumenten in Kollektionen. Nachteilig sind u.a. eine begrenzte Skalierbarkeit bezüglich der Anzahl der Teilnehmer (Server/Clients) und eine für den Anwender schwer durchschaubare Informationsstruktur, in der die Verknüpfungen (Links) in separaten Listen gehalten werden."³⁵⁸

WWW: World Wide Web

"Das World Wide Web steht für die Integration aller bisher genannten Dienste unter einer Oberfläche und ist mit seinen Hypermedia-Fähigkeiten der bisher komfortabelste und leistungsfähigste Dienst.

Die 1989 von Physikern am Kernforschungszentrum CERN in Genf entwickelte Architektur baut auf drei Komponenten auf.

Der erste Bestandteil ist das verwendete Protokoll HTTP (Hyper-Text Transfer Protokoll [!]), mit dem die Verbindung zwischen einem WWW-Server und einem WWW-Client betrieben wird, der zweite die Sprache HTML (Hyper-Text Markup Language), mit der WWW-Dokumente erstellt werden, und der dritte ist der eigentliche Client, der bei WWW auch Browser genannt wird.

Im Gegensatz zu Gopher, der streng hierarchisch aufgebaute Menüs zur Verfügung

³⁵⁶ Falckenberg, 1994: S. 14.

³⁵⁷ Falckenberg, 1994: S. 17.

³⁵⁸ Ohne Autor. "Hyper-G".

URL: <http://www.chemie.fu-berlin.de/outerspace/hyper-g-overview.html>.

stellt, werden in einem mit HTML erstellten Dokument die Verweise auf andere Dokumente (' Hyperlinks') in einen beliebigen Text integriert. Dabei können mit vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten, unter anderem auch mit sogenannten Inline-Grafiken, sehr ansprechende Dokumente erzeugt werden. Durch Anklicken der Hyperlinks wird die Verbindung zu einem weiteren Dokument aufgebaut. Diese Hyperlinks können dabei nicht nur in den Text integriert sein, sondern sogar Bestandteil von Grafiken sein.

[...] Mit Hilfe eines neuentwickelten Adressierungsschemas durch sogenannte URLs (Uniform Resource Locator) können bestehende Dienste einfach integriert werden.

Beispiele für URLs sind:

`http://lurker.dfv.rwth-aachen.de/home.html`

`gopher://gopher.dfv.rwth-aachen.de`

`file://ftp.dfv.rwth-aachen.de`

`news:de.commternet`

Der erste Bestandteil vor dem Doppelpunkt gibt dabei das zu verwendende Protokoll bzw. den Zugriffsmechanismus auf die dahinter stehende Adresse an. Der Browser wandelt dann die empfangenen Daten in ein HTML-Dokument um. [...]

Die Tatsache, daß die Benutzung keine umfangreichen Kenntnisse mehr erfordert und auch die Erstellung von eigenen WWW-Dokumenten in kurzer Zeit gelernt werden kann, hat zu einer explosionsartigen Verbreitung von WWW geführt.³⁵⁹

Übersicht über die in der Arbeit direkt angesprochenen Internet-Angebote:

Im Folgenden sollen lediglich die Adressen der Einstiegsseiten aufgelistet werden, einzelne Angebote sind über die jeweilige Seite zu erreichen.

Politische Angebote:

Der Deutsche Bundestag (URL: <http://www.bundestag.de>)

Pilotprojekt "Abgeordnete im Internet"

(URL: <http://www.fu-berlin.de/POLWISS/mdb-projekt>)

Bundesregierung (URL: <http://www.bundesregierung.de>)

Bundesministerien:

Auswärtiges Amt (URL: <http://www.auswaertiges-amt.gouvernement.de>)

BM f. Verteidigung (URL: <http://www.bmvg.government.de>)

³⁵⁹ Falckenberg, 1994: S. 17f.

BM f. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

(URL: <http://www.zadi.de/BML/home.htm>)

BM f. Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

(URL: <http://www.bmbf.de>)

Landesregierungen:

Brandenburg (URL: <http://pns.brandenburg.de>)

Berlin (URL: <http://www.berlin.de>)

Sachsen (URL: <http://www.sachsen.de>)

Thüringen (URL: <http://www.thueringen.de/Welcome.html>)

Saarland (URL: <http://www.saarland.de>)

Parteien (Bundesebene):

CDU (URL: <http://www.cdu.de>)

SPD (URL: <http://www.spd.de>)

Virtueller Ortsverein der SPD (URL: vov.xlink.de/vov)

FDP (URL: <http://www.liberales.de>)

Bündnis 90/ Die Grünen; Serviceseite des Kreisverbandes Tübingen für die
Bundespartei (URL: <http://www.gruene.de>)

PDS (URL: <http://ourworld.compuserve.com:80/homepages/PDSPV/>)

Organisationen:

Greenpeace Deutschland (URL: <http://www.greenpeace.de>)

ADAC (URL: <http://www.adac.de>)

Bundesweites alternatives studentisches Informations-Netzwerk (BASIN).

Stellvertretend der Marburger Einstiegspunkt:

(URL: <http://stud-www.uni-marurg.de/~Bayer/basinmr.html>)

Amnesty International; deutschsprachige Sektionen

(URL: <http://www.koeln-online.de/ai/ai.htm>)

One World Web (URL: <http://www.oneworldweb.de/welcome.html>)

Deutsches Spendeninstitut Krefeld (URL: <http://www.dsk.de/index.html>)

Medien:

TV-Today (URL: <http://www.tvtoday.de>)

Digital Mirror (URL: <http://www.infinite.de>)

Germany Live (URL: <http://www.germany-live.de>)

Die Sender der ARD sind inzwischen über eine gemeinsame Homepage der ARD zu erreichen: (URL: <http://www.ard.de>)

SFB/ ORB Gemeinschaftsprogramm Berlin/ Brandenburg
(URL: <http://www.info-radio.de>)

BR (URL: <http://www.br-online.de>)

WDR (URL: <http://www.wdr.de>)

ARD Aktuell (URL: <http://www.tagesschau.de> oder
URL: <http://www.tagesthemen.de>)

SDR (URL: <http://www.sdr.de>)

SWF (URL: <http://www.swf3.de>)

Die tageszeitung (URL: <http://www.taz.de>)

Rhein-Zeitung, Koblenz (URL: <http://rhein-zeitung.de>)

AFP (URL: <http://www.afp.com>)

APA (URL: <http://www.apa.co.at>)

Der Spiegel (URL: <http://www.spiegel.de>)

Die Zeit (URL: <http://www.zeit.de>)

Focus (URL: <http://www.focus.de>)

Süddeutsche Zeitung (URL: <http://www-dw.gmd.de/sz>)

Projekte:

Digitale Rathäuser:

Bochum (URL: <http://www.bochum.de/bochum/stadtver.htm>)

Leipzig (URL: <http://www.uni-leipzig.de/leipzig>)

Würzburg (URL: <http://www.wuerzburg.de/rathaus/index.html>)

Düsseldorf (URL: <http://www.duesseldorf.de/rathaus.html>)

Karlsruhe (URL: <http://www.karlsruhe.de>)

Kiel (URL: <http://www.kiel.de>)

Mannheim (URL: <http://www.mannheim.de>)

Nürnberg (URL: <http://www.nuernberg.de>)

Nürnberg.Net (URL: <http://www.nuernberg.net>)

Lübeck (URL: <http://www.luebeck.de/stadtinf>)

München (URL: <http://www.muenchen.de>)

Andere Projekte:

Zeno; Eine Vorstellung des Projekts (URL: <http://nathan.gmd.de/projects/zeno.html>)
und eine Präsentation des Projekts

(URL: <http://nathan.gmd.de/projects/zeno/mockup/issues.index.html>)

GeoMed (URL: <http://www.pisa.intecs.it/projects/GeoMed>)

Internationale Stadt; Berlin (URL: <http://www.is.in-berlin.de>)

Internationale Stadt; Bremen (URL: <http://www.is-bremen.de/IS-Bremen/IS.html>)

Internationale Stadt; Köln (URL: <http://www.koeln-online.de>)

De Digitale Stad; Amsterdam (URL: <http://www.dds.nl>)

Eindhoven (URL: <http://www.dse.nl>)

Delft (URL: <http://www.dsdelft.nl>)

Den Haag (URL: <http://ddh.bart.nl>)

Utrecht (URL: <http://dru.knoware.nl>)

Groningen (URL: <http://www.rug.nl/dsg>)

Leiden (URL: <http://www.dsl.nl>)

Friesland (URL: <http://www.xs4all.nl/~interad/friesland>)